



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Oktoberstreiks 1950 und der ‚Putsch‘ als
österreichischer Erinnerungsort“

Verfasser

Andreas Bilgeri

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Einleitung	3
1. Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur	6
2. Besatzungszeit und Kalter Krieg in Österreich	12
3. Die KPÖ in der Zweiten Republik – Geschichte, Haltung und Strategie	27
4. Die Lohn-Preis-Abkommen und die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit	41
5. Die Oktoberstreiks 1950	47
5.1 Die Vorbereitungsphase	47
5.2 Erste Streikphase	50
5.2.1 Wien	50
5.2.2 Niederösterreich	55
5.2.3 Oberösterreich	57
5.2.4 Steiermark	61
5.2.5 Salzburg	64
5.3 Zwischenphase	66
5.4 Zweite Streikphase	71
5.4.1 Wien	71
5.4.2 Niederösterreich	74
5.4.3 Steiermark	78
5.4.4 Restliche Bundesländer	80
5.5 Abbruch und Nachspiel	81
6. Bewertung	86
6.1 Allgemeine Bewertung	86
6.2 Putsch oder Streik?	89
6.3 Die Einflussnahme der sowjetischen Besatzungsmacht	94
6.4 „Prügelgarden“ und „Terrorbanden“ – Politische Gewalt	98
7. Folgen und Aspekte	102
7.1 Westorientierung und Militarisierung	102
7.2 Die Erste Republik in der Zweiten	108
7.3 Antikommunismus in Österreich	110
7.5 Fixierung von Sozialpartnerschaft und Großer Koalition	117
8. Rezeption – Die Oktoberstreiks als Erinnerungsort und Teil von Geschichtspolitik	121
8.1 Die „Putschmetapher“	121
8.2 Der „Putsch“ als Erinnerungsort	123
8.3 Der Kampf um die Deutungshoheit	128
8.4 Wer beschützt Österreich?	131
8.5 Der „Mythos“ und seine Helden	133
8.6 Gruppenspezifische Erinnerung	137
8.7 Der „verschwundene“ Erinnerungsort	140
Conclusio	141
Literaturverzeichnis	146
Anhang	157

Einleitung

Das Interesse wird häufig von Dingen angezogen, die hervortreten, die Besonderheiten darstellen und nicht dem bislang Geläufigen entsprechen. So sind auch die Oktoberstreiks im Jahr 1950 ein Thema, das vor allem deswegen Neugier erweckt, weil es sich nicht in die Vorstellungswelt einfügt, die in Bezug auf die Geschichte der Zweiten Republik in Österreich vorherrschend ist. Das verkürzte Geschichtsbild der Nachkriegszeit Österreichs ist als eine gemeinsame und einmütige Wiederaufbauleistung gemalt. Vor diesem weißen Hintergrund heben sich politische Kämpfe und Auseinandersetzungen, wie im Herbst 1950, als äußerst dunkler Fleck ab.

Ende September bis Anfang Oktober 1950 kam es in Teilen Österreichs zu einer Streikwelle, die sich gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen und die dadurch erwarteten verschlechterten Lebensbedingungen richtete. Gefördert und unterstützt wurden die Streiks vor allem von der KPÖ, die vom Umfang und der Heftigkeit der Streiks aber selbst überrascht wurde. Im Verlauf der Streiks kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und Straßenkämpfen. Der handfeste Konflikt entstand daher, dass eine von Kommunisten angeführte Streikbewegung in dieser Zeit als sehr bedrohlich wahrgenommen werden konnte. Österreich, als vierfach besetztes Land, befand sich damals inmitten des beginnenden Kalten Krieges. Die österreichische Regierung benutzte diese Situation und beschuldigte die Kommunisten eines Putschversuches, was erfolgreich zum Ende der Streikbewegung aber auch zu Zusammenstößen in der zweiten Streikphase führte. Das Bild eines „Putsches“ verfestigte sich daraufhin im österreichischen Bewusstsein über die Ereignisse.

Es ergibt sich daher ein in vielfacher Weise interessantes Thema. Die Geschehnisse bieten einen Einblick in die Besatzungszeit und einen internationalen Konflikt, der sich in einer möglichen Konfrontation auch in Österreich entladen hätte können. Sie betreffen die Wiederaufbauphase Österreichs, in der nicht nur die wirtschaftliche Rekonstruktion des Landes und die damit zusammenhängenden politischen Maßnahmen, sondern auch eine Ausgestaltung des politischen Systems der Zweiten Republik stattgefunden hat. Des Weiteren sind sie mit der internationalen Ausrichtung Österreichs und der hiesigen Stellung einer gewissen Partei oder politischen Auffassung verbunden. Sie sind außerdem ein Beispiel für politische Gewalt in der Zweiten Republik. Ein Phänomen, das im öffentlichen Bewusstsein so gut wie nicht existiert. Die Oktoberstreiks waren in der Folgezeit auch ein Punkt für Auseinandersetzungen, in der unterschiedliche, von Zeitzeugen oder Parteien getragene Deutungen der Ereignisse aufeinanderprallten. Es entstand ein Konflikt um Geschichte, der sich auf die Historisierung der Ereignisse stark auswirkte und zu unausgewogenen Darstellungen führte.

Alleine aus diesen Gründen bietet es sich an, die Ereignisse erneut aufzurollen und sie mit neuesten Forschungsergebnissen anzureichern. Zudem ist die Rezeption der Streiks ein weiteres interessantes Thema. Die Auslegung der Geschehnisse blieb eine politische Kontroverse in Österreich, die noch heute in sehr unterschiedlichen Interpretationen nachwirkt. Es waren vor allem die politischen Parteien Österreichs, die hier versuchten ein Geschichtsbild durchzusetzen, wodurch sich ein äußerst interessantes Fallbeispiel für Geschichtspolitik in Österreich ergibt. Die beiden Hauptfragen dieser Arbeit lauten im Kurzen also: Welche Bedeutung und welche Folgen hatten die Streiks für die politische Ausgestaltung der Zweiten Republik? Welche Karriere und welche Folgen hatte die Rezeption der Streiks als „Putsch“ in der Erinnerungskultur Österreichs?

Den theoretischen Hintergrund für diese Arbeit bildet das Feld der Erinnerungskultur und der Geschichtspolitik. Der „Putsch“ war lange Zeit ein Bestandteil der öffentlichen Erinnerung an die Besatzungszeit und an den „kleinen Kalten Krieg“ in Österreich – der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Die überstandene Gefahr, ähnlich wie Deutschland gespalten zu werden, prägte den Erinnerungsort der gescheiterten kommunistischen Machtübernahme. Es handelte sich auch um eine geschichtspolitische Auseinandersetzung zwischen mehreren Akteuren, die versuchten, die Deutungshoheit über diesen Moment in der Geschichte zu erlangen. Das Hauptinteresse des geschichtspolitischen Teils dieser Arbeit liegt im Entstehen der „Putschthese“, ihrer Funktionalität und ihrer Karriere. Es bietet sich hier die Gelegenheit einen Erinnerungsort im Entstehen zu beobachten. Zu sehen ist, wie er durch verschiedene Gruppen gepflegt und bekämpft wird und zu guter Letzt sein allmähliches Verblässen.

Es dürfte schnell auffallen, dass die Bezeichnung „Oktoberstreik“ nicht wirklich zutrifft, da wie im Oktober auch im September gestreikt wurde. Es handelte sich um zwei zusammengehörende Streikphasen, von denen eine vom 26. bis etwa zum 29. September reichte und eine zweite vom 4. bis zum 6. Oktober dauerte. Es wurde hier die Bezeichnung „Oktoberstreiks“ gewählt, die die bisherige Bezeichnung inkludiert, aber durch den Plural die beiden Streikphasen und die Vielfältigkeit der Streikereignisse in den unterschiedlichen Bundesländern umfasst.

Die Ereignisse im Herbst 1950 spielen in der Literatur zur Besatzungszeit in Österreich immer eine Rolle, sind aber nur in wenigen Publikationen selbst Thema. Beinahe sämtliche frühe Auseinandersetzungen mit den Streiks beziehen sich auf drei Veröffentlichungen, die die Quellen für alle folgenden Darstellungen bilden. Diese entstanden 1950 und 1965, wurden jeweils von KPÖ und SPÖ publiziert und sind somit nur bedingt als objektive Quellen heranzuziehen.¹ Das wichtigste wissenschaftliche Werk zu den Oktoberstreiks ist eine Dissertation aus dem Jahr 1975 von Ronald Gruber, der eine Vielzahl von Quellen aus mehreren österreichischen Archiven für das Thema erschlossen hat.² Des Weiteren ist die Publikation von Reinhard Meier-Walser zu erwähnen, der ergänzend zu Gruber Zeitungsberichte heranzieht.³ Leider sind auch bei diesen beiden Arbeiten leichte Tendenzen vorhanden, für eine der beteiligten Seiten Partei zu ergreifen.⁴ Im Jahr 1991 erschien ein ebenfalls sehr wichtiger Sammelband im Zuge eines Symposiums, der viele zusätzliche Aspekte der Streiks anspricht.⁵ In den letzten Jahren begannen sich auch ausländische Historiker für diese Episode des frühen Kalten Krieges am Schauplatz Österreich zu interessieren.⁶

Für diese Arbeit wurden wiederum die Akten des Innenministeriums zur Hand genommen um gemeinsam mit neueren Forschungen zur Besatzungszeit in Österreich einen aktualisierten Blick auf die Geschehnisse zu werfen. Im österreichischen Staatsarchiv existieren mehrere

¹ Fritz Klenner: Putschversuch - oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950 (Beilage zur "Gewerkschaftlichen Rundschau"), Wien 1950; Ernst Epler: Der grosse Streik, Wien 1965

² Ronald Gruber: Der Massenstreik gegen das 4. Lohn-Preisabkommen im September/Oktober 1950, Diss., Univ. Wien, 1975

³ Reinhard Meier-Walser: Der Streikputsch der KP Österreichs und seine internationalen Hintergründe (tuduv-Studien: Reihe Politikwissenschaften 11), München 1986

⁴ Diese Einschätzung teilt in Bezug auf Gruber auch Rauchensteiner. Vgl. Manfred Rauchensteiner: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz, Wien u.a. 1979

⁵ Michael Ludwig/ Klaus Dieter Mulley/Robert Streibel (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der zweiten Republik, 2. Auflage ed, Wien 1991

⁶ Jill Lewis: Austria 1950: Strikes, 'Putsch' and their Political Context, In: *European History Quarterly* 30 (2000), 4, 533-552; Warren Williams: Flashpoint Austria. The Communist-Inspired Strikes of 1950, In: *Journal of Cold War Studies* 9 (2007), 3, 115-136

Ordner aus dem Innenministerium, die sich mit den Ereignissen 1950 beschäftigen.⁷ Zeitungsartikel, Ministerratsprotokolle und die stenographischen Protokolle des Nationalrats wurden als weitere Quellen herangezogen, außerdem Reden und Veröffentlichungen aus dem politischen öffentlichen Raum und Zeitungsberichte. Dabei wurde stichprobenartig zu möglichen Jahrestagen vorgegangen oder zu bereits bekannten, mit der Streikrezeption im Zusammenhang stehende Ereignissen, wie dem Politskandal um Franz Olah in den 60er Jahren.

Diese Arbeit kann dahingehend Neues zum Thema Oktoberstreiks bieten, als dass die lange Zeit verschlossenen Archive der ehemaligen Sowjetunion langsam zugänglich gemacht werden und ambitionierte Historiker und Projekte sich dieser Aufgabe angenommen haben.⁸ Die Forschungsliteratur zur Besatzungszeit in Österreich ist in den letzten Jahren ebenfalls stetig angewachsen und es lassen sich alleine deshalb neue Ergebnisse zum Thema erwarten. Auch die Behandlung unter einem geschichtspolitischen Gesichtspunkt ist ein neuer Ansatz, obwohl der funktionelle Bestandteil des Geschichtsbildes „Putsch“ schon häufig angedeutet wurde. Hier soll dieser Aspekt mit Hilfe der relativ jungen theoretischen Modelle zur Geschichtspolitik endlich im Detail behandelt werden.

Die Struktur der Arbeit wurde folgendermaßen gewählt: Nach dem theoretischen Einstieg wird ein Kapitel den politischen Rahmen der Besatzungszeit um das Thema spannen, um ein Grundverständnis für die innenpolitische Lage und die angespannte Situation aus weltpolitischer Sicht zu erhalten. Es geht hier um die Konflikte und Spannungsfelder, die sich in den Streiks und deren Rezeption fortsetzten. Ein weiteres kontextualisierendes Kapitel beschäftigt sich mit der Geschichte der KPÖ in Österreich. Dieses Thema ist dahingehend von Interesse, da vor allem das Verhalten der KPÖ ohne entsprechenden Hintergrund nur schwer verständlich ist und außerdem die Position dieser Partei in der österreichischen Gesellschaft und Politik zu den grundlegenden Fragen und Erklärungsansätzen der weiteren Arbeit gehört. Daraufhin wird kurz auf den wirtschaftspolitischen Hintergrund eingegangen, denn die Streiks wurden im Großen und Ganzen durch eine bestimmte und folgenschwere Form der Wirtschaftspolitik in Österreich ausgelöst.

Es folgt der Einstieg in das Hauptthema und die Vorbereitungen, die im Vorfeld der Streiks getroffen wurden. Die Ereignisse selbst werden geordnet nach Streikphasen und Bundesländern geschildert. Die Streiks unterscheiden sich in den Bundesländern in vielen Aspekten recht wesentlich voneinander, was einerseits mit strukturellen Bedingungen zu tun hatte und andererseits mit der jeweiligen Besatzungsmacht. Im darauf folgenden Abschnitt werden, neben einer allgemeinen Bewertung des Geschehenen, Besonderheiten herausgegriffen. Dazu gehört auch eine neuerliche Behandlung der Frage „Putsch oder Streik“. Der siebte Abschnitt widmet sich den Folgen der Streiks und den Aspekten, die in einen größeren Zusammenhang eingebettet mit den Oktoberstreiks zu tun haben. Der letzte Teil konzentriert sich auf die geschichtspolitische Seite der Ereignisse und den „Deutungskampf“, der in der Öffentlichkeit um die Interpretation des Geschehenen ausgefochten wurde. Hierzu gehört auch das folgende theoretische Einstiegskapitel, das sich mit den Grundlagen von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur und deren Anwendbarkeit auf das vorliegende Thema beschäftigt.

⁷ Vgl. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens

⁸ Vgl. Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945 - 1955. Dokumente (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 5), Graz, Wien 2005; Wolfgang Müller/ Arnold Suppan/ Norman M. Naimark/Gennadij Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945 - 1955. Dokumente aus russischen Archiven (Fontes rerum Austriacarum 93), Wien 2005

1. Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur

Die Oktoberstreiks 1950 sollen im letzten Teil dieser Arbeit unter einem vielseitigen Aspekt untersucht werden, der sich mit den Begriffen „Geschichtspolitik“ und „Erinnerungskultur“ zusammenfassen lässt. Die dazugehörigen Themen umfassen die politischen Einflussnahmen um die Rezeption dieses „historischen“ Ereignisses, den „Kampf um die Deutungsmacht“ und die Rolle der Streiks im „österreichischen Gedächtnis“. Wie es bereits im Titel heißt, wird der Putsch im Weiteren auch als ein „österreichischer Erinnerungsort“ behandelt und seine diesbezügliche Karriere verfolgt werden.

Den theoretischen Hintergrund liefern die Forschungen, die sich seit einigen Jahren mit dem Umgang mit Geschichte und der Rolle des Historischen in der Gesellschaft beschäftigen. Dieses Feld hat sich ausgehend von der Thematik eines „kulturellen Gedächtnisses“ über die „Vergangenheitspolitik“ bis hin zum noch relativ neuen Thema „Geschichtspolitik“ stetig ausgeweitet. Historiker, Sozial- und Kulturwissenschaftler beschäftigen sich mit dem Erinnern und Vergessen, dem Bewusstsein über das Vergangene in der Gegenwart und den daraus resultierenden Folgen. Eine der wesentlichen und verbindenden Grundlagen aller dieser Ansätze ist die „Konstruiertheit“ von Geschichte und der dynamische und veränderbare Blick, der in der Gegenwart auf sie geworfen wird und der vor dem jeweiligen politisch-kulturellen Hintergrund interpretiert werden kann.⁹

Zunächst hat sich schon seit längerem die Theorie eines „kulturellen Gedächtnisses“ in der Historiographie ausgebreitet und zu Forschungen in diesem Bereich angeregt. Grundlegend und am bekanntesten sind hierfür die Arbeiten von Jan und Aleida Assmann.¹⁰ Ausgehend von Maurice Halbwachs, der bereits früh ein auf Sozialisation basierendes kollektives Gedächtnis beschrieb¹¹, formulieren sie das „kulturelle Gedächtnis“ als jenes, das institutionalisiert die historische Identität einer Gesellschaft schafft und bewahrt.¹² Dementsprechend schwer ist es für ein historisches Ereignis, Teil dieses „kulturellen Gedächtnisses“ zu werden. Das Konzept ist auf einer sehr hohen Ebene angesiedelt und die Perspektive äußerst langfristig über mehrere Generationen hinweg angelegt. Für das vorliegende Thema besteht somit nur eine bedingte Anwendbarkeit. Darunter befindet sich in den kulturwissenschaftlichen Theorien das „kommunikative“¹³ oder „soziale Gedächtnis“¹⁴, das sich durch mehr Alltagsnähe, Gruppenbezogenheit und einen begrenzten Zeithorizont auszeichnet. Hier ist diese Unterscheidung nur dahingehend von Interesse, da der Übertritt oder eben der nicht geschaffte Übertritt von der einen zur anderen Ebene eine gewisse Aussagekraft über die Bedeutung des jeweiligen Erinnerungsortes hat. Es stellt sich die vorderhand recht einfache Frage, ob ein historisches Ereignis diese Aufwertung in der Historie schafft, oder eben nicht.

Wird diese Unterscheidung trotzdem im Auge behalten, so spielen sich die wesentlich interessanteren Prozesse auf dieser unteren Ebene ab. In diesem Raum bewegen sich vor allem polit-historische Ansätze einer „Gedächtnis-“ oder viel häufiger „Geschichtspolitik“. Es

⁹ Vgl. Günther Sandner: Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2001), 1, 5-18, 5; dazu auch Jan Assmann: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, In: Jan Assmann and Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 724), Frankfurt a. M. 1988, 9-19, hier 13

¹⁰ Assmann: *Kollektives Gedächtnis*; Aleida Assmann: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006

¹¹ Vgl. Maurice Halbwachs: *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967

¹² Vgl. Assmann: *Kollektives Gedächtnis*, 13

¹³ Vgl. ebd., 10

¹⁴ Vgl. Assmann: *Lange Schatten*, 26

interessiert nicht nur die Stellung eines historischen Ereignisses auf einer gesellschaftlichen Ebene, sondern auch auf jener der Gruppen und Individuen und vor allem, wie sie sich auf diesen Ebenen entwickelt hat. Damit gemeint ist die Entwicklung aus kontroversen Interpretationen und Diskursen, durch die die Vergangenheit einer Gesellschaft überhaupt erst entsteht, wie sie konstruiert wird.¹⁵

Konrad Jarausch unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Ebenen der „lebenden Erinnerung“. Für ihn sind es zunächst primäre Erfahrungen, die dann aber in einen bereits vorstrukturierten Zusammenhang eingebettet werden. Zunächst ist Erinnerung das individuelle Vermögen, „Spuren von früherem Geschehen zu behalten, durch äußere Anstöße zu rekonstruieren und diskursiv weiterzugeben.“¹⁶ Gleichzeitig sind die erinnernden Individuen aber auch in Gruppen eingebettet, tauschen darin Erfahrungen aus und gleichen ihre Darstellungen im kommunikativen Prozess aneinander an, wodurch über die Zeit „gruppenspezifische Muster der Erinnerung“ entstehen.¹⁷ Als dritte Ebene entwickelt sich aus diesen einzelnen und in Gruppen kultivierten Narrativen die öffentliche Erinnerungskultur einer Gesellschaft. „Sie ist in der Regel das Resultat einer konfliktreichen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Parteirichtungen, die versuchen, jeweils ihre Version der Vergangenheit durchzusetzen, um dadurch die Lehren der Zukunft für die Allgemeinheit zu bestimmen.“¹⁸ Welches dieser „Metanarrative“ sich letztendlich durchsetzt, hängt somit nicht nur von dessen Plausibilität, sondern von den hierbei eingesetzten Ressourcen und Machtmitteln ab.¹⁹

Der Ansatz einer Geschichtspolitik ist für die weitere Analyse sehr vielversprechend, weil hier die gesellschaftlichen Funktionen zur Sprache kommen, die historischen Bildern und ihren Deutungen zukommen können. Ebenso wird – im Gegensatz zu kulturellen Theorien – auch den Akteuren ein Platz eingeräumt, die zu einem gewissen Maß „intentional“ den Umgang mit einem Erinnerungsort mitprägen. Genauso dankbar sind die konflikttheoretischen Ansätze, die helfen, diese Akteure in einem gesellschaftspolitischen Konflikt zu verorten. Eine weite und diese Elemente umfassende Definition von Geschichtspolitik ist daher die „politische Instrumentalisierung von Geschichte, die Motive und Modalitäten ihrer Konstruktion, die Funktion ihrer Präsenz und politischen Virulenz in der Gegenwart.“²⁰

Das Forschungsinteresse gegenüber Geschichtspolitik zielt nun darauf ab, diese Mechanismen offenzulegen. Methodisch muss nach Wolfrum Geschichte zunächst als „Handlungs- und

¹⁵ Vgl. Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München, Wien 1995, 26

¹⁶ Konrad H. Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?, In: Konrad H. Jarausch and Martin Sabrow (Hg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M. u.a. 2002, 9-37, 13; vgl. auch Reichel: Politik mit der Erinnerung, 19; Aus Sicht einer interdisziplinären Gedächtnisforschung ist schon bereits das individuelle Erinnern „Konstruktionsarbeit“, das heißt eine „aktuelle Sinnproduktion im Zusammenhang jetzt wahrgenommener oder empfundener Handlungsnotwendigkeiten.“ siehe Siegfried J. Schmidt: Gedächtnisforschungen: Positionen, Probleme, Perspektiven, In: Siegfried J. Schmidt (Hg.), Gedächtnis. Probleme und Perspektiven der interdisziplinären Gedächtnisforschung (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 900), Frankfurt a.M. 1991, 9-55, hier 11 u. 37

¹⁷ Vgl. Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung, 14

¹⁸ Ebd., 14

¹⁹ Vgl. ebd., 15

²⁰ Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 7; vgl. auch Reichel: Politik mit der Erinnerung, 19; Aleida Assmann hat im Zusammenhang mit ihren Theorien für diese Phänomene den Begriff des „politischen Gedächtnisses“ definiert: „Wo Geschichte im Dienst der Identitätsbildung steht, wo sie von den Bürgern angeeignet und von den Politikern beschworen wird, kann man von einem ‚politischen‘ oder ‚nationalen Gedächtnis‘ sprechen.“, vgl. Assmann: Lange Schatten, 36

Politikfeld“ verstanden werden.²¹ Für die politischen Akteure hat es einerseits Nutzen hier zu agieren, andererseits ist es auch eine „politisch-pädagogische“ Aufgabe. Sie kann auf eine aufklärerische oder emanzipatorische Wirkung abzielen, aber genauso gut den jeweiligen Interessen dienen.²² Die Aktivitäten in diesem Politikfeld und somit das Forschungsinteresse ihm gegenüber richten sich auf „die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern, die sich über Rituale oder Diskurse vollziehen.“²³

Es sollte auch noch erwähnt werden, dass hierbei der Fokus auf Demokratien gerichtet ist. Geschichtspolitik nimmt in autoritären und totalitären Gesellschaften einen großen Stellenwert ein, folgt dabei aber anderen Regeln als jenen einer Konkurrenzdemokratie.²⁴ Aber auch die Bedeutung und der Einfluss von Geschichtspolitik in Demokratien darf nicht unterschätzt werden: „Moderne Demokratien werden durch Deutungszusammenhänge mobilisiert, und Geschichte kann ein wichtiges Vehikel sein um Deutungszusammenhänge zu schaffen.“²⁵

Es gilt noch den im Titel verwendeten Begriff des „Erinnerungsortes“ zu definieren. Er wird hier synonym zum ebenfalls verbreiteten „Gedächtnisort“ verwendet. Urheber ist Pierre Nora, der unter „lieux de mémoire“ die Orte im französischen Gedächtnis verstand, die als wirkmächtige Symbole stark zur Herausbildung der Identität des Landes beigetragen haben.²⁶ Diese „Orte“ sind daher keinesfalls auf ihren räumlichen Sinn beschränkt, sondern umfassen auch Ereignisse, Bräuche oder Gegenstände. Für diese Arbeit erweist sich der Begriff einerseits als praktisch, da damit die Beschreibung eines Punktes, einer singulären Erscheinung, eines bestimmten Ereignisses möglich ist, das auch in dieser pointierten Form im Gedächtnis verhaftet bleibt. Andererseits kann damit, wie schon bei Nora beabsichtigt, auch die Bedeutung des „Symbolischen“ in der Gestaltung eines Geschichtsbildes betont werden.²⁷

Als Herangehensweise bietet es sich an, Geschichtspolitik aus drei bereits angedeuteten Perspektiven zu betrachten. Zum ersten aus einer „funktionalen“, die den Nutzen oder die Aufgabe ins Visier nimmt, die einer Geschichtsinterpretation oder einem Erinnerungsort zukommt. Zweitens aus der „intentionalen“ Perspektive, bei der die Annahme im Mittelpunkt steht, dass Akteure aufgrund verschiedenster Motivlagen Einfluss nehmen auf die Art und Weise, wie Geschichte rezipiert wird. Es interessieren Art, Ausmaß und Antrieb für eine solche Einflussnahme. Damit eng verknüpft ist die dritte Perspektive, die ihren Fokus auf die Konflikte legt, die bei der Entstehung und Deutung von Geschichtsbildern bestehen und häufig zwischen bereits vorhandenen gesellschaftlichen oder politischen Gruppen ausgetragen werden.²⁸

Die Funktionen von Geschichtspolitik können sehr vielfältig sein und haben oft verschwimmende Grenzen. Ein häufig auftretender Oberbegriff ist die „Legitimierung“. Geschichte kann dazu dienen, den gegenwärtigen Zustand einer Gesellschaft zu erklären, eine

²¹ Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 - 1990, Darmstadt 1999, 25

²² Wolfrum trifft hierzu außerdem die Unterscheidung zwischen „progressiven“ und „regressiven“ Funktionen, Intentionen und Wirkungen von Geschichtspolitik. Vgl. ebd., 27

²³ Ebd., 32

²⁴ Vgl. Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 6

²⁵ Wolfrum: Geschichtspolitik, 26

²⁶ Vgl. Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, 7

²⁷ Vgl. Wolfrum: Geschichtspolitik, 50; Zu Österreich vgl. den Band Emil Brix (Hg.): Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004

²⁸ Vgl. Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 5

Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart schlagen und so auch einen Herrschaftsanspruch oder ein bestimmtes Herrschaftsmodell legitimieren.²⁹ Der Verweis auf Tradition und Kontinuität stabilisiert solchermaßen ein bestehendes System. Eine wichtige Rolle spielen hierbei Narrative oder „historische Mythen“³⁰. Diese können Personen, Gruppen aber auch ganze Staatsgebilde als Protagonisten haben. Je nachdem handelt es sich um eine „Heldengeschichte“ oder die gemeinsam vollbrachte „historische“ Leistung. Im österreichischen Kontext gelten die „immerwährende Neutralität“ oder der „Staatsvertrag“ als solche historische Mythen.³¹ Inwiefern es sich auch beim „Putsch“ um einen solchen Mythos handelt und welche Funktionen diesem wiederum zugrunde liegen, wird zu klären sein.

Wenn von Legitimierung gesprochen wird, darf aber auch der Aspekt der „Delegitimierung“ nicht außer Acht gelassen werden. Neben den dominanten Narrativen existieren immer auch unterdrückte Traditionen und gruppenspezifische Geschichtsbilder, die aus dem öffentlichen Raum mehr oder weniger ausgeschlossen sind. Hat eine Gruppe keine ausreichende Gestaltungsmacht, um „ihr“ Geschichtsbild durchzusetzen, ist nicht zwangsläufig dessen Verschwinden die Folge. Es kann eine „oppositionelle Minderheitsgeschichte“ entstehen, die der offiziellen Geschichtskonstruktion weiterhin einen gewissen Widerstand entgegenbringt.³² Als Beispiel kann das „Gegengedächtnis“ der „Ehemaligen“ in Österreich dienen, die die Opferthese des offiziellen Österreichs nicht annehmen.³³

Ein anderer wichtiger Aspekt von Geschichtspolitik ist das Potential zur Bildung einer gemeinsamen Identität für eine zuvor diffuse Gruppe.³⁴ Ihre Zusammengehörigkeit wird historisch abgesichert und durch die Pflege der entsprechenden Rituale und Erinnerungsorte noch verstärkt. Damit zusammenhängend hat Geschichte und Geschichtsbewusstsein durch die kollektiv erinnerte Vergangenheit auch eine stark integrative Funktion. Es wird dabei das Klassen- und Gruppenübergreifende betont, das auch gesellschaftliche Spaltungen überwinden kann,³⁵ aber eben in hohem Maß konstruiert ist. Dieser Prozess ist am deutlichsten in den Nationsbildungsprozessen des 19. Jahrhunderts zu erkennen, worauf sich auch ein großer Teil der Arbeiten zu den Gedächtnisorten nach Pierre Nora bezieht.³⁶ Die Integration durch Historie ist aber in den unterschiedlichsten Größen denkbar, sei es für politische Parteien, Ethnien oder Staaten. Dem sind mittlerweile auch größere Gebilde hinzuzufügen, wie die Europäische Union auf ihrer Suche nach einer europäischen Identität. Häufig spielt bei Identitätsthemen aber auch Abgrenzung eine Rolle. Die Konstruktion des Selbstbildes einer Gruppe ist eng verknüpft mit der Definition des „Anderen“, des „Nicht-Identischen“.³⁷ So wird von Wolfrum auch das Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 durch das Wegfallen der vertrauten Feindbilder als der Beginn einer Zeit der „Identitätsneurosen“ gesehen.³⁸

²⁹ Vgl. ebd., 7

³⁰ Vgl. ebd., 8

³¹ Vgl. dazu den Abschnitt „Mythen“ in Brix (Hg.): *Memoria Austriae*, 194-445, insbesondere Konrad Liessmann: *Topoi. Konturen einer politischen Mythologie*, 194-218 und Karin Liebhart/Andreas Pribersky: *Die Mythisierung des Neubeginns: Staatsvertrag und Neutralität*, 392-417

³² Vgl. Sandner: *Hegemonie und Erinnerung*, 8

³³ Vgl. Margit Reiter: *Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis*, Innsbruck, Wien u.a. 2006, 53

³⁴ Vgl. Sandner: *Hegemonie und Erinnerung*, 8f.; Wolfrum: *Geschichtspolitik*, 26

³⁵ Vgl. Sandner: *Hegemonie und Erinnerung*, 9

³⁶ Vgl. Wolfrum: *Geschichtspolitik*, 50

³⁷ Vgl. Sandner: *Hegemonie und Erinnerung*, 9; Assmann: *Kollektives Gedächtnis*, 11f

³⁸ Vgl. Wolfrum: *Geschichtspolitik*, 14

Ein anderer wichtiger Aspekt, den Sandner anspricht, ist der emanzipatorische Effekt, der der Geschichte zugesprochen wird. Sie erhält solcherart den Anspruch und die Funktion, dass aus ihr gelernt werden kann, sei es als Modell für die Zukunft oder durch „negatives Lernen“.³⁹ In Österreich war weniger der Prozess der Emanzipation selbst, als die Vorstellung davon wirkmächtig. In der Zweiten Republik wurde auf einen den eigenen historischen Erfahrungen zugeschriebenen emanzipatorischen Effekt sehr stark zurückgegriffen, was allerdings nicht in einer Vergangenheitsbewältigung mündete, sondern in einem äußerst starken Narrativ eines erfolgreichen Lernprozesses, in dem die Zeit des Nationalsozialismus nur peripher integriert war.

Die „intentionale“ Analyse von Geschichtspolitik blickt auf die Akteure sowie deren Interessen und Strategien, die dazu eingesetzt werden, einen Deutungsanspruch durchzusetzen und bestenfalls im kulturellen Gedächtnis zu fixieren.⁴⁰ Der Fokus kann dabei auf denjenigen Personenkreis gelegt werden, der Geschichtskultur prägt und erzeugt, wie Politiker, Journalisten, Intellektuelle oder Wissenschaftler. Geht es konkret um Geschichtspolitik, ist die Gestaltungs- und Deutungsmacht in diesem Bereich zunächst vor allem den politischen Eliten zuzuweisen.⁴¹ Als eine grobe Unterscheidung unter den Akteuren kann jene zwischen einer staatlichen, einer parteipolitischen und einer zivilgesellschaftlichen Geschichtspolitik dienen. Erstere wird durch eine Regierung getragen, wobei die Grenzen zur parteipolitischen Geschichtspolitik der an der Regierung beteiligten Parteien vermutlich stark verschwimmen. Die Geschichtspolitik der politischen Parteien verfolgt „Abgrenzungs- und Integrationsinteressen, die Identitätsstiftung im Inneren und die Profilierung und Konturierung gegenüber dem Anderen.“⁴² Zivilgesellschaftliche Gruppierungen, die in diesem Bereich agieren, handeln häufig „klientelspezifisch“, wie etwa Veteranen- oder Opferverbände.⁴³ Auch Medien spielen als Akteure eine wichtige Rolle, da ihnen durch die Thematisierung eine nicht unwesentliche Gestaltungsmacht zukommt.⁴⁴ Die Oktoberstreiks können als ein Paradebeispiel für einen Erinnerungsort erhalten, der von verschiedenen Gruppen umkämpft wird, deren Grenzen entlang von Parteilinien verlaufen. Daher darf man sich von einer intentionellen Analyse Schlüsse erwarten.

Günther Sandner vertritt die These, dass Geschichts- und Vergangenheitspolitik einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft grundsätzlich innewohnen.⁴⁵ Das heißt, dass die Kämpfe um die Deutung von Geschichte und die Bilder, die gezeichnet werden wollen, stets Teil eines gesellschaftlichen Kampfes sind. Theoretisch liegt hier zum einen ein konfliktorientiertes Gesellschaftsmodell zugrunde, im Weiteren orientiert sich Sandner auch am Konzept einer „kultureller Hegemonie“ nach den Theorien Antonio Gramscis. Demzufolge werden in den Konflikten um die Deutung der Vergangenheit „grundlegende gesellschaftliche Deutungskämpfe“ ausgefochten und politisch-kulturelle Teilungen sichtbar.⁴⁶ Auch Wolfrum sieht einen „Wettstreit der Erinnerungen“, der Demokratien inhärent ist und in der Öffentlichkeit ausgetragen wird.⁴⁷ „Alle gestalterische Politik benötigt ein zugrundeliegendes Weltbild, das den Rahmen vorgibt; dieses wiederum umschließt ein Geschichtsbild.“⁴⁸ Die Analyse eines solchen Wettstreits oder Deutungskampfes kann

³⁹ Vgl. Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 9

⁴⁰ Vgl. ebd., 11

⁴¹ Vgl. Wolfrum: Geschichtspolitik, 26

⁴² Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 12

⁴³ Vgl. ebd., 12

⁴⁴ Vgl. ebd., 12

⁴⁵ Vgl. ebd., 5

⁴⁶ Vgl. ebd., 10

⁴⁷ Vgl. Wolfrum: Geschichtspolitik, 27f.

⁴⁸ Ebd., 28

Aufschluss über die Konfliktstruktur einer Gesellschaft, die Machtverhältnisse und das dominierende Geschichtsbild geben. „Nach den vorherrschenden Geschichtsbildern in einer Gesellschaft zu fragen, ist gleichbedeutend mit der Frage nach den gegenwärtigen Selbstverständnissen.“⁴⁹

⁴⁹ Ebd., 30

2. Besatzungszeit und Kalter Krieg in Österreich

Vor 1945 drehte sich die so genannte „Österreichfrage“ darum, ob ein solcher Staat wieder existieren sollte oder ob er in der Verbindung mit anderen Nationen nicht besser aufgehoben wäre.⁵⁰ Die Wiederherstellung Österreichs als selbstständiger Staat war keineswegs von vornherein ein gemeinsames Ziel und wurde von den Alliierten zunächst vor allem als ein Mittel zur Schwächung Deutschlands in einer zu planenden Nachkriegsordnung gesehen.⁵¹ Es existierten weitere mögliche Szenarien für das Land, wie die Einbeziehung jeweils in eine süddeutsche oder eine Donauföderation. Solche Pläne basierten häufig auf zwei weiteren Gedanken, nämlich der Lebensfähigkeit Österreichs bzw. deren Nichtvorhandensein und der Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Zentraleuropa.⁵² Vor allem das britische „Foreign Office“ beschäftigte sich weit stärker als die Verbündeten mit der Ausarbeitung und Planung eines Nachkriegsösterreichs und wurde mit Vorschlägen initiativ.⁵³ Die Briten präferierten hierbei die Pläne für eine Konföderation im Donaauraum, die mit dem schnellen Vormarsch der Sowjetarmee allerdings zunichte gemacht wurden. Obwohl Frankreich bis 1945 keine Rolle in der alliierten Österreichpolitik hatte, gab es auch ähnliche Studien des C.F.L.N.⁵⁴

Die Sowjetunion sprach sich bereits sehr früh für einen unabhängigen Staat Österreich aus. Schon am 16. Dezember 1941 hatte Stalin sich dementsprechend gegenüber dem britischen Außenminister Eden geäußert⁵⁵ was auch im Weiteren die sowjetische Position blieb. Eine Kommission unter der Leitung des stellvertretenden Außenministers Maxim M. Litwinov beschäftigte sich unter anderem mit der Österreichfrage und kam zu dem Schluss, dass eine Einzelstaatenlösung zu bevorzugen sei.⁵⁶ Spätere, zum Jahreswechsel 1944/45 entstandene Memoranden, die ebenfalls von Litwinov stammten, sahen Österreich bereits als Teil einer neutralen Pufferzone zwischen sowjetischen und britischen Einflusszonen.⁵⁷ Deutlich gegen die Interessen der Sowjets in Osteuropa waren vor allem die britischen Pläne einer

⁵⁰ Vgl. dazu die etwas ältere aber grundlegende Arbeit: Fritz Fellner: Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Die Herstellung als Kriegsziel der Alliierten, In: Erika Weinzierl and Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1, Graz, Wien u.a. 1972, 53-90

⁵¹ Vgl. ebd. 65 u. 74

⁵² Vgl. Gerald Stourzh: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 - 1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 62), Wien, Graz u.a. 1998, 15f.

⁵³ Vgl. Manfred Rauchensteiner: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung, Wien 2005 8; ausführlich Reinhold Wagnleitner: Großbritannien und die Wiedererrichtung der Republik Österreich, Diss., Univ. Salzburg, 1975, 14-36; Siegfried Beer: Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich 1945 - 1949, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 41-70, hier 52; Guy David Douglas Stanley: Great Britain and the Austrian question 1938 - 1945, [s.l.] 1973, 84ff.; Im allgemeinen schien das Foreign Office am stärksten an Fragen Österreich betreffend interessiert zu sein.

⁵⁴ In drei Studien des C.F.L.N. (Comité Français de Libération Nationale) wird die Einbindung Österreichs in einen deutschen Teilstaat, eine Donau- (jeweils mit Bayern, Böhmen oder Ungarn) oder zentraleuropäische Konföderation besprochen. Vgl. Lydia Lettner: Die französische Österreichpolitik von 1943 bis 1946, Diss., Univ. Salzburg, 1980, 72ff.

⁵⁵ Vgl. Wilfried Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik 1943 - 1945 (Materialien zur Zeitgeschichte 1), Wien 1977, 23

⁵⁶ Vgl. Oliver Rathkolb: Historische Fragmente und die 'unendliche Geschichte' von den sowjetischen Absichten in Österreich 1945, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 137-158, hier 142; Vladimir V. Sokolov: Sowjetische Österreichpolitik 1943/45, In: Manfred Rauchensteiner and Siegfried Beer (Hg.), Österreich 1945. Ein Ende und viele Anfänge, Graz, Wien u.a. 1997, 73-87, hier 75f.

⁵⁷ Vgl. Wolfgang Müller: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945 - 1955 und ihre politische Mission, Wien u.a. 2005, 25; Rathkolb: Historische Fragmente, 142f.; Vladimir O. Pechatnov: The Big Three after World War II: New Documents on Soviet Thinking about Post War Relations with The United States and Great Britain (Cold War International History Project Working Paper No. 13), Washington D.C. 1995, 12

Donauföderation. Ein Kampf um Einflussphären und eine Konfrontation in Zentraleuropa schien sich also zunächst zwischen der Sowjetunion und Großbritannien zu entwickeln. Vonseiten der USA wurde die Österreichfrage weiterhin meist im Zusammenhang mit den erwähnten größeren Problemen behandelt.⁵⁸ Zunächst sah es auch aus, als würden sie an einer Besetzung Österreichs nicht teilnehmen.⁵⁹

Es waren die britischen Vorarbeiten und Planungen, die letztendlich auch zur Ausarbeitung der Moskauer Deklaration von 1943 führten. Hier wurde die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs von den Außenministern der „Großen Drei“⁶⁰ zum Kriegsziel der Alliierten erklärt und Österreich selbst als das „erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte“⁶¹ bezeichnet. Obwohl von einem unabhängigen Staat die Rede ist, hielten das britische „Foreign Office“ und zum Teil auch Churchill noch lange Zeit an ihren Konföderationsplänen fest, zu denen das selbstständige Österreich nur ein erster Schritt gewesen wäre.⁶² Mit der Moskauer Deklaration sollte ein Anstoß gegeben werden, um den österreichischen Widerstand zu verstärken und die Unterstützung der Bevölkerung für das Hitler-Regime zu schwächen. Häufig wird die Moskauer Deklaration daher in erster Linie als Mittel der „psychologischen Kriegsführung“ gesehen, dessen politische Folgen für die Alliierten noch nicht Priorität hatten und daher eher unbeabsichtigt waren. Demgegenüber steht die Bedeutung, die das Dokument nach Ende des Krieges für die alliierte Österreichpolitik und auch für die Entstehung des Staatsvertrags bekam. Es herrscht hier unter den Historikern allerdings noch Uneinigkeit, inwiefern es sich in der Entstehung tatsächlich um eine politische Grundsatzerklärung in Bezug auf Österreich handelt, oder um ein rein propagandistisches Dokument, das eine entsprechende politische Bedeutung erst durch die Spannungen zwischen Ost und West bekam.⁶³

Die ersten Truppen, die am 29. März 1945 die Grenzen des ehemaligen Österreichs überschritten, waren diejenigen der 3. Ukrainischen Front der Roten Armee. Es folgten Ende April amerikanische sowie französische und erst Anfang Mai britische Truppen. Die Sowjetunion als erste Besatzungsmacht nutzte die zur Verfügung stehende Zeit und nahm in ihrem ostösterreichischen Einflussbereich, der auch die alte und neue Hauptstadt Wien umfasste, schnell die Bildung einer Regierung in Angriff. Beauftragt wurde auf Befehl Stalins Dr. Karl Renner, der als Staatskanzler bereits am Beginn der Ersten Republik eine ähnliche Rolle innehatte und der Präsident des letzten, von Engelbert Dollfuß aufgelösten, österreichischen Parlaments gewesen war. Trotzdem wirft diese Wahl nach wie vor Rätsel auf, gehörte Renner doch zu denjenigen Sozialdemokraten, die sich 1938 für den Anschluss an Hitler-Deutschland ausgesprochen hatten. Es wird berichtet, dass diese Entscheidung von Stalin recht spontan während eines Vortrags getroffen wurde, mit dem gleichzeitigen Auftrag, Renner zu suchen.⁶⁴ Andere Erklärungen vermuten, abgesehen von Renners Erfahrung, die Wahl eines Regierungschefs, der aufgrund seines Alters und seiner Vergangenheit leichter zu

⁵⁸ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 16; Günter Bischof: Der Nationale Sicherheitsrat und die amerikanische Sicherheitspolitik im frühen Kalten Krieg, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 111-136, hier 112

⁵⁹ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 29

⁶⁰ Das Französische Komitee der nationalen Befreiung (C.F.N.L.) schloss sich am 16. Nov. an. Vgl. ebd. 23

⁶¹ Moskauer Erklärung über Österreich, zit. nach Stourzh, Um Einheit und Freiheit, Dokumentenanhang, 607f.

⁶² Vgl. Wagnleitner: Großbritannien und die Wiedererrichtung, 36

⁶³ Die Position eines rein militärischen Dokuments vertritt Robert H. Keyserlingk: Austria in World War II. An Anglo-American dilemma, Kingston u.a. 1988, 124; dagegen argumentiert Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 24f.

⁶⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 17; Müller bezweifelt diese Version, da es keine Hinweise auf eine tatsächliche Suche nach Renner gibt. vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 76f.

beeinflussen war.⁶⁵ Am wahrscheinlichsten ist aber, dass Renner ein Kandidat war, auf den sich alle zukünftigen Parteien einer Konzentrationsregierung einigen konnten.⁶⁶

Dieser hatte sich bereits selbstständig den russischen Truppen für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt und nahm schnell Kontakt zu den Vertretern anderer Parteien auf.⁶⁷ Eine der ersten Maßnahmen auf dem Weg zu einer Regierung war die Ausschaltung des nicht-parteilichen Widerstands, in erster Linie der Widerstandsgruppe „O5“. Jene hatte sich aufgrund ihrer Aktivitäten einen Anspruch auf die Regierungsbildung ausgerechnet, was im Interesse keiner der drei politischen Kräfte stand.⁶⁸ Daraufhin ging es an die Bildung der provisorischen Staatsregierung. Sie bestand aus Vertretern der drei antifaschistischen Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ und wurde im Sinne eines Konzentrations- und Konkordanzprinzips „gedrittelt“.

Nun zeigten sich allerdings die Vorbehalte der Westmächte, die sich durch die eigenmächtige und schnelle Konstituierung einer Regierung und die starke Position der Kommunisten in derselben – sie erhielten das Staatsamt für Inneres sowie jenes für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten – in ihren Befürchtungen bestärkt sahen.⁶⁹ Die Renner-Regierung erschien ihnen als Marionette an sowjetischen Fäden, die eine kommunistische Machtübernahme begünstigen sollte. Insbesondere Großbritannien übte heftigen Protest und zeigte eine sehr ablehnende Haltung.⁷⁰ Die frisch gebildete Regierung wurde vom Westen nicht anerkannt und bis in den Herbst hinein der Kontakt mit deren offiziellen Stellen gemieden. Der nächste Schritt einer österreichischen provisorischen Staatsregierung, die Ausweitung des Einflussbereichs auf das ganze Staatsgebiet, konnte so nicht vollzogen werden. Ein Problem, das sich hier zeigte, waren die recht unterschiedlichen Vorstellungen einer Nachkriegsverwaltung Österreichs. Während britische und amerikanische Planungen zunächst eine Militäradministration vorgesehen hatten, um erst nach unbestimmter Zeit eine österreichische Regierung einzusetzen⁷¹, war die Sowjetunion darauf bedacht, in Kürze eine funktionierende lokale Verwaltung aufzubauen.⁷² Bei ihrem Vormarsch setzten sowjetische Kommandanten dementsprechend schnell, zum Teil recht willkürlich aber doch unter Bevorzugung von Kommunisten, Bürgermeister und Polizeichefs ein.⁷³

Neben den grundsätzlichen Versorgungsschwierigkeiten bestand eines der größten Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Disziplinlosigkeit sowjetischer Truppenteile in Ostösterreich. Es kam verbreitet zu Ausschreitungen, Plünderungen, Übergriffen und zu Vergewaltigungen.⁷⁴ Besonders letztere hinterließen ein verheerendes Bild der sowjetischen

⁶⁵ Vgl. Anton Pelinka: Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, In: Erika Weinzierl and Kurt Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1, Graz, Wien u.a. 1972, 169-201, hier 170; Dementsprechende Befürchtungen äußerte auch das britische Foreign Office. Vgl. Wagnleitner: Großbritannien und die Wiedererrichtung, 103

⁶⁶ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 81

⁶⁷ Vgl. ebd., 75

⁶⁸ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 22f.; Oliver Rathkolb: Wie homogen war Österreich 1945? Innenpolitische Optionen, In: Wolfgang Kos and Georg Rigele (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 157-180, hier 175; ausführlich dazu Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 160-174

⁶⁹ Vgl. Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der provisorischen Regierung Renner, Innsbruck, Wien u.a. 2006, 202

⁷⁰ Vgl. Wagnleitner: Großbritannien und die Wiedererrichtung, 102

⁷¹ Vgl. ebd., 100f.; Rathkolb: Wie homogen?, 161

⁷² Vgl. Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 204

⁷³ Vgl. ebd., 239; Müller: Sowjetische Besatzung, 74; Rauchensteiner: Stalinplatz, 29

⁷⁴ Vgl. Günter Bischof: Austria in the first Cold War 1945 - 55. The leverage of the weak (Cold War history series), Basingstoke 1999, 32-34; Müller: Sowjetische Besatzung, 112; Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 237; Besonders sei auf die 2009 erschienene Habilitationsschrift von Barbara Stelzl-Marx

Truppen in der Bevölkerung und hatten weitreichende Folgen auf deren Einstellung zur sowjetischen Besatzungsmacht.⁷⁵ Zudem fanden organisierte Requisitionen statt und die Sowjetunion begann bereits sehr früh damit, Industrieeinrichtungen und Maschinen abzutransportieren, die in ihren Augen unter das „Deutsche Eigentum“ fielen.⁷⁶

Anfang Juli 1945 regelten die Besatzungsmächte ihren weiteren Verbleib in Österreich durch ein Kontrollabkommen und ein weiteres Abkommen über die Zoneneinteilung. Die sowjetische Zone umfasste Niederösterreich, das Burgenland sowie das Mühlviertel. Die britische Zone bestand aus Osttirol, Kärnten und der Steiermark, während die US-Truppen Salzburg und Oberösterreich besetzten. Die hinzugekommenen Franzosen erhielten Tirol und Vorarlberg. Wien wurde ähnlich wie Berlin in vier Besatzungszonen aufgeteilt, wies allerdings eine Besonderheit auf: Der erste Bezirk wurde zum internationalen Bereich und in der Verwaltung turnusmäßig unter den Besatzungsmächten weitergereicht.⁷⁷ Die Aufteilung Wiens und die entsprechenden Verhandlungen hatten das Kontrollabkommen am meisten verzögert, da sich die Westmächte und die Sowjetunion nicht über die Grenzen der Stadt einigen konnten.⁷⁸ Die Sowjetunion wollte die Eingemeindungen während der NS-Zeit rückgängig machen, während Briten und Amerikaner auf den Grenzen von 1937 als Grundlage für die Zonenaufteilung bestanden. Letzteres hätte ihnen neben zusätzlichem Gelände vor allem Flugfelder in der eigenen Zone gesichert, konnte aber nicht durchgesetzt werden.⁷⁹ Mit diesem Ersten Kontrollabkommen wurde auch die Alliierte Kommission eingesetzt. Die Kommission bestand aus dem Alliierten Rat, in dem die Militärkommissare der Besatzungsmächte saßen, einem Exekutivkomitee mit stellvertretenden Militärkommissaren und diversen Abteilungen, von denen jede in der gleichen Weise von allen vier Mächten beschickt wurde.⁸⁰

Die neue österreichische Regierung hatte noch bis in den Herbst 1945 mit den Vorbehalten der Westalliierten zu kämpfen, und die Ausweitung des Einflussgebiets auf ganz Österreich ließ auf sich warten. Besorgniserregend wirkte im Westen der schnelle sowjetische Vorstoß zur Gründung einer sowjetisch-österreichischen Erdölgesellschaft, die den Namen „Sanaphta“ hätte tragen sollen. Ein Teil der Regierungsmitglieder zeigte sich verhandlungsbereit, bis die

hingewiesen, die erstmals die Perspektive sowjetischer Soldaten zeigt und 2011 als Publikation erscheinen wird: Barbara Stelzl-Marx: Die Innensicht der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945 - 1955. Erfahrung, Wahrnehmung, Erinnerung, Habil.-Schr., 2009, 216-220 u. 321-338

⁷⁵ Diese Auswirkungen blieben unter den Besatzungsmächten auch nicht unbemerkt: Vgl. Stenogramm des Berichts Oberst Merkulovs über die innenpolitische Lage in Österreich vom 7. August [recte: nach dem 18. August] 1945, In: Müller/ Suppan/ Naimark/Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, 183-204; sowie Oliver Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung, Wien, Graz u.a. 1985, OSS-Bericht: Sowjetische Zone vom 3.7.1945, 273-277, hier S. 276f. u. OSS-Bericht: Sowjetische Politik in Österreich vom 23.11.1945, 330-344, hier 342f.

⁷⁶ Vgl. Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 236-238

⁷⁷ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 31

⁷⁸ Vgl. ebd., 30; Geführt wurden die Verhandlungen wie für Deutschland in der „European Advisory Commission“ (EAC)

⁷⁹ Vgl. Erwin A. Schmidl: "Rosinenbomber" über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948-1953, In: Erwin A. Schmidl (Hg.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945 - 1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien u.a. 2000, 171-192, hier 178f.; Interessantes Detail ist hierbei, dass die Gebiete besatzungsrechtlich zu Niederösterreich gehörten, staatsrechtlich allerdings noch bis 1954 Teil Wiens waren, da ein entsprechendes Gesetz im Nationalrat den Einspruch der Alliierten Kommission fand. Vgl. Maren Seliger: Groß- oder Klein-Wien? Politische Auseinandersetzungen um die Nachkriegsgrenzen und Stadtentwicklungsziele, In: *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien* 51 (1995), 223

⁸⁰ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 57; siehe zur Verwaltungsstruktur ebenfalls die Anhänge I und II, 282f.

Westalliierten intervenierten.⁸¹ Zumindest die amerikanischen Vorbehalte gegenüber der Renner-Regierung konnten durch die Befragungen von Kommunisten durch deren Nachrichtendienst, dem „Office of Strategic Services“, entschärft werden.⁸² Aber auch im restlichen Österreich, insbesondere in Kreisen der ÖVP, gab es Gruppen, die sich dieser Regierung nicht unterordnen wollten. Sogar eine Gegenregierung wurde angedacht.⁸³ Erst mit der gesamtösterreichischen Länderkonferenz vom 24. bis 26. September 1945 konnten mit der Erweiterung der Regierung durch Mitglieder aus dem Westen solche Unstimmigkeiten beseitigt werden. Ein Streitpunkt war die Besetzung der Position des Staatssekretärs für Inneres durch den Kommunisten Franz Honner. In der Länderkonferenz wurde sein Austritt aus der Regierung gefordert, ein Kompromiss entzog ihm aber lediglich die Aufgabe der Wahlvorbereitungen.⁸⁴ Der Termin für diese ersten Wahlen wurde auf den 25. November 1945 festgelegt. Mit der Länderkonferenz kam es auch zur endgültigen Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung durch den Alliierten Rat am 20. Oktober 1945.⁸⁵

Was die Situation innerhalb der Regierung Renner betrifft, so zeichnete sich sehr früh ab, dass SPÖ und ÖVP dazu übergingen, den kommunistischen Einfluss zurückzudrängen und eine Art „stille“ Koalition innerhalb der Regierung zu bilden.⁸⁶ Ein frühes Beispiel für diesen Bruch in der Regierung ist die Verfassungsdebatte im Mai 1945. Die Kommunisten bevorzugten die Möglichkeit, eine völlig neue Verfassung auszuarbeiten oder zumindest jene von 1920, während SPÖ und ÖVP für ein Verfassungsüberleitungsgesetz eintraten, das die Verfassung von 1929 wieder in Kraft setzte. Mugrauer sieht diesen Konflikt als „Wendepunkt“ in der Regierungszusammenarbeit, die zunächst für kurze Zeit konstruktiv, nun aber durch Uneinigkeiten und Diskussionen geprägt ist.⁸⁷ In der Verfassungsdebatte setzte sich Renner auf recht autoritäre Weise durch, wie auch danach recht häufig bei solchen Meinungsverschiedenheiten.⁸⁸ Durch die konfliktreichen Regierungssitzungen handelten sich die Kommunisten offenbar auch einen Verweis durch die Sowjets ein, der die Einstimmigkeit fürs Erste wiederherstellte.⁸⁹

Das Ergebnis der für November angesetzten Wahlen war für alle Parteien und auch für die Besatzungsmächte ein enormer Unsicherheitsfaktor. Die letzten allgemeinen und demokratischen Wahlen hatten 1930 stattgefunden⁹⁰ und die sozialen und politischen Veränderungen seit damals waren enorm. Viele Österreicher waren Opfer des Krieges und der Verfolgung geworden und nach wie vor befanden sich etwa 600.000 Staatsbürger in Kriegsgefangenschaft. Eine weitere halbe Million war als ehemalige Nationalsozialisten von der Wahl ausgeschlossen, was einen Vorteil für die „Linke“ erwarten ließ.⁹¹ In ihren eigenen Wahlprognosen, die durch die Besatzungsmächte von einzelnen Spitzenpolitikern eingeholt

⁸¹ Vgl. ebd., 56f.; Interessanterweise waren Karl Renner (SPÖ) und Julius Raab (ÖVP) sowie die Kommunisten in der Regierung dafür, während sich die restlichen Mitglieder vorsichtig gaben.

⁸² Vgl. Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, 107

⁸³ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 59

⁸⁴ Vgl. ebd., 62

⁸⁵ Vgl. ebd., 63

⁸⁶ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 221; Pelinka: Auseinandersetzung, 172

⁸⁷ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 220

⁸⁸ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 54; Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 97

⁸⁹ Stenogramm des Berichts Oberst Merkulov über die innenpolitische Lage in Österreich vom 7. August [recte: nach dem 18. August] 1945, In: Müller/ Suppan/ Naimark/Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, 183-204, hier 191

⁹⁰ Die Ergebnisse der Nationalratswahl vom 9.11.1930 lauten: Sozialdemokratische Arbeiterpartei: 41,1%, Christlichsoziale Partei 35,7, Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund: 11,6%, Heimatblock 6,2%, NSDAP: 3%, Landbund für Österreich: 1,2%, KPÖ: 0,6%, vgl. Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistische Nachrichten. Sonderheft: Die Nationalratswahlen vom 9. November 1930, Wien 1931, 8

⁹¹ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 66

wurden, erwarteten sich sowohl ÖVP als auch SPÖ die Mehrheit.⁹² Die KPÖ rechneten für sich mit 10 bis 15 Prozent, wobei es auch weit optimistischere Schätzungen von 20 bis hin zu 30 Prozent gab.⁹³ Die Übergriffe der Roten Armee und das Image als „Russenpartei“ hatten ihr allerdings enorm geschadet.⁹⁴

Das Ergebnis der Nationalratswahlen am 9. Oktober 1945⁹⁵ brachte den Kommunisten enttäuschende fünf Prozent und der ÖVP die absolute Mehrheit der Mandate.⁹⁶ Es wurde eine Konzentrationsregierung geschaffen, in der auch die KPÖ einen Ministerposten erhielt, was auch vom US-State Department gewünscht wurde, um unnötige Spannungen zu vermeiden.⁹⁷ Der neue Bundeskanzler hieß Leopold Figl. Für die Sowjetmacht war das Ergebnis der Wahl sehr enttäuschend, aber auch ernüchternd⁹⁸ und es zeigte sich schnell ein Wandel in ihrer Österreichpolitik.⁹⁹ Hatte sie zunächst in ihrer Besatzungszone eine weit weniger strenge Kontrolle als Briten und Amerikaner ausgeübt, war auch sie nun dazu bereit, die Kontrollmöglichkeiten des Alliierten Rates voll auszunutzen. Die Arbeit wurde dabei nicht mehr auf das Kontrollieren beschränkt, „vielmehr arbeitete die Alliierte Kommission als Parallelregierung.“¹⁰⁰ Das Verhältnis zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und Regierung verschlechterte sich trotz Regierungsbeteiligung der KPÖ und es kam zu diversen Unstimmigkeiten über Besatzungskosten und die Besetzung der Ministerposten zwischen dem Alliierten Rat und der Regierung.¹⁰¹

Der Zeitraum zwischen der Anerkennung der Renner-Regierung im Oktober und dem Inkrafttreten des Zweiten Kontrollabkommens im Juni 1946 wurde von Gerald Stourzh als eine „Phase der totalen Kontrolle“ durch die Besatzungsmächte bezeichnet.¹⁰² Siegfried Beer weist hierbei darauf hin, dass das aus der Sichtweise der Regierung in Wien zutreffend ist, aber gerade in den westlichen Zonen bereits vor und teilweise auch nach diesem Zeitraum die Kontrolle als streng und umfassend empfunden wurde, wobei die britische als die strengste Besatzungsmacht erlebt wurde.¹⁰³

Die neue Regierung empfing eine Vielzahl an Problemen. In Österreich befand sich nach dem Krieg eine große Anzahl an „Displaced Persons“, darunter ehemalige jüdische KZ-Insassen, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, aus Osteuropa geflüchtete und vertriebene „Volksdeutsche“, „Reichsdeutsche“, NS-Kollaborateure, Mitglieder faschistischer Verbände und diverse Flüchtlinge aus Osteuropa, die mit deutschen Truppen nach Österreich

⁹² Vgl. ebd., 67

⁹³ Erstere Einschätzung soll von Franz Honner stammen, die zweite von Friedl Fürnberg. Ernst Fischer wiederum soll „nur“ 8-10% erwartet haben Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 141; Weitere Prognosen sind zu finden bei Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, OSS-Bericht vom 21.11.1945, 194ff.

⁹⁴ Weitere Hintergründe hierzu im folgenden Kapitel

⁹⁵ Ergebnis: ÖVP: 49,8%, SPÖ 44,6%, KPÖ: 5,4%, Demokratische Partei Österreich: 0,2% vgl.

Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl vom 25. November 1945, <www.bmi.gv.at> (31.10.2010)

⁹⁶ Anmerkung: Die Anzahl der Abgeordneten zum Nationalrat betrug damals 165

⁹⁷ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 70

⁹⁸ Wobei neuere Dokumente zeigen, dass zumindest die sowjetischen Politoffiziere in Österreich sich keine Illusionen machten und von Renner geschätzte 20% für die KPÖ für „zweifelloso übertrieben hoch“ hielten. Vgl. Karner/Stelzl-Marx (Hg.): Rote Armee. Dokumente, Dokument Nr. 57, Lun'kow an Dekanozov, 24. November 1945, 249; Müller schätzt eine Erwartungshaltung von etwa 15% Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 142

⁹⁹ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 153f., Rauchensteiner: Stalinplatz, 70

¹⁰⁰ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 71

¹⁰¹ Vgl. ebd., 72f.

¹⁰² Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 33

¹⁰³ Vgl. Siegfried Beer: Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich 1945 - 1949, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 41-70, hier 64f.

gekommen waren.¹⁰⁴ Nach Schätzungen befanden sich im Frühsommer 1945 ca. 1,5 Millionen Ausländer innerhalb der österreichischen Grenzen¹⁰⁵, was die äußerst angespannte Versorgungslage nicht besserte. Nach großangelegten Repatriierungsmaßnahmen pendelte sich die Zahl der DP's in Österreich auf 400.000 bis 500.000 Personen ein und begann erst ab 1950 zu sinken.¹⁰⁶ Außenpolitisch galt es zusätzlich die Südtirolfrage¹⁰⁷ und das Problem der Gebietsansprüche Jugoslawiens¹⁰⁸ zu klären.

Es zeichnete sich in diesem Zeitraum auch ab, dass die Besetzung so bald kein Ende finden würde. Kurzzeitig gab es eine schwache Aussicht auf einen „Österreichvertrag“, diese Hoffnungen wurden aber bald enttäuscht.¹⁰⁹ Die Alliierten verhandelten über ein weiteres Kontrollabkommen, das Ende Juni 1946 unterzeichnet wurde.¹¹⁰ Es brachte eine Einschränkung der Kontrolle des Alliierten Rates und einen größeren Freiraum für die österreichische Regierung mit sich. Einfache Gesetze konnten nur mehr nachträglich durch ein einstimmiges Veto unterbunden werden. Verfassungsgesetze benötigten weiterhin eine vorherige Zustimmung des Alliierten Rates.¹¹¹ Dieses Gremium selbst wurde aufgewertet und die bisherigen Militärkommissare zu Hochkommissaren ernannt. Dieses Zweite Kontrollabkommen sollte für sechs Monate gültig sein, enthielt also bereits die Aussicht auf eine weitere Lockerung der Kontrolle oder gar ein Ende der Besetzung. Faktisch blieb es für über neun Jahre bis 1955 in Kraft.

Der Streit um das so genannte „Deutsche Eigentum“ in Österreich gipfelte im Sommer 1946 in einer Konfrontation der Regierung mit der Sowjetunion, führte zu langwierigen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über einen Staatsvertrag¹¹² und prägte mit der Entstehung der USIA-Betriebe die österreichische Industrielandschaft bis 1955 stark. Das Deutsche Eigentum, der Auslandsbesitz des Deutschen Reichs nach dem Krieg, hatten sich die Alliierten in der Konferenz von Potsdam als Teil der Reparationsleistungen Deutschlands zugesprochen. Die Aufteilung sollte „räumlich“, also gemäß den Zonen und den Einflussbereichen erfolgen.¹¹³ In derselben Sitzung wurde beschlossen, dass Österreich keine

¹⁰⁴ Vgl. Thomas Albrich: Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948, In: Günter Bischof and Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 217-244, hier 218; Gabriela Stieber: Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945 - 1960, In: Thomas Albrich, et al. (Hg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck, Wien 1995, 67-94

¹⁰⁵ Vgl. Stieber: Lösung Flüchtlingsproblem, 68

¹⁰⁶ Vgl. ebd., 87

¹⁰⁷ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 52; Rauchensteiner: Stalinplatz, 90f.; ausführlich Rolf Steininger: Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/1946 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2), Innsbruck 1987

¹⁰⁸ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 63-67

¹⁰⁹ Vgl. ebd., 45-48

¹¹⁰ Vgl. William B. Bader: Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955, Wien 2002, 58-64; Rauchensteiner: Stalinplatz, 92-97; Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 48-50; Alfred Ableitinger: Großbritannien und das Zweite Kontrollabkommen. Genese und Gehalt des britischen Regierungsentwurfes vom 4. Februar 1946, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 71-110; Klaus Eisterer: Frankreich und das Zweite Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946, In: Günter Bischof and Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 187-215

¹¹¹ Zur Motivlage für ein solches Loslassen der Kontrollmöglichkeiten vonseiten der Sowjetunion siehe Wolfgang Müller: Anstelle des Staatsvertrages: Die UdSSR und das Zweite Kontrollabkommen 1946, In: Manfred Rauchensteiner and Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 24), Wien u.a. 2005, 291-320

¹¹² Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 85-103

¹¹³ Vgl. ebd., 87f.

Reparationen leisten müsse, wie zunächst von der Sowjetunion gefordert.¹¹⁴ Doch in Österreich lagen rund 62 Prozent des deutschen Auslandsvermögens in ganz Europa¹¹⁵, an dem die Sowjetunion, die enorme Schäden während des Krieges erlitten hatte, sehr stark interessiert war. Das Deutsche Eigentum wurde so zu einem der wichtigsten Bestandteile ihrer Österreichpolitik.¹¹⁶ Allerdings war in Potsdam keine wirkliche Definition vereinbart worden, was alles unter dem „Deutschen Eigentum“ zu verstehen war.¹¹⁷ Und in Österreich hatte es seit dem Anschluss eine sehr starke Verflechtung der hiesigen Industrie mit der deutschen gegeben.¹¹⁸ Österreichische Vermögenswerte waren in deutsche übertragen aber gleichzeitig auch Investitionen getätigt worden. Eine Differenzierung war also schwierig und der Interpretationsspielraum groß. Da vor allem die Großbetriebe betroffen waren, stellte das Problem für Österreich auch eine wirtschaftliche Überlebensfrage dar.

Seit Kriegsende hatte es durch die Sowjetunion bereits umfangreiche Demontagen von Fabrikanlagen innerhalb des Deutschen Eigentums als Ausgleich für die eigenen Kriegsschäden gegeben. Der Zuspitzung des Konflikts im Sommer 1947 gingen Beschlagnahmungen von ganzen Betrieben voraus, die übernommen und weitergeführt wurden. Deren Leitung oblag der im März 1946 gegründeten Verwaltung für Sowjeteigentum im östlichen Österreich, abgekürzt USIA (Upravljenije Sovetskogo Imuščestva v Avstrii), die im Weiteren noch eine besondere Rolle spielen wird.¹¹⁹ Anfang Juli 1947 kam es zur Verlautbarung des „Befehls Nr. 17“, der die Beschlagnahmung und Übernahme sämtlicher deutscher Vermögenswerte in der sowjetischen Besatzungszone anordnete.¹²⁰ Davon betroffen waren 280 Industriebetriebe mit über 50.000 Arbeitern, die Donaudampfschiffahrts-gesellschaft, ein großer Teil der österreichischen Erdölgebiete und etwa 157.000 Hektar Boden.¹²¹ Nach einem ersten Schock reagierte die Regierung trotz Warnungen vonseiten der sowjetischen Besatzung mit dem Verstaatlichungsgesetz vom 17. September 1946. Dementsprechende Gesetzesentwürfe zur Verstaatlichung von Industriebetrieben waren schon seit Anfang des Jahres vorbereitet, konnten allerdings ebenfalls erst durch das neue Kontrollabkommen verabschiedet werden, ohne dass die Gefahr einer Abblockung durch den Alliierten Rat und speziell die Sowjetunion bestand.¹²² Dennoch versuchte die Sowjetmacht das Inkrafttreten im Alliierten Rat erfolglos zu verhindern und in Folge zumindest die Umsetzung in ihrer Besatzungszone zu blockieren. Die politischen Beziehungen zwischen Regierung und Sowjetmacht wurden durch diesen Konflikt weiter stark in Mitleidenschaft gezogen.¹²³ Eine weitere Folge des Befehls Nr. 17 war der bedingte Verzicht der Westmächte auf das in ihren Zonen gelegene Deutsche Eigentum; wohl nicht zuletzt aus politischen und propagandistischen Gründen.¹²⁴ Die in der Sowjetzone gelegenen Betriebe, die unter das Verstaatlichungsgesetz fielen, blieben nichtsdestotrotz bis 1955 dem Zugriff des

¹¹⁴ Molotow forderte Reparationen in Höhe von insgesamt 250 Millionen Dollar, stieß dabei aber auf Widerstand von US-Seite Vgl. ebd., 85; Reinhard Bollmus: Ein kalkuliertes Risiko? Großbritannien, die USA und das "Deutsche Eigentum" auf der Konferenz von Potsdam, In: Günter Bischof and Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 107-126, hier 110; Rauchensteiner: Stalinplatz, 98

¹¹⁵ Vgl. Otto Klambauer: Die USIA-Betriebe, Diss., Univ. Wien, 1979, 26

¹¹⁶ Vgl. Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 401

¹¹⁷ Vgl. zu dieser Thematik Bollmus: Kalkuliertes Risiko

¹¹⁸ Vgl. dazu Klambauer: USIA, 30-54

¹¹⁹ Vgl. ebd., Daneben existierten weitere Verwaltungsbehörden für die österreichischen Erdölfelder (Sowjetische Mineralölverwaltung – SMV) und die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft

¹²⁰ Der Befehl Nr. 17 stammt vom 5. Juli 1946, wurde aber rückdatiert auf den 27. Juni, dem Tag vor dem Inkrafttreten des 2. Kontrollabkommens. Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 100

¹²¹ Vgl. ebd., 100

¹²² Vgl. ebd., 101

¹²³ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 151

¹²⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 102; Klambauer: USIA, 106f.

österreichischen Staates entzogen – nicht nur als Eigentum sondern auch als Steuerquellen. Die unter sowjetischer Verwaltung stehenden Unternehmen Österreichs wurden zu einem „völlig isolierten, gleichsam exterritorialen Wirtschaftskörper“¹²⁵.

Der Beginn des Jahres 1947 steht im Zeichen erstmaliger Staatsvertragsverhandlungen auf der Außenministerkonferenz in London. Zur Sprache kamen dort unter anderem die Problembereiche der jugoslawischen Gebietsansprüche und des Deutschen Eigentums.¹²⁶ Ihre Fortsetzung fanden sie auf der Moskauer Konferenz im März/April 1947, wo das Deutsche Eigentum das Haupthindernis für weitere Einigungen war. Es wurde jedoch vereinbart, eine Vertragskommission einzusetzen, die in Wien zusammentreten sollte.¹²⁷ In diesem Gremium stellte im Oktober der französische General Paul Cherrière einen Lösungsansatz vor, der eine Art Ablöse für das deutsche Eigentum in Österreich vorsah.¹²⁸ Durch diesen „Cherrière-Plan“ wurde eine Verhandlungsgrundlage geschaffen, in die die österreichische Politik ihre Hoffnungen setzte.

Anfang Juni 1947 erreichte die Frage der außenpolitischen Ausrichtung der Republik endgültig die breite Öffentlichkeit. Ein privates, zunächst geheimes Treffen zwischen Bundeskanzler Figl und dem kommunistischen Abgeordneten Ernst Fischer wurde zu einem Skandal und klingend als „Figl-Fischerei“ bekannt.¹²⁹ Die Unterredungen in der Wohnung des ÖVP-Abgeordneten Rudolf Kristofics-Binder drehten sich um mögliche Regierungsumbildungen, denen vor allem äußerst pro-westliche Politiker wie Außenminister Karl Gruber und Innenminister Oskar Helmer zum Opfer fallen sollten. Gruber war auch derjenige, der die Sache an die US-Besatzungsmacht und der von ihr herausgebrachten Tageszeitung „Wiener Kurier“ weiterleitete und so an die Öffentlichkeit brachte.¹³⁰ Die SPÖ fühlte sich hintergangen und die Optik eines solchen Geheimgesprächs geriet gerade zu diesem Zeitpunkt sehr schief.¹³¹ In Ungarn hatten erst Ende Mai die Kommunisten mit Hilfe der Sowjets die Macht übernommen und dabei Regierungschef Ferenc Nagy, der einer der ÖVP vergleichbaren Kleinlandwirte-Partei angehörte, zum Rücktritt gezwungen.¹³² Viele Details dieser Affäre liegen noch im Dunkeln, wie der genaue Inhalt und die Motivationen beider Seiten für diese Gespräche. Auch inwiefern Fischers Vorstoß mit der Sowjetunion abgesprochen war, ist unbekannt.¹³³ Antrieb für eine Regierungsumbildung wäre für die ÖVP vermutlich ein besseres Verhältnis zur Sowjetmacht und somit Fortschritt in den Staatsvertragsverhandlungen gewesen. Bei der KPÖ sieht Rauchensteiner neben einer reinen Ausweitung ihres Einflusses die Absicht, die Regierung zu „sprengen“.¹³⁴

¹²⁵ Rauchensteiner: Stalinplatz, 150

¹²⁶ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 67-80; Rauchensteiner: Stalinplatz, 113f.

¹²⁷ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 101

¹²⁸ Vgl. ebd., 113-121; Margit Sandner: Die französisch-österreichischen Beziehungen während der Besatzungszeit von 1947 bis 1955, Wien 1985, 154-162

¹²⁹ Vgl. Michael Gehler: „...this nine days wonder“? Die „Figl-Fischerei“ von 1947. Eine politische Affäre mit Nachspiel, In: Michael Gehler and Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, Wien u.a. 1995, 346-381; Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945 - 1955, Wien u.a. 1973, 213; Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 104-106; Pelinka: Auseinandersetzung, 190f.; Rauchensteiner: Stalinplatz, 118-120

¹³⁰ Karl Gruber stellte die Ereignisse im Jahr 1953 in seiner Autobiographie dar. Diese Veröffentlichung und damit verbundene Artikel führten zu seiner Demissionierung als Außenminister. Vgl. Karl Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich, Wien 1953, 164-173; Gehler: "Figl-Fischerei", 375-379

¹³¹ Vgl. Gehler: "Figl-Fischerei", 359f.

¹³² Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 120; Der genaue Name der Partei lautete „Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums“

¹³³ Die Darstellung Ernst Fischers ist zu finden in: Fischer: Illusion, 213-230, aus Figls Perspektive bei Ernst Trost: Figl von Österreich, Wien u.a. 1972, 225-230

¹³⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 120

Bemerkenswert ist dabei, wie stark die Öffentlichkeit und der Koalitionspartner auf diese Gespräche reagierten. Pelinka weist im Zusammenhang damit auf die besondere Stellung der KPÖ in Österreich hin: „An sich müssten in einer parlamentarischen Demokratie Kontaktgespräche zwischen der ersten und der dritten Regierungspartei etwas Alltägliches sein, auch wenn die zweite Regierungspartei nicht informiert und eine mögliche Kursänderung der Regierungspolitik diskutiert worden wäre. Aber die KPÖ war nicht irgendeine Partei.“¹³⁵ Die Westorientierung Österreichs hatte bereits vor diesem Zeitpunkt begonnen, die „Figl-Fischerei“ und die Sensibilität, mit der Politik und Öffentlichkeit auf diese Gespräche reagierten, zeigten allerdings wie fortgeschritten sie auch außerhalb der politischen Kreise war.

Ebenfalls im Frühjahr des Jahres 1947 begannen amerikanische Hilfsprogramme für die marode europäische Wirtschaft anzulaufen. Ein erstes Auslandhilfeprogramm in Höhe von 350 Millionen Dollar enthielt auch 85 Millionen für Österreich. Eine weitere Erleichterung in finanzieller Hinsicht brachte der Verzicht der USA auf die Besatzungsgelder, was ihr in der Bevölkerung einen richtiggehenden Sympathieschub einbrachte.¹³⁶ Die wirkliche Abhilfe kam allerdings mit dem Anlaufen des „European Recovery Program“ (ERP) unter dem neuen US-Außenminister George Marshall, dadurch in erster Linie bekannt als „Marshallplan“.¹³⁷ Die Einladung daran teilzunehmen war an alle Staaten Europas außer Spanien ausgesprochen worden – auch an die Sowjetunion. Einige der osteuropäischen Staaten, insbesondere die Tschechoslowakei und Polen, waren einer Teilnahme nicht abgeneigt, zogen erfolgte Zusagen aber unter sowjetischem Druck zurück.¹³⁸ Die Spaltung Europas war somit um ein weiteres Stück vorangetrieben worden. Die Teilnahme Österreichs hatte die Regierung rasch beschlossen, auch wenn das Land mit seiner vierfachen Besatzung einen ganz besonderen Fall darstellte: Es war das einzige am Marshallplan teilnehmende Land, das zumindest teilweise im sowjetischen Machtbereich lag. Doch auch der kommunistische Minister Karl Altmann hatte seine Zustimmung gegeben.¹³⁹

Die wirtschaftlichen Probleme sollten im August 1947 durch ein erstes Lohn-Preis-Abkommen teilweise gelöst werden. Eng damit verknüpft war das Währungsschutzgesetz im November, das gemeinsam mit den Preiskontrollen eine Grundlage für die US-amerikanische Kongresshilfe darstellte.¹⁴⁰ Es war zu viel Geld im Umlauf und der Schilling wurde um ein Drittel abgewertet. Politische Folge war das Ausscheiden des einzigen kommunistischen Ministers Altmann aus der Regierung, der sein Amt aus Protest gegen dieses Gesetz zurücklegte.¹⁴¹

Ein Schock für die Weltöffentlichkeit und vor allem für den Nachbar Österreich war die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948, auch als „Februarumsturz“ oder „Februarputsch“ bekannt. Nach dem Krieg war der Einfluss der

¹³⁵ Pelinka: Auseinandersetzung, 191

¹³⁶ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 122

¹³⁷ Vgl. dazu Wilfried Mähr: Der Marshallplan in Österreich, Graz, Wien u.a. 1989

¹³⁸ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 106, Rauchensteiner: Stalinplatz, 123f.

¹³⁹ Die genauen Hintergründe dafür sind unklar. Stourzh hält eine Überrumpelung für möglich. Es gibt aber auch Anzeichen, dass eine Teilnahme Österreichs im Interesse der Sowjetunion war, da auch Betriebe in ihrer Zone – wenn auch weit schwieriger – in den Genuss von Marshallplanhilfe kommen konnten. vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 106 u. 109

¹⁴⁰ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 126

¹⁴¹ Die Zustimmung der Sowjetunion, die im schlimmsten Fall die Anwendung des Gesetzes verhindern und so das Land in zwei Währungszonen teilen konnte, erhielt man durch eine halb so starke Abwertung ihrer Schillingguthaben Vgl. ebd., 127

kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei besonders stark ausgefallen und im Parlament bildete sie die stärkste Kraft. Nach einer politischen Konfrontation innerhalb der Einheitsregierung traten die nichtkommunistischen und nichtsozialistischen Mitglieder des Regierungskabinetts zurück. Anstatt Neuwahlen durchzuführen, wurde Präsident Edvard Beneš unter dem Druck von Massendemonstrationen, der Androhung eines Generalstreiks und dem Einmarsch sowjetischer Truppen dazu gebracht, die neue Regierung anzuerkennen, die nur mehr aus Kommunisten und prokommunistischen Sozialisten bestand.¹⁴²

Alarmierend war für den Westen vor allem, dass die Tschechoslowakei als durchaus stabiles politisches System mit westlicher Prägung galt und sich zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtübernahme kein einziger sowjetischer Soldat in diesem Land befand.¹⁴³ Die Machtübernahme wurde als Musterbeispiel eines kommunistisch geführten Umsturzplanes gesehen, der auch in anderen Ländern zur Anwendung kommen könnte oder bereits im Gange war. Als besonders gefährdet galten Frankreich und Italien, die beide ebenfalls über verhältnismäßig starke kommunistische Parteien verfügten und natürlich Österreich mit seiner sowjetischen Teilbesatzung.¹⁴⁴ Besondere Anspannung herrschte durch die im März anstehenden Wahlen in Italien. Die Regierung Frankreichs hatte bereits im Herbst 1947 Truppen aus Österreich nach Frankreich zurückverlegt, weil dort ein kommunistischer Staatsstreich befürchtet wurde.¹⁴⁵ Zeitgleich zur Krise in der Tschechoslowakei begann Stalin, starken Druck auf Finnland auszuüben, einen Freundschaftsvertrag zu unterzeichnen, der jenen mit den osteuropäischen Satellitenstaaten stark ähnelte.¹⁴⁶ Die Sowjetunion schien auf dem Vormarsch zu sein.

In der österreichischen Politik wurde auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei mit weitgehenden Bekenntnissen reagiert, die klarmachen sollten, dass Ähnliches in Österreich nicht passieren konnte. Die ÖVP zeigte sich kampfbereit und die SPÖ betonte ihre antikommunistische Linie stärker.¹⁴⁷ Ihr rechter Flügel gewann so weiter an Macht und die beiden Parteien rückten noch näher zusammen. Stimmen aus der ÖVP, die anlässlich der Rolle der Sozialisten in der Tschechoslowakei auch in Österreich nicht mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten unterschieden, wurden von Julius Raab zurückgepfiffen. Im Gewerkschaftsbund wurde Mitgliedern mit dem Ausschluss gedroht, sollten sie sich an Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten beteiligen und es entwickelte sich eine gewisse Sensibilisierung gegenüber Massenveranstaltungen und Arbeitermobilisierungen der KPÖ.¹⁴⁸ Tatsächlich folgten bereits Anfang März erneut Demonstrationen mit kommunistischer Beteiligung.

Österreich bekam durch diese Ereignisse mehr Aufmerksamkeit und eine höhere Priorität in der Politik der Westalliierten.¹⁴⁹ Gleichzeitig waren sie aber auch die Ursache für neuerliche Verzögerungen in den Staatsvertragsverhandlungen. Die USA befürchteten, dass nach einem Abzug der Besatzungsmächte Österreich ebenfalls unter zu starken Einfluss der Sowjetunion geraten könnte, nicht zuletzt durch die starke wirtschaftliche Position der Sowjetunion im

¹⁴² Vgl. Günter Bischof: "Prag liegt westlich von Wien": Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluß auf Österreich, In: Günter Bischof and Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 315-346, hier 317-324, Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 123-127; Rauchensteiner: Stalinplatz, 136f.

¹⁴³ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 123; Rauchensteiner: Stalinplatz, 136f.

¹⁴⁴ Vgl. Bischof: Prag, 318f.

¹⁴⁵ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 130

¹⁴⁶ Vgl. Bischof: Prag, 319

¹⁴⁷ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 137

¹⁴⁸ Vgl. ebd.

¹⁴⁹ Vgl. Bischof: Prag, 317

östlichen Österreich.¹⁵⁰ Vor allem unter den Militärs gab es starke strategisch-militärische Bedenken gegen einen Abzug, ehe nicht eine ausreichende österreichische Sicherheitstruppe vorhanden sei.¹⁵¹

Auch der weitere Verlauf des Jahres 1948 brachte den schwelenden Konflikt zwischen Ost und West immer stärker ans Tageslicht. In Österreich wurden in Folge auch die Ängste, ein Schauplatz dieses Konflikts zu werden, immer größer. Auf die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei folgte der Beginn der Berlin-Blockade, die unter den westlichen Besatzungsmächten zu Sorge führte. Denn die erste Teilblockade Berlins im April 1948 hatte auch Auswirkungen in Wien gezeigt. Es kam zu strengeren Kontrollen amerikanischer und britischer Fahrzeuge bei der Zonendurchquerung und auf den Zufahrtsstraßen zu den westlichen Flughäfen in der sowjetischen Zone.¹⁵² Diese Restriktionen im Zugang zur Stadt hörten nach westlichem Protest im Alliierten Rat allerdings auf. Im Gegensatz zu Berlin waren in Wien alle Land-, Bahn- und Luftkorridore im Ersten Kontrollabkommen schriftlich festgelegt worden.¹⁵³ Die zweite Berlin-Blockade begann am 24. Juni 1948 mit dem vollständigen Abschneiden der Stadt von der Landzufuhr und der Notversorgung Berlins durch eine Luftbrücke der Westalliierten. Die politisch-geographische Ähnlichkeit zwischen Berlin und Wien war nicht zu übersehen und die Blockaden im April hatten Wirkung gezeigt. Auch in der österreichischen Hauptstadt wurde die Möglichkeit einer Blockade gefürchtet oder zumindest angedacht. Das größte Problem stellten hier allerdings die Flughäfen dar.¹⁵⁴ Bereits bei der langwierigen Zonenaufteilung Wiens 1945 mussten die Westalliierten auf frei zugängliche Flughäfen verzichten und hatten lediglich kleine Landepisten am Donaukanal und in Schönbrunn zur Verfügung, die nur einmotorige Verbindungsflugzeuge anfliegen konnten.¹⁵⁵ Eine Versorgungsflugbrücke wie in Berlin wäre also enormen Schwierigkeiten ausgesetzt gewesen.¹⁵⁶ Aber ebenso war eine Zweiteilung Wiens nach Berliner Muster alleine durch den gemeinsam verwalteten 1. Bezirk und die ungleichmäßige Aufteilung der britischen und sowjetischen Zonen nur schwer möglich.¹⁵⁷ Und während sich der Kontrollrat in Berlin auflöste, setzte der Alliierte Rat in Wien seine Sitzungen während der gesamten Krise fort.¹⁵⁸

Diese beiden Ereignisse prägten wohl am stärksten pessimistische Vorstellungen von Österreichs Zukunft und Szenarien eines kommunistischen Putsches oder einer Teilung des Landes. Während der Ereignisse im September und Oktober 1950 war daraus leicht eine Vielzahl an Parallelen zu ziehen und die Schwäche der österreichischen Kommunisten wurde hier durch die Anwesenheit der Sowjetmacht ausgewogen. Die Stimmung war in Österreich äußerst angespannt und es kursierte 1948 eine Vielzahl entsprechender Gerüchte.¹⁵⁹ Der französischen Besatzungsmacht fiel sogar ein „Aktionsplan“ der KPÖ für eine Machtübernahme in die Hände.¹⁶⁰ Während westliche Diplomaten gute Gründe sahen, warum eine

¹⁵⁰ Ebd., 320-324; Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 132

¹⁵¹ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 134

¹⁵² Vgl. Bischof: Prag, 325; Hugo Portisch/Sepp Riff: Der lange Weg zur Freiheit. Österreich II, Bd. 2, Wien 1986, 340f.

¹⁵³ Vgl. Bischof: Prag, 325

¹⁵⁴ Vgl. Schmid: Rosinenbomber über Wien; Richard Hufschmied: Wien im Kalkül der Alliierten (1948 - 1955): Maßnahmen gegen eine sowjetische Blockade, Wien, Graz 2002, 41-51

¹⁵⁵ Vgl. Schmid: Rosinenbomber über Wien, 179

¹⁵⁶ Dennoch wurden unter dem Codenamen „Squirrel Cage“ Vorräte angelegt und die Anlage eines Flugplatzes in der westlichen Zone der Stadt auf der Simmeringer Haide geplant. Vgl. ebd., 180 sowie 188-191

¹⁵⁷ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 140

¹⁵⁸ Vgl. ebd., 140

¹⁵⁹ Vgl. Bischof: Prag, 336f.

¹⁶⁰ Vgl. Günter Bischof: "Austria looks to the West" Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre, In: Thomas Albrich, et al. (Hg.), Österreich in den

Teilung Österreichs zu diesem Zeitpunkt nicht im Interesse der Sowjets war¹⁶¹, schien das den österreichischen Kommunisten aber nicht völlig klar zu sein. In einem Gespräch mit dem außenpolitischen Kurator der KpdSU Andrej A. Ždanov im Februar 1948 brachten sie die Teilung Österreichs zur Sprache, handelten sich aber eine Abfuhr ein.¹⁶² Vorsichtsmaßnahmen wurden dennoch getroffen. Hugo Portisch berichtet, dass die Regierung einige der wertvollsten Kunstgegenstände Österreichs unversichert ins Ausland verschifft um für eine Exilregierung im Notfall Mittel zur Verfügung zu haben.¹⁶³ Auch der Gewerkschaftsbund verschob Gelder ins Ausland.¹⁶⁴ Auf dieses ereignisreiche Frühjahr folgte jedoch ein weitgehend ruhiger Sommer.

Im Laufe des Jahres 1948 kam es zu beinahe 300 Fällen von Verhaftungen und Verschleppungen durch sowjetische Behörden.¹⁶⁵ Die Hintergründe für diese Vorfälle sind unklar. Es dürfte sich in erster Linie um Geheimdienstaktivitäten gehandelt haben¹⁶⁶, aber auch eine Einschüchterungstaktik der Sowjetmacht ist nicht ausgeschlossen. Sie wurden in der österreichischen Öffentlichkeit zumindest als eine solche wahrgenommen und insbesondere unter der Beamtenschaft lösten die Verhaftungswellen eine enorme Verunsicherung aus.¹⁶⁷ Die aufsehenerregendsten Fälle waren die des Wiener Kriminalinspektors Anton Marek und der jungen Beamtin Margarethe Ottilinger. Marek war im Innenministerium Leiter einer Abteilung, die subversiven kommunistischen Aktivitäten nachgehen sollte¹⁶⁸, Ottilinger war in der Planungssektion des Wirtschaftsplanungsministeriums zuständig für den Marshallplan und sollte den Wert der USIA-Betriebe erfassen.¹⁶⁹ Beide wurden der anti-sowjetischen Spionage beschuldigt und bis 1955 in der Sowjetunion in Arbeitslagern festgehalten.¹⁷⁰

Eine wesentliche Folge des Jahres 1948 war die beginnende Wiederbewaffnung Österreichs. Mit der Aussicht auf mögliche Staatsverträge wurde es von den Westalliierten immer mehr als dringliches Problem empfunden, nach Abzug der Besatzungstruppen ein militärisches Vakuum zu verhindern.¹⁷¹ Im Falle einer innerösterreichischen Konfrontation wurde von westlichen Beobachtern der Werkschutz der USIA-Betriebe und der SMV als größter Unsicherheitsfaktor gesehen.¹⁷² Der Werkschutz wurde bereits im Frühjahr 1946 gegründet

Fünzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Wien 1995, 183-209, 187. Die Echtheit ist allerdings umstritten. Vgl. Oliver Rathkolb: Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953 - 1963, Wien u.a. 1997, 20

¹⁶¹ Vgl. Bischof: Prag, 329

¹⁶² Vgl. Wolfgang Müller: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, In: *Zeitgeschichte* 32 (2005), 1, 47-54. Mehr dazu im folgenden Kapitel.

¹⁶³ Vgl. Portisch/Riff: Österreich II, 302-306. Die Kunstwerke waren im Rahmen einer Ausstellung von 1946 bis 1952 um die Welt gereist.

¹⁶⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 142

¹⁶⁵ Vgl. Bischof: Prag, 327

¹⁶⁶ Zu dieser Auffassung kommt der amerikanische Gesandte Erhardt in einer ausführlichen Analyse der Entführungsfälle in Martin F. Herz/Reinhold Wagnleitner: *Understanding Austria. The political reports and analyses of Martin F. Herz, political officer of the US legation in Vienna 1945 - 1948* (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 4), Salzburg 1984: Despatch, 4. Juni 1948, 399-404

¹⁶⁷ Vgl. Stourzh: *Um Einheit und Freiheit*, 143 sowie Herz/Wagnleitner: *Understanding: Compendium of Austrian politics*, 2. Dezember 1948, 606-608

¹⁶⁸ Vgl. Bischof: Prag, 327

¹⁶⁹ Vgl. ebd., 335; Portisch/Riff: Österreich II, 324; Weitere Hintergründe bei Stefan Karner: *Zur Politik der sowjetischen Besatzungs- und Gewahrsamsmacht. Das Fallbeispiel Margarethe Ottilinger*, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955*, Wien, Graz u.a. 1998, 401-430

¹⁷⁰ Siehe weiters zu diesen beiden Fällen Portisch/Riff: Österreich II, 324-327, 356-356 sowie 500-504

¹⁷¹ Vgl. dazu Kapitel 7.1 Westorientierung und Militarisierung

¹⁷² Vgl. Bischof: Prag, 334; SMV steht für Sowjetische Mineralölverwaltung

und 1948 weiter ausgebaut. Offizielle Aufgabe war der Schutz vor Sabotageakten insbesondere bei den Erdölfeldern in Niederösterreich. Er bestand aus etwa 1.500 bis 2.000 Mann, die mit Gewehren, Pistolen und auch einigen Maschinengewehren ausgestattet waren, eine gewisse militärische Ausbildung hatten und auch über ausreichende Motorisierung verfügten.¹⁷³ Das wirkliche Gefahrenpotential einer solchen Truppe im Nachkriegsösterreich bestand aber in der schlechten und uneinheitlichen Bewaffnung von Gendarmerie und Polizei und in deren Weisungsgebundenheit gegenüber den Besatzungsmächten in deren Zonen.¹⁷⁴

Eine Veränderung im politischen Bereich ergab sich aus dem Auftritt einer neuen Partei, dem Verein der Unabhängigen (VdU), der in Salzburg von den Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann gegründet wurde. Für die anstehende Wahl im Herbst 1949 waren erstmals wieder ehemalige „minderbelastete“ Nationalsozialisten zugelassen, für die eine solche Partei ein Sammelbecken bilden konnte und deren Interessen sie auch vertrat.¹⁷⁵ Die Zulassung dieser Partei benötigte ein neues Wahlgesetz, was zu einem Verwirrspiel zwischen den beiden Großparteien unter Einbeziehung der alliierten Mächte führte. Vonseiten der SPÖ wurde eine vierte Partei als eine Möglichkeit zur Schwächung der ÖVP gesehen und dementsprechend unterstützt, während letztere eine Gründung mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Die Besatzungsmächte stimmten nach sehr wechselnden Positionen der Wahlgesetzänderung im Alliierten Rat zu.¹⁷⁶ Schlussendlich buhlten auch ÖVP und SPÖ um die neue Wählergruppe, die etwa eine halbe Million Menschen umfasste¹⁷⁷ und öffneten ihre Parteistrukturen für die „Ehemaligen“¹⁷⁸. Die Kommunisten hatten ein Wahlbündnis als „Linksblock“ mit den Linkssozialisten unter Erwin Scharf geschlossen und setzten ebenfalls starke Hoffnungen in diese Wahl. Das Ergebnis der Wahl vom 9. Oktober 1949 war in erster Linie ein Erfolg für die neue Partei, den „Wahlverband der Unabhängigen“¹⁷⁹, änderte aber nichts an der Regierungszusammenstellung. Die Große Koalition wurde weitergeführt.

In Sachen Staatsvertrag gab es Mai/Juni 1949 auf der Außenministerkonferenz in Paris einen Durchbruch. Die Alliierten einigten sich in mehreren Themen auf Kompromisse und auch die mögliche Ablöse für das Deutsche Eigentum nahm dem Cherrière-Plan folgend konkretere Formen an.¹⁸⁰ Vonseiten der USA wurde aber immer klarer, dass es keinesfalls in den Interessen der Militärs lag, Österreich ohne entsprechende sicherheitspolitische Strukturen zu verlassen.¹⁸¹ Interne Spannungen zwischen der militärischen Führung und dem State Department traten auf und es kam zur Verschleppung der Verhandlungen durch die USA.¹⁸² Im Winter 1949/50 schwenkte jedoch die Sowjetunion neuerlich in ihrem Kurs. Hatte sie bislang den Staatsvertrag im Zuge des Cherrière-Planes begrüßt, waren sie es nun, die die Verhandlungen verschleppten. Vermutet wird, dass der Konflikt mit Jugoslawien hier eine taktische Rolle spielte. Verschiedenste offene Fragen, wie die so genannten „Erbsenschulden“, die Diskussion um den Status von Triest oder die mangelnde

¹⁷³ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 143

¹⁷⁴ Vgl. ebd., 143; Pelinka: Auseinandersetzung, 187

¹⁷⁵ Siehe dazu Max E. Riedlsperger: *The lingering shadow of nazism. The Austrian independent party movement since 1945* (East European monographs 42), Boulder 1978; Viktor Reimann: *Die dritte Kraft in Österreich*, Wien u.a. 1980

¹⁷⁶ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 159f., Müller: Sowjetische Besatzung, 210f.

¹⁷⁷ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 160

¹⁷⁸ Vgl. ebd., 157f., Aber auch die Kommunisten und die Sowjetunion unterstützten Splittergruppen des VdU wie die prosowjetisch und nationalsozialistisch eingestellte „Nationale Liga“ vermutlich um das Lager zu spalten. Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 214-219

¹⁷⁹ Ergebnis: ÖVP 77 Mandate, SPÖ 67, WdU 16, Linksblock 5, vgl. Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl vom 9. Oktober 1949, <www.bmi.gv.at> (31.10.2010)

¹⁸⁰ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 161f.

¹⁸¹ Vgl. Bischof: *Austria looks to the West*, 189; Rauchensteiner: Stalinplatz, 169

¹⁸² Vgl. Stourzh: *Um Einheit und Freiheit*, 163-165

Entnazifizierung, wurden immer wieder ins Feld geführt und verhinderten eine Einigung.¹⁸³ Die Staatsvertragsverhandlungen schienen fürs erste gescheitert.

Das Jahr 1949 brachte außerdem weitreichende weltpolitische Veränderungen, die das Klima im Kalten Krieg weiter verschärften. Mit dem Bekanntwerden der erfolgreichen sowjetischen Atombombentests im September begann eine neue Phase in diesem weltumspannenden Konflikt, der als „Gleichgewicht des Schreckens“ bekannt werden sollte. China vergrößerte durch den Sieg von Mao Zedong den kommunistischen Block. Die NATO wurde am 4. April 1949 gegründet. Die Teilung Deutschlands war durch die Gründung der BRD und der DDR so gut wie abgeschlossen und der sowjetisch-jugoslawische Konflikt fand eine weitere Steigerung.¹⁸⁴

Von April bis Oktober 1950 wurden von den Westmächten ihre militärischen Hochkommissare durch zivile ausgetauscht. Bei der sowjetischen Besatzungsmacht hatte es bereits im Vorjahr einen Wechsel des Hochkommissars gegeben, der in Österreich ein wenig Besorgnis erregte. General Sviridov, seit Mai 1949 in Österreich, war zuvor Hochkommissar in Ungarn und dort nicht unwesentlich am Staatsstreich 1947 beteiligt gewesen.¹⁸⁵ Befürchtungen traten auf, dass er diese Rolle in Österreich wiederholen sollte. Am 25. Juni 1950 war der Koreakrieg ausgebrochen. Er zeigte auch sehr bald Auswirkungen auf Österreich. Die Preise stiegen, eine allgemeine Nervosität griff um sich und auch die Hilfslieferungen konnten nicht mehr im gleichen Umfang geleistet werden.¹⁸⁶ Ein Übergreifen auf Europa wurde nicht ausgeschlossen und entsprechende Verteidigungsplanungen weiter vorangetrieben, die auch Österreich miteinbezogen.¹⁸⁷

Diese gesamte weltpolitische Situation und die entsprechende Anspannung dürfen keinesfalls unterschätzt werden, wenn die Oktoberstreiks und ihre Rezeption behandelt werden. Um bereits etwas vorwegzunehmen, dürfte hier eine Stimmung aus politischem Pragmatismus und tatsächlicher Furcht bestanden haben. Die Ängste waren auch verständlich, denn in einem von vielen erwarteten Konflikt befand sich Österreich zwischen den Frontlinien, mehr noch hatte es die Konfliktparteien bereits innerhalb seiner Grenzen. Manfred Rauchensteiner beschreibt die Ausgangssituation im Herbst 1950 sehr treffend:

„Unter den geschilderten Voraussetzungen – dem Krieg in Korea, einer auf Österreich überspringenden Kriegshysterie – und angesichts zunehmender innenpolitischer Spannungen bekam jedes Ereignis seine besondere Optik. Und jedesmal schien der Staat auf dem Spiel zu stehen. Als es wieder einmal so weit war, konnte eigentlich niemand überrascht sein.“¹⁸⁸

¹⁸³ Vgl. ebd., 178

¹⁸⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 171; Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 165

¹⁸⁵ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 177

¹⁸⁶ Vgl. ebd., 178

¹⁸⁷ Vgl. dazu das Kapitel 7.1 Westorientierung und Militarisierung

¹⁸⁸ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 180

3. Die KPÖ in der Zweiten Republik – Geschichte, Haltung und Strategie

Aus einer Darstellung der Geschichte der KPÖ vor den Oktoberstreiks 1950 lassen sich vor allem zwei Dinge erhoffen: Zum Ersten ein Verständnis der Haltung und Strategie einer österreichischen kommunistischen Partei und zum Zweiten auch bereits die Rolle, die sie in Gesellschaft und politischem System eingenommen hatte. Das zum Teil sehr widersprüchliche Verhalten der österreichischen Kommunisten während der Streiks lässt sich mit dem Hintergrund der Geschichte dieser Partei, ihrer Situation in der Besatzungszeit und durch den sehr wichtigen ideologisch-theoretischen Einfluss besser verstehen. Gerade auch in Hinblick auf den Streitpunkt um den Begriff „Putsch“ lassen sich unterschiedliche Interpretationen der Ereignisse im Herbst 1950 und deren unterschiedliche Rezeption erklären.

Im Parteiensystem Österreichs hatte die KPÖ bis 1945 nie wirklich eine Rolle gespielt.¹⁸⁹ Seit ihrer Gründung nach dem Ersten Weltkrieg am 3. November 1918 – nach Russland und Finnland ist sie die drittälteste kommunistische Partei weltweit – war sie kein einziges Mal in einem Landtag oder dem Nationalrat vertreten. Im Gegensatz zu anderen Ländern gelang es den Kommunisten in Österreich nie, in der Arbeiterschaft eine ernsthafte Bedrohung für die übermächtigen Sozialdemokraten zu werden.¹⁹⁰ Zu Beginn der Ersten Republik bildeten allerdings Arbeiter- und Soldatenräte einen politischen Faktor. Ihr Ziel war eine „deutschösterreichische Räterepublik“ nach bayrischem und ungarischem Vorbild.¹⁹¹ Im Herbst 1918 und im Frühjahr sowie im Sommer 1919 kam es in Wien zu Unruhen und putschistischen Aktionen an deren Spitze Kommunisten standen.

Am bekanntesten sind wohl die Ereignisse des 12. Novembers 1918 während der Proklamation der Republik vor dem Parlamentsgebäude in Wien. „Rote Garden“ und andere der Volkswehr zugehörige, linksradikale Soldaten rissen den weißen Mittelstreifen der neuen rot-weiß-roten Fahnen des Parlaments heraus und hissten die verknoteten roten Streifen. Mehrere kommunistische Redner forderten die Gründung einer sozialistischen Republik, bis die Lage eskalierte und es zu einer Schießerei vor dem Parlament kam. Gleichzeitig wurde die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ besetzt.¹⁹² Zu Ostern 1919 kam es bei Demonstrationen von Invaliden und Arbeitslosen wieder zu blutigen Auseinandersetzungen und Schießereien

¹⁸⁹ Zur Geschichte der KPÖ siehe Pelinka: Auseinandersetzung; Heinz Gärtner: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ - Analyse einer sowjetabhängigen Partei (Zwischen Moskau und Österreich; Analyse einer sowjetabhängigen KP, Wien 1979; Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987; Alfred Stalzer: Zwischen Anpassung und Isolation. Zur Integration der KPÖ in das politische System Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 1986; Josef Ehmer: Die Kommunistische Partei Österreichs, In: Herbert Dachs and Emmerich Tálos (Hg.), Die Zweite Republik. Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 3. erw. u. völlig neubearb. Auflage 1997, 323-332; Manfred Mugrauer (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009; Barry McLoughlin/Hannes Leidinger/Verena Moritz: Kommunismus in Österreich 1918 - 1938, Innsbruck, Wien u.a. 2009; Eine umfangreiche Bibliographie zur Geschichte der KPÖ findet sich auf Alfred Klahr-Gesellschaft: Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Auswahl), <<http://www.klahrgesellschaft.at/Bibliographie.html>> (31.10.2010)

¹⁹⁰ Vgl. die Wahlergebnisse der Nationalratswahlen bei Ehmer: KPÖ, hier 324: 1920, 27.000 Stimmen, 0,9 %; 1923: 22.000, 0,7 %; 1927: 16.181, 0,4 %; 1930: 20.879, 0,6 %.

¹⁹¹ Vgl. Hans Hautmann: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (Europäische Perspektiven), Wien u.a. 1971; Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983, 23-25

¹⁹² Vgl. Botz: Gewalt in der Politik, 32-36; Hautmann: Räterepublik, 84-88

vor dem Parlament, die als „Gründonnerstagsputsch“¹⁹³ berühmt wurden. Es handelte sich dabei vermutlich um eine putschistische Aktion ungarischer Kommunisten und des radikalen Flügels der österreichischen KP.¹⁹⁴ Die Räterepublik war in Ungarn unter Béla Kun bereits verwirklicht worden und hatte zu diesem Zeitpunkt großen Einfluss auf die österreichischen Kommunisten. Am 15. Juni 1919 kommt es zu den blutigen Ereignissen in der Wiener Hörlgasse.¹⁹⁵ Für diesen Tag war eine Demonstration gegen die Entwaffnung der Volkswehr geplant, wobei es von Teilen der KP – wiederum unter ungarischem Einfluss – Pläne für die Errichtung einer Räterepublik in Österreich unter dem Druck der Demonstranten und Teilen der Volkswehr gab.¹⁹⁶ Die Wiener Polizei verhaftete aus diesem Grund am Vortag präventiv 122 Kommunisten, darunter das Direktorium der Partei. Die führerlose Demonstration am nächsten Tag zog darauf zum Polizeigefangenenhaus am Donaukanal um die Freilassung der Inhaftierten zu fordern, wo es zum Zusammenstoß mit der Stadtschutzwache kam. Diese eröffnete das Feuer, was zu 20 Todesopfern und etwa 50 Schwerverletzten unter den Demonstranten führte.¹⁹⁷ Dass es nicht zum Bürgerkrieg oder zum politischen Umsturz kam, lag daran, dass ein Eingreifen kommunistischer Volkswehrverbände verhindert werden konnte.¹⁹⁸

Bei all diesen Auseinandersetzungen wurde eine Putschabsicht von kommunistischer Seite im Nachhinein geleugnet. Es bietet sich an dieser Stelle an, mittels einiger Differenzierungen das dialektische Problem aufzuzeigen und einige Verwirrungen zu lösen, die auch in der Rezeption von 1950 immer wieder eine Rolle spielen. Kommunistische Pläne zur Macht-ergreifung bzw. zur Errichtung einer „Räterepublik“ oder der „Diktatur des Proletariats“ setzen häufig auf Massendemonstrationen und auf die „Spontaneität der Massen“, unter deren Druck Regierungen zurücktreten oder zerbrechen. Ein solches Vorgehen wird in der kommunistischen Auffassung keineswegs als „Putsch“ angesehen, sondern als „Revolution“.¹⁹⁹ Der Machtwechsel soll entsprechend Lenins Revolutionstheorie von unten geschehen durch die Arbeitermassen, durch das Zusammenspiel der „subjektiven“ und „objektiven“ Faktoren in der „revolutionären Situation“.²⁰⁰ Eine Revolution von oben, als was auch ein Putsch oder ein Staatsstreich betrachtet wird, gilt in der Theorie als „blanquistisch“²⁰¹ und „unmarxistisch“. Nichtsdestotrotz hat es immer wieder Strömungen und Gruppen gegeben, die eine „revolutionäre Situation“ zu erkennen glaubten und den letzten Anstoß auch durch Initiative einer Minderheit geben wollten. Solches dürfte gerade im April und im Juni 1919 der Fall gewesen sein.²⁰²

¹⁹³ Botz: Gewalt in der Politik, 48

¹⁹⁴ Vgl. ebd., 52; Hautmann: Räterepublik, 149f.; Hans Hautmann: Die Untersuchungskommission des Arbeiterrates über die Vorfälle des 15. Juni 1919 in Wien, In: Manfred Mugrauer (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 95-144, hier 98

¹⁹⁵ Vgl. Botz: Gewalt in der Politik, 64-70; Hautmann: 15. Juni 1919

¹⁹⁶ Die Hauptplaner scheinen der ungarische Emissär Ernst Bettelheim und wiederum der linke Parteiflügel unter Ernst Koritschoner gewesen zu sein. Vgl. Hautmann: 15. Juni 1919, 99-104

¹⁹⁷ Vgl. Botz: Gewalt in der Politik, 67

¹⁹⁸ Vgl. ebd., 68

¹⁹⁹ „Putsch, allgemein ein Gewaltakt, der mit dem Ziel des Sturzes einer amtierenden Regierung und der Übernahme der Regierungsgewalt übernommen wird [...] Im Unterschied zur Revolution wird mit einem Putsch meist nicht der Umsturz der politischen und gesellschaftlichen Strukturen angestrebt, sondern der Austausch des politischen Führungspersonals und die Kursänderung der Staatstätigkeit in einzelnen Politikfeldern.“, „Putsch“ in Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart, 3. Auflage 2010, 651f.

²⁰⁰ Vgl. Gerhard Botz: Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918 (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 9), Frankfurt a.M. u.a. 1987, 29f.

²⁰¹ Benannt nach Louis-Auguste Blanqui, der im 19. Jahrhundert eine entsprechende Theorie aufstellte

²⁰² Vgl. Hautmann: 15. Juni 1919, 102f.

Julius Deutsch, der einflussreiche SP-Politiker und Spanienkämpfer, verwendet die folgende Unterscheidung: „Die Revolution ist die Erhebung großer Teile des Volkes, ihr Ziel ist eine weitgehende, politische oder ökonomische Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse. [...] Der Putsch dagegen setzt sich durch einen Überfall einer kleinen Minderheit in den Besitz der Staatsmacht. Er versucht, durch einen militärischen Handstreich den Gegner niederzuschlagen und sich der Regierung zu bemächtigen.“²⁰³ Die wichtigsten Merkmale eines Putsches sind nach dieser Definition die avantgardistischen Tendenzen sowie die geplante Aktion. Sie sind zumindest im November 1918 zu erkennen. Das Ziel der Errichtung einer Räterepublik wird von der KPÖ keinesfalls geleugnet, der Vorwurf des Putsches daher aber vehement abgelehnt.²⁰⁴ Im Gegensatz dazu verwendet Gerhard Botz für die beschriebenen Ereignisse 1918 und 1919 sämtlich die Bezeichnung „Putsch“. Er vertritt eine andere Auffassung des Begriffs. Für ihn liegen alle Merkmale eines „auf die Spontaneität der Massen aufgebauten Putschversuches“²⁰⁵ vor. Anders als in deren Selbstverständnis baut die Taktik „linksradikaler“ Gruppierungen für ihn auf dem Auslösen von revolutionären Massenaktionen durch eine „intellektuelle und militärische Avantgarde“²⁰⁶ auf. Somit ist es lediglich eine terminologische Frage, ob diese Taktik bei Fehlschlägen als „putschistisch“ bezeichnet wird oder nicht.²⁰⁷

Diese unterschiedlichen Auffassungen des Begriffs „Putsch“ in einem sehr weiten Sinn als eine mehr oder minder gewaltsame Machtergreifung durch eine Minderheit (ein weiterer Punkt der unterschiedliche Auslegungen zulässt) oder in einem sehr engen Sinn, wie von den Kommunisten genutzt, als geheim geplante und handstreichartig durchgeführte Besetzung der Regierungsstellen, führt zu der häufig sehr müßigen Diskussion um „Putsch“ oder „Revolution“ oder betreffend das Jahr 1950 „Putsch“ oder „Streik“. Einziges verbindendes Element dieser beiden Sichtweisen ist die „Geplantheit“, die, wie wir sehen werden, auch in der Auseinandersetzung um die Oktoberstreiks eine Rolle spielt.

Es sei vorweg gesagt, dass diese Ereignisse sich in mehrfacher Weise deutlich von jenen nach 1945 und speziell im Herbst 1950 unterschieden. Die Gewaltbereitschaft war zu Beginn der Ersten Republik weit größer und Schusswaffen wurden von der Exekutive wie auch von Demonstranten eingesetzt, was zu den hohen Opferzahlen führte. Durch das schwer voraussagbare Verhalten mancher Volkswhehrbataillone in Wien war hier eine äußerst reelle Gefahr gegeben und die KPÖ durch diesen Einfluss ein politischer Faktor. Inwiefern diese Auseinandersetzungen die Angst vor und das Bild eines kommunistischen Putsches bis ins Jahr 1950 beeinflussten, ist leider unklar. Möglicherweise wurden sie durch die Vielzahl gewaltsamer politischer Aktionen und Umsturzversuche während der Ersten Republik überlagert. Andererseits hatte die österreichische KP in ihrer Frühzeit lange den Ruf einer „Putschpartei“²⁰⁸, der durch eine Ablehnung des Parlamentarismus als „Irreführung der Massen“²⁰⁹ und den Spontaneitätsglauben im linken Flügel der Partei bedingt war.

²⁰³ Julius Deutsch: Putsch oder Revolution? Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg (Rotdruck-Reihe Bd. 2), Berlin 1970, Erstdruck Karlsbad 1934, 9f.

²⁰⁴ Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 38f.

²⁰⁵ Vgl. Botz: Gewalt in der Politik, 36; an anderer Stelle: „Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass sich linksradikale Putschversuche schon dadurch von solchen der Rechten unterscheiden, dass sie meist die spontane Unterstützung durch breite Bevölkerungsteile voraussetzen und ihre ganze Strategie darauf aufgebaut ist.“ Botz: Gewalt in der Politik, 53

²⁰⁶ Vgl. Botz: Gewalt in der Politik, 36

²⁰⁷ Vgl. ebd.

²⁰⁸ Vgl. Hautmann: Räterepublik, 88

²⁰⁹ So wurden die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919 noch boykottiert. Erst durch einen offenen Brief Lenins nahm die KPÖ 1920 an den Nationalratswahlen teilgenommen. Vgl. Ehmer: KPÖ, 228

Größtes Problem für die Kommunisten in Österreich war der starke Einfluss der Sozialdemokraten in der Arbeiterschaft, der es erschwerte, eine wirklich gefestigte Position im Parteiensystem aufzubauen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo kommunistische Parteien sich zu einer bedrohlichen Konkurrenz entwickeln konnten, gelang es der österreichischen Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft beinahe einheitlich hinter sich zu bringen und auch revolutionäre Tendenzen innerhalb der Partei zu integrieren. Gelingen konnte das durch die „radikale Rhetorik“²¹⁰ des innerhalb der Sozialdemokratie gepflegten „Austromarxismus“ mit seinem einflussreichen Vertreter Otto Bauer und dem sozialpolitischen Reformschub in den Jahren 1919/1920.²¹¹ Ihr hoher Organisationsgrad ließ einer kommunistischen Partei keinen Platz innerhalb der Arbeiterschaft. Die Schwäche der KPÖ in der Ersten Republik wird auch von ihr selbst auf die „Einheit der österreichischen Sozialdemokratie“ zurückgeführt.²¹²

Erst in der Illegalität während des Dollfußregimes gewannen die Kommunisten an Bedeutung und erhielten Zulauf von ehemaligen Schutzbündlern und enttäuschten Februarkämpfern. Darunter auch Personen, die später eine zentrale Rolle in der KPÖ innehatten, wie der ehemalige Journalist der Arbeiterzeitung Ernst Fischer. Angesichts der Ereignisse im Februar 1934 glaubte er, wie viele andere, nicht mehr an die „Möglichkeit der Demokratie“ oder die „Einheit der Arbeiterklasse“²¹³. Bemerkenswert ist, dass die Mitgliederzahl der illegalen KPÖ ein Vielfaches der Zahl der legalen Parteimitglieder vor dem Verbot der Partei am 26. Mai 1933 betrug. Am 12. Parteitag 1934 in Prag waren über zwei Drittel der anwesenden Delegierten neue Mitglieder.²¹⁴ Nach dem Anschluss an das Deutsche Reich war die KPÖ der Hauptträger eines österreichischen Widerstands. Der Anteil von Kommunisten an den 5.348 von Volksgerichtshof und Oberlandesgericht verurteilten Widerstandskämpfern beträgt beinahe 60 Prozent²¹⁵ und an die 90 Prozent der erhaltenen illegalen Druckwerke aus der Zeit des Nationalsozialismus sind kommunistischer Provenienz.²¹⁶ Durch den Mangel an eigenen organisatorischen Strukturen schlossen sich wiederum viele ehemalige Sozialdemokraten dem kommunistischen Widerstand an. Der Großteil der als Teil des kommunistischen Widerstands Verurteilten hatte vor 1934 nicht der KPÖ angehört.²¹⁷ Der kommunistische Widerstand war zahlenmäßig mit Abstand der stärkste, führte aber zu hohen Opferzahlen unter den Kadern, der einen auch nach 1945 spürbaren großen Verlust für die Partei darstellte.²¹⁸

In dieser Zeit hat auch ein Umdenken stattgefunden, das die stärkere politische Integration in das System nach 1945 vonseiten der Partei mitbedingte. Wirksam war hier der siebte und letzte Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935, wo unter dem Eindruck des faschistischen Vormarsches in Europa die „Volksfront“-Strategie ausgerufen wurde.²¹⁹ Diese stark von Giorgi Dimitroff, dem Generalsekretär der Komintern, getragene und ausgearbeitete

²¹⁰ Ebd., 219

²¹¹ Vgl. ebd.

²¹² Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 19

²¹³ Brief Ernst Fischer an Otto Bauer vom 18. April 1934 (Verein Geschichte der Arbeiterbewegung, Teilnachlass Otto Bauer) zit. nach McLoughlin/Leidinger/Moritz: Kommunismus, 319

²¹⁴ Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 158

²¹⁵ Im Verhältnis zum rein politisch organisierten Widerstand handelt es sich sogar um rund 75 %. Vgl. Wolfgang Neugebauer: Der österreichische Widerstand 1938 - 1945, Wien 2008, 68f.

²¹⁶ Vgl. ebd., 69

²¹⁷ „Von den insgesamt 3136 vor dem VGH bzw. OLG Wien und Graz verurteilten kommunistischen WiderstandskämpferInnen hatten nur 428 oder 13 % schon vor 1934 der KPÖ angehört.“ Ebd., 67

²¹⁸ Laut Mitteräcker verloren mehr als 2.000 kommunistische Widerstandskämpfer ihr Leben. Vgl. Hermann Mitteräcker: Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938 bis 1945, Wien 1963, 6

²¹⁹ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 17ff.; Gärtner: Zwischen Moskau, 24; Ehmer: KPÖ, 230

Linie²²⁰ bedeutete ein Bündnis mit Sozialdemokraten aber auch Bürgerlichen gegen den Faschismus. Eine solche Koalition stellte einen radikalen Schwenk dar gegenüber der früheren stark anfeindenden Haltung der KPÖ in Richtung der SDAP. Denn Vorgänger der Volksfront-Theorie war diejenige eines „Sozialfaschismus“, die die Sozialdemokratie dem Faschismus nahestellte und sie zum Hauptfeind der Kommunisten machte. Diese Politik der Kommunistischen Internationale wird auch „Dritte Periode“ genannt und fand ihren Ausdruck beim Sechsten Weltkongress 1928.²²¹

Hinzu kam das Bekenntnis zur österreichischen Nation. Die Forderung nach der „Diktatur des Proletariats“ verwandelte sich in diejenige nach der Wiederherstellung der unabhängigen, demokratischen Republik Österreich und den im Widerstand verwirklichten „nationalen Kampf“. Diese in zwei Artikeln im Frühjahr 1937 von Alfred Klahr vertretene und formulierte Position richtete sich vor allem gegen den Anschluss an Deutschland und tritt für ein demokratisches, unabhängiges Österreich ein. Es ist die erste ausgiebige theoretische Begründung einer österreichischen Nation, worauf vonseiten der KPÖ nach 1945 sehr oft verwiesen wurde: „Der Kampf um die nationale Selbstbestimmung des österreichischen Volkes ist ein untrennbarer Bestandteil des allgemeinen demokratischen Kampfplanes der Partei.“²²² Diese Haltung ist allerdings im Zusammenhang mit der Volksfrontstrategie zu sehen. Die Losung einer „Demokratischen Republik“ wurde von Dimitroff recht deutlich anempfohlen²²³ und war auch innerhalb der KPÖ nicht unumstritten. Denn auch hier gab es Gruppen, die Österreich vor allem in einem großen Sowjetdeutschland sehen wollten und solche, die mit derartigen Zwischenschritten unzufrieden waren.²²⁴ Nichtsdestotrotz war diese Strategie die Grundlage für den starken Widerstand während der NS-Zeit und die „staatstragende“ Haltung der Partei 1945.

Es ist augenfällig, dass die österreichischen Kommunisten stark von der Kommunistischen Internationale und nach deren Auflösung im Jahr 1943 von Moskau aus beeinflusst wurden. Dementsprechend problematisch wirkte sich für die im Widerstand tätigen Mitglieder der KPÖ und für die kommunistische Ideologie im Allgemeinen der Hitler-Stalin-Pakt im Jahr 1939 aus. Der Krieg wurde nun als eine Auseinandersetzung zwischen imperialistischen Mächten angesehen, was auch zu Angriffen gegen die Westmächte führte und die sozialdemokratischen Führer zu deren „Agenten“ machte.²²⁵ Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 führte wieder zum Ziel einer „Österreichischen Freiheitsfront“²²⁶.

Die Ideologien der verschiedenen Weltkongresse der Kommunistischen Internationale haben ihre Spuren auch in der Politik nach 1945 hinterlassen und erklären manche zunächst unerklärliche Wendungen in der Einfügung der KPÖ in das politische System der Nachkriegszeit. So ist nach der Wahlschlappe von 1945 ein Umdenken festzustellen, das die alte Feindschaft zur Sozialdemokratie wiederherstellt aber gleichzeitig noch mit der Volksfront liebäugelt. Wichtig ist, dass bereits zu „Sozialfaschismus“-Zeiten und auch nach 1945 von der KPÖ eine strikte Trennung zwischen der sozialdemokratischen Führung und der

²²⁰ Vgl. McLoughlin/ Leidinger/Moritz: Kommunismus, 346f.

²²¹ Vgl. Gärtner: Zwischen Moskau, 22 u. 26f.; McLoughlin/ Leidinger/Moritz: Kommunismus, 265 ff.; Ehmer: KPÖ, 229

²²² Alfred Klahr: Zur nationalen Frage in Österreich II., In: Alfred Klahr: Zur österreichischen Nation, Hg.: Kommunistische Partei Österreichs, Wien 1994, 28-44, hier 44

²²³ Vgl. McLoughlin/ Leidinger/Moritz: Kommunismus, 354

²²⁴ Vgl. ebd., 354 u. 358; Es ist hierin aber vor allem eine Anlehnung der schwachen KPÖ an die äußerst starke KPd zu sehen. Vgl. Ehmer: KPÖ, 223

²²⁵ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 19

²²⁶ Vgl. ebd., 20

sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorgenommen wurde, was angesichts der offenen Feindschaft vonseiten führender Sozialdemokraten wieder an Aktualität gewann. Vor allem in Bezug auf die Oktoberstreiks 1950 ist Heinz Gärtner zuzustimmen, wenn er schreibt: „Die Politik der KPÖ nach 1945 ist nur vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der Komintern zu verstehen, ihrer theoretischen Begründungen und der Konfrontation ihrer Ideologie mit den jeweils veränderten geschichtlichen Verhältnissen.“²²⁷

Ihr Bedeutungshoch erlebte die frühere Kleinstpartei mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Österreich und ihrer Teilnahme an der provisorischen Staatsregierung unter Karl Renner. Die Alliierten hatten in der Konferenz von Jalta vereinbart, dass „alle demokratischen Elemente der Bevölkerung“ an den Übergangsverwaltungen teilnehmen sollten, was auch Österreich einschloss. Eine solche Nachkriegsordnung entsprach auch den sowjetischen Vorstellungen einer „nationalen Front“, an der sich alle antifaschistischen, demokratischen Kräfte beteiligen sollten.²²⁸ Den unvermeidlichen theoretischen Hintergrund bildete hierzu die bereits erwähnte Volksfrontkonzeption des Siebten Komintern-Weltkongresses.²²⁹ Die Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse sollte unter starker Beteiligung der jeweiligen kommunistischen Parteien in entsprechenden Schlüsselpositionen vonstatten gehen, was sich in Österreich durch die Drittelparität in der Renner-Regierung ausdrückte. In den politischen Zielen und taktischen Überlegungen der Sowjetunion war somit lediglich eine Art Etappenziel erreicht, denn dahinter stand im Weiteren die Idee des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus“²³⁰. Nicht nur vonseiten der Sowjetunion wurde durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ein Linksruck in Europa erwartet²³¹, der die Arbeiterparteien stärken und an die Macht bringen würde. Langfristig sollten sich so die wiederhergestellten bürgerlichen Demokratien auf natürlichem und parlamentarischem Wege in sozialistische Volkdemokratien verwandeln – soweit die Theorie. Praktisch standen dahinter die Möglichkeit der Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den lokalen Kommunisten in besetzten Gebieten und ihre Unterstützung gegenüber den anderen Parteien.²³² Für die kriegsgeschwächte Sowjetunion bot sich so eine sehr attraktive Möglichkeit den eigenen Machtbereich auszudehnen ohne eine direkte Konfrontation mit den Westmächten zu riskieren.

Dementsprechend herrschte auch die Auffassung vor, dass selbst eine zuvor so erfolgreiche Partei wie die KPÖ Wahlen nicht zu scheuen hatte, sondern im Gegenteil durch ihr Eintreten für die Unabhängigkeit Österreichs und den starken kommunistischen Widerstand einiges an politischer Stärke gewonnen hatte.²³³ Durch die Volksfronttheorie sowie durch die Überschätzung des eigenen Rückhalts in der Bevölkerung wurde die KPÖ direkt nach 1945 zu einer „staatstragenden Partei mit konkordanz-demokratischer Praxis“²³⁴. Vertreter der KPÖ waren Mitunterzeichner der Gründungsurkunde der Zweiten Republik und auch an der Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes mitbeteiligt.²³⁵ Bei der Regierungsbildung wurde ungeachtet der geringen Bedeutung der KPÖ in der Vorkriegszeit allen Parteien jeweils ein Drittel der zu vergebenden Posten zugesprochen. Die KPÖ bekam unter

²²⁷ Gärtner: Zwischen Moskau, 33

²²⁸ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 38; Die von den Sowjets herausgegebene „Österreichische Zeitung“ verwendete dafür die etwas belastete und daher unglücklich gewählte Bezeichnung „Vaterländische Front“. Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 171

²²⁹ Die Kommunistische Internationale selbst wurde 1943 aufgelöst

²³⁰ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 39ff.

²³¹ Vgl. ebd., 40

²³² Vgl. ebd., 41

²³³ Vgl. ebd., 139

²³⁴ Gärtner: Zwischen Moskau, 15

²³⁵ Vgl. Fritz Klenner: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Bd. 2, Wien 1953, 1600f.

anderem das Staatsamt für Inneres und das Staatsamt für Unterricht und Volksaufklärung. Von diesen beiden sehr wichtigen Bereichen erhielt das erstere Franz Honner, das zweite Ernst Fischer. Johann Kopleng wurde Stellvertreter des Regierungschefs. In den ersten Monaten der Besetzung waren auch viele der lokalen Behördenstellen in der sowjetischen Zone mit Kommunisten besetzt.²³⁶ Das war unter anderem ein Ergebnis der Praxis der vordringenden Roten Armee durch Kommandanten Bürgermeister und Hilfspolizisten ernennen zu lassen.²³⁷ Im Zuge einer „Initiativgruppentaktik“, durch die auch die KPÖ-Führung zügig nach Österreich gebracht wurde, sollten so Kommunisten in möglichst vielen politischen Entscheidungsfunktionen verankert werden.²³⁸

Die Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht brachte aber nicht nur Vorteile. Bald stand die KPÖ im Ruf, eine „Russenpartei“ zu sein²³⁹ und die negativen Erfahrungen mit sowjetischen Truppen durch die sich häufenden Ausschreitungen und durch die Demontagepraxis färbten auf die Kommunisten ab. Hatte die KPÖ nach dem Krieg zunächst noch eine steigende Mitgliederzahl zu verzeichnen und in der Illegalität stark an Ansehen gewonnen²⁴⁰, so führten vor allem die Vergewaltigungen zu Massenausritten und zu einem anhaltend negativen Bild der Roten Armee und des Sowjetkommunismus in Österreich.²⁴¹ Eine fehlende Distanzierung von solchen Übergriffen und die gleichzeitige Übereinstimmung der KPÖ mit den Maßnahmen und Meinungen der Besatzungsmacht wurden als direkte Abhängigkeit gedeutet. Die Partei galt als „fünfte Kolonne“ oder gar als „Enklave“ der Sowjetunion²⁴². Tatsächlich wurde sehr vieles unkritisch übernommen und verteidigt, was von sowjetischer Seite kam. Eine solche Haltung wird in späteren Jahren auch innerhalb der Partei als Fehler gesehen und kritisiert.²⁴³

Das Naheverhältnis ergab sich unter anderem daraus, dass ein Großteil der Parteiführung die Kriegsjahre in der Sowjetunion verbracht hatte und von dort hervorragende Kontakte mitnahm.²⁴⁴ Im Sinne eines „Proletarischen Internationalismus“ war die ideologische und politische Identifikation mit Moskau sehr stark, wurde durch die relative Kleinheit und Schwäche der Partei zusätzlich verstärkt und führte dermaßen in eine tatsächliche Abhängigkeit.²⁴⁵ Daraus ergaben sich die schweren Probleme in der Öffentlichkeit und eine vollständige Identifikation der KPÖ mit der sowjetischen Besatzungsmacht und den Übergriffen der Roten Armee in der Bevölkerung. Die Anwesenheit der Sowjetmacht in Österreich war also im gleichen Maß der Grund für ihre starke politische Position, wie auch das Hauptproblem der KPÖ in der Nachkriegszeit.²⁴⁶ Das politische und moralische Kapital, das die KPÖ im Widerstand und durch das Eintreten für die Unabhängigkeit Österreichs

²³⁶ Laut Schärf waren 13 von 21 provisorischen Bezirksvorstehern in Wien Kommunisten, wie auch 40% der Mandatäre im Wiener Stadtsenat. Vgl. Adolf Schärf: Österreichs Erneuerung 1945 - 1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien, 7. erg. Aufl. 1960, 30 und 50f.

²³⁷ Vgl. Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 239; Rauchensteiner: Stalinplatz, 29

²³⁸ Vgl. Müller: Sowjetische Besetzung, 72-75.

²³⁹ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 171

²⁴⁰ Vgl. Müller: Sowjetische Besetzung, 139

²⁴¹ Vgl. ebd., 114

²⁴² Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 200 u. 201

²⁴³ Vgl. Epler S. 18; Franz Muhri: Kein Ende der Geschichte. Erinnerungen. Kritische Bilanz eines politischen Lebens. Gedanken über die Zukunft, Wien 1995, 101; KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 385; Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in den Jahren 1945 bis 1955/56, In: Manfred Mugrauer (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 37-52, hier 50

²⁴⁴ Vgl. Müller: Sowjetische Besetzung, 72

²⁴⁵ Vgl. Muhri: Kein Ende, 99; Gärtner: Zwischen Moskau, 86ff. Vor allem Gärtner vertritt die These einer „sowjetabhängigen KPÖ“

²⁴⁶ Vgl. Mugrauer: KPÖ 1945 - 1955/56, 40

aufgebaut hatte, wurde nach 1945 durch eine übertrieben starke Solidarität mit der Sowjetunion verspielt.

Aus der Sicht der sowjetischen Besatzungsmacht war die KPÖ wie in anderen Ländern eine wichtige Informationsquelle über die Stimmung in der Bevölkerung und über politische Vorgänge und Entwicklungen.²⁴⁷ Außerdem war es im Falle einer Regierungsbeteiligung möglich, über die nationalen KPs die jeweilige Politik im Sinne der Sowjetunion zu beeinflussen. Im Gegenzug gab es politische, propagandistische und umfangreiche ökonomische Unterstützung.²⁴⁸ Es handelte sich also um eine Zusammenarbeit mit intensiver Koordination und Kommunikation, wobei die politische Strategie vor allem von der Sowjetunion festgelegt wurde. Müller bezeichnet dieses Verhältnis als eine „Klientelbeziehung“.²⁴⁹

Die KPÖ und viele andere kommunistische Parteien in Europa waren nach dem Krieg in antifaschistische Regierungen eingetreten. Der beginnende Kalte Krieg und die mit 1947 wirkende „Zwei-Lager-Theorie“ führten langfristig jedoch zu einem Bruch mit dem herrschenden politischen System. Die KPÖ geriet bereits während ihrer Regierungsbeteiligung zunehmend in eine Situation der politischen Isolation. Dies geschah zum einen selbstverschuldet durch die starke Identifikation mit der Sowjetmacht. Andererseits war die Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ von Beginn an auf ein Bündnis innerhalb der Regierung gegen den dritten Partner ausgerichtet.²⁵⁰ Die beiden Parteien tendierten dazu, sich gegen die KPÖ zu verbünden, um ihren Einfluss zurückzudrängen, der durch die Drittelparität in der Regierung und die Unterstützung der Sowjetunion doch vorhanden war. Konfliktlinien ergaben sich sehr früh in der Verfassungsdebatte, im Beamtenüberleitungsgesetz, der Entnazifizierung und der Verstaatlichung bzw. um das Deutsche Eigentum.²⁵¹ Die vielen Uneinigkeiten und Diskussionen in der Regierung Renner führten sogar dazu, dass die KPÖ den erwähnten „Verweis“ durch die sowjetische Besatzungsmacht erhielt.²⁵² Deren Interesse lag zu diesem Zeitpunkt noch in einer funktionierenden Verwaltung und in der Möglichkeit politischer Einflussnahme durch die Regierungsbeteiligung einer kommunistischen Partei.

Das Wahlergebnis der Nationalratswahlen 1945 fiel für die Kommunisten trotz allem überraschend und hart aus.²⁵³ Die Wahlveranstaltungen waren gut besucht gewesen und kaum eine Prognose hatte ihnen weniger als 10 Prozent in Aussicht gestellt.²⁵⁴ Das Ergebnis wurde als großer Misserfolg empfunden.²⁵⁵ An der neuen Regierung nahmen wiederum alle drei Parteien teil, doch erhielten die Kommunisten nur mehr einen Ministerposten. Karl Altmann wurde Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, was als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen werden kann, aber auch im Sinne des US State Departments war.²⁵⁶ Auch für die Regierungsarbeit konnten angesichts der starken Kontrolle und der Einspruchsmöglichkeiten des Alliierten Rates die besonderen Kanäle zwischen KPÖ

²⁴⁷ Darunter auch Regierungsinterna und Sitzungsprotokolle des Ministerrats. Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 164f.

²⁴⁸ Vgl. ebd., 171-173

²⁴⁹ Vgl. ebd., 170f.

²⁵⁰ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 221; Pelinka: Auseinandersetzung, 172

²⁵¹ Siehe die entsprechenden Kapitel in Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung

²⁵² Vgl. Stenogramm des Berichts Oberst Merkulov über die innenpolitische Lage in Österreich vom 7. August [recte: nach dem 18. August] 1945, In: Müller/ Suppan/ Naimark/Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, 183-204, hier 191

²⁵³ ÖVP 49,80%, SPÖ 44,60%, KPÖ 5,42%, vgl. Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl vom 25. November 1945, <www.bmi.gv.at> (31.10.2010)

²⁵⁴ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 142; Einige Prognosen sind auf S. 16f. dieser Arbeit zu finden.

²⁵⁵ Vgl. zur Wahl aus KPÖ-Sicht Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 232-237, besonders 234

²⁵⁶ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 69

und Sowjetmacht von Vorteil sein.²⁵⁷ Für die KPÖ stellte die neue Regierungszusammensetzung einen enormen Machtverlust dar und brachte sie gleichzeitig in eine unangenehme Zwischenposition. Mugrauer bezeichnet die Zeit von Ende 1945 bis zum Austritt aus der Regierung als „eine Zeit des Lavierens zwischen Regierung und Opposition“²⁵⁸, bis die KPÖ endgültig zu einer Oppositionspartei vor dem Hintergrund der ideologischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges wurde. Bis dahin wurde durch Demonstrationen von außen Kritik geübt an einer Regierung, an der die Partei zwar teilnahm, aber in der sie kaum Einfluss hatte.²⁵⁹

Die von der Sowjetunion beschlagnahmten Betriebe des Deutschen Eigentums, die durch die USIA verwaltet wurden, bildeten für die KPÖ einen wichtigen Rückhalt. Der Anteil an Kommunisten unter den Arbeitern und Angestellten betrug in den 50er Jahren beinahe 50 Prozent²⁶⁰ und dementsprechend stark waren sie in den Betriebsräten vertreten. Die Erhöhung des Anteils kommunistisch eingestellter Arbeiter und Angestellter war Teil der sowjetischen Unterstützung für die KPÖ und eine der propagandistischen Aufgaben der Besatzungsadministration.²⁶¹ Die USIA-Betriebe wurden zu „Stützpunkten der KPÖ, zu einem Hauptzentrum der Parteiarbeit“²⁶². Andererseits führte die Situation auf dieser „kommunistischen Insel inmitten einer antikommunistischen Umwelt“²⁶³ innerhalb der Partei auch zu „Karrierismus“²⁶⁴ und falschem Machtbewusstsein.²⁶⁵ In der Öffentlichkeit wurden die USIA-Betriebe als besser funktionierendes Gegenstück zum kapitalistischen Wirtschaftskonzept dargestellt.²⁶⁶

Die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und KPÖ gestaltete sich schwierig, denn in der Führung der Sozialisten fanden sich mit Helmer und Schärf zwei wahre Antikommunisten oder nach Bischof „Kalte Krieger“²⁶⁷. Nach Kriegsende versuchte sich die Sozialdemokratie zwar noch als „Dritte Kraft“ zwischen Ost und West zu positionieren, was sich im Verlauf der Besatzung aber immer mehr in eine deutlich prowestliche Haltung wandelte.²⁶⁸ 1945 wurde aber kurzzeitig sogar die Möglichkeit einer Einheitsfront von KPÖ und SPÖ diskutiert. Der Vorstoß kam in erster Linie von Erwin Scharf, der den linken Flügel der Sozialdemokraten repräsentierte. Es kam zu Kontaktgesprächen und einer Art Arbeitsgemeinschaft, wobei aber kaum Ergebnisse erzielt wurden.²⁶⁹ Beide Seiten zeigten nicht sehr viel Interesse, wobei die KPÖ hier ihre Position in Hinblick auf die Wahlen im November 1945 wohl überschätzte.²⁷⁰ Damit war das Thema jedoch noch nicht vom Tisch, denn für die KPÖ war die Einheitsfront mit den Sozialisten eine Vorbedingung oder die nächste zu erreichende Etappe auf dem Weg

²⁵⁷ Vgl. dazu Müller: Sowjetische Besatzung, 163-171

²⁵⁸ Vgl. Mugrauer: KPÖ 1945 - 1955/56, 37

²⁵⁹ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 43

²⁶⁰ Vgl. Mugrauer: KPÖ 1945 - 1955/56, 41

²⁶¹ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 182

²⁶² Mugrauer: KPÖ 1945 - 1955/56, 41

²⁶³ Pelinka: Auseinandersetzung, 186

²⁶⁴ KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 386

²⁶⁵ Vgl. Fischer: Illusion, 160

²⁶⁶ Vgl. Klambauer: USIA, 409

²⁶⁷ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 186; nach Pelinka auch „Antikommunisten der ersten Stunde“ Pelinka: Auseinandersetzung, 176

²⁶⁸ Vgl. Oliver Rathkolb: First Budapest, then Prague and Berlin, why not Vienna? Austria and the Origins of the Cold War 1947/48, In: Antonio Varsori and Elena Calandri (Hg.), The Failure of Peace in Europe, 1943 - 48 (Cold War History Series), Basingstoke u.a. 2002, 306-318, hier 311

²⁶⁹ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 178; Fritz Weber: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und revolutionäre Sozialisten 1945 - 1950 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 25), Wien 1986, 28-36

²⁷⁰ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 177

zur Volksdemokratie. 10 bis 15 Prozent bei den Nationalratswahlen hätten ausgereicht um mit der SPÖ die Mehrheit im Parlament zu sichern²⁷¹ und eine entsprechende Koalition langfristig in eine Einheitspartei zu verwandeln. Und auch innerhalb der SPÖ gab es noch den linken Flügel, der sich immer mehr gegen die „rechte“ Parteispitze stellte. Erwin Scharf versuchte in diversen Vorstößen weiterhin eine engere Zusammenarbeit seiner Partei mit der KPÖ zu erreichen. Er forderte eine „Aktionsgemeinschaft“ und eine härtere Gangart gegenüber der ÖVP ein, wodurch er in ständiger Opposition zu Helmer und Schärf stand. Der Konflikt führte 1948 zum Ausschluss Scharfs, der mit einigen wenigen SPÖ-Mitgliedern eine links-sozialistische Gruppierung gründete, die langfristig in der KPÖ aufging ohne sie wesentlich zu stärken.²⁷² Endgültig undenkbar wurde eine Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten spätestens nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei.

Nach einer Phase der „konstruktiven Zusammenarbeit“ ging die KPÖ seit Ende 1945 und verstärkt im Frühjahr 1947 zu einer aggressiveren Taktik über. Insgesamt war die sowjetische Linie in der Folgezeit, das heißt während der Krisen in der Tschechoslowakei und in Berlin, auf ein aggressiveres Auftreten der ausländischen kommunistischen Parteien ausgerichtet.²⁷³ Während sich die sowjetische Besatzungsmacht insbesondere zur Zeit der Berlin-Blockade vergleichsweise kooperativ gab, verstärkte die KPÖ den innenpolitischen Druck. Der Vorstoß der Kommunisten zu einer Umformung der Regierung, die bereits beschriebene „Figl-Fischerei“, war nach eigenen Angaben vor allem ein Versuch die Staatsvertragsverhandlungen zu beschleunigen.²⁷⁴ Die Folgen dieses Skandals waren allerdings der Beleg für die isolierte Position, die die KPÖ innerhalb des politischen Systems mittlerweile eingenommen hatte.²⁷⁵ Der beginnende Kalte Krieg und die Machtübernahmen in Osteuropa rückten Kontaktgespräche sogar mit einer an der Regierung beteiligten KPÖ in das ungünstigste Licht.²⁷⁶

Auch der KPÖ blieb diese Entwicklung nicht verborgen und sie war sich ihrer schlechten Position in Österreich bewusst. Zu allem kam nun auch noch die Aussicht auf einen Staatsvertrag im Zuge der Verhandlungen um den Cherrière-Plan. Den Kommunisten drohte ihre Schutzmacht abhanden zu kommen, was zu einem Gespräch führte, das erst in den letzten Jahren bekannt wurde und dementsprechende Aufmerksamkeit im Gedenkjahr 2005 erlangte. In dieser Situation wurde eine Teilung Österreichs, das heißt die Abtrennung des östlichen Teils unter sowjetischer und kommunistischer Kontrolle, als Option angedacht. Erstmals zur Sprache kam sie in einer Geheimbesprechung zwischen Friedl Fűrberg und Franz Honner mit dem Moskauer ZK-Funktionär G. Korotkevič am 19. Oktober 1947.²⁷⁷ Ein weiteres Mal angesprochen und dokumentiert wurden sie am 13. Februar 1948 in einer Unterredung von Fűrberg und Johann Kopenig mit dem außenpolitischen Kurator der KpdSU Andrej A. Ždanov in Moskau. Dabei handelten sich die Vertreter der KPÖ aber eine richtiggehende Abfuhr ein. Es wurde festgestellt, „dass bei den österreichischen Genossen nicht alles klar ist in Bezug auf die Perspektiven und die Taktik der Kommunistischen Partei.“²⁷⁸ Es wurde ihnen empfohlen, sich für die „Festigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit“

²⁷¹ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 142

²⁷² Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 192; Müller: Sowjetische Besatzung, 198-208; ausführlich wird dieses Thema behandelt bei Weber: Kalte Krieg in der SPÖ

²⁷³ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 190f.

²⁷⁴ Vgl. oben S. 23f. und die Darstellung Ernst Fischers in Fischer: Illusion, 213-230

²⁷⁵ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 190

²⁷⁶ Regierungsumbildungen zur Verbesserung der Beziehungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht waren schon seit September 1946 im Gespräch, hatten aber offenbar erst 1947 eine solche Explosivkraft entwickelt.

Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 192

²⁷⁷ Vgl. Müller: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, 47

²⁷⁸ Ebd., 48

ihres Landes einzusetzen und nicht von einem längeren Verbleib sowjetischer Truppen auszugehen. Im Gegensatz dazu müsse die Politik der Anglo-Amerikaner, darunter der Marshallplan als Untergrabung der Souveränität Österreichs entlarvt werden.²⁷⁹ Die Anwesenheit sowjetischer Besatzungstruppen wird von Ždanov sogar als Hindernis für die „demokratische Entwicklung“ Österreichs gesehen.²⁸⁰

Interessant ist zunächst, dass eine Teilung für die Sowjetunion nicht in Frage kam und die „demokratische Entwicklung“, das heißt der Weg zur Volksdemokratie, erst nach Abzug der Besatzungsmächte angedacht war. Ein abgespaltenes Österreich war nicht in ihrem Interesse. Das strategisch wichtigere Westösterreich wäre dadurch endgültig in die Hände des Westens geraten, während der östliche Teil wahrscheinlich von sowjetischer Unterstützung abhängig gewesen wäre.²⁸¹ Bereits 1946 hatte die KPÖ umfangreiche Hilfsleistungen vorgeschlagen, um eine Kontrolle und Führung der gesamten Wirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone zu erreichen. Dazu war die Sowjetunion allerdings erstens kaum in der Lage und zweitens war das Interesse eher auf einen gegensätzlichen Fluss von Waren und Kapital gerichtet.²⁸²

Mit dem Bekanntwerden der Marshallplan-Hilfe begann auch schon die kommunistische Agitation gegen das Programm zu laufen. Das „European Recovery Program“ wurde als „Plan zur Zerreißung Europas“ bezeichnet²⁸³ und die weiteren häufigsten Kritikpunkte bezogen sich vor allem auf den Verlust der Souveränität und die einseitige Ausrichtung Österreichs nach Westen.²⁸⁴ Auffallend war aber, dass bei den Ministerratsbeschlüssen, die das Hilfsprogramm betrafen, der kommunistische Minister Karl Altmann den einstimmigen Beschluss in beiden Fällen mittrug.²⁸⁵ Zunächst als am 28. Juni das Interesse Österreichs bekundet wurde und auch am 8. Juli, als der Ministerrat die Einladung zur Gründungskonferenz der OEEC nach Paris annahm.²⁸⁶ Diese Zustimmung ist nicht so ungewöhnlich, wie sie manchmal dargestellt wird, denn auch die damals noch demokratische, tschechoslowakische Regierung hatte einer Teilnahme bereits zugestimmt, auch nachdem Anfang Juli der Bruch der Alliierten über das Thema Marshallplan bei der Pariser Außenministerkonferenz mit der Abreise Molotows bereits offiziell war. Allerdings musste diese Zustimmung unter sowjetischem Druck am 10. Juli wieder zurückgezogen werden.²⁸⁷ Ähnliches fand in Österreich nicht statt, es entsteht sogar der Eindruck als hätte die KPÖ keine wirklichen Richtlinien erhalten.²⁸⁸ Rauchensteiner kommt zu dem Schluss, dass hier „die Sowjets keinen nennenswerten Druck auf die KPÖ ausübten und sie nicht zur Obstruktion aufforderten.“²⁸⁹ Es gibt auch Hinweise darauf, dass eine Teilnahme Österreichs sogar im Sinne der Sowjetunion war oder zumindest ihren Interessen nicht zuwiderlief. Auch Betriebe in der sowjetischen Zone erhielten Marshallplanmittel.²⁹⁰ Außerdem konnte Österreich als eine Art Umschlagplatz dienen, der für die Sowjetunion die Möglichkeit bot, Devisen zu erwirtschaften, ERP-Güter legal zu erwerben und Richtung Osten zu

²⁷⁹ Vgl. ebd., 48f.

²⁸⁰ Vgl. ebd., 51

²⁸¹ Vgl. ebd., 48

²⁸² Vgl. Müller S. 187

²⁸³ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 192

²⁸⁴ Vgl. Mähr: Marshallplan, 108-110

²⁸⁵ Es herrschte in der Regierung das Prinzip der Einstimmigkeit

²⁸⁶ Vgl. Mähr: Marshallplan, 83-86

²⁸⁷ Vgl. dazu Rüdiger Alte: Die Außenpolitik der Tschechoslowakei und die Entwicklung der internationalen Beziehungen 1946 - 1947 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 96), München 2003, 336-339

²⁸⁸ Vgl. Mähr: Marshallplan, 84

²⁸⁹ Rauchensteiner: Stalinplatz, 124

²⁹⁰ Vgl. Franz Tinhof: Zehn Jahre ERP in Österreich 1948 - 1958. Wirtschaftshilfe im Dienste der Völkerverständigung, Wien 1958, 87-89; Unter bestimmten Voraussetzungen und unter komplizierten Prozeduren konnten auch vereinzelte USIA-Unternehmen ERP-Güter erhalten. Vgl. Mähr: Marshallplan, 122

exportieren.²⁹¹ Die endgültige Teilnahme 1948 wurde von sowjetischer Seite beinahe kommentarlos hingenommen, nur ein kurzer Protest im Alliierten Rat erfolgte.²⁹²

Gegen Ende des Jahres 1947 trat die KPÖ im Protest gegen das Währungsschutzgesetz aus der Konzentrationsregierung aus. Von nun an wirkte sie als „radikale Oppositionspartei“²⁹³ und geriet endgültig in politische Isolation. Es handelte sich hierbei um kein singuläres, österreichisches Phänomen. In ganz Westeuropa zerbrachen zu dieser Zeit viele der Regierungskoalitionen, an denen Kommunisten beteiligt waren oder die von kommunistischen Parteien unterstützt wurden.²⁹⁴

Obwohl in der Literatur mitunter angedeutet wird, dass Österreich vom Kalten Krieg verschont wurde, zeigte sich eine innenpolitische Front, an der die Auseinandersetzung zwischen der Regierung einerseits und den Kommunisten und der Sowjetunion andererseits recht heftig verlief. Wie bereits erwähnt, verfügte die KPÖ seit Kriegsende in Ostösterreich über einen starken Einfluss in der Exekutive, bedingt durch den Anteil der Sowjetunion an deren Aufbau.²⁹⁵ Diese Position konnte weiter ausgebaut werden, als Franz Honner in der Regierung Renner das Staatsamt für Inneres innehatte. Am erfolgreichsten gelang das in der Wiener Exekutive. Dort wurden auch die „Österreichischen Freiheitsbatallione“ integriert, die während des Krieges in Jugoslawien unter der Leitung von Honner gestanden hatten.²⁹⁶ Der Anteil von Kommunisten betrug in der Kriminalpolizei etwa 50 Prozent und in der Staatspolizei, die unter der Leitung von Heinrich Dürmayer stand und als kommunistische „Hochburg“ galt, sogar 96 Prozent.²⁹⁷

Oskar Helmer, der neue Innenminister in der Regierung Figl, ging daran, diese Stellung der Kommunisten zu bekämpfen, was ihm in den durch die Sowjets besetzten Gebieten in manchen Fällen erst nach deren Abzug 1955 gelang. Zu den Höhepunkten in diesem Konflikt gehören die Oktoberstreiks 1950, worauf noch eingegangen wird, und die Entmachtung des Leiters der Staatspolizei Heinrich Dürmayer.²⁹⁸ Aufgrund der Behinderung von internen Ermittlungen wurde Dürmayer vom Innenminister in die amerikanische Zone versetzt. Die sowjetische Besatzungsmacht protestierte dagegen und reagierte mit der Enthebung des stellvertretenden Sicherheitsdirektors von Niederösterreich und einiger Polizeichefs. Sie konnte diese wichtige Stelle in der Staatspolizei aber schlussendlich nicht für die Kommunisten erhalten.²⁹⁹

Seit dem Ausscheiden aus der Regierung fuhr die KPÖ eine Politik der offenen Auseinandersetzung mit der Regierung. Die Volksfrontstrategie lebte nur noch in diversen Versuchen weiter, die SPÖ, die ÖVP und sogar den VdU durch sowjetnahe Parteien des jeweiligen Lagers zu spalten. Die einzige Gruppierung von – wenn auch geringer – Bedeutung waren hierbei die erwähnten Linkssozialisten unter Erwin Scharf. Die „Nationale Liga“ eine prosowjetische, neonazistische Organisation unter dem ehemaligen SS-Offizier

²⁹¹ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 129

²⁹² Vgl. ebd., 148

²⁹³ Vgl. Ehmer: KPÖ, 324

²⁹⁴ Vgl. Stalzer: Zwischen Anpassung und Isolation, 77

²⁹⁵ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 176f.; Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 184

²⁹⁶ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 176

²⁹⁷ Vgl. Müller S. 177; Ulrike Wetz: Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945, Diss., Univ. Wien, 1970, 357-361

²⁹⁸ Vgl. ebd., 377-389; Wilhelm Svoboda: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern.

Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 26), Wien [u.a.] 1993, 72-76

²⁹⁹ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 178; Rauchensteiner: Stalinplatz, 126

Adolf Slavik, die in der Sowjetzone ihr Unwesen trieb, trat auch während der Oktoberstreiks in Wien kurz in Erscheinung.³⁰⁰ Die Kritik der KPÖ an der Regierung und den Westmächten konzentrierte sich auf die Themen Koreakrieg und die Wirtschaftspolitik inklusive Marshallplan. Den Höhepunkt fand sie in den Protesten gegen die Lohn-Preis-Abkommen, die in den folgenden Kapiteln ausführlich behandelt werden.

Das Wahlergebnis von 1945 war zwar niederschmetternd gewesen, es bildete aber mit etwa fünf Prozent den Höhepunkt an Wählergunst für die österreichischen Kommunisten. Dieses Ergebnis konnte in den folgenden Nationalratswahlen 1949 und 1953 noch gehalten werden.³⁰¹ Danach, und im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag und dem Abzug der sowjetischen Truppen, schwanden der politische Einfluss der KPÖ und die Zahl ihrer Wähler recht beständig. Zusätzliche Krisen bescherten die Ereignisse in Ungarn und Polen 1956 und der im selben Jahr abgehaltene 20. Parteitag der KPdSU mit seiner Abrechnung mit den Verbrechen Stalins.

Zusammenfassend lassen sich verschiedene Phasen der Politik der KPÖ im Zeitraum von 1945 bis 1950 erkennen: Zunächst die Volksfrontregierung, charakterisiert durch Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und dem Ziel, auf diese Weise politischen Einfluss zu gewinnen. Darauf folgte ab Ende 1945 eine Phase der diskrepanten Politik, in der gleichzeitig an der Regierung teilgenommen aber bereits Opposition auf der Straße betrieben wurde. Ab 1947 mit dem Austritt aus der Regierung beginnt die Phase der offenen Oppositionspolitik und der Klassenkampfaktik, was in Verbindung mit einer internationalen Verschärfung der Beziehungen zwischen Ost und West steht.³⁰² Vor den Nationalratswahlen 1949 gewinnt die „Volksfront“ in erster Linie als Wahlkampfaktik wieder an Bedeutung.³⁰³ Diese Phasen waren immer mitbestimmt durch die politische Strategie der sowjetischen Besatzungsmacht. Im Gesamten war die Politik der KPÖ geprägt durch die Klientelbeziehung mit der Sowjetunion. Die Partei passte sich an die Grundlinien einer sowjetischen Politik an und erhielt als Gegenleistung politische, propagandistische und finanzielle Unterstützung.³⁰⁴

Die KPÖ hatte, abgesehen der Situationen 1918/19, im österreichischen politischen System stets nur eine Außenseiterposition inne. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde von ihr zu einem großen Teil getragen, was ihr nach dem Ende des Krieges eine gewisse moralische Überlegenheit gab. Dadurch und durch die Präsenz einer starken und fördernden Schutzmacht war Optimismus vorhanden. Langfristig führte diese Verbindung jedoch zur Abstempelung als „Russenpartei“ und der Schaden überwog den Nutzen. Die Nationalratswahl 1945 wird von Pelinka als „wichtigste Entscheidung gegen den Kommunismus in Österreich“³⁰⁵ gesehen.

Intern scheint es in der Partei Schwierigkeiten gegeben zu haben, angesichts dieser Situation eine Umorientierung durchzuführen. Ein ideologisch bedingter „Geschichtsoptimismus“ ließ den politischen Erfolg nur als eine Frage der Zeit erscheinen und führte zu einer unflexiblen Politik³⁰⁶, die durch die Ausrichtung auf die sowjetische Besatzungsmacht zusätzlich

³⁰⁰ Vgl. Wien, Situationsberichte für die Zeit vom 25. September bis 3. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.011-2/50; Fritz Keller: Stalinistischer Populismus - Die Nationale Liga, In: Anton Pelinka (Hg.), Populismus in Österreich, Wien 1987, 110-122; Müller: Sowjetische Besatzung, 214-219

³⁰¹ Vgl. Ehmer: KPÖ, 324

³⁰² Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 37

³⁰³ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 234

³⁰⁴ Vgl. ebd., 235

³⁰⁵ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 200

³⁰⁶ Vgl. Mugrauer: Politik der KPÖ in prov. Regierung, 45

erschwert wurde. Auch stellte die KPÖ keinesfalls eine homogene Gruppe dar. Gerade der starke Kurswechsel hin zu einer Zusammenarbeit mit den anderen Parteien soll einen Graben zwischen der Parteiführung und der Basis aufgetan haben. Während die Parteispitze auch in Abstimmung mit der Sowjetunion einen gemäßigeren Kurs fuhr, trat die Parteibasis radikaler auf.³⁰⁷ Hier wurde teils die Revolution eingefordert und auch die Abkürzung zur Volksdemokratie mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht als Möglichkeit gesehen. 1947 erreichten solche Forderungen, wie beschrieben, auch die Parteispitze.³⁰⁸ Meist stand der intellektuelle Flügel jedoch in Opposition zur Parteibasis.³⁰⁹ Dementsprechende Tendenzen lassen sich auch 1950 erkennen.

³⁰⁷ Vgl. Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 180f.

³⁰⁸ Vgl. Manfred Mugrauer: Teilungspläne und Putschabsichten. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005, In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* (2005), 1, 8-15

³⁰⁹ Vgl. Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik, 180f.

4. Die Lohn-Preis-Abkommen und die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit

Eine österreichische Wirtschaftspolitik hatte nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Vielzahl an Problemen zu kämpfen³¹⁰: Teile der Industrie waren durch den Krieg zerstört. Es herrschte Arbeitskräftemangel, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und der Wirtschaft mit Energie war äußerst schwierig und Fabrikanlagen waren durch die Besatzungsmächte demontiert worden.³¹¹ Die Besatzungssituation selbst verursachte zudem Kosten, die sich ab dem Zweiten Kontrollabkommen auf 30 Prozent des Bundesbudgets beliefen.³¹² Eine weitere Schwierigkeit bestand zu Beginn darin, die eigene Wirtschaft aus der deutschen herauszulösen. Seit 1938 war die österreichische Industrie auf den Wirtschaftsraum Deutschland und auf die Kriegsbedürfnisse ausgerichtet worden. Im Zuge dieser wirtschaftlichen Gleichschaltung hatte es Eigentumsübertragungen und Investitionen, insgesamt eine starke Verflechtung österreichischer Betriebe mit deutschen Unternehmen und deren Kapital gegeben.³¹³ Nach 1945 mussten 6.000 öffentliche Verwalter für herrenlose oder im Besitz von Nationalsozialisten gewesene Betriebe und Unternehmungen eingesetzt werden.³¹⁴

Damit eng in Verbindung steht das bereits beschriebene Problem des Deutschen Eigentums, auf das die Sowjetunion in ihrer Zone Anspruch erhob und durch Beschlagnahmungen und einer eigenen Verwaltung im USIA-Komplex aus der österreichischen Wirtschaft quasi herauslöste. Während es im Westen zur Treuhänderschaft an Österreich übergeben wurde, stellte es in der sowjetischen Zone einen eigenen Wirtschaftskörper dar, der dem Einfluss des österreichischen Staates entzogen war. Die betreffenden Betriebe leisteten einige der Steuern und Abgaben nicht³¹⁵ und viele Produkte und etwaige Gewinne flossen unverzollt ins Ausland.³¹⁶ Für die Abwicklung der Geldgeschäfte stand mit der Sowjetischen Militärbank ein eigenes Geldinstitut zur Verfügung.³¹⁷ Zusätzlich trat zu den USIA-Betrieben eine Detailhandelskette, USIA-Läden genannt, deren Angebot aus der Produktion der Betriebe stammte oder unverzollt aus Osteuropa eingeführt wurde und die dadurch häufig niedrigere Preise aufwies als die Konkurrenz. Die KPÖ bezeichnete sie daher als die „Marshall-Hilfe“ des kleinen Mannes. Neben einer solchen Propagandafunktion bestand der Hauptzweck allerdings darin, Devisen zu erwirtschaften.³¹⁸ Auch Embargogüter konnten über diesen einzigartigen Kanal in Österreich legal erworben und nach Osteuropa gebracht werden.³¹⁹ Aber trotz der Separierung aus dem wirtschaftspolitischen Einflussbereich Österreichs waren die USIA-Betriebe entgegen mancher Darstellungen mit den westlichen Zonen wirtschaftlich verbunden. So wurde das gesamte in Österreich verwendete Erdöl unter sowjetischer Verwaltung hergestellt. In manchen Bereichen hatte die USIA eine Monopolstellung auf dem

³¹⁰ Vgl. zur österreichischen Nachkriegswirtschaft im Detail Hans Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005

³¹¹ Vgl. Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart, Wien 1985, 65-73

³¹² Vgl. ebd., 72

³¹³ Vgl. Klambauer: USIA, 30-54; Klenner: Gewerkschaften, 1363-1367

³¹⁴ Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1404f.

³¹⁵ Was allerdings bei den Gewerbe- und Körperschaftssteuern eine Reaktion auf die Nichtanerkennung der Betriebe durch Verweigerung der Eintragung ins Handelsregister war. Vgl. Klambauer, 346-348

³¹⁶ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 73

³¹⁷ Vgl. Klambauer: USIA, 291-296

³¹⁸ Vgl. ebd., 409

³¹⁹ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 129; Klambauer: USIA, 387f.

österreichischen Markt³²⁰ und dominierte etwa die Produktion von elektrischen Geräten und Installationen.³²¹ Nach verschiedenen Schätzungen dürften etwa 50.000 Personen in über 400 USIA-Betrieben beschäftigt gewesen sein.³²²

Entscheidend für die Versorgung und den Wiederaufbau Österreichs waren letztlich die amerikanischen Hilfslieferungen. Während die ersten Hilfsprogramme der USA vorwiegend Nahrungsmittelhilfen darstellten, lag der Schwerpunkt des Marshallplanes eindeutig beim wirtschaftlichen Wiederaufbau.³²³ Allerdings stellte die Versorgung mit Nahrungsmitteln immer noch ein Problem dar, wodurch die Erhöhung der Quote der für Nahrungsmittel eingesetzten Mittel immer wieder zu einem Verhandlungspunkt zwischen der ECA³²⁴ und den österreichischen Behörden wurde.³²⁵ Der Hilfeeffekt der ERP-Mittel war ein doppelter. Zunächst wurden notwendige Waren zur Verfügung gestellt, die zu Inlandspreisen verkauft wurden. Diese Lieferungen wurden Österreich als „Geschenke“ überlassen und die Erlöse in lokaler Währung speisten den „Counterpart-Fonds“, aus dem wiederum Zuwendungen und günstige Kredite für die Industrie und Wiederaufbaumaßnahmen vergeben wurden. Allerdings behielt sich die ECA auch einige Rechte vor, was den Einsatz dieser Gelder betraf. Die auf gesperrten Sonderkonten liegenden Counterpart-Mittel konnten nur durch ihre Einwilligung freigegeben werden, was ihr sehr starke Einflussmöglichkeiten auf die Finanz- und Innenpolitik der jeweiligen Länder gab.³²⁶ Gerade in Österreich wurde auf diese Weise mehrmals Druck auf die österreichische Regierung ausgeübt und die ECA hatte eine Art Einspruchsrecht in Währungs- und Budgetfragen.³²⁷

Das noch zu lösende wirtschaftspolitische Hauptproblem bestand allerdings im Missverhältnis zwischen der im Umlauf befindlichen Geldmenge und den vorhandenen Gütern.³²⁸ Löhne und Preise waren während des Krieges eingefroren worden, Reichsmark waren zunächst unkontrolliert aus dem Ausland nach Österreich geflossen³²⁹ und ohne entsprechende Maßnahmen drohte wie nach dem Ersten Weltkrieg die Inflation. Mit mehreren Gesetzen, zuletzt dem Währungsschutzgesetz im November 1947, wurde versucht den Geldumlauf zu verringern. Durch die ausländischen Hilfslieferungen standen wieder mehr Güter zur Verfügung und die Produktion im Inland konnte durch ERP-Investitionen erhöht werden. So war erste Abhilfe geschaffen, doch während der Wiederaufbau in der Industrie recht erfolgreich verlief, konnte in der landwirtschaftlichen Produktion im gleichen Zeitraum keine wirkliche Steigerung erreicht werden.³³⁰

³²⁰ Vgl. Klambauer: USIA, 314-317, Der häufig vermittelte Eindruck einer Exterritorialität gilt also nur in Bezug auf Produktion und Lenkung „nicht aber auf einen angeblichen USIA-Boycott des österreichischen Inlandsmarktes“ Klambauer: USIA, 319

³²¹ Vgl. Mähr: Marshallplan, 122

³²² Vgl. Klambauer: USIA, 256f., 309

³²³ Vgl. Mähr: Marshallplan, 144

³²⁴ steht für „Economic Cooperation Administration“. Es handelt sich um das Amt der US-Regierung das für die Verwaltung der Hilfgelder des „European Recovery Program“ gegründet wurde.

³²⁵ Vgl. Mähr: Marshallplan, 144-150

³²⁶ Vgl. ebd., 173

³²⁷ Vgl. Fritz Weber: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Ersten und Zweiten Republik, In: Erich Zöllner (Hg.), Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme (Schriften des Institutes für Österreichkunde 47), Wien 1985, 121-152, hier 131; Mähr: Marshallplan, 216-220

³²⁸ 1945 waren 9 Mrd. Reichsmark im Umlauf, 1937 waren es etwa 1,574 Mrd. Reichsmark gewesen. Vgl.

Butschek: Österr. Wirtschaft, 75; Weber: Wirtschaftspolitik, 136

³²⁹ Vgl. Roman Sandgruber/Herwig Wolfram: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte 10), Wien 1995, 463

³³⁰ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 95

Die Preise begannen im Allgemeinen bald zu steigen, wodurch es auch unumgänglich war, die geregelten Preise für Grundnahrungsmittel zu erhöhen. Die Löhne zogen hier nach, deren Kosten von Arbeitgebern wiederum auf die Preise umgeschlagen wurden. Eine Lohn-Preis-Spirale drohte in Gang gesetzt zu werden. Erneut bestand die Gefahr einer starken Inflation.³³¹ In dieser Situation formierten sich die Interessenverbände, um die Entwicklung weiter einzudämmen, was eine der Besonderheiten dieses Prozesses darstellt. Der Grundgedanke der Lohn-Preis-Abkommen bestand darin, der Wirtschaft einen gewissen Spielraum einzuräumen, der erstens eine realistischere Preisstruktur ermöglichte und zweitens durch Kapitalakkumulation zu einer beschleunigten Produktivitätssteigerung führte.³³² Gelingen konnte das, indem von der Lohnseite kein Druck kam, weshalb die Kooperation der Gewerkschaften eine Vorbedingung war. Die Löhne hinkten so zwangsläufig den Preisen hinterher. Als Ausgleich sollten die wichtigsten Kosten der Lebenshaltung fixiert und die nicht fixierten Preise unter strenge Kontrolle gestellt werden.³³³ Das erste Lohn-Preis-Abkommen wurde Ende August 1947 zwischen Bundeswirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer, Arbeiterkammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund vereinbart. Es enthielt die Erhöhung und Regelung der Löhne und einiger Preise sowie einen dreimonatigen Preis- und Lohnstopp.³³⁴

Die österreichische Sozialpartnerschaft befand sich hier im Entstehen. Wie das erste wurden auch die folgenden Lohn-Preis-Abkommen von den wirtschaftlichen Interessenverbänden der Unternehmer und der Arbeiter ausverhandelt und darauf von Regierung und Parlament verabschiedet. Voraussetzung für diese Sonderart der Wirtschaftslenkung war ein funktionierendes System von Interessenvertretungen, die auch in der Lage waren verbindliche Beschlüsse zu fassen.³³⁵ Die Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wurde bereits am 15. April 1945 beschlossen.³³⁶ Im Gegensatz zur Ersten Republik, in der parteiliche Gewerkschaftsorganisationen existierten, wurde der ÖGB als Einheitsgewerkschaft gegründet, an der alle politischen Gruppierungen beteiligt waren. Von Beginn an war die SPÖ die dominante Partei, aber es wurde vereinbart, dass in Bundesvorstand und Präsidium eine Mindestanzahl an Vertretern der beiden anderen Parteien vertreten sein sollte.³³⁷ Organisiert war der ÖGB zunächst über die Fachgewerkschaften und territorial über Landes-, Gebiets-, Bezirks- und Ortsgruppen, wobei die unterste Ebene die Betriebsorganisationen mit Betriebsräten und Vertrauensmännern bildete.³³⁸ Die zweite wichtige Organisation war die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Nicht unwesentlich am Funktionieren dieses Systems beteiligt war die enge personelle Verflechtung zwischen Verbänden und Parteien. So war der Präsident der Wirtschaftskammer zu dieser Zeit kein anderer als der spätere Kanzler Julius Raab.

Das System galt als Ausdruck der Klassenzusammenarbeit für den Wiederaufbau. Es stellt eine weitere Besonderheit und auch das Ziel kommunistischer Kritik dar, dass sich der ÖGB immer mehr auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele ausrichtete, anstelle einer reinen Arbeitnehmervertretung.³³⁹ Es war wohl auch hier das Schreckgespenst der wirtschaftlichen

³³¹ Vgl. Weber: Wirtschaftspolitik, 137; Butschek: Österr. Wirtschaft, 100

³³² Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 101

³³³ Vgl. ebd., 101

³³⁴ Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1431f.

³³⁵ Vgl. Seidel: Österreichs Wirtschaft, 273; Butschek: Österr. Wirtschaft, 101

³³⁶ Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1600

³³⁷ Vgl. ebd., 1602

³³⁸ Vgl. ebd., 1623, 1628f.

³³⁹ Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 374

und folglich politischen Entwicklung während der Ersten Republik präsent, die die Arbeitnehmervertreter leichter auf eine solche Linie einschwenken ließ.³⁴⁰

Eine Art Vorspiel zu den Protesten gegen die Lohn- Preis-Abkommen waren die „Kalorienstreiks“ und „Hungerdemonstrationen“ im Herbst 1946 und im Frühjahr 1947.³⁴¹ Die ersten Demonstrationen sollen vor allem von Frauen getragen worden sein. Laut der KPÖ demonstrierten rund 4.000 Frauen am 24. Oktober 1946 in Wiener Neustadt und am 13. November 6.000 Frauen in Graz.³⁴² Im März 1947 kam es aufgrund der schlechten Versorgungslage erneut zu Hungerdemonstrationen in Niederösterreich.³⁴³ Eine weitere Demonstration im Mai wurde von Kommunisten bis vor das Bundeskanzleramt geführt. Dabei gelang es einigen der Demonstranten über ein Baugerüst in das Gebäude einzudringen. Bundeskanzler Figl alarmierte daraufhin den Wiener Polizeipräsidenten, welcher wiederum die Wiener Interalliierte Kommandantur verständigte. In der einberufenen Sondersitzung wurde der Einsatz alliierter Streifen vonseiten der Sowjetunion abgelehnt. Die Demonstration zerstreute sich dennoch.³⁴⁴

Als Folge dieser Ereignisse, bei der die ungenügend bewaffneten Polizeikräfte überwältigt zu werden drohten³⁴⁵, schrieb Bundeskanzler Figl an den Alliierten Rat und legte die Notwendigkeit der angemessenen Bewaffnung von Polizei und Gendarmerie dar. Der Alliierte Rat, der in dieser Frage seit längerem keine Einigung finden konnte, tröstete Figl damit, dass zumindest nichts dagegen einzuwenden sei, die Polizei mit Holzknüppeln zu bewaffnen.³⁴⁶ Der damalige Vizekanzler Schärf sah bereits zu diesem Zeitpunkt einen Putschversuch der KPÖ.³⁴⁷ Aus deren Sichtweise wurde zu diesem Zeitpunkt ein „Interpretationsmuster geboren, das in den folgenden Jahren jede härtere und größere Klassenauseinandersetzung treffen sollte: ihre Denunzierung als ‚kommunistischer Putsch‘, als ‚Plan eines gewaltsamen Umsturzes der Regierung‘.“³⁴⁸

Der Weg zu einem weiteren Lohn-Preis-Abkommen führte über den Abbau von Agrarsubventionen. Die Lebensmittelpreise lagen teils unter den Produktionskosten, was allerdings erst durch die Eindämmung des Schwarzmarktes zu starken Einkommensverlusten in der Landwirtschaft führte.³⁴⁹ Deshalb wurden staatliche Lebensmittelstützungen eingeführt, die durch ERP-Mittel finanziert wurden, was nicht wirklich im Sinne der ECA und auf Dauer nicht möglich war.³⁵⁰ Die notwendigen Agrarpreiserhöhungen und erneute Lohnforderungen

³⁴⁰ Vgl. Klaus Dieter Mulley: Der ÖGB und der "Oktoberstreik" 1950. Aspekte gewerkschaftlicher Politik im Nachkriegs-Österreich, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 41-52, hier 44; Hans Prader: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945 - 1950 (In Sachen 1), Wien 1975, 38

³⁴¹ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 190; Prader: Angst der Gewerkschaften, 91; Rudolf Abel: VOEST - Menschen und ihr Werk. 50 Jahre aus der Sicht der Belegschaft, Linz 1995, 76; Kurt Tweraser: US-Militärregierung Oberösterreich. Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945 - 1950 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 14), Linz 1995, 390-392

³⁴² KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 356

³⁴³ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 116

³⁴⁴ Beschreibungen dieser Ereignisse sind zu finden bei Schärf: Erneuerung, 165-167; Gruber: Befreiung, 164-166; Wetz: Geschichte Wiener Polizeidirektion, 549; Weber: Wirtschaftspolitik, 129-131; Müller: Sowjetische Besatzung, 190

³⁴⁵ Laut Schärf verfügten die Einheiten über gar keine Schusswaffen, da das Tragen zu diesem Zeitpunkt von den Alliierten noch untersagt war. Vgl. Schärf: Erneuerung, 167

³⁴⁶ Vgl. Wetz: Geschichte Wiener Polizeidirektion, 549f.

³⁴⁷ Vgl. Schärf: Erneuerung, 165

³⁴⁸ KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 357

³⁴⁹ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 105

³⁵⁰ Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1437

fürten Ende September 1948 zum zweiten Lohn-Preis-Abkommen. In der Folge zeigte sich bereits das Hauptproblem der Abkommen: Löhne konnten ohne weiteres fixiert werden – die nicht unter die Regelung fallenden Preise waren allerdings vom Verhalten der Wirtschaftstreibenden abhängig. Fritz Klenner schreibt dazu: „Gerade hier aber hat die Wirtschaft viel an Vernunft und Disziplin vermissen lassen und so längere Zeit hindurch das mit der Verpflichtung zur Einhaltung des Preisniveaus abgeschlossene Übereinkommen mehrmals ernstlich in Frage gestellt.“³⁵¹ Streikaktionen gegen das 2. LPA gab es Ende Juli 1948 im obersteirischen Industrievier, bei den VOEST in Linz, in Wien und Niederösterreich.³⁵²

Als Grund für das dritte Abkommen im Mai 1949 gilt ein starkes Defizit im Staatshaushalt³⁵³, entstanden durch ein unrealistisches Budget, das ERP-Counterpart-Mittel zur Finanzierung der Sonderposten einbezog. Da diese für solche Maßnahmen nicht vorgesehen waren, erfolgte keine Freigabe.³⁵⁴ Um das Defizit zu verringern, mussten die Preisstützungen weiter eingeschränkt werden, was wiederum Preissteigerungen zur Folge hatte. Erneut wurde das Mittel eines Abkommens zur Regulierung gewählt. Im Gegensatz zu den vorhergehenden beiden Abkommen ergab sich beim dritten allerdings das Problem stark anziehender Preise.³⁵⁵

Gegen das 3. LPA formierte sich eine Protestbewegung an deren Spitze die KPÖ stand. Am 18. Mai versammelten sich laut KPÖ 100.000 Menschen am Rathausplatz in Wien, in den angrenzenden Parkanlagen sowie auf der Ringstraße zwischen Universität und Parlament.³⁵⁶ Auch in anderen Bundesländern wurde gegen das Abkommen protestiert. In den Betrieben kam es zu einer Vielzahl von Ablehnungs- und Protestresolutionen, aber nur vereinzelt zu kurzen Streiks.³⁵⁷ Diese Proteste hatten auf die Politik keinerlei Wirkung und das dritte Lohn-Preis-Abkommen wurde im Parlament gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das vierte Abkommen wurde durch die Notwendigkeit ausgelöst, die geregelten Agrarpreise, die sich noch immer unter den Weltmarktpreisen befanden, zu erhöhen und weitere Preisstützungen, speziell bei der Importkohle abzubauen.³⁵⁸ Nach wie vor bestand der Druck der ECA die Counterpart-Mittel stärker investiv anstatt konsumtiv, also nicht für die Preisstützungen zu verwenden.³⁵⁹ Eine neue Lohn-Preis-Regelung wurde unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit durch die Interessensvertreter verhandelt. Das Verhandlungsergebnis trug neuerliche Spannungen bereits in sich. Fritz Klenner fasst die Reaktionen und Probleme folgendermaßen zusammen:

„Die zuständigen Instanzen hatten also den 4. Preis- und Lohnpakt behandelt und gebilligt. Es sei vorweg betont, daß mit dem neuen Übereinkommen niemand zufrieden war. Den Bauern war die Getreidepreiserhöhung zu gering. Die gewerbliche Wirtschaft, Industrielle, Gewerbetreibende wie Handelstreibende, sollten die neue Belastung ohne Überwälzung auf die Preise tragen. Den Arbeitern und Angestellten erschien der Ausgleichsbetrag angesichts einer vorhergegangenen Verteuerung verschiedener Bedarfsartikel zu niedrig.“³⁶⁰

³⁵¹ Ebd., 1438

³⁵² Vgl. Gruber: Massenstreik, 98

³⁵³ Vgl. Seidel: Österreichs Wirtschaft, 268; Butschek: Österr. Wirtschaft, 107

³⁵⁴ Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1446, Prader: Angst der Gewerkschaften, 64

³⁵⁵ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 107

³⁵⁶ Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 374; Diese Zahl ist vermutlich etwas zu hoch gegriffen. Die Volksstimme sprach sogar von 170.000, die Arbeiterzeitung zählte lediglich 25.000 Personen. Vgl. Gruber: Massenstreik, 108, Fn. 283

³⁵⁷ Vgl. Gruber: Massenstreik, 108

³⁵⁸ Vgl. Seidel: Österreichs Wirtschaft, 269; Butschek: Österr. Wirtschaft, 108; Klenner: Putschversuch, 5

³⁵⁹ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 109

³⁶⁰ Klenner: Putschversuch, 8

Die Stimmung in der Bevölkerung befand sich im September 1950 auf einem Tiefpunkt. Erste Gerüchte über ein neues Abkommen drangen an die Öffentlichkeit, was bereits im Vorfeld zu Preissteigerungen und Warenzurückhaltungen in den Geschäften führte. Es mehrten sich in Folge „die Fälle, dass es in den Lebensmittelgeschäften zu etwas erregten Auseinandersetzungen zwischen den Käufern und Verkäufern kommt.“³⁶¹ Die Geheimhaltung der Verhandlungen, die unter Ausschluss der parlamentarischen Instanzen und der Öffentlichkeit geführt wurden, trug zu keiner sehr vertrauensvollen Stimmung bei und verstärkte die Beunruhigung.

Die Lage 1950 unterschied sich von jener, als die ersten drei Lohn-Preis-Abkommen beschlossen wurden. Während es in den fünf Jahren zuvor noch eine gewisse Opferbereitschaft für den Wiederaufbau gab, war es angesichts eines sichtbaren wirtschaftlichen Aufschwungs für viele Arbeiter unverständlich, dass von ihnen weitere Opfer verlangt wurden, während der Luxuskonsum bereits in Gängen war. Laut Epler hatte der Arbeiter in dieser Zeit „den durchaus begründeten Verdacht, dass die Leute, die ihn zu ‚weiteren Opfern für den Wiederaufbau Österreichs‘ aufforderten, ihm zwar Wasser predigten, aber selbst längst wieder Wein tranken.“³⁶²

³⁶¹ AdR, BMI 132.011-2/50, Information über die wirtschaftliche Lage Polizeidirektion Wien vom 22.9.1950

³⁶² Epler: Der grosse Streik, 24

5. Die Oktoberstreiks 1950

5.1 Die Vorbereitungsphase

Es war – wie erwähnt – bereits beim dritten Lohn-Preis-Abkommen zu Streiks in ganz Österreich gekommen und zu Demonstrationen, die in ihrer Teilnehmeranzahl diejenigen von 1950 überschritten. Die KPÖ hatte diese Bewegungen zwar gefördert und sie für ihre politischen Zwecke zu nutzen gesucht, versuchte aber nicht die zersplitterten Streiks aufzugreifen und sie in einen Massestreik zu überführen. Sie verzichtete darauf, Maßnahmen zu organisieren oder zu Kampfmitteln aufzurufen, die über Ablehnungsbeschlüsse der Betriebsversammlungen oder über die kurzfristigen Proteststreiks hinausgingen.³⁶³ Erklärt werden kann eine solche Zurückhaltung durch die anstehenden Nationalratswahlen und es finden sich tatsächlich Aussagen, die darauf hinweisen, dass die Ernte der Proteste bei der Wahl im kommenden Oktober eingefahren werden sollte („Wahntag ist Zahntag“³⁶⁴). Nicht nur aufgrund dieser allgemeinen Unzufriedenheit wurde in der KPÖ an eine Verstärkung des politischen Einflusses bei den Nationalratswahlen geglaubt. Bei den Betriebsratswahlen waren relative Erfolge erzielt worden und weitere Hoffnungen lagen im Erfolg des „Linksblockes“ und der Zuführung von Wählern durch Erwin Scharf.³⁶⁵ Auf einem ZK-Plenum im Februar 1949 wurden 450.000 bis 600.000 Stimmen bei der Nationalratswahl für möglich gehalten.³⁶⁶

Das wiederum niederschmetternde Ergebnis mit nur 213.066 Stimmen, somit knapp über fünf Prozent, brachte einen minimalen Zuwachs und ein fünftes Mandat ein.³⁶⁷ Dass Hoffnungen innerhalb der Partei enttäuscht wurden, kann auf die nicht erkannte Diskrepanz zwischen dem betrieblichen und dem politischen Einfluss zurückgeführt werden.³⁶⁸ Ein Problem, das sich auch im Weiteren zeigen wird. Die KPÖ konzentrierte ihre Aktivitäten auf die Ebene der Betriebsräte und verfolgte das Prinzip der politischen Organisation am Arbeitsplatz. Zusätzlich zu Gewerkschaften und Betriebsräten wurden Betriebsorganisationen eingerichtet, die die berufstätigen Mitglieder zusammenfasste. Allerdings gelang es nur in den Großbetrieben mit solchen Organisationen Fuß zu fassen. In Klein- und Mittelbetrieben blieb ihr Aufbau eine „große Schwachstelle“.³⁶⁹ Die Gewerkschaftsführung wurde allerdings von den Sozialisten dominiert. Die Betriebsratswahlen 1947/48 und 1949/50 bedeuteten für die KPÖ angesichts ihrer schlechten Position in allen anderen Bereichen auch einen relativen Erfolg.³⁷⁰

Am 7. September 1950 berichtete die „Volksstimme“ über Geheimverhandlungen zu einem weiteren Lohn-Preis-Abkommen.³⁷¹ Erste Andeutungen hatte Vizekanzler Schärp in einem Interview am 3. September geliefert.³⁷² Damit begann auch die kommunistische Agitation gegen das Abkommen, die bei der Arbeiterschaft durchaus auf offene Ohren stieß.³⁷³ Zu

³⁶³ Vgl. Gruber: Massestreik, 108

³⁶⁴ Zit. nach Ebd., 110, Fn. 288

³⁶⁵ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 194; KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 382

³⁶⁶ Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 382

³⁶⁷ Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.): Die Nationalratswahlen vom 9. Oktober 1949: (Beiträge zur österreichischen Statistik 4), Wien 1950, 15; KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 382

³⁶⁸ Diese Einschätzung stammt aus einer Publikation der KPÖ selbst. Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 382

³⁶⁹ Ebd., 375

³⁷⁰ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 188

³⁷¹ *Volksstimme*, 7.9.1950, S. 1 „Die Geheimverhandlungen über vierten Lohn-Preis-Pakt“

³⁷² *Volksstimme*, 5.9.1950, S. 1 „Sollen wir wieder Maisbrot essen?“

³⁷³ Vgl. Klenner: Putschversuch, 8

schlecht waren die Erfahrungen mit den vergangenen Abkommen und von einem Weiteren wurde nichts Besseres erwartet.

Die Verurteilung des Lohn-Preis-Abkommens in der kommunistischen Presse schloss an die Berichte über die von der KPÖ unterstützte „Lohnbewegung“ an. Die Betriebsräte einiger Unternehmen in Österreich hatten Lohnerhöhungen zwischen 15 und 30 Prozent gefordert und waren damit vereinzelt auch erfolgreich.³⁷⁴ Ein neues Lohn-Preis-Abkommen hätte diese Erhöhungen allerdings wertlos gemacht, was den Unmut noch vergrößerte. Das Lohn-Preis-Abkommen erhielt die Bezeichnung „Lohn-Preis-Pakt“³⁷⁵ und die entsprechenden Parolen gegen das Abkommen wurden ausgegeben: „Schluss mit der Preistreiberei, höhere Löhne und Gehälter!“³⁷⁶ und „Weg mit dem Preistreiberpakt!“³⁷⁷ Die Ablehnung eines neuen Lohn-Preis-Abkommens war des Weiteren verknüpft mit starker Kritik am Marshallplan. Anfang September wurden Gelder aus dem ERP-Fonds freigegeben, mit denen laut Volksstimme der Abbau von Importsubventionen und eine Vereinheitlichung des Schilling-Kurses „ERPresst“ wurden.³⁷⁸ Das neue Lohn-Preis-Abkommen wurde als direkte Folge dieser Freigabe dargestellt. Der kommunistische Nationalrat Franz Honner bezeichnete das LPA als eine „von den amerikanischen Imperialisten diktierte Politik der Massenausplünderung“³⁷⁹. Als wirkungsvolle Alternative zum Marshallplan wurde ein verstärkter Osthandel angepriesen.³⁸⁰

Während eines Zeitraums von immerhin drei Wochen konzentrierte sich die KPÖ auf die Agitation gegen den „Lohn-Preis-Pakt“. Diese Agitation beinhaltete neben der entsprechenden Berichterstattung in den Presseorganen der Partei auch die Überzeugungsarbeit in den Betrieben, Betriebsräten und Gewerkschaften. Unterstützung in den USIA-Betrieben war vorhanden, die Basis für einen Massenstreik musste allerdings breiter sein. Ziel war die Aktionseinheit vor allem mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, um sie in eine gemeinsame Massenbewegung zu überführen. Dazu notwendig war die Kooperation der sozialdemokratischen Betriebsräte, die durch intensivste Einwirkung in den Gremien erreicht werden sollte.³⁸¹ Zu tatsächlichen organisatorischen Formen kam es vor dem 26. September, dem Tag an dem das 4. LPA im Ministerrat beschlossen wurde, allerdings nicht. Weder auf gewerkschaftlicher noch auf betrieblicher Ebene gab es Anstalten organisatorische Aktionseinheiten oder Führungsorgane für einen anstehenden Streik zu bilden.³⁸² Ronald Gruber sieht darin weniger eine zielgenaue Vorbereitung als mangelndes Vertrauen, dass es tatsächlich gelingen könnte, einen Massenstreik auszulösen.³⁸³ Es ist unklar, ob es konkretere Planungen gab. Klenner berichtet von einem Rundschreiben im August 1950, das eine Art Plan der KPÖ für die Auslösung eines Generalstreiks beinhaltet.³⁸⁴ Andererseits waren gerade die mangelnden organisatorischen Vorbereitungen, das Fehlen konkreter Planungen und die Unterschätzung der Streikbereitschaft im Nachhinein Bestandteil kommunistischer Selbstkritik.³⁸⁵

³⁷⁴ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 22

³⁷⁵ *Volksstimme*, 7.9.1950, S. 1 „Die Taktik der ERPresser“

³⁷⁶ *Volksstimme*, 22.9.1950, S. 1 „Weg mit dem Preistreiberpakt!“

³⁷⁷ *Volksstimme*, 23.9.1950, S. 1 „Der Verrat perfekt“

³⁷⁸ *Volksstimme*, 1.9.1950, S. 3 „Die ERPresser haben gesiegt“, 7.9.1950, S. 1 „Die Taktik der ERPresser“

³⁷⁹ *Volksstimme*, 22.9.1950, S. 1 „Schluss mit der Preistreiberei, höhere Löhne und Gehälter!“ Franz Honner

³⁸⁰ *Volksstimme*, 13.9.1950, S. 3 „Polnischer Großauftrag für Oesterreich. Kugellager für 17 Millionen Schilling in Steyr bestellt. Osthandel sichert Arbeit und Brot“

³⁸¹ Gruber: Massenstreik, 134

³⁸² Vgl. ebd., 134

³⁸³ Vgl. ebd., 137

³⁸⁴ Vgl. Klenner: Putschversuch, 15

³⁸⁵ KPÖ: Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1951, 62

Es scheint, dass die KPÖ einerseits intensiv agitierte, andererseits aber versuchte ihre direkte Beteiligung und die tatsächlich stattfindenden Mobilisierungsmaßnahmen in den Betrieben zu verschleiern. Der Putschvorwurf war von den politischen Gegnern schon mehrfach benutzt worden und wirkte spätestens seit den Ereignissen in der Tschechoslowakei sehr effizient um die Unterstützung innerhalb der Arbeiterschaft zu zerstören. Die unterschiedlichen Deutungen, ob es sich bei den nun geplanten Streiks gegen das 4. LPA um „wirtschaftliche“ oder „politische“, um „spontane“ oder „gelenkte“ (in den schlimmsten Befürchtungen durch die Sowjetunion) Streiks handelte, war für KPÖ, ÖGB und die Regierung von außerordentlicher Bedeutung. Nicht erst im Nachhinein, in der Auseinandersetzung um die Interpretation der Ereignisse als „Streik“ oder als „Putsch“, sondern bereits zuvor war es entscheidend, das richtige Bild zu zeichnen. Gruber sieht im Umgang der KPÖ mit dem LPA einen gewissen „Ökonomismus“³⁸⁶, indem es vor allem als Sonderfall von Preiserhöhungen dargestellt wird und weniger als Wirtschaftspolitik der politischen Gegner. „Damit war die Linie angelegt, es handle sich um einen rein ökonomischen Kampf, der bestenfalls seine politische Bedeutung haben könne.“³⁸⁷ Eine solche Taktik war durchaus begründet, da der Aufruf zu einem „politischen Kampf“ gerne als Beweis für die Umsturzabsichten der KPÖ interpretiert wurde.³⁸⁸

In der Frage, ob es sich um gelenkte oder spontane Streiks handelt, ging es zu einem großen Teil darum, die Rolle der KPÖ in den Streiks nicht als treibend, sondern als unterstützend auszulegen. Das Bild einer kommunistisch und vor allem sowjetisch gelenkten Bewegung sollte möglichst vermieden und die geplanten Aktionen als spontane Unmutsbekundung der Bevölkerung gegen das LPA und die Politik der Regierung dargestellt werden. In diesem Zusammenhang war der KPÖ-Leitung bewusst, dass eine Beschränkung der Streiks auf die sowjetisch besetzten Gebiete und die USIA-Betriebe ein weiteres Ausbreiten behindern würde. Beides sollte somit auch als Ausgangspunkt einer Streikbewegung vermieden werden. Um eine breite Streikfront zu erlangen und Arbeitsniederlegungen auf „nichtkommunistische“ Betriebe auszudehnen war es wichtig, dass „spontan“, bestenfalls außerhalb des sowjetischen Einflussbereiches gestreikt wurde. In diesem Zusammenhang ist die Mission von Gottlieb Fiala zu sehen. Der damalige ÖGB-Vizepräsident soll im Auftrag der Parteileitung nach Graz gereist sein, um die dortige Landesleitung zu einem früheren Streikbeginn bereits am 25. September zu bewegen.³⁸⁹ Die Steiermark als britische Besatzungszone wäre somit Ausgangspunkt der Streiks gewesen und eine sowjet-kommunistische Einflussnahme zumindest nicht offensichtlich. Dieser Versuch scheiterte zwar, es sollte sich letztenendes aber ohnehin selbstständig so einrichten, wie das Zentralkomitee der KPÖ es sich gewünscht hatte.³⁹⁰

Die offizielle Bekanntgabe des 4. Lohn-Preis-Abkommens erfolgte am 22. September 1950.³⁹¹ Interessanterweise gab es in den kommunistischen Medien keinen direkten Streikaufruf. Auch dadurch sollte vermutlich der Eindruck vermieden werden, dass es sich um kommunistisch gelenkte Streiks handelt. Es wurde in den Gremien agitiert und alle Aktionen auf den 26. September ausgerichtet, an dem das vierte Lohn-Preis-Abkommen im Ministerrat

³⁸⁶ Gruber: Massenstreik, 136

³⁸⁷ Ebd., 135

³⁸⁸ Vgl. Klenner: Putschversuch, 90

³⁸⁹ Gruber: Massenstreik, 188. Aufgrund von Gesprächen mit F. Fűrberg, O. Fischer und F. Marek

³⁹⁰ Diese Aspekte werden in der Literatur häufig nur als Mittel gedeutet, um den Putschvorwurf abzuwehren oder ihn zu bekräftigen. Dabei wird allerdings die Komplexität eines Kampfs um die Deutung und eine breitere Zustimmung in der Arbeiterschaft übersehen.

³⁹¹ *Volksstimme*, 23.9.1950, S. 1 „Der Verrat perfekt“

verabschiedet werden sollte. Die Unzufriedenheit und Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft wurde von allen unterschätzt.³⁹²

Die ersten Streiks gab es am 25. September. In den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken in Linz kam es zu einem einstündigen Warnstreik, wodurch Oberösterreich häufig als Ausgangsort der Streiks genannt wird.³⁹³ Ein solcher spontaner „Auftakt“ in der amerikanischen Zone war für die Streiks insgesamt und auch im Nachhinein als Gegenargument gegen die Putschvorwürfe von besonderer Bedeutung. Ronald Gruber hält dagegen, dass in Wien ein ähnlich starker Streikauftakt zu spüren war³⁹⁴, allerdings darf hier nicht die Bedeutung der Werke durch ihre Größe mit immerhin über 10.000 Beschäftigten und ihr Symbolcharakter unterschätzt werden.

Am selben Tag wurden in Wien Betriebsversammlungen und Betriebsratssitzungen gefordert und zum Teil auch durchgeführt. Einige dieser Versammlungen dürften bereits zur Vorbereitung der Demonstration am folgenden Tag gedient haben. So gelangte die Polizeidirektion Wien an Informationen aus der Betriebsversammlung der Firma Deutz im 10. Bezirk. Es wurde ein Sammelpunkt vereinbart, an dem sich auch die anderen USIA-Betriebe dieses Bezirks einfinden wollten. Bei dieser Versammlung sollen auch Weisungen durchgegeben worden sein, wie Polizeikordons anzugreifen und zu durchbrechen sind. Den Anwesenden soll auch empfohlen worden sein, Gummiknüppel mitzunehmen, diese aber nur bei Bedarf anzuwenden.³⁹⁵

5.2 Erste Streikphase

5.2.1 Wien

Wie bereits erwähnt, kam es am 26. September zu keinem Streikaufruf in der kommunistischen Presse. Die Koordination der Streiks und Demonstrationen erfolgte über die Parteiorganisation und über Mundpropaganda. Die Folge war allerdings, dass der Protest kaum über die Betriebe und die Arbeiterschaft hinausging und Angestellte, Studenten oder Hausfrauen nicht erfassen konnte.³⁹⁶ Zur Ausweitung der Streiks zogen Delegationen von Betrieb zu Betrieb und forderten die Arbeiter zur Teilnahme auf. Für die Kommunikation unter den streikenden Betrieben waren Fahrräder und Motorräder in Gebrauch.³⁹⁷ Das Vorgehen war zu diesem Zeitpunkt noch relativ sanft, doch immer häufiger wurde in den nächsten Tagen auch das mehr oder weniger gewaltsame Eindringen in die Betriebe zur Praxis. Das „Herausholen“ streikunwilliger bzw. arbeitswilliger Arbeiter führte gerade in der zweiten Streikphase zu heftigeren Auseinandersetzungen. Epler beschreibt die Problematik von kommunistischer Seite folgendermaßen: „Daß Arbeitergruppen oder Belegschaften ganzer Betriebe ‚herausgeholt‘ werden liegt also im Wesen jedes größeren Streiks. Oft geschieht das, wie wir später sehen werden, im Einverständnis mit der großen Mehrheit der Herausgeholteten; oft nur im Einverständnis mit einer streikbereiten Minderheit.“³⁹⁸

³⁹² KPÖ: 15. Parteitag KPÖ, Referat Koplenig, 62

³⁹³ Vgl. Fischer: Illusion, 302; Epler: Der grosse Streik, 30

³⁹⁴ Vgl. Gruber: Massestreik, 138f.

³⁹⁵ AdR, BMI 132.011-2/50

³⁹⁶ Vgl. Gruber: Massestreik, 141; Es kommt hier wohl auch hinzu, dass sich die KPÖ bevorzugt über Betriebsorganisationen organisierte und weniger über Wohnorganisationen, wie es in der Sozialdemokratie auch üblich war. Diese Betriebsorganisationen waren aber vor allem in Großbetrieben zu finden und weniger in Klein- und Mittelbetrieben. Vgl. KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 375

³⁹⁷ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

³⁹⁸ Epler: Der grosse Streik, 56

Geplant war ein Zug in die Innenstadt, um während des Ministerrats vor dem Bundeskanzleramt gegen das LPA zu demonstrieren. In Wien langten beim Journaldienst der Polizeidirektion laufend Berichte über die Züge in den verschiedenen Bezirken ein, die anwuchsen und sich langsam in die Richtung des 1. Bezirkes bewegten.³⁹⁹ Die wichtigsten Sammelbecken waren die Industriebezirke Floridsdorf, Stadlau, Mödling, Liesing und Favoriten, von denen aus vier Züge in Größenordnungen von etwa jeweils 4.000 Personen in die Innere Stadt gelangten.⁴⁰⁰ Nur im entfernten Mödling bildete sich eine lokale Demonstration in derselben Größenordnung.⁴⁰¹ Aus anderen entlegenen Gebieten wurden Arbeiter mit LKWs in die Stadt transportiert, von denen einige russische Kennzeichen trugen und somit wohl von USIA-Betrieben stammten.⁴⁰² Solche LKWs waren während der Streiks des Öfteren im Einsatz und hatten den großen Vorteil, dass sie von der Polizei nicht angehalten werden durften.

Vier größere Demonstrationenzüge befanden sich auf dem Marsch ins Stadtzentrum, von denen jene aus Floridsdorf und Favoriten auch Lautsprecherwagen mit sich führten. Die Polizeidirektion schätzte die Aufmärsche als größtenteils diszipliniert ein. Es kam lediglich zu Zwischenfällen kleinerer Art, bei denen Fahrzeuge und Straßenbahnen beschädigt wurden.⁴⁰³ An mehreren Stellen wurden die Straßenbahnlinsen und der Verkehr aufgehalten und einige Streikende blockierten den gesamten Straßenbahnhof Kagran.⁴⁰⁴ Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich vor dem Hotel Bristol, wo es zu Angriffen auf zwei britische Staatsangehörige durch 20 bis 30 an den Streiks beteiligte Jugendliche kam.⁴⁰⁵

Das Ziel der Demonstranten war der Ballhausplatz, wo sie um etwa 11 Uhr eintrafen. Die Polizei war vorbereitet und Polizeikordons sowie quergestellte LKWs hatten den Bereich um Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Inneres abgeriegelt. Auf den Ladeflächen der LKWs waren Beamte der Sicherheitswache postiert. Trotz dieser Maßnahmen gelang den Demonstranten in der Löwelstraße sehr schnell der Durchbruch, ebenso in der Regierungsgasse.⁴⁰⁶ Dort wurden Latten von Plakattafeln heruntergerissen und damit die Polizisten auf den LKWs attackiert. Die Sicherheitswache versuchte mit Spritzenwagen gegen die Demonstranten vorzugehen. Diese konnten aber sehr schnell unschädlich gemacht werden. Unter den Beamten der Sicherheitswache wurden an diesem Tag 23 Verletzte gezählt.⁴⁰⁷ Wie viele Demonstranten verletzt wurden, ist unbekannt. Es kam laut Polizeidirektion nicht zum Einsatz der Holzknüppel, der vermutlich zu höheren Verletzenzahlen geführt hätte.⁴⁰⁸

³⁹⁹ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴⁰⁰ „Um 10 Uhr befanden sich Demonstrantengruppen in folgender Stärke auf dem Anmarsch in die Stadt: Aus Floridsdorf ca. 4.500 Personen über die Floridsdorfer Brücke, aus Stadlau ca. 2.500 – 3.000 Personen über die Malinovsky-Brücke, aus dem X. Bezirk ca. 4.000 bis 5.000 über die Favoritenstrasse und aus Liesing und Meidling ca. 1.500“ Zusammenstellung der täglichen Vorfälle für die Zeit vom 25.9. bis 6.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 138.057-2/50 132.011-2/50

⁴⁰¹ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴⁰² Um 8:50 wird berichtet: „Aus der Ölraffinerie Lobau sind 3 grosse Autobusse und 3 LKW mit russischen Kennzeichen mit Arbeitern beladen, die rote Fahnen mit sich führen, Richtung Stadt weggefahren.“ Ebd.

⁴⁰³ Vgl. Wien, Situationsberichte aus der Zeit vom 4. Oktober bis 6. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 133.508-2/50, 132.011-2/50

⁴⁰⁴ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50 und AdR, BMI 132.011-2/50

⁴⁰⁵ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴⁰⁶ heute Leopold-Figl-Gasse

⁴⁰⁷ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴⁰⁸ Vgl. Demonstrationen auf dem Ballhausplatz am 26.9.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.012-2/50

Weitere Demonstranten konnten durch den verschlossenen Volksgarten durchbrechen.⁴⁰⁹ Eine Menge von 5.000 bis 6.000 Menschen versammelte sich nun auf dem Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt, „die laut schrie und johlte“⁴¹⁰. Von den ursprünglich ca. 15.000 in den Außenbezirken versammelten Arbeitern gelangten nur etwa 6.000 bis in die Innere Stadt.⁴¹¹ Einige Betriebsräte und kommunistische Funktionäre sprachen zu den Demonstranten, darunter Nationalrat Ernst Fischer, der Wiener Gemeinderat Lauscher und Friedrich Hexmann, ein Mitglied des Politbüros der KP.⁴¹² Es wurde eine Resolution angenommen und der Beschluss gefasst, eine Deputation von zehn Mann ins Bundeskanzleramt zu schicken. Bundeskanzler Figl lehnte ab.

Der Ministerrat war vorverlegt worden, das LPA bereits beschlossen. Nur mehr Leopold Figl befand sich alleine im Bundeskanzleramt.⁴¹³ Während der Sitzung hatten die Minister Nachricht von den Demonstrationen erhalten. Soweit aus dem Protokoll zu schließen, verursachte das keine größere Unruhe. Die Tagesordnung wurde fortgesetzt und die Beratungen mit der ECA besprochen.⁴¹⁴ Ob eine solche Ruhe bei Bundeskanzler Figl angesichts einer tausendfachen Masse anhielt, darüber herrscht Uneinigkeit. In der Nationalratssitzung vom 12. Oktober wird sein mutiges Ausharren betont.⁴¹⁵ In Biographien erhält Figl eine richtiggehende Heroisierung, wenn er die besorgten Beamten beruhigt und zu ihnen die Worte spricht: „Meine Herren, da daneben is der Dollfuß g’storben, auch ich weiche der Gewalt nicht, eher sterb’ ich...“⁴¹⁶. Im Gegensatz dazu zeigte bereits Schärf in seinen Erinnerungen eine gewisse Häme, wo er schreibt, dass sich manche Regierungsmitglieder unter den Schutz amerikanischer Maschinenpistolen stellen wollten.⁴¹⁷ Dabei bezieht er sich auf einen in der „New York Times“ am 27. September 1950 erschienenen Artikel, in dem berichtet wird, wie vonseiten der Regierung mehrmals um alliierte Intervention angesucht wurde.⁴¹⁸ Auch in einem Telegramm des britischen Hochkommissars Keyes vom 26. September 1950 wird von einem viermaligen Interventionsansuchen aus dem Bundeskanzleramt gesprochen.⁴¹⁹ Ebenso fand Jill Lewis in einem geheimdienstlichen Report sowie in einem Bericht des britischen Hochkommissar Harold Caccia insgesamt vier Anfragen des Bundeskanzlers um alliierte Intervention an die US-Besatzungsmacht erwähnt.⁴²⁰ Nichtsdestotrotz empfing Figl die Delegation der Demonstranten nicht. Er werde sich dem „Druck der Straße“ nicht beugen und vertröstete sie auf den folgenden Tag.⁴²¹

⁴⁰⁹ Vgl. ebd.

⁴¹⁰ AdR, BMI 132.011-2/50

⁴¹¹ Vgl. Klenner: Putschversuch, 16

⁴¹² Vgl. AdR, BMI 132.012-2/50, Gruber: Massenstreik, 145

⁴¹³ Beides wurde in einem Treffen am Vortag auf Vorschlag Schärf's beschlossen. Es sollten dadurch im Ernstfall möglichst wenige Regierungsmitglieder in die Hände der Demonstranten fallen. Vgl. Schärf: Erneuerung, 260

⁴¹⁴ Vgl. Ministerratsprotokoll, 219. Sitzung am 26. September 1950, Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Ministerratsprotokolle, Figl I, Box 49, S. 6

⁴¹⁵ Stenographisches Protokoll der 31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. GP, 12. Oktober 1950, 1127

⁴¹⁶ Trost: Figl, 246

⁴¹⁷ Vgl. Schärf: Erneuerung, 262

⁴¹⁸ “The situation was potentially embarrassing. United States headquarters met it by refusing to intervene between the Communists and the Austrian police, despite unofficial representations from some members of Chancellor Figl’s Government.” New York Times 27. September 1950, zit. nach Meier-Walser: Streikputsch, 99

⁴¹⁹ Vgl. ebd., 99

⁴²⁰ Vgl. Lewis: Austria 1950, hier 546

⁴²¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 145

Offenbar stellten sich Innenminister Helmer und Vizekanzler Schärf gegen einen Einsatz westallierter Truppen für eine Sicherung des Ballhausplatzes.⁴²² Ein Eingreifen der amerikanischen Besatzungsmacht war aufgrund des Kontrollabkommens auch nicht ohne Weiteres möglich. Der Erste Bezirk war eine gemeinsam verwaltete Zone, weshalb ein Einsatz einer vierseitigen Übereinkunft der Stadtkommandanten bedurft hätte. Eine solche konnte erst gar nicht erreicht werden, da der sowjetische Kommandant zu einem von seinem amerikanischen Kollegen für 12 Uhr einberufenen „emergency meeting“ schlichtweg nicht erschien.⁴²³ Eine Intervention ohne Übereinkunft hätte einen Bruch des Kontrollabkommens bedeutet und zwangsläufig zu großen Spannungen unter den Besatzungsmächten geführt, was im Kontext der Auseinandersetzungen in Korea folgenschwer sein hätte können.

Auf dem Ballhausplatz versuchten einige der Redner nach eigenen Angaben die Menge zu beschwichtigen, um einen etwaigen Sturm des Bundeskanzleramtes zu verhindern. Dabei wurde die Regierung aber ausgiebig kritisiert. Fischer erinnert sich, eine „leidenschaftliche, radikale Rede“⁴²⁴ gehalten zu haben um die Menge zurückzuhalten. „Die Aggression des Wortes musste in diesem Augenblick Aggressionen der Tat zuvorkommen“⁴²⁵. Um etwa 13 Uhr wurde zur Auflösung der Demonstration aufgerufen. Die Arbeiter sollten sich nach Hause begeben und am nächsten Tag wieder in den Betrieben erscheinen, um Weisungen von einer am Abend zusammentretenden Betriebsrätekonferenz zu erhalten. Einige Demonstranten zogen weiter zum Sitz des ÖGB in der Hohenstaufengasse, wo ein Teil in das Haus eindringen konnte, es aber zu keinen Zwischenfällen kam.⁴²⁶ Die Vorstandskonferenz des ÖGB hatte – ebenfalls verlegt – im Haus der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter im 8. Bezirk stattgefunden. Hier wurde das Lohn-Preis-Abkommen gegen die Stimmen der Kommunisten durch den ÖGB akzeptiert.⁴²⁷ Am gleichen Ort hatte am Vortag eine Vorbesprechung zwischen ÖVP und SPÖ-Fraktion stattgefunden, wo das Abkommen vorab abgesegnet wurde.⁴²⁸ Ronald Gruber schätzt, dass an diesem Tag in Wien etwa 30.000 Demonstranten auf den Straßen waren.⁴²⁹ Laut Volksstimme wurden 158 Wiener Betriebe bestreikt.⁴³⁰

Am nächsten Tag, einem Mittwoch, wurde weiterhin gestreikt, wobei sich die Zahl der beteiligten Betriebe verringerte. Vor allem Kleinbetriebe nahmen nach einem eintägigen Proteststreik die Arbeit wieder auf, andere traten jedoch erst an diesem Tag den Protesten bei. Es herrschte eine hohe Fluktuation gerade unter den kleineren Betrieben, während die Großbetriebe der sowjetischen Zone fortgesetzt streikten.⁴³¹ Zur besseren Koordinierung wurden Bezirksstreikkomitees gebildet und weiterhin andere Betriebe zur Beteiligung aufgerufen. Zu

⁴²² Vgl. Lewis: Austria 1950, 546f.; Als kleine Ergänzung: Außenminister Gruber befand sich aufgrund eines verletzten Beines bei einem Autounfall noch nicht in Wien. Vgl. Gruber: Befreiung, 228. Die Anfrage Grubers, ob es für die Westalliierten möglich wäre, die kommunistischen Straßensperren zumindest auf deren Anfahrtsstrasse zu durchbrechen, stammt daher nicht vom 27. (vgl. Gruber: Massenstreik, 149; Fischer: Illusion, 309), sondern von Mittwoch, dem 4. eine Woche darauf, was sich aus seinem Bericht herauslesen lässt: Vgl.

Gruber: Befreiung, 231

⁴²³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 148

⁴²⁴ Vgl. Fischer: Illusion, 308

⁴²⁵ Vgl. ebd., 308

⁴²⁶ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 54

⁴²⁷ Zur Diskussion auf der Konferenz siehe Klenner: Putschversuch, 8-12

⁴²⁸ Vgl. AdR Versammlungen 134.935-2/50; Gruber: Massenstreik, 146

⁴²⁹ Gruber errechnet aus den Berichten der Polizeidirektion etwa 20.000 Demonstranten in 61 bestreikten Betrieben. Davon ausgehend, dass hier fast nur größere Betriebe berücksichtigt wurden, revidiert er die Zahl nach oben. Vgl. ebd., 147 Fn. 396

⁴³⁰ Vgl. *Volksstimme*, 27.9.1950, S. 2 „158 Wiener Betriebe streikten“

⁴³¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 249

Demonstrationen kam es am Mittwoch in den Bezirken Favoriten, Leopoldstadt, Brigittenau und Floridsdorf.⁴³²

Die Aktionen an diesem Tag richteten sich vor allem gegen den Verkehr und gegen öffentliche Einrichtungen. Ziel war es, das öffentliche Leben stillzulegen. Dabei kam den Straßen- und Eisenbahnen eine besondere Bedeutung zu. Ernst Epler erläutert das Vorgehen folgendermaßen: „Traditionell wurde in Wien jeder allgemeine Streik durch eine Arbeitsniederlegung der Verkehrsbetriebe signalisiert. ‚Wenn die Straßenbahn nicht mehr fährt‘, dann war es seit eh und je ernst.“⁴³³ Diesem Gedanken folgend wurden mehrere Straßenbahnhöfe besetzt und durch das Abhängen von Beiwagen und andere Hindernisse weitere Linien blockiert. Auch das Direktionsgebäude der Straßenbahn war kurzzeitig besetzt.⁴³⁴ Auf einigen Straßen, Plätzen und Brücken wurde der Verkehr behindert. Die Sicherheitswache versuchte mehrere Blockaden aufzulösen, es bildeten sich aber beständig neue. Die Stromversorgung war ebenfalls ein Ziel der Streikenden. Es kam aber zu keinen Abschaltungen, obwohl es gelang, das E-Werk Engerthstraße im Bezirk Leopoldstadt zu besetzen.⁴³⁵ Vor dem Umspannwerk Jedleseerstraße in Floridsdorf standen 300 bis 400 Personen und skandierten: „Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will“⁴³⁶. Im Vergleich zu den Auseinandersetzungen während der zweiten Streikphase verliefen die Blockadeaktionen aber recht friedlich.⁴³⁷

Am Vormittag des 27. September sprach die am Vortag bestimmte Delegation bei Bundeskanzler Figl und Vizekanzler Schärf ohne nennenswerten Erfolg vor.⁴³⁸ Einer der Streikleiter bei der Blockade des Straßenbahnhofs Kagran erklärte, dass diese Maßnahme dazu diene, der Delegation beim Bundeskanzler mehr Nachdruck zu verleihen.⁴³⁹ Die Aktionen nahmen wohl aus diesem Grund gegen Nachmittag ab.

Am folgenden Tag, dem 28. September, befanden sich weiterhin einige Betriebe in Streik, wobei vor allem Stadlau ein Kerngebiet der Arbeitsniederlegungen vorstellte. Auch einzelne Straßenbahnblockaden waren weiterhin aufrecht. Allerdings konzentrierten sich diese Aktionen eindeutig auf die sowjetisch besetzten Bezirke. Während sich in diesen Gebieten viele der größeren Betriebe beteiligten, war es in den westlichen Zonen vergleichsweise ruhig. Schon seit Beginn der ersten Streikphase war in Wien eine räumlich sehr ungleichmäßige Beteiligung zu erkennen.⁴⁴⁰ Die Gründe lagen in der prominenten Rolle der USIA-Betriebe innerhalb der Streikbewegung, ebenso aber an der Konzentrierung von Industrie in der sowjetischen Zone und nicht zuletzt an der indirekten Unterstützung, die den Streikenden hier zuteil wurde. Aufgrund dieser einseitigen Entwicklung und der vermeintlichen Ruhe in den anderen Bundesländern kam es in der KPÖ-Führung bereits am 26. zur entscheidenden Diskussion über einen Abbruch der Streiks. Die weitgehendste Form der Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht bestand in Wien darin, dass es den Bezirkspolizeileitern verboten wurde, Truppen aus der sowjetischen Zone in andere Bezirke abzuführen, was laut Innenminister Helmer einen Ausfall von etwa 1.000 Mann bedeutete.⁴⁴¹

⁴³² Vgl. Klenner: Putschversuch, 26

⁴³³ Epler: Der grosse Streik, 56

⁴³⁴ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴³⁵ Vgl. AdR, BMI 132.012-2/50

⁴³⁶ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴³⁷ Vgl. Gruber: Massenstreik, 250

⁴³⁸ Vgl. ebd., 251

⁴³⁹ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁴⁴⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik 255f.

⁴⁴¹ Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 219, 26. September 1950, S. 1

5.2.2 Niederösterreich

In Niederösterreich wurde bereits am 26. September sehr heftig und geschlossen gestreikt. Das Bundesland verfügte über mehrere industrielle Zentren, wodurch die Streiks eine größere Streuung als in anderen Bundesländern aufwiesen. Die meisten Großbetriebe des Landes waren im Besitz der sowjetischen Besatzungsmacht und standen somit unter Verwaltung der USIA oder der SMV.⁴⁴² Am 26. wurde ein Flugblatt der KPÖ verbreitet und schnell kam es zu Streiks, die sich im Laufe des Tages immer weiter ausweiteten. Die gängige Praxis bestand hier darin, dass einer der großen Betriebe im jeweiligen Bezirk den Streik auslöste und ihn auf die kleineren Firmen übertrug. Wie in Wien wurden Delegationen gebildet und in die Betriebe der Umgebung geschickt, um die Arbeiter zum Streik aufzufordern. Diese Delegationen hatten durch ihre Größe teilweise bereits selbst Demonstrationscharakter.⁴⁴³ Es waren diese Aktionen, bei denen es am häufigsten zu gewaltsamen Zwischenfällen kam.

Im Bezirk Neunkirchen war der Ausgangspunkt die Firma Schoeller-Bleckmann in Ternitz mit 3.000 Beschäftigten. Der Betrieb gehörte nicht zur USIA und die Mehrheit im Betriebsrat hatten die Sozialisten.⁴⁴⁴ Von hier aus entstand ein rasch anwachsender Zug ins sechs Kilometer entfernte Neunkirchen, auf dem die am Weg liegenden Betriebe mitgenommen wurden.⁴⁴⁵ Dieser Marsch hatte im Streikfall offenbar schon eine gewisse Tradition in der Region und erwies sich daher als wirkungsvoll.⁴⁴⁶ In Neunkirchen hatte die Kundgebung eine Größe von 4.000 bis 5.000 Personen erreicht. Dem Bezirkshauptmann wurde eine Resolution überreicht.⁴⁴⁷

Im Industriegebiet Wiener Neustadt, wo es in der späteren Streikphase zu gefährlichen Zwischenfällen kam, war das „Rax-Werk“ der führende Betrieb. Nicht unbedingt aufgrund seiner Größe⁴⁴⁸ sondern vor allem aufgrund der Aktivität seiner Streikenden. Die Ablehnung des Abkommens war auch hier sehr groß und es beteiligten sich am 26. auch viele Betriebe, die nicht zur USIA gehörten. Die Kommunisten waren von dieser bereitwilligen Teilnahme zum Teil selbst überrascht⁴⁴⁹, gleichzeitig gab es allerdings bereits erste Fälle der Streikausweitung unter Zwang.⁴⁵⁰ Auf dem Hauptplatz in Wiener Neustadt versammelten sich 2.000 Arbeiter, von denen viele zum Bahnhof weiterzogen, um die Eisenbahner zur Streikteilnahme zu bewegen und die Südbahn lahmzulegen. Ungefähr 2.000 Demonstranten besetzten die Gleisanlagen beim Bahnhof Wiener Neustadt und unterbrachen so den Verkehr in beide Richtungen.⁴⁵¹ Die Eisenbahner, wie auch das städtische Gaswerk lehnten die Streikaufrufung ab.⁴⁵² In vielen kleineren Orten des Bezirkes kam es ebenfalls zu Arbeitsniederlegungen.⁴⁵³

⁴⁴² Vg. Gruber: Massenstreik, 150

⁴⁴³ Vgl. ebd., 154

⁴⁴⁴ Vgl. ebd., 155

⁴⁴⁵ Semperit-Werke in Wimpassing, Spinnerei in Rohrbach, Schraubenfabrik Brevillier&Urban in Neunkirchen, vgl. Niederösterreich, Zusammenstellung der täglichen Vorfälle in der Zeit vom 26.9. bis 5.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 138.058-2/50

⁴⁴⁶ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 64

⁴⁴⁷ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁴⁸ Ein USIA-Betrieb mit 1.000 Beschäftigten

⁴⁴⁹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 156

⁴⁵⁰ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁵¹ Vgl. ebd.

⁴⁵² Vgl. ebd.

⁴⁵³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 157

Von Bedeutung war weiterhin der Bezirk St. Pölten. Hier waren die Leitbetriebe die Glanzstofffabrik und die Voith-Werke, beides USIA-Betriebe.⁴⁵⁴ Schnell wurde der Streik umgesetzt und weitere Betriebe dazu aufgefordert. Die entsprechenden Delegationen waren zum Teil mehrere hundert Mann stark und mit den firmeneigenen LKWs unterwegs. Es kam in der Stadt zu einer Demonstration mit etwa 3.300 Teilnehmern, die ebenfalls am Hauptbahnhof für eine gewisse Zeit die Eisenbahnstrecken unterbrachen. Auch hier gelang es nicht, die 1.500 Beschäftigten der Bundesbahnwerkstätte in den Streik einzubeziehen.⁴⁵⁵ In anderen Bezirken erfolgten Demonstrationen in Lilienfeld mit etwa 2.000 Teilnehmern und in Waidhofen a.d. Ybbs, wo ungefähr 1.000 Arbeiter der Böhler-Werke unterwegs waren. In beiden Gebieten, wie auch in Krems a.d. Donau und in Korneuburg, legten viele Betriebe die Arbeit nieder.⁴⁵⁶ Im Bezirk Baden waren in 18 Betrieben zusammengezählt 5.000 Beschäftigte im Streik.⁴⁵⁷

Der Bezirk Gänserndorf war der Sitz der Sowjetischen Mineralölverwaltung. Hier waren die großen Erdölfelder Österreichs zu finden, wo über 6.000 Personen beschäftigt waren.⁴⁵⁸ Es handelte sich dabei um eine teils sehr junge Industrie, die eine starke Fluktuation bei den Arbeitskräften aufwies. Nachbesetzungen erfolgten bevorzugt mit Kommunisten.⁴⁵⁹ Die Ölfelder befanden sich daher beinahe zur Gänze in Streik.⁴⁶⁰ Bereits am Abend des 25. September sollen im Erdölgebiet die Arbeiter darüber informiert worden sein, dass am folgenden Tag um fünf Uhr früh eine Anwesenheitskontrolle in Prottes stattfindet und daraufhin der Streik beginne. An Verkehrswegen wurden hier Ostbahn sowie Nordbahn und mehrere Strassen blockiert. In diesem Bezirk wurde auch als Erstes begonnen, die Postämter zu besetzen, deren Bedeutung vor allem in der Kontrolle der Telefonverbindungen lag.⁴⁶¹

Am 27. September flauten die Streiks in Niederösterreich bereits wieder ab, was vermutlich im Zusammenhang mit dem Streikabbruch durch die KPÖ-Leitung steht. Der Abbruch stieß allerdings häufig auf Unverständnis und konnte mancherorts nur mit Schwierigkeiten durchgesetzt werden. In zwei Fällen wurde in USIA-Betrieben die Weiterführung des Streiks durch die Betriebsleitung untersagt.⁴⁶² Im Ölgebiet wurde an diesem Tag gearbeitet, ebenso in Wiener Neustadt, in St. Pölten, und auch in Ternitz bei Schöller-Bleckmann war wieder Betrieb. Am Vormittag zeigte sich noch einigermaßen Streikaktivität und es waren auch weiterhin Trupps unterwegs, um weitere Firmen zur Arbeitsniederlegung zu überreden. Gegen Nachmittag befanden sich in Niederösterreich aber nur mehr zehn größere Firmen in Streik. Auch die Blockadeaktionen hielten sich an diesem Tag in relativen Grenzen.⁴⁶³ Am 28. sind die Streiks für Niederösterreich quasi beendet. Nur mehr in den Nibelungenwerken in St. Valentin und bei den Tunnelarbeitern am Semmering wurde gestreikt.⁴⁶⁴

Die Trupps, die in Niederösterreich andere Betriebe zur Arbeitsniederlegung aufriefen, waren oft recht groß und traten hier auch häufiger auf, als in anderen Bundesländern, was vermutlich

⁴⁵⁴ Allerdings mit sozialistischen Mehrheiten im Betriebsrat. Vgl. Gruber, 158

⁴⁵⁵ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁵⁶ Vgl. ebd.

⁴⁵⁷ Vgl. Gruber: Massenstreik, 158

⁴⁵⁸ Vgl. ebd., 163

⁴⁵⁹ Vgl. ebd., 163

⁴⁶⁰ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁶¹ Vgl. Niederösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 25. und 26. September 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 131.950-2/50; AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁶² Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50; Gruber: Massenstreik, 260f.

⁴⁶³ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁶⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 263

mit der größeren Strukturiertheit der Industrielandschaft und den größeren Distanzen zu tun hat. Aus den vorhandenen Unterlagen lässt sich schließen, dass diese Aufrufe während der ersten Streikphase noch relativ sanft ablaufen und sich viele Nicht-USIA-Betriebe freiwillig anschließen. Allerdings kommt es auch bereits zu Fällen von Zwang und der Ausübung von Druck. Speziell im Bezirk Wiener Neustadt gab es entsprechende Vorfälle. Auch die zweite Streikphase sollte dort gewalttätiger ablaufen als im restlichen Österreich.⁴⁶⁵

5.2.3 Oberösterreich

Oberösterreich war als einziges Bundesland Österreichs nicht komplett in einer der Besatzungszonen gelegen. Das Land war entlang der Donau geteilt in eine amerikanische und eine sowjetische Zone, die das Mühlviertel und mit Urfahr auch einen Stadtteil von Linz umfasste. Die Streiks und Demonstrationen in Oberösterreich konzentrierten sich auf die beiden Industriezentren Linz und Steyr, wo sich zwei der größten Betriebe Österreichs befanden: Die Steyr-Werke⁴⁶⁶, nach dem Krieg in der Fahrzeugproduktion tätig, und die VOEST-Werke in Linz mit zu diesem Zeitpunkt über 10.000 Beschäftigten.⁴⁶⁷ Wie bereits erwähnt, nimmt die VOEST nicht zuletzt aufgrund dieser Größe einen sehr prominenten Platz während der Streiks ein und gilt als deren Ausgangspunkt.

Die VOEST wurde 1938 unter dem Namen Hermann-Göring-Werke⁴⁶⁸ gegründet und gehörte nach Kriegsende ebenfalls zum Deutschen Eigentum. In der amerikanischen Zone gelegen, ging sie im Streit von 1946 aber den Weg der Verstaatlichung. Eine Besonderheit der VOEST und einiger anderer Großbetriebe in Linz war die außerordentliche Stärke des Verbands der Unabhängigen (VdU) in den Betriebsräten. Bei der Wahl am 7. Dezember 1949 erreichte er 14 von 28 Mandaten. Die SPÖ stellte zwölf und die Kommunisten zwei Betriebsräte. Zum Vorsitzenden wurde allerdings mit Unterstützung der beiden KPÖler ein Sozialist, Walter Brauneis, gewählt.⁴⁶⁹ Auch in den Linzer Stickstoffwerken mit 3.000 Arbeitern hatte der VdU die Mehrheit.⁴⁷⁰

Es gibt mehrere mögliche Ursachen für die Stärke des VdU in diesen Betrieben. Zunächst herrschte nach dem Krieg durch den Wegfall der Zwangsarbeiter ein großer Bedarf an Arbeitskräften, wodurch viele Arbeiter aus ländlichen Gebieten kamen, die keinen Bezug zu Arbeiterbewegungen hatten.⁴⁷¹ In der im Krieg schnell gewachsenen Industrie hatte die seit 1938 nicht mehr präsente Sozialdemokratie wenig Tradition. Genauso waren viele ehemalige Soldaten beschäftigt, die durch den Wahlkampf gegen den VdU vor den Kopf gestoßen wurden, wie Brauneis vermutete.⁴⁷² Und nicht zuletzt fanden sich hier viele ausländische Beschäftigte.⁴⁷³ Es handelte sich um etwa zwölf Prozent, bei einem großen Teil davon um „Volksdeutsche“, die aus den osteuropäischen Ländern in Richtung Westen geflüchtet waren. Häufig großdeutsch und antikommunistisch eingestellt, tendierte diese Gruppe politisch zum VdU, der sich auch für sie einzusetzen begann.⁴⁷⁴ Aber auch ehemalige Nationalsozialisten

⁴⁶⁵ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁴⁶⁶ Steyr-Daimler-Puch AG

⁴⁶⁷ Vgl. Abel: VOEST, 67

⁴⁶⁸ Der volle Name lautete: „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring Linz“. Vgl. ebd., 22

⁴⁶⁹ Vgl. ebd. 75

⁴⁷⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik, 177

⁴⁷¹ Vgl. ebd., 177, Riedlsperger: Lingerin shadow, 53

⁴⁷² Vgl. Abel: VOEST, 75

⁴⁷³ 1950 befanden sich in Oberösterreich noch 30.000 „Displaced Persons“ untergebracht in 61 Lagern, 25 davon im Raum Linz vgl. Gruber: Massenstreik, 177; Stieber: Lösung Flüchtlingsproblem, 71

⁴⁷⁴ Vgl. Riedlsperger: Lingerin shadow, 53

fanden in der oberösterreichischen Industrie Arbeit. Darunter vormalige Beamte, Juristen, Großkaufleute, Professoren oder Ingenieure, die im Zuge der Entnazifizierung Berufsverboten unterlagen und sich hier als Hilfsarbeiter verdingen mussten. Einige davon wurden politisch sehr aktiv und zu Wortführern innerhalb der Arbeiterschaft.⁴⁷⁵ Auf der Wahlliste des VdU zur Betriebsratswahl finden sich unter den 15 Kandidaten vier Minderbelastete und drei ehemalige Mitglieder der NSDAP.⁴⁷⁶

In Oberösterreich gab es im Laufe des Septembers bereits große Unzufriedenheit aufgrund der Preisentwicklung im Land. Die Unruhe vergrößerte sich durch das Lohn-Preis-Abkommen weiter, weil es im Vorfeld zu Warenrückhaltungen und Preissteigerungen im Handel kam. Auch die Getreidebauern hielten ihr Korn zurück und warteten die neu festgelegten Preise ab. Dadurch war teilweise kein einheimisches Mehl mehr käuflich erhältlich.⁴⁷⁷ Die Bäcker in Ried im Innkreis warnten, dass der Brotvorrat wegen der ausgebliebenen Getreidelieferungen der Bauern in 10 bis 14 Tagen zur Neige gehen werde.⁴⁷⁸ Die Betriebsräte des Bezirkes Braunau hatten aus diesen Gründen bereits am 22. September vor Streiks und Demonstrationen gewarnt, die in einer solchen Situation entstehen können.⁴⁷⁹ Schon die Verhandlungen über das Abkommen hatten demnach spürbare Folgen für die Arbeiterschaft und führten zu Unzufriedenheit und Streikbereitschaft. Der starke Auftakt in Oberösterreich lässt sich unter anderem aufgrund dieser Umstände erklären. Beispielhaft hierzu auch ein Aufruf des Bürgermeisters von Steyr vom 27. September, in dem nicht, wie in vielen anderen solchen Fällen, die Kommunisten zu den Unruhestiftern erklärt, sondern diejenigen Teile der Bevölkerung, „die aus eigensüchtigen Motiven ungerechtfertigte Preiserhöhungen vornehmen oder Waren zurückhalten“⁴⁸⁰.

Am 25. September wurde von 15 bis 16 Uhr in den VOEST-Werken der bereits erwähnte einstündige Warnstreik durchgeführt.⁴⁸¹ Ein zweiter fünfminütiger Proteststreik fand an diesem Tag im Heizhaus der Bundesbahnen in Linz statt.⁴⁸² Am darauffolgenden Tag, jenem des Ministerrats, waren es zunächst die Steyr-Werke, in denen ein zweistündiger Generalstreik beschlossen und die Arbeit eingestellt wurde. Es entstand ein Demonstrationenzug an dem sich Arbeiter fast sämtlicher Betriebe der Stadt und auch Angestellte des Magistrates in Steyr beteiligten. Schlussendlich umfasste die Demonstration 7.000 Personen.⁴⁸³ Es gelang dem Bezirkshauptmann und anderen SP-Funktionären die Menge zu beruhigen, worauf sie sich wieder in die Betriebe zurückzogen. Am Nachmittag hatten sämtliche Betriebe in Steyr die Arbeit wieder aufgenommen.⁴⁸⁴

⁴⁷⁵ Vgl. Gruber: Massenstreik, 177; Tweraser: US-Militärregierung, 388; Riedlsperger: Lingerig shadow, 53

⁴⁷⁶ Vgl. Abel: VOEST, 75

⁴⁷⁷ Beim zum Verkauf zur Verfügung stehenden amerikanischen Weizenmehl wurde festgestellt, dass es „sich für Kochzwecke ungeeignet erweise“ Oberösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 20. September bis 6. Oktober, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.018-2/50

⁴⁷⁸ Vgl. ebd.

⁴⁷⁹ Vgl. ebd.

⁴⁸⁰ Ebd.

⁴⁸¹ Zu den Vorgängen im Werk siehe ausführlich Gruber: Massenstreik, 176ff.; Laut Polizeidirektion handelte es sich um einen Teilstreik vgl. AdR, BMI 132.018-2/50, laut Gruber und Epler war er „lückenlos“. Vgl. Gruber: Massenstreik, 176; Epler: Der grosse Streik, 35; Die Vorgänge im Werk wurden durch den KP-Betriebsrat Rudolf Kühner dokumentiert: vgl. Hans Hautmann: Rudolf Kühners Bericht über den Streik 1950 in der VÖEST, In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* (2000), 3

⁴⁸² Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50; Gruber: Massenstreik, 178

⁴⁸³ Angabe des Polizeikommissariats vgl. AdR, BMI 132.018-2/50; laut KPÖ 15.000, vgl. Epler: Der grosse Streik, 36

⁴⁸⁴ Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

In Linz wurde umgekehrt in der Früh noch gearbeitet. Aber ausgehend von den VOEST-Werken bildete sich am Nachmittag gegen 15 Uhr ebenfalls ein Demonstrationszug der zunächst 3.000 Personen umfasste. Durch Beteiligung anderer Großbetriebe, wie der ESG in Linz und Urfahr⁴⁸⁵ und der Linzer Stickstoffwerke vergrößerte er sich auf 10.000 Teilnehmer.⁴⁸⁶ Gegen 17 Uhr kamen die Demonstranten vor dem Rathaus auf dem Linzer Hauptplatz an. Landeshauptmann und Bürgermeister waren nicht anwesend, weshalb der Empfang einer Deputation abgelehnt wurde. Daraufhin drückten Demonstranten das Hauptportal des Gebäudes ein. Die Eindringen kamen allerdings nur bis ins Parterre und wurden dort wieder hinausgedrängt. Eine andere Gruppe gelangte durch das Zertrümmern von Fensterschreibern ebenfalls nur für kurze Zeit ins Gebäude.⁴⁸⁷ Die Demonstration löste sich auf, nachdem der Betriebsobmann der VOEST Walter Brauneis der Menge mitteilte, dass am folgenden Tag eine außerordentliche Sitzung der Landesregierung zum LPA stattfindet und sie dazu aufforderte, nach Hause zu gehen. Weitere 2.000 Arbeiter der Stickstoffwerke, die im Anmarsch waren, machten wieder kehrt.⁴⁸⁸

Die VOEST verblieb am 27. September im Streik und auch in Steyr wurde an diesem Morgen in fast allen Großbetrieben die Arbeit erneut niedergelegt. Auch die ESG in Linz streikte und was an diesem Tag in Wien nicht gelang, geschah in Linz ohne Druck: Der öffentliche Verkehr war eingestellt.⁴⁸⁹ Neuerlich bildete sich ein Demonstrationszug von etwa 2.500 Personen, der die Arbeiterkammer zum Ziel hatte.⁴⁹⁰ Dort drangen Demonstranten gewaltsam in das Gebäude ein und „misshandelten den dort befindlichen Betriebsobmann tätlich“⁴⁹¹. Sie erklärten die bisherige Landesexekutive des ÖGB für abgesetzt und bildeten eine neue „provisorische Gewerkschaftsleitung“. Der Präsident der Arbeiterkammer Kandl wurde auf den Balkon des Gebäudes gebracht, um dort seinen erzwungenen Rücktritt zu erklären, wobei ihm nach verschiedenen Darstellungen der Sturz vom Balkon angedroht wurde.⁴⁹² Nach einem verstrichenen Ultimatum an die Regierung erklärte die „provisorische Gewerkschaftsleitung“ den Generalstreik und schickte Streiktrupps zu den Betrieben, die in Linz noch arbeiteten. Die Landesregierung versuchte indessen in einem Communiqué auf die Illegalität dieser neuen Gewerkschaftsleitung aufmerksam zu machen.⁴⁹³ Grubers Recherchen zufolge waren vor allem VdU-Betriebsräte führend an diesen Ereignissen und der „provisorischen Leitung“ beteiligt, darunter auch der VdU-Landtagsabgeordnete Engelbert Specht, während die Kommunisten versuchten, beschwichtigend zu wirken.⁴⁹⁴

Gegen Abend wurden die Demonstranten vor der Arbeiterkammer durch Polizei und Gendarmerietruppen zerstreut und das Gebäude gesichert. Es war dies der erste Einsatz der B-Gendarmerie. Die Situation war nicht ungefährlich, da die Gendarmen zunächst mit gefälltem

⁴⁸⁵ Linzer Elektrizitäts- und Straßenbahngesellschaft

⁴⁸⁶ Angabe der Polizeidirektion Oberösterreich, vgl. AdR, BMI 132.018-2/50; allerdings spricht sogar Klenner von 15.000 Menschen, vgl. Klenner: Putschversuch, 20; Gruber gibt 20.000 an, vgl. Gruber: Massenstreik, 184

⁴⁸⁷ Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

⁴⁸⁸ Vgl. ebd.

⁴⁸⁹ Vgl. ebd.

⁴⁹⁰ Der Zug setzte sich folgendermaßen nach Betrieben zusammen: 250 Voest, 500 Elektro-Bau A.G. 1.500 Stickstoffwerke, vgl. Ebd.

⁴⁹¹ Ebd., Dabei handelte es sich vermutlich um Walter Brauneis, der in der Voest gegen die VdU-Mehrheit mit kommunistischen und sozialistischen Stimmen als Betriebsobmann durchgesetzt wurde.

⁴⁹² Vgl. Epler: Der grosse Streik, 73; Klenner: Putschversuch, 27f.

⁴⁹³ Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

⁴⁹⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 218-221; Dafür spricht, dass die Betriebsräte aller Großbetriebe, die sich an diesem Demonstrationszug beteiligten, eine Mehrheit des VdU aufwiesen. Nach Ansicht Eplers kam es vor allem aufgrund der Unerfahrenheit und einer gewissen Verwirrtheit von Arbeitern und VdU-Betriebsräten der neu entstandenen Industrie zu solchen tätlichen Auseinandersetzungen. Sie werden von ihm und in anderen KPÖ-Darstellungen als die „Wilden“ bezeichnet. Vgl. Epler: Der grosse Streik, 74

Bajonett vorgingen.⁴⁹⁵ Ebenfalls am Abend blockierten ca. 2.000 Demonstranten die Gleisanlagen in der Nähe des Hauptbahnhofes.⁴⁹⁶ So wurde die Weiterfahrt des Arlberg-Express verhindert, in dem sich pikanterweise der neue französische Hochkommissar Jean Payart befand. Er war auf dem Weg nach Wien, um seinen Vorgänger General Émile Béthouart abzulösen.⁴⁹⁷ An diesem Tag hatte auch in Vöcklabruck eine Demonstration mit etwa 4.000 Teilnehmern stattgefunden, die ihren Ausgang im Lenzinger Zellwollebetrieb hatte.⁴⁹⁸

Die VOEST-Werke blieben bis zum 29. in Streik und arbeiteten nach dem Wochenende auch am Montag bis 13 Uhr nicht. Die Funktionäre des VdU und der SPÖ versuchten bereits am 28. die Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen. Ein entsprechender Beschluss konnte bei einer Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung durchgesetzt werden. Die kommunistischen Betriebsräte agitierten jedoch erfolgreich dagegen und der Streik blieb aufrecht.⁴⁹⁹ In der Stadt Steyr wurde recht geschlossen bis zum 29. gestreikt. Der Aufruf aus Wien die Streiks abubrechen wurde richtiggehend ignoriert.

Im Gesamtbild der Streiks im Herbst 1950 kommt Oberösterreich ein besonderer Platz zu. Außerhalb der sowjetischen Zone gelegen, konnte die KPÖ keine Unterstützung der Sowjetunion erwarten. Die Streiks verliefen hier trotzdem sehr heftig und die Demonstrationzüge in Linz und in Steyr überstiegen in Größe jenen, der am 26. auf den Ballhausplatz geführt wurde. In erster Linie kann das auf die sehr starke Unzufriedenheit und Empörung über das Lohn-Preis-Abkommen zurückgeführt werden, in zweiter aber auch auf die Propagandaarbeit der Kommunisten, die bereits zuvor erfolgreich angelaufen war. Die Industrielandschaft war – mit Ausnahme Steyr – recht jung und die Arbeiterschaft daher vermutlich empfänglicher für Agitation, die sich gegen den sozialistisch dominierten Gewerkschaftsbund richtete. Wirksam waren hier in starkem Ausmaß die kommunistischen Betriebsorganisationen, die in den Großbetrieben Österreichs stark ausgebaut waren. Speziell die Organisation in Steyr war äußerst aktiv und hatte im Vorfeld auch ein gewisses Renommé in den Berichten des amerikanischen Nachrichtendienstes und der Sicherheitsdirektion erlangt.⁵⁰⁰ Auch dass es in anderen Industriezentren wie Wels oder dem oberösterreichischen Kohlrevier zu keinen größeren Streiks kam, führt Gruber auf die Schwäche der jeweiligen kommunistischen Betriebsorganisationen zurück.⁵⁰¹ In ähnlicher Weise hing in der Steiermark der Streikverlauf eng mit der Qualität der Betriebsorganisationen in den Großbetrieben zusammen.

Obwohl auch die Sicherheitsdirektion die Beteiligung des VdU bei der Inszenierung von Streiks und Demonstrationen bei der VOEST betonte⁵⁰², dürfte er hier eher auf einen im Anfahren begriffenen Zug aufgesprungen sein. Durch seine starke Position in den Betriebsräten versuchte er die Unzufriedenheit über das Lohn-Preis-Abkommen selbst zu instrumentalisieren. Die Funktionäre schienen mit der Situation aber teils überfordert und es fehlte an Erfahrung und Disziplin. Am 28. fand eine Kehrtwende statt und die VOEST-Betriebsräte des VdU versuchten gemeinsam mit ihren sozialistischen Kollegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen.

⁴⁹⁵ Vgl. Tweraser: US-Militärregierung, 401; Klenner: Putschversuch, 28

⁴⁹⁶ Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

⁴⁹⁷ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 76; Emile-Marie Béthouart: Die Schlacht um Österreich, Wien 1967, 146

⁴⁹⁸ Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

⁴⁹⁹ Vgl. ebd.

⁵⁰⁰ Vgl. Tweraser: US-Militärregierung, 392 u. 394; Sie galt auch innerhalb der KPÖ als eine der besten BOs und umfasste 560 der rund 7.000 Arbeiter. Vgl. Gruber: Massenstreik, 179

⁵⁰¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 184

⁵⁰² Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

In kommunistischen Berichten über die Ereignisse in Oberösterreich wird die Einheitlichkeit der Bewegung betont.⁵⁰³ Die sozialistischen Funktionäre in Linz und Steyr versuchten Demonstrationen und Streiks zu verhindern, stellten sich aber angesichts des Drucks der Arbeiter letzten Endes an die Spitze der jeweiligen Demonstrationen.⁵⁰⁴ Was das Vorgehen der Exekutive betrifft, so kam es in Linz zu einigen gefährlichen Situationen in Verbindung mit dem Alarmbatallion der Gendarmerie, wo neben dem erwähnten Bajonetteinsatz auch Schüsse in die Luft abgegeben wurden.⁵⁰⁵

Steyr als alte Industriestadt stellte wiederum in Oberösterreich einen Sonderfall dar.⁵⁰⁶ Streiks und Demonstrationen liefen hier sehr geordnet ab und hielten sich hartnäckig. Die Steyr-Werke konnten ihre Arbeitsniederlegung durchgehend bis zum 4. Oktober aufrecht halten und veranstalteten noch an diesem Tag eine Kundgebung auf dem Rathausplatz mit ca. 4.500 Teilnehmern.⁵⁰⁷ Abgesehen davon fand eine zweite Streikphase in Oberösterreich nicht wirklich statt.

5.2.4 Steiermark

In der Steiermark blieb es am 26. noch ruhig, aber wie in vielen anderen Bundesländern herrschte Unzufriedenheit über das vierte Lohn-Preis-Abkommen. Die Stimmung war angespannt. Die Polizeidirektion Graz beobachtete, dass die dortigen Arbeiter abwarteten, wie sich die Großbetriebe in der Obersteiermark verhalten würden.⁵⁰⁸ Der größte Betrieb in der Obersteiermark war das Hüttenwerk Donawitz mit 6.000 Arbeitnehmern. Die Betriebsratsmehrheit hatte hier die kommunistische Einheitsliste, was dem Werk vonseiten der KPÖ, wie auch der Sicherheitsdirektion besondere Aufmerksamkeit einbrachte.⁵⁰⁹ Der Streikabbruch durch die KPÖ am 26. wurde unter anderem damit begründet, dass sich Donawitz an diesem Tag noch nicht beteiligt hatte. In diesem Zusammenhang muss auch die Fiala-Mission gesehen werden, hier in der britischen Zone, wo in Graz und Donawitz zudem günstige Vorbedingungen herrschten, frühere Streiks auszulösen.⁵¹⁰

Es scheint aber, dass die steirischen Genossen ihre Möglichkeiten zunächst unterschätzten und sich dann zwischen den Anweisungen aus Wien und den Ereignissen verloren. Als die Streikbereitschaft kaum zu bändigen war, riefen sie zur Arbeit auf, als sie abebbte zum Streik. In Donawitz, wo es eine der größten kommunistischen Betriebsorganisationen Österreichs gab, wurden am 26. nur Fraktionsbesprechungen abgehalten und einstimmig ein Protesttelegramm an den ÖGB beschlossen.⁵¹¹ Auch in Graz erschienen Delegationen mehrerer

⁵⁰³ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 45

⁵⁰⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 183

⁵⁰⁵ Vgl. ebd., 227, 234

⁵⁰⁶ Betriebsrat: 14 SP, 8 KP, 1 VdU. Vgl. Epler: Der grosse Streik, 35f.

⁵⁰⁷ Vgl. AdR, BMI 132.018-2/50

⁵⁰⁸ Vgl. Steiermark, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 6. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 134.948-2/50

⁵⁰⁹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 335; Es hatte hier während der NS-Zeit eine Partisanengruppe samt Unterstützungsnetz gegeben, an der auch der Betriebsratsobmann Sepp Filz und Betriebsrat Max Muchitsch beteiligt gewesen waren. Nach dem Krieg war das Werk zunächst auch in sowjetischem Einflussbereich gelegen. Vgl. Heimo Halbrainer: „Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“ - Kommunistischer Widerstand in der Steiermark 1938 bis 1945, In: Manfred Mugrauer (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 209-220, hier 216

⁵¹⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik, 189

⁵¹¹ Vgl. AdR, BMI 134.948-2/50; Gruber: Massenstreik, 191

Großbetriebe beim Gewerkschaftsbund. Trotz schlechter Stimmung legte nur die Maschinenfabrik Graz-Andritz kurzfristig die Arbeit nieder.⁵¹²

Der „Tag der Steiermark“⁵¹³ war der 27. September. In Graz bildete sich zuerst bei Waagner-Biro ein Demonstrationszug und von hier aus wurden auch andere Betriebe in Graz zur Teilnahme aufgefordert. Ähnlich wie in Wien zerstreuten sich Rad- und Motorradfahrer in der Stadt um weitere Betriebe zu Arbeitsniederlegungen aufzufordern.⁵¹⁴ Währenddessen bewegte sich der Zug mit 400 Personen zur Waggonfabrik Simmering-Graz-Pauker AG⁵¹⁵, wo er sich durch die dortigen Arbeiter vergrößerte. Auch bei der Maschinenfabrik Andritz wurde seit sechs Uhr gestreikt. Dort und bei den anderen Großbetrieben der Stadt bildeten sich in Folge Demonstrationen, die sich auf den Weg in die Stadt machten, darunter der größte Betrieb der Stadt, die Puch-Werke.⁵¹⁶ Anders als in Wien oder Linz wollte die Grazer Polizeidirektion diese Züge von vornherein unterbinden und sie bereits im Aufmarsch auflösen. Polizeikordons versuchten die Arbeiter schon bei den Betrieben aufzuhalten, damit sie die innere Stadt nicht erreichten. Außerdem wurde der Befehl gegeben, die auf Kraftwagen zu anderen Betrieben fahrenden Gruppen, wo immer sie angetroffen werden, wegen Aufwiegelung festzunehmen.⁵¹⁷ Bei der Waggonfabrik durchbrachen die mittlerweile 1.600 Demonstranten einen dreifachen Kordon und auch die anderen Züge brachen ohne weiteres durch Absperrungen, unter anderem bei der Murbrücke. Laut den Berichten der Polizei stellten im Laufe des Vormittags nahezu sämtliche Betriebe in Graz die Arbeit ein.⁵¹⁸

Die Demonstration gelangte um 11:30 Uhr auf dem Freiheitsplatz an und umfasste 12.000 bis 15.000 Personen⁵¹⁹ Eine Abordnung bestehend aus Betriebsräten verschiedener Fraktionen sprach währenddessen beim Landeshauptmann in der Burg vor und kehrte mit einer äußerst vagen Hilfszusage zurück. Verkündet wurde sie durch den Leiter der Delegation, den sozialistischen Betriebsratsobmann der Puch-Werke Emmerich Pripfl, der die Demonstranten gleichzeitig zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte.⁵²⁰ Es kam zu einiger Erregung und auch der kommunistische Landtagsabgeordnete und Betriebsrat Ditto Pölzl – der vom Abbruchbeschluss in Wien schon wusste – konnte keine Wiederaufnahme der Arbeit mehr erreichen.⁵²¹

Am gleichen Tag wurde in der Hütte Donawitz von sieben Uhr bis acht Uhr eine Betriebsversammlung durchgeführt, an der sich 2.000 Arbeiter beteiligten. Unter Führung der kommunistischen Betriebsorganisation wurde das LPA abgelehnt und dagegen protestiert.⁵²² Die SP-Betriebsräte in Donawitz waren anders als in Oberösterreich nicht zur Zusammenarbeit zu bewegen und strikt gegen den Streik. Die Landesleitung der KPÖ wollte in einer solchen Situation keinen Streik „erzwingen“ und gab entsprechende Anordnungen an die

⁵¹² Vgl. Gruber: Massenstreik, 190

⁵¹³ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 65

⁵¹⁴ Vgl. Steiermark, Zusammenstellung der täglichen Vorfälle für die Zeit vom 26.9. bis 6.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 138.062-2/50

⁵¹⁵ Ehemals Weitzer Waggonfabrik, was sogar in den Akten des Innenministeriums zu Verwechslungen führt.

⁵¹⁶ „Werk Graz der Steyr-Daimler-Puch-AG“ mit 5.000 Beschäftigten, vgl. Gruber: Massenstreik, 190

⁵¹⁷ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50

⁵¹⁸ Vgl. ebd.

⁵¹⁹ Nach Gruber: Massenstreik, 203; In den Akten der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit findet sich keine Angabe.

⁵²⁰ Pripfl erklärte „dass der Landeshauptmann alles dazu beitragen wird, um eine Klärung der jetzigen Situation, soweit es in seiner Macht stehe, herbeizuführen und alles im Interesse der Arbeiterschaft zu unternehmen.“ Zit. nach Ebd., 204

⁵²¹ Vgl. ebd., 204

⁵²² Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50

dortige Betriebsorganisation.⁵²³ Am Folgetag, dem 28. September, setzte sie sich allerdings über diese Weisung hinweg und versuchte für einen Streik zu agitieren, was durchaus fruchtete. Prompt folgte die nächste Weisung aus Graz zumindest nur einen befristeten Streik in Donawitz durchzuführen.⁵²⁴ An diesem Tag wurde in Folge wiederum eine Betriebsversammlung abgehalten. Es zogen daraufhin etwa 2.000 Mann nach Leoben und trafen dort um 9:20 Uhr am Hauptplatz ein, wo eine Delegation bei der Arbeiterkammer und bei der Bezirkshauptmannschaft vorsprach. Nach einem Umweg nach Seegraben, wo die dortigen Bergarbeiter zum Streik aufgefordert wurden, kehrte der Demonstrationzug ohne Zwischenfälle wieder nach Donawitz zurück. Die Arbeit wurde gegen Mittag teilweise und um 22 Uhr allgemein wieder aufgenommen.⁵²⁵

In Graz streikten die meisten Großbetriebe weiterhin⁵²⁶ und es bildete sich ein 21-köpfiges Streikkomitee, das beschloss, den Streik bis Montag weiterzuführen.⁵²⁷ Es bestand aus neun kommunistischen und neun sozialistischen Betriebsräten sowie einem VdU- und einem parteilosen Betriebsrat. Der erwähnte SP-Betriebsratsobmann Pripfl stellte ihnen sein Büro im Gewerkschaftshaus zur Verfügung, von wo aus sie telefonisch weitere Betriebe zum Streik aufriefen. Dadurch stieß der Gewerkschaftssekretär und Landtagsabgeordnete Wurm plötzlich auf „Kommunisten und Unbekannte“ in der Gewerkschaft und sah damit den „Putschversuch“ unmittelbar gekommen. Er verständigte die Polizei, die das Streikkomitee verhaftete. Die Sozialisten waren nach einigen Stunden wieder frei, die Kommunisten wurden erst gegen Abend und nach einigen Interventionen freigelassen.⁵²⁸ Durch den in Wien beschlossenen Abbruch und das Vorgehen der Exekutive brachen die Streiks auch in der Steiermark bald zusammen. Am Freitag dem 29. wurde im Laufe des Tages in einigen Betrieben wieder gearbeitet, am Montag befand sich in Graz kein einziger Betrieb mehr im Streikzustand.⁵²⁹

Die Demonstrationen und Streiks in der Steiermark waren ab dem 27. September besonders in Graz sehr stark und kaum zu steuern gewesen.⁵³⁰ Auch kommunistische Versuche eine Wiederaufnahme der Arbeit zu bewirken, schlugen fehl. Es waren zunächst auch sozialdemokratische Betriebsfunktionäre „aus Überzeugung oder durch den Druck der Arbeiter“⁵³¹ beteiligt, die sich nach und nach, aber spätestens nach Verhaftung der Streikleitung zurückzogen. Die Größe wurde nicht wegen, sondern trotz des Verhaltens der steirischen KP-Führung erreicht, die sich äußerst ungeschickt verhielt. Speziell die Donawitzer Kommunisten wurden durch mehrfache Taktikänderungen und eine Landesleitung behindert, die eine Konfrontation zu scheuen schien. Aber ebenso durch das Zentralkomitee in Wien, das nach nur einem Tag den Abbruch beschloss - mit der Begründung, dass Donawitz nicht mitmachte.⁵³²

Bereits in der ersten Streikphase verfolgte die steirische Sicherheitsdirektion eine sehr präventiv ausgerichtete Taktik, die während der Unterbrechung der Streiks noch intensiviert

⁵²³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 207

⁵²⁴ Vgl. ebd., 207

⁵²⁵ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50

⁵²⁶ Puch, Waagner-Biro, Weitzer Waggonfabrik, Maschinenfabrik Andritz, Schuhfabrik Humanic, vgl. Streikende Betriebe in Wien und den Bundesländern in der Zeit vom 26.9.1950 bis 5.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 134.942-2/50

⁵²⁷ Vgl. Bericht Polizeidirektor Graz, AdR, BMI 138.062-2/50

⁵²⁸ Vgl. Gruber: Massenstreik, 210f.; Die Besetzung und Verhaftung wird erwähnt in AdR, BMI 138.062-2/50

⁵²⁹ Vgl. AdR, BMI 134.942-2/50

⁵³⁰ Nach einer Schätzung von Gruber aufgrund fehlender Zahlen dürften etwa 25.000 Arbeiter an Streiks beteiligt gewesen sein vgl. Gruber: Massenstreik, 215

⁵³¹ Vgl. ebd., 213

⁵³² Vgl. Epler: Der grosse Streik, 69

werden sollte. Hierin besteht eine Besonderheit der Ereignisse in der Steiermark. In den sowjetisch besetzten Gebieten war das in dieser Art und Weise unmöglich, aber auch in Oberösterreich wurde nicht dermaßen scharf gegen die Streikenden vorgegangen.

Der VdU spielte bei den Streiks in der Steiermark eine eher untergeordnete Rolle. In den Betriebsräten war er zwar vertreten, die Partei selbst war in der Steiermark aber seit dem 1. Juli 1950 verboten. Der steirische VdU galt als sehr nationalistisch eingestellt⁵³³, was seine Folgen hatte. Als bei einer Großkundgebung der Partei am Freiheitsplatz in Graz die Haydn-Hymne mit dem Text des Deutschlandliedes gesungen wurde und eine Sonnwendfeier der VdU-Jugend in Graz zu viel nationalsozialistisches Dekor verwendete, sprach das Innenministerium das Verbot der Partei aus.⁵³⁴

5.2.5 Salzburg

In Salzburg blieb es am 26. September relativ ruhig, jedoch wurde auch hier von der Polizeidirektion festgestellt, dass das vierte Lohn-Preis-Abkommen einige Unzufriedenheit und auch Unruhe verursachte.⁵³⁵ Es kam zu mehreren Betriebsratsversammlungen, die allerdings selten Streiks zur Folge hatten. Häufig konnten sich sozialdemokratische Funktionäre durchsetzen und die Lage beruhigen. In Hallein, einem Industriezentrum des Landes, entschloss sich der ÖGB aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit eine Betriebsräte- und Vertrauensmännersitzung einzuberufen. Auf dieser wurde beschlossen eine Delegation zu entsenden, die am 27. unter Führung des Präsidenten der Arbeiterkammer Webersdorfer beim Landeshauptmann vorsprach und ihm eine Resolution überreichte. In Hallein war die Stimmung gegen das LPA am stärksten und es kam hier am 28. September zu einer Demonstrationkundgebung mit etwa 2.000 Beteiligten.⁵³⁶

Die größte Arbeiterkonzentration in Salzburg bildete allerdings die Baustelle des Kaprun-Kraftwerkes. Die Arge Kaprun, die Arbeitsgemeinschaft der dort tätigen Baufirmen, beschäftigte zu diesem Zeitpunkt zwischen 2.500 und 3.000 Arbeiter, die recht abgeschieden arbeiteten und lebten.⁵³⁷ Dementsprechend schwer war es hier einmal ins Rollen gebrachte Streiks wieder zu stoppen, sei es für die Regierung oder für die KPÖ. Bemerkenswert ist auch ein recht hoher Anteil an Volksdeutschen unter den Beschäftigten.⁵³⁸ Außerdem sollen 1948 unter den Arbeitern 80 Prozent ehemalige Nationalsozialisten zu finden gewesen sein. Nach der Auflösung des US-amerikanischen Internierungslagers Glasenbach haben viele der Insassen in Kaprun Arbeit gefunden.⁵³⁹ Wie bei der VOEST ersetzten hier die durch Berufsverbote betroffenen Minderbelasteten die Zwangsarbeiter der NS-Zeit. Dem ungeachtet war der Betriebsrat der Arge Kaprun im Jahr 1950 von der SPÖ dominiert: 10 SP, 2 KP, 2 VdU.⁵⁴⁰ Während der ersten Streikphase wurde am 27. September eine Betriebsrätekonferenz der Arge Kaprun und der Tauernkraftwerke Kaprun abgehalten, die ebenfalls eine Resolution gegen

⁵³³ Vgl. Riedlsperger: Lingerling shadow, 81; Reimann: Dritte Kraft, 130

⁵³⁴ Vgl. Reimann: Dritte Kraft, 228

⁵³⁵ In einem fernschriftlichen Bericht nach Wien heißt es „situation h.o. normal, jedoch bevoelkerung ueber preisstiegerungen aeusserst ungehalten“, Salzburg, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 6. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 127.592-2/50

⁵³⁶ Vgl. ebd.

⁵³⁷ Vgl. Gruber: Massenstreik, 266

⁵³⁸ Vgl. ebd., 268

⁵³⁹ Vgl. Georg Rigele: Kaprun. Das Kraftwerk des österreichischen Wiederaufbaus, In: Wolfgang Kos and Georg Rigele (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 311-328, 319

⁵⁴⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik, 269

das LPA und für den folgenden Tag Versammlungen auf den verschiedenen Baustellen beschloss. Nur eine der Baustellen trat am 28. mit etwa 600 Mann in den Streik.⁵⁴¹

Am 2. Oktober fand in der Stadt Salzburg eine Kundgebung vor dem Gebäude der Arbeiterkammer statt, an der laut Polizeidirektion 400 Personen teilnahmen⁵⁴². Der Präsident der Arbeiterkammer Hans Webersdorfer versuchte die Demonstranten zu beruhigen und gab ihnen zu verstehen, dass es angebrachter wäre, vor der Handelskammer zu demonstrieren. Die Menge nahm ihn beim Wort und forderte ihn und die anderen anwesenden Funktionäre erfolgreich dazu auf, mit ihnen dorthin zu ziehen.⁵⁴³ Als Folge befanden sich im Demonstrationszug ca. 30 offizielle Vertreter der Gewerkschaft, Vertrauensleute und Betriebsräte, wodurch die Versammlung als eine Veranstaltung der legalen Gewerkschaftsführung gemeldet wurde. Organisiert war sie allerdings von der KPÖ und bis auf Webersdorfer waren alle Redner der Kundgebung Kommunisten. Dieser Umstand scheint in Wien dermaßen erstaunt aufgenommen worden zu sein, dass der Salzburger Polizeidirektor beauftragt wurde, den Sachverhalt bei der Arbeiterkammer nochmals zu überprüfen.⁵⁴⁴ Im Ministerrat am 3. Oktober dürfte Helmer sich wohl auf diese Ereignisse beziehen, wenn er berichtet: „In Salzburg wird ein Streik sogar legal geführt“.⁵⁴⁵

Während der zweiten Phase der Proteste brachen am 4. Oktober in Hallein wiederum eine Handvoll Streiks aus, die am Folgetag größtenteils beendet waren.⁵⁴⁶ Im Stadtgebiet Salzburg streikten am selben Tag nur zwei Betriebe und auch ansonsten war die Lage sehr ruhig. An einem höher gelegenen Schauplatz, in Kaprun, wurde nach einer Versammlung ein Streikbeschluss gefasst, worauf auf einigen Baustellen die Arbeit niedergelegt wurde. Die Streiks dauerten nicht zuletzt aufgrund der Isolierung und fehlender Kommunikationsmöglichkeiten bis zum 5. Oktober an.⁵⁴⁷

Im erwähnten Ministerrat am 3. Oktober zeigte sich Helmer ebenfalls besorgt über die „abweisende Einstellung von verschiedenen Zeitungen“. Darunter die Salzburger Nachrichten, deren Ausgabe am 30. September und 1. Oktober beschlagnahmt wurden und auch jene vom 3. Oktober bezeichnete er als „unerhört“.⁵⁴⁸ Die entsprechenden Artikel gingen sehr hart mit der Regierung ins Gericht und kritisierten insbesondere die LPA-Politik und ihr Verhalten während der Streiks.⁵⁴⁹ Die Beschlagnahme am 30. September erfolgte aufgrund der Verbreitung falscher, beunruhigender Gerüchte und Vorhersagen nach §308 StG., da vor einem Generalstreik gewarnt und darüber berichtet wurde, dass die VOEST den Gewerkschaftsbund verlassen wolle.⁵⁵⁰ Es dürfte allerdings eher der sehr regierungskritische

⁵⁴¹ Vgl. ebd., 269

⁵⁴² Angabe der Polizeidirektion, vgl. AdR, BMI 127.592-2/50; allerdings gibt sogar Klenner 1.000 Personen an, vgl. Klenner: Putschversuch, 44

⁵⁴³ Vgl. Klenner: Putschversuch, 44f., Gruber: Massenstreik, 339f.

⁵⁴⁴ Vgl. AdR, BMI 127.592-2/50

⁵⁴⁵ BM Helmer, MRP 3.10. S. 3

⁵⁴⁶ Mehrere davon waren von vornherein nur auf 24 Stunden angelegt gewesen. Vgl. AdR, BMI 127.592-2/50

⁵⁴⁷ Vgl. ebd., Gruber: Massenstreik, 342

⁵⁴⁸ Ministerratsprotokoll, 220. Sitzung am 3. Oktober 1950, Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Ministerratsprotokolle, Figl I, Box 49, S. 4

⁵⁴⁹ Vgl. *Salzburger Nachrichten*, 2.10.1950, S. 1-2 „Mit Paragraphen gegen Unzufriedenheit“; Als kurzes Beispiel: „Sie wollen sich mit halben Wahrheiten um ganze Entscheidungen herumdrücken, so wie sie nun versuchen, alle die zu Kommunisten und Hochverrätern zu stempeln, die einfach aufschreiben mussten. – Und die durch solche Regierungskünste den Kommunisten in die Arme getrieben werden, weil der kleine Mann schließlich zu einem Punkt gelangt, wo er nur noch sagen kann: ‚Die da oben verdienen ja nichts Besseres, als dass die Kommune einmal über sie käme!‘“ *Salzburger Nachrichten*, 30.09.1950 S. 1 „Sagt die Wahrheit!“

⁵⁵⁰ Beschlagnahme von Zeitungen in der Zeit von 26. September bis 6. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für

Artikel auf der Titelseite gewesen sein, der den Ausschlag für die Beschlagnahmung dieser Ausgabe gegeben hat.

Die Tageszeitung war nach dem Zweiten Weltkrieg von der US-Besatzungsmacht gegründet worden, später privatisiert und hatte den Ruf ein unabhängiges Blatt zu sein. Unter den Redakteuren machte sich aber auch eine Linie bemerkbar, die in das rechtsbürgerliche Lager passte und gerade im Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten eine Politik der „Versöhnung“ propagierte.⁵⁵¹ Zwei der führenden Mitarbeiter Herbert Kraus und Viktor Reimann gehörten zu den Gründern des „Verbands der Unabhängigen“ hatten aber zu diesem Zeitpunkt die Redaktion bereits verlassen. Die Kritik des Blattes an den Lohn-Preis-Abkommen war im Herbst 1950 nicht neu. Während seiner Zeit bei den Salzburger Nachrichten war Herbert Kraus ein starker Kritiker der Lohn-Preis-Abkommen gewesen⁵⁵² und 1947 hatte auch der damalige Herausgeber Gustav Canaval mit seinem „Schutzverband für Staatsbürgerrechte“ 65.000 Unterschriften gegen jenes Währungsschutzgesetz gesammelt, das auch die Regierungsbeteiligung der KPÖ beendete.⁵⁵³

Insgesamt ergibt sich in Salzburg aber trotz allem ein recht ruhiges Bild. Das LPA wurde in weiten Kreisen der Bevölkerung wie auch unter Gewerkschaftsfunktionären abgelehnt⁵⁵⁴, es kommt dennoch nur zu kleineren Streiks und kontrolliert ablaufenden Kundgebungen. Die sozialdemokratischen Funktionäre bringen die Situationen leichter unter Kontrolle, wobei der Eindruck entsteht, dass hier neben einer geringeren Explosionskraft vor allem eine größere Dialogbereitschaft als in anderen Bundesländern vorhanden war. Zumindest in der ersten Phase ergibt sich eine Art gemeinsame Basis der Proteste, die sich dadurch weniger in Streiks als in Resolutionen und Ablehnungsbeschlüssen ausdrückte.

5.3 Zwischenphase

Bereits am 26. September war es im Politbüro der KPÖ zu heftigen Diskussionen gekommen. Die Parteileitung war über das Ausmaß der Bewegung überrascht und uneinig über das weitere Vorgehen.⁵⁵⁵ Trotz der Heftigkeit der Streiks zeigte sich eine ungleichmäßige Entwicklung und es wurde eine Isolierung der Streikbewegung in Wien und Niederösterreich befürchtet. Vor allem die Stille in der Steiermark beunruhigte, während die Streikbewegung in Oberösterreich zeitgleich unterschätzt wurde. Es gab daher Stimmen, die für einen Abbruch eintraten, um die Streiks nach einer Unterbrechung durch entsprechende Vorbereitung auf eine breitere Basis zu stellen. Der ausschlaggebende Moment war laut Ernst Fischer als Friedl Fürnberg am Nachmittag des 26. von einer Besprechung mit sowjetischen Funktionären zurückkehrte und berichtete, dass die Streikbewegung den sowjetischen Freunden „ungelegen“ komme. „Jeder Streiktag koste die USIA enorme Summen und treffe weniger die

Inneres, 134.944-2/50; *Salzburger Nachrichten* 30.09.1950, S. 4 „Arbeiter lassen sich nicht Kommunisten schimpfen“

⁵⁵¹ Vgl. Reimann: Dritte Kraft, 23; Oliver Rathkolb: US-Medienpolitik und die "neue" österreichische Journalistenelite, In: Hans Heinz Fabris and Fritz Hausjell (Hg.), *Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945* (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 53), Wien 1991, 51-79, hier 61

⁵⁵² Vgl. Riedlsperger: *Lingering shadow*, 88

⁵⁵³ Vgl. Rauchensteiner: *Stalinplatz*, 157

⁵⁵⁴ In einer Resolution der Landesexekutive des ÖGB Salzburg wird das Lohn-Preis-Abkommen aufgrund der mangelnden Abgeltung von Preiserhöhungen und ihre Nichteinbeziehung in den Verhandlungen offen kritisiert. Vgl. Gruber: *Massenstreik*; *Salzburger Nachrichten* 4.10.1950 S. 4 „Landesregierung warnt vor wilden Streiks“

⁵⁵⁵ Vgl. Fischer: *Illusion*, 307, 310f.; Gruber: *Massenstreik*, 192f.

Regierung als die sowjetische Planerfüllung.⁵⁵⁶ Und auch angesichts der weltpolitischen Situation sei es „verantwortungslos, die sowjetischen Genossen in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen.“⁵⁵⁷ Es hatte sich zwar gezeigt, dass die Sowjetunion oder zumindest die lokalen Kommandanten der Streikbewegung viel Sympathie entgegenbrachten und sie indirekt unterstützten. Eine Konfrontation war aber nicht im Interesse der Sowjetunion und kam angesichts der angespannten Situation in Korea eben „ungelegen“. Und wenigstens für die Leiter der USIA-Betriebe hatten die Produktionsziele Priorität. Das zeigte sich auch daran, dass während der Unterbrechungsphase in manchen USIA-Betrieben Überstunden gemacht wurden, um die Ausfälle der ersten Tage wettzumachen.⁵⁵⁸

Nach heftigen Diskussionen wurde daher der Abbruch beschlossen. Nach einigen Tagen der Agitation sollten die Streiks und Demonstrationen auf breiterer Basis in allen Bundesländern fortgesetzt werden. Es war allerdings nicht leicht, den Abbruchbeschluss überall durchzusetzen und er wurde unter den kommunistischen Arbeitern nicht gerade begrüßt. Franz Muhri berichtet: „Noch heute spüre ich das eisige Schweigen, den Unmut, die Enttäuschung, mit der meine Rede aufgenommen worden ist.“⁵⁵⁹ Die Entscheidung die Streiks zu unterbrechen, wurde auch nachträglich von vielen Seiten innerhalb der KPÖ als großen, wenn nicht entscheidenden Fehler betrachtet.⁵⁶⁰ Der Bewegung wurde ihr Schwung genommen und der Regierung genügend Zeit gelassen, die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu treffen. Die Empörung war zu diesem Zeitpunkt am größten, in Oberösterreich befanden sich die Streiks an ihrem Höhepunkt und in der Steiermark stand derselbe noch bevor. Der Abbruchbeschluss wurde daher zunächst hauptsächlich in Niederösterreich und Wien umgesetzt. Als die entsprechenden Nachrichten in Wien eintrafen und der KPÖ-Führung ihr Fehler klar wurde, kam von Friedl Fürnberg am 27. September in einer Politbürositzung der Vorschlag eine „Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz“ durchzuführen⁵⁶¹, die quasi die Überleitung zu einer zweiten Streikrunde bilden konnte.

Laut Fischer fehlte vor allem eine eindeutige Zielsetzung, was auch zur Rede von Nationalrat Kopenig vor Betriebsräten am Abend des 26. führte. Er sprach hier erstmals davon, dass nicht nur ein gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher sondern auch ein „politischer Kampf“ geführt werden müsse, der zu einem Österreich führen sollte, „das unter der Führung der arbeitenden Menschen steht.“⁵⁶² Solche Reden waren geeignetes Material für die Regierung und quasi der Beweis für einen geplanten Umsturz.⁵⁶³ Gegenteilig dazu wurde Honner auf einer Versammlung am 27. geradezu ungehalten, als zum Abschluss die „Internationale“ angestimmt wurde, da dadurch der unpolitische Charakter der Konferenz verwischt werde.⁵⁶⁴

Ein wesentliches Problem und ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Streikmoral, der auch in der Literatur bislang wenig beachtet wurde, war die Vergütung der Streikstunden. Die Polizeidirektion Wien berichtet am 29., dass unter den Arbeitern einiger Unmut über die angekündigte Nichtvergütung herrscht, die zu ernsthaften wirtschaftlichen Problemen führte: „Es ist schon so, dass ein Teil der Arbeiter in den streikenden Betrieben am Wochenende nicht über genügend Geld verfügt, um Lebensmittel zu kaufen. Von Ersparnissen in diesen

⁵⁵⁶ Vgl. Fischer: Illusion, 210

⁵⁵⁷ Vgl. ebd., 211

⁵⁵⁸ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50, 29.9.

⁵⁵⁹ Vgl. Muhri: Kein Ende, 25

⁵⁶⁰ „Die Unterbrechung des Streiks war faktisch die Niederlage.“ Fischer: Illusion, 312; siehe auch das Referat Kopenigs auf dem 15. Parteitag der KPÖ. Vgl. KPÖ: 15. Parteitag KPÖ, 62

⁵⁶¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 198

⁵⁶² Vgl. Fischer: Illusion, 312; abgedruckt in *Volksstimme*, 27.09.1950, S. 1f.

⁵⁶³ Vgl. Klenner: Putschversuch, 90

⁵⁶⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 255

Kreisen kann nicht gesprochen werden.“⁵⁶⁵ Besonders groß war die Missstimmung unter jenen, die die Arbeit unfreiwillig niedergelegt hatten. Hieraus sind unter anderem die Verhärtung der Fronten und der teilweise aktive Widerstand gegen die Streiks in der zweiten Phase zu erklären.

Am 30. September fand in der Lokomotivfabrik in Floridsdorf die „Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz“ statt. Es wurden etwa 2.140 Teilnehmer gezählt, von denen viele aus den Bundesländern angereist waren. Die Sicherheitsdirektionen der einzelnen Länder berichteten sehr genau über Anzahl und Identität der nach Floridsdorf abreisenden Delegationen.⁵⁶⁶ Am Westbahnhof empfing sie ein Lautsprecherwagen des Gewerkschaftsbundes, „der die ankommenden Betriebsräte aus dem Westen aufforderte, dieser kommunistischen Konferenz fern zu bleiben.“⁵⁶⁷ Es gab sehr strenge Kontrollen, die von Kriminalbeamten der kommunistischen Fraktion durchgeführt wurden und die ihre Kollegen am Eintritt hinderten. Zahlreiche Resolutionen wurden angenommen, in denen die Annullierung des LPA oder eine Verdoppelung der darin vorgesehen Lohnerhöhungen gefordert wurde. Weitere Forderungen aus den Resolutionen waren die steuerfreie Lohnerhöhung, die Bezahlung der Streiktage aus Geldern des ÖGB, eine Preissenkung samt Preisstopp und das Verbot einer Schilling-Abwertung. Außerdem wurde beschlossen, dass bei Streik auch die Geschäfte zu schließen sind. Sollte die Regierung nicht auf diese Forderungen eingehen, werde am 4. Oktober in ganz Österreich der Generalstreik ausgerufen.⁵⁶⁸

Laut Ronald Gruber waren etwa 800 Sozialisten unter den Betriebsräten, von denen sich kein einziger zu Wort meldete, und die er als „Statisten“ bezeichnet.⁵⁶⁹ Einige davon waren nur auf Druck ihrer Belegschaft anwesend. Dadurch gerieten sie andererseits wieder unter Druck vonseiten des ÖGB und der SPÖ und enthielten sich letztendlich ihrer Stimme.⁵⁷⁰ Es scheint, dass die Kommunisten auf dieser Konferenz bewusst gemäßigt auftreten wollten, um Putschvorwürfen keine weitere Nahrung mehr zu geben und eine breitere Streikfront zu erreichen. Die Debatten und Resolutionen sind wiederum stark ökonomisch ausgerichtet und verzichten sogar auf eine politische Erklärung für die ungenügende Situation.⁵⁷¹ Rufe, die die Absetzung der Regierung oder der Gewerkschaftsführung forderten, wurden hier von der Konferenzleitung nicht aufgegriffen⁵⁷², während die Kritik und Resolutionen gegen den ÖGB zu Beginn noch Bestandteil vieler Forderungen waren.⁵⁷³ In der Schlusserklärung heißt es: „Wir lieben unsere Arbeit und unsere Arbeitsstätten, wir lieben unser Land, wir sind unerschütterliche Anhänger und Verfechter der Demokratie. Gerade deswegen können und werden wir dem Hungerpakt nicht zustimmen.“⁵⁷⁴

In der Zwischenphase setzt das ein, was von Jill Lewis als „propaganda war“⁵⁷⁵ bezeichnet wird. Die beiden Konfliktparteien setzten ihre entsprechenden Medien, allen voran die

⁵⁶⁵ AdR, BMI 132.011-2/50

⁵⁶⁶ Betriebsrätekonferenz der Streikleitung der KPÖ. Am 30.9.1950 in Wien XXI. Lokomotivfabrik (Sogenannte „Gesamtösterr. Betriebsrätekonferenz“), Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.015-2/50

⁵⁶⁷ Ebd.

⁵⁶⁸ Vgl. Flugblätter- und Extraausgaben von Zeitungen, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 125.689-2/50; Gruber: Massenstreik, 271

⁵⁶⁹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 272

⁵⁷⁰ Vgl. ebd.

⁵⁷¹ Vgl. ebd., 274; Pelinka: Auseinandersetzung, 197

⁵⁷² Vgl. AdR, BMI 132.015-2/50

⁵⁷³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 273

⁵⁷⁴ Vgl. AdR, BMI 125.689-2/50; Gruber: Massenstreik, 273; Klenner: Putschversuch, 50

⁵⁷⁵ Lewis: Austria 1950, 541

Volksstimme und die Arbeiterzeitung, voll ein. Flugzettel, Extraausgaben, Plakate und mehrere Regierungsaussendungen wurden in Umlauf gebracht.⁵⁷⁶ Die Regierung hatte zusätzlich auch das Mittel der Beschlagnahmungen zur Hand.⁵⁷⁷ Bereits während der Streiks hatten sich die Radiosender als sehr wichtig erwiesen. Als schnellstes Medium konnten ihre Informationen über die Streiklage andere Betriebe mitreißen oder aber das Gegenteil erreichen. Die KPÖ konnte sich dabei der RAVAG⁵⁷⁸ bedienen und die Regierung des amerikanischen Senders „Rot-Weiß-Rot“. Bundeskanzler Figl zeigte sich im Ministerrat sehr unzufrieden über die Rolle, die die im Grunde staatliche, aber von der sowjetischen Besatzungsmacht kontrollierte RAVAG bisher in den Streiks gespielt hatte. Wie bei der Polizei sei auch dort seinerzeit Ordnung zu machen.⁵⁷⁹ Beim Sender „Rot-Weiß-Rot“ kam es zu einer Art Krisenproporz und es wurden Vertreter beider Regierungsparteien positioniert, um so schnell wie möglich Gegendarstellungen produzieren zu können.⁵⁸⁰

Am 3. Oktober wurde von der Bundesregierung ein Aufruf an die Bevölkerung veröffentlicht. Darin wird die bisherige Aufbauleistung betont, das LPA verteidigt und die Bevölkerung dazu aufgerufen, dem Druck der Kommunisten nicht zu weichen und sich nicht einschüchtern zu lassen. Es wird gewarnt: „Sie reden von Teuerung, meinen Unruhe, sie reden von Lohn, meinen aber Straßenkämpfe, Sturz der Demokratie, Beseitigung der demokratischen Republik“. Der abschließende Aufruf lautet: „Österreicher, Mitbürger! Zeigt Mut und Besonnenheit in der Abwehr des verbrecherischen Anschlages!“⁵⁸¹ Das Wort „Putsch“ ist in diesem Zusammenhang nicht in Verwendung, aber die Gefährdung der Demokratie direkt angesprochen. Es wurde in genauem Gegensatz zu den Kommunisten der Eindruck hergestellt, dass es sich um keine wirtschaftliche, sondern um eine hochpolitische Auseinandersetzung handelt.

Die offensichtliche Unzufriedenheit über das LPA und die bisherigen Ereignisse führten dazu, dass die Regierungsparteien ebenfalls Versammlungen ihrer Gewerkschaftsleute durchführten, bei denen jeweils auch Regierungsmitglieder anwesend waren. In beiden Fällen wurde die Notwendigkeit des Abkommens betont und zur Abwehr der Kommunisten aufgerufen. Es lassen sich hier zum Teil die unterschiedlichen Auffassungen und Prioritäten der beiden Parteien herauslesen. Staatssekretär Graf stellte auf der ÖVP-Versammlung den weltpolitischen Bezug her und betonte, dass außenpolitisch für Österreich keine Gefahr bestehe, da man unter dem Schutz der UNO stehe. Das österreichische Volk müsse mit dem innenpolitischen Gegner allerdings selber fertig werden. Am Ende der Ansprache forderte er die Anwesenden auf, „sich gegen die Ruhestörer aktiv zur Wehr zu setzen und in diesem Sinne auch auf die Bevölkerung einzuwirken.“⁵⁸²

In der Resolution der Versammlung der SPÖ vom 3. Oktober wird gleich eingangs ein sehr genaues Bedrohungsszenario dargelegt: „Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, dass

⁵⁷⁶ In den Akten der Sicherheitsdirektion findet sich eine Sammlung der Flugblätter und Extraausgaben. Vgl.

AdR, BMI 125.689-2/50

⁵⁷⁷ Vgl. AdR, BMI 134.944-2/50

⁵⁷⁸ Radio Verkehrs AG

⁵⁷⁹ Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 220, 3. Oktober 1950, S. 1, Bericht des Bundeskanzlers

⁵⁸⁰ Vgl. ebd., 5

⁵⁸¹ Tägliche Verlautbarungen des ho. Pressedienstes und Situationsberichte der Abteilung 2, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 134.938-2/50; auch bei Klenner: Putschversuch, 60

⁵⁸² Die Versammlung fand am Abend des 29.09. im Wiener Konzerthausaal statt. Ca. 2.000 Personen waren anwesend, darunter Bundeskanzler Figl, die Bundesminister Hurdes und Margaretha sowie Staatssekretär Graf. Vgl. Versammlungen der ÖVP, SPÖ und der Gewerkschaft, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 134.935-2/50

die Kommunistische Partei zum Schlag gegen die demokratische Republik auszuholen versucht. Ihr Plan geht dahin, die Leitung des Gewerkschaftsbundes und der angeschlossenen Gewerkschaften in ihre Hände zu bringen und damit die gesamte Gewerkschaftsbewegung, das stärkste Bollwerk der Demokratie in diesem Lande überhaupt, zu beherrschen. Mit Hilfe dieses Instrumentes soll dann, wie dies bereits in unseren Nachbarländern geschah, die Regierung gestürzt und die Volksdemokratie errichtet werden.“⁵⁸³ Weiters wird in der Resolution die Notwendigkeit der Regelungen und die Schwierigkeiten der Verhandlungen zum LPA betont. Regierung, Parlament und Wirtschaftskammer werden aufgerufen, Preissteigerungen zu verhindern. Der Aufruf an die Arbeiter und Angestellten lautet: „Lasst Euch nicht zu Streiks verführen und gegen Eure Gewerkschaften verhetzen. Weist den Ruhestörern die Tür und verteidigt euren Betrieb.“⁵⁸⁴ Hierzu hat Jill Lewis bereits festgestellt, dass interessanterweise eine Gefährdung des Gewerkschaftsbundes und deren Leitung mit der Gefährdung der Demokratie gleichgesetzt wurden.⁵⁸⁵ Es wird noch davon zu sprechen sein, inwiefern das offensichtliche Ziel der Kommunisten mehr Macht im Gewerkschaftsbund zu erringen, ebenfalls als „Putsch“ interpretiert wurde.

Obwohl die gerade zitierte Einschätzung der Pläne der Kommunisten zu diesem Zeitpunkt zu den realistischeren zählte, ist hier bereits angesprochen, was im Weiteren, die Grundlage für die Putschvorwürfe und –gerüchte wird. Es war vonseiten der Regierung und der Gewerkschaften klar, dass es sinnlos sein würde, das Abkommen als solches zu verteidigen. Die Ablehnung in der Bevölkerung war zu breit und zu stark. Die einzige Möglichkeit bestand darin, die Aktionseinheit der Arbeiter, die von den Kommunisten erreicht wurde, zu brechen. Es galt also die KPÖ, die durch ihre Agitation sehr viel zum Streik beigetragen hatte, wieder zu isolieren.⁵⁸⁶ Flugblätter zeigen die KPÖ an den Marionettenfäden der Sowjetunion.⁵⁸⁷ Sozialminister Maisel stellt sich in einem Aufruf an die Metallarbeiter die Frage: „Habt ihr noch nicht erkannt, dass man euch benützt, nicht um eine Lohnforderung zu erreichen, sondern um regelrechte Putschversuche der Kommunisten und ihrer Verbündeten vom VdU durchzusetzen?“⁵⁸⁸ Auch Verkehrsminister Waldbrunner ist sehr aktiv und spricht auf Versammlungen, wobei er zu aktivem Widerstand aufruft: „Wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß Diktaturen und ihre Agenten nur kraftvolle Argumente verstehen. Wir werden kraftvolle Argumente gebrauchen.“⁵⁸⁹ Und am 4. Oktober verbreitete die Arbeiter-Zeitung konspirative Stimmung, indem sie auf der ersten Seite ohne weiteren Kommentar die folgende kurze Meldung brachte: „Knapp vor Blattschluß erfahren wir, daß das ZK der KPÖ soeben die vertrauliche Weisung herausgegeben hat: Plan 3 ist abgesagt.“⁵⁹⁰

Bei der Exekutive traf man umfangreiche Vorbereitungen für den Ablauf des Ultimatums. Am 3. Oktober ordnete das Innenministerium ab 12 Uhr Permanenzdienst an, um genügend Polizeikräfte zur Verfügung zu haben. Die Kommunisten in den eigenen Reihen, deren Zahl in Wien und Niederösterreich nicht gering war, wurden gewarnt ihrer Dienstpflicht nach-

⁵⁸³ SPÖ-Versammlung der Betriebsvertrauensleute am 3.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.016-2/50; In den Sofiensälen am Nachmittag des 3.10. mit ca. 3.000 Teilnehmern, als Redner waren anwesend: ÖGB-Präsident Johann Böhm, Bundesminister Karl Maisel und Bundesminister Oskar Helmer. Der Verlauf und die Resolution sind ebenfalls zu finden bei Klenner: Putschversuch, 55-58

⁵⁸⁴ AdR, BMI 132.016-2/50

⁵⁸⁵ Vgl. Lewis: Austria 1950, 543f.

⁵⁸⁶ Vgl. Gruber: Massenstreik, 277

⁵⁸⁷ Vgl. AdR, BMI 125.689-2/50

⁵⁸⁸ *Arbeiter-Zeitung*, 29.09.1950, 226, S. 2 „Sozialminister Maisel an die Metallarbeiter“

⁵⁸⁹ *Arbeiter-Zeitung*, 1.10.1950, 228, S. 1 „Werft die Radaubrüder hinaus!“

⁵⁹⁰ *Arbeiter-Zeitung*, 4.10.1950, 228, S. 1

zukommen und nicht gegen die verfassungsmäßige Regierung aufzutreten.⁵⁹¹ In einem Runderlass des Innenministers erhielt die Exekutive die Erlaubnis, im Einvernehmen mit den Landeshauptleuten zusätzlich Hilfskräfte, wie Feuerwehr und Forstpersonal aufzubieten, falls die eigenen Kräfte nicht ausreichten.⁵⁹² Ein weiterer Erlass richtete sich an die Ausländer und Staatenlosen in Österreich, denen im Falle der Beteiligung an der Streikbewegung mit der sofortigen Ausweisung gedroht wurde, was besonders gegen die „Volksdeutschen“ in der oberösterreichischen Industrie gerichtet war.⁵⁹³ In Gebieten, die entsprechend den Erfahrungen der ersten Streikphase besonders gefährdet galten, wurden öffentliche Gebäude gesichert, Posten verstärkt und Einheiten konzentriert.⁵⁹⁴ In der sowjetischen Zone erging allerdings mehrfach die Weisung der Besatzungsmacht solche Konzentrationen wieder aufzulösen.⁵⁹⁵ Es gab von ihrer Seite geradezu gegenteilige Vorbereitungen, die darauf hinausliefen, die Polizeikräfte ihrer Zone einzuschüchtern oder aktionsunfähig zu machen.⁵⁹⁶

Die zweite Streikphase beginnt mit dem Ablauf des Ultimatums der Gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz am 4. Oktober. Die KPÖ hatte gehofft, durch die Konferenz und durch zusätzliche Vorbereitungszeit die Streiks verbreitern zu können. Letzten Endes wurde das Gegenteil erreicht und die Arbeitsniederlegungen beschränkten sich am 4. und 5. Oktober auf Niederösterreich und Wien, das heißt die sowjetische Zone. Sie wiesen auch einen anderen Charakter auf, als in der Vorwoche, und waren stärker durch Konfrontation geprägt. Während zu Beginn der Streiks die Ablehnung gegen das LPA noch durchaus mehrheitsfähig war und der Unmut darüber weite Teile der Arbeiterschaft versammelte, hatten sich in der Zwischenzeit durch die Darstellung der Streiks als kommunistischer Putschversuch viele nichtkommunistische Arbeiter zurückgezogen. Es verhärteten sich die Fronten, der ausbleibende Erfolg und die Ablehnung führte zu Verbitterung und zu einem weit gewalttätigeren Charakter der Streiks. Durch die Pause kam es nicht zu einer Verbreiterung der Streikbasis, sondern „zu einer Radikalisierung auf der einen, zu einer Distanzierung von den Kämpfenden auf der anderen Seite.“⁵⁹⁷

5.4 Zweite Streikphase

5.4.1 Wien

Am Morgen des 4. Oktober traten in Wien 145 Betriebe in Streik.⁵⁹⁸ Wiederum waren vor allem die sowjetisch besetzten Bezirke von den Arbeitsniederlegungen betroffen. Um den erhofften Generalstreik zu erreichen, wurde erneut versucht, andere Betriebe in den Streik zu ziehen und die Arbeiter „herauszuholen“. Auffallend waren die verschärften Maßnahmen, um das „öffentliche Leben“ lahmzulegen mit einer großen Anzahl an Verkehrsstörungen und Blockaden. Bereits um fünf Uhr früh versuchte eine Gruppe zwei Straßenbahnhöfe in den westlichen Bezirken⁵⁹⁹ zu blockieren. Die Polizei griff hier schnell ein und verhaftete in

⁵⁹¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 280f.

⁵⁹² Einsatz der Exekutive. Runderlaß an alle Sicherheitsdirektionen, alle Bundespolizeibehörden und Landesgendarmierkommandos vom 3.10.1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 134.937-2/50

⁵⁹³ Vgl. *Arbeiter-Zeitung*, 3.10.1950, 229, S. 1 „Kümmert euch nicht um die ‚Kampfleitung‘ der Kommunisten!“

⁵⁹⁴ AdR, BMI 134.937-2/5

⁵⁹⁵ Vgl. Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 134.939-2/50

⁵⁹⁶ Vgl. Gruber: Massenstreik, 282

⁵⁹⁷ Vgl. Fischer: Illusion, 314

⁵⁹⁸ Zählung nach Polizeiangaben von Gruber: Massenstreik, 288

⁵⁹⁹ Bahnhof Kreuzstrasse im 18. Bezirk und Bahnhof Wexstrasse im 20. Bezirk Wiens.

Währing etwa 30 Personen. In den sowjetisch besetzten Bezirken, wo derartige Massenverhaftungen nicht möglich waren, verliefen ähnliche Besetzungen erfolgreicher und eine Vielzahl von Straßensperren und Blockaden entstanden während des Tages. Auch Bahnhöfe und Straßenbahnhöfe konnten besetzt werden. Hier war die entsprechende Anzahl an streikenden Arbeitern vorhanden und die Polizeikräfte wurden von den Bezirksleitungen und Kommandaturen aktiv behindert. Sie waren so weder in der Lage Blockaden abzubauen, noch Demonstrationen aufzulösen.⁶⁰⁰

Die KPÖ erklärte die Blockaden und Besetzungen mit der schwer zu kontrollierenden Spontaneität der Arbeiter⁶⁰¹. Angesichts der Vielzahl von ähnlichen Vorfällen in den Berichten der Polizeidirektion, lässt sich allerdings nur unschwer eine gewisse Organisiertheit erkennen. Die Art der Hindernisse weist zumindest am 4. Oktober noch auf spontane Aktionen hin. Es handelte sich um quergestellte Autobusse, abgehängte Straßenbahnwaggons, LKWs, PKWs, Betonklötze und Telegraphenstangen. Am darauffolgenden Tag tauchten allerdings vermehrt und in großer Zahl LKWs auf vielen wichtigen Kreuzungen, Straßen und Plätzen auf, die meist Schutt, auf der Schwedenbrücke sogar eine Fuhre Mist entluden.⁶⁰² Es ist also anzunehmen, dass hier eine gewisse Organisation vorhanden war, sei es auch nur auf Ebene der Bezirksstreikleitungen.⁶⁰³

Im Laufe des Vormittags kommt es zum ersten Zusammenstoß auf der Gudrunstrasse im Bezirk Favoriten. Die dortige Remise wurde von ca. 400 Arbeitern blockiert, die die Straßenbahner zum Streik bewegen wollten. Die Polizeidirektion berichtete über die weiteren Ereignisse: „Favoriten: Am Strassenbahnhof erschienen 4 LKW (150 Personen) mit Holzknüppeln bewaffnet. Erkennungszeichen: Gelbe Gänseblümchen in Messing gestanzt im Knopfloch – in Schillinggröße. Diese Männer, die angeblich der SPOe angehörten, zerstreuten zum Teil die Demonstranten und nahmen nachher vor dem Bahnhof wieder Aufstellung und versteckten ihre Knüppel wieder.“⁶⁰⁴ Es handelte sich um eine vom Chef der Holz- und Bauarbeitergewerkschaft und SP-Nationalrat Franz Olah aufgestellte Truppe. Olah war bei diesem Einsatz persönlich anwesend und bestätigt die Ereignisse in seinen Erinnerungen.⁶⁰⁵ Trotz dieses und weiterer Berichte des Journaldienstes wird das Innenministerium später auf solche Zwischenfälle keine Hinweise mehr finden.⁶⁰⁶ Im Laufe des Tages sollte es zu weiteren solchen Zusammenstößen kommen.

Es war zu einem Sternmarsch aufgerufen worden, der um 17 Uhr in einer Kundgebung auf dem Rathausplatz enden sollte. Ab 15 Uhr waren, wie bereits in der Vorwoche, Demonstrationzüge in Richtung Innenstadt unterwegs. Die Größe dieser Züge fiel allerdings nicht wie erhofft größer, sondern in allen Fällen kleiner als jene am 26. September aus.⁶⁰⁷ Für die Kundgebung auf dem Rathausplatz gibt die Polizeidirektion etwa 9.000 bis 10.000 Demonstranten an.⁶⁰⁸ Interessanterweise handelte es sich bei etwa der Hälfte der Anwesenden um Frauen. Offenbar hatte der „Bund demokratischer Frauen“, eine Vorfeldorganisation der KPÖ, seine Mitglieder erfolgreich zur Teilnahme aufgefordert.⁶⁰⁹ Beim Anmarsch drohten

⁶⁰⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik, 288

⁶⁰¹ Vgl. ebd.

⁶⁰² Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁶⁰³ Das wird von Gruber vermutet. Vgl. Gruber: Massenstreik, 289

⁶⁰⁴ AdR, BMI 132.011-2/50

⁶⁰⁵ Vgl. Franz Olah: Die Erinnerungen, Wien u.a. 1995, 137-140; Mehr dazu im Kapitel 6.4

⁶⁰⁶ Vgl. S. 101 dieser Arbeit.

⁶⁰⁷ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50; Gruber: Massenstreik, 290

⁶⁰⁸ Gruber errechnet 12.000 – 20.000. Vgl. Gruber: Massenstreik, 291; Laut Epler waren es etwa 30.000. Vgl.

Epler: Der grosse Streik, 125

⁶⁰⁹ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

teilweise Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Passanten, die durch die Sicherheitswache verhindert werden konnten. Auf dem Rathausplatz sprachen größtenteils ungeschulte Redner, die KPÖ-Funktionäre schienen bereits resigniert zu haben und auch die Stimmung unter den Anwesenden wurde von den anwesenden Beamten als „keineswegs enthusiastisch“⁶¹⁰ bewertet. Es hatte sich bereits an diesem Tag gezeigt, dass trotz aller Anstrengungen der KPÖ wiederum nur sehr ungleichmäßig und vor allem im sowjetischen Teil der Stadt die Arbeit niedergelegt wurde. Die Streiks hatten in etwa die gleiche Größe, wie in der Vorwoche.⁶¹¹ Von einer Ausweitung oder gar einem Generalstreik war keine Spur.

Der folgende Tag bot ein ähnliches Bild, wobei sich die Fronten weiter verhärteten. Aus den Bundesländern kamen für die Streikenden entmutigende Nachrichten über die Streiklage. Epler und auch andere sehen unter den Beteiligten nun das „verzweifelte Bemühen, den Streik mit allen Mitteln zu halten und zu verbreitern.“⁶¹² Die Aktionen wurden drastischer und die Erbitterung wuchs. Die nichtkommunistische Presse hatte bereits den Zusammenbruch der Streiks verkündet⁶¹³ und es galt das Gegenteil zu beweisen, was zu immer heftigerem Vorgehen führte. Auf der anderen Seite wurde in der Bevölkerung der Unmut über ein solches Auftreten immer größer und das aggressivere Vorgehen der Demonstranten schien die Warnungen der Regierung vor einem geplanten Umsturz nur zu bestätigen. Neben den Zwischenfällen, an denen die Bauarbeiter Olahs beteiligt waren, und den Zusammenstößen bei Versuchen, gewaltsam Betriebe zum Streik zu bewegen, kam es auch zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Passanten.⁶¹⁴

Es wurden an diesem Tag weiterhin Straßenbahnen, Straßen und Plätze blockiert. Es ereigneten sich etwa 122 solcher Zwischenfälle. Davon waren lediglich zwölf nicht in der sowjetischen Zone gelegen.⁶¹⁵ Über den ganzen Tag luden LKWs hier Schutt und Sand ab, Zement und Gips wurden verwendet, um Straßenbahnweichen auszugießen, Schaltkästen beschädigt, Schienennägel entfernt und wie am Vortag LKWs, PKWs und Waggons quergestellt. Straßen wurden aufgerissen und mit Pflastersteinen zusätzliche Hindernisse und Barrikaden erbaut. Einige Bahnhöfe und Straßenbahnremisen waren wieder blockiert.⁶¹⁶ Im 4. Bezirk, in der Gegend Resselpark und Schleifmühlgasse, nutzten die Demonstranten den Rückhalt in der sowjetischen Zone geschickt aus. Sie führten ihre Aktionen in den westlichen Bezirken durch und zogen sich bei annahenden Polizeikräften wieder über die Bezirksgrenze zurück.⁶¹⁷

Es waren auch die bewaffneten kommunistischen Trupps zu Gange, die später als „Rollkommandos“ bezeichnet wurden und zum Teil durch Einschüchterung oder Gewalt versuchten, in anderen Betrieben eine Streikteilnahme durchzusetzen.⁶¹⁸ Die Gegenseite stellten Olahs Männer dar, die als eine Art „fliegendes Kommando“ an verschiedenen Stellen der Stadt erscheinen. Sie wurden von bedrohten Betrieben angerufen und tauchten binnen

⁶¹⁰ Kundgebung des „Exekutivkomitees der Betriebsräte (KPÖ)“ am 4.10. auf dem Wr. Rathauspl., Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.017-2/50

⁶¹¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 292

⁶¹² Vgl. Epler: Der grosse Streik, 135; ähnlich Gruber: Massenstreik, 292

⁶¹³ Vgl. *Die Presse*, 5.10.1950, 598, S. 1 „Fiasko der kommunistischen Aktion“; *Arbeiter-Zeitung*, 5.10.1950, 231, S. 1 „Niederlage trotz Terror“

⁶¹⁴ AdR, BMI 132.011-2/50

⁶¹⁵ Zählung von Gruber: Massenstreik, 293

⁶¹⁶ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁶¹⁷ Vgl. ebd.

⁶¹⁸ Vgl. Gruber: Massenstreik, 293f.

kurzer Zeit mit mehreren LKWs an Bauarbeitern auf.⁶¹⁹ Auch bei den Eisen- und Straßenbahnern, um deren Streikbeitritt die KPÖ besonders bemüht war, kam es zur Aufstellung eines „Werkschutzes“.⁶²⁰ Weitere Zusammenstöße waren absehbar. Auf der Wiedner Hauptstraße gerieten am Vormittag Streikende und Straßenbahner aneinander und lieferten sich eine weitere schwere Straßenschlacht.⁶²¹

Was die Unterstützung der Streikenden durch die sowjetische Besatzungsmacht betrifft, soll hier vorerst ein Bericht aus Wien-Schwechat zitiert werden, der repräsentativ für die Vorgänge in diesen Bezirken und mehrere ähnliche Berichte stehen kann:

„Der Bezirksleiter des Koates. Schwechat, Amtssekretär Jilek und ich begaben uns gemeinsam mit Pol.Rittm. Tekal zur russischen Ortskommandatur in Schwechat, um die Wegschaffung der russischen Fahrzeuge von den Bahnanlagen und Fahrbahnen zu erwirken. Dabei wurde uns durch Oberleutnant Putz der Kommandatur aufgetragen, sich in die Streikangelegenheiten der Arbeiter nicht einzumengen. Er betonte, dass sich die Kommandatur neutral verhalten werde und sich nicht in österr. Angelegenheiten einmische. Weiters äußerte sich Oberleutnant Putz, dass die Aktionen der Arbeiter keine Gewaltmaßnahmen seien und niemanden etwas zuleide tun.“

Die Streikfront brach in Wien im Laufe dieses Tages zusammen. Am Abend beschloss das Präsidium der gesamtösterreichischen BR-Konferenz den Streik abbrechen.⁶²²

5.4.2 Niederösterreich

Die zweite Streikphase in Niederösterreich war, wie in Wien durch gewaltsame Auseinandersetzungen geprägt. Sie spielten sich vor allem zwischen den, je nach Sichtweise, „Delegationen“ oder „Rollkommandos“ genannten Trupps aus den streikenden Betrieben einerseits, und den in der Zwischenzeit aufgestellten „Selbstschutzeinheiten“ in Betrieben mit sozialistischer Mehrheit andererseits ab. Es hatte auch hier umfangreiche Vorbereitungen durch die Exekutive gegeben, die aber in Niederösterreich am stärksten durch die sowjetische Besatzungsmacht eingeschränkt wurden.⁶²³ In Wiener Neustadt wurde bei einer Besprechung vereinbart, dass die Polizei in erster Linie lebenswichtige Betriebe der Energieversorgung sichern, während Betriebe mit sozialistischer Mehrheit sich selbst schützen würden. Bei Möglichkeit sollte anderen Betrieben der Umgebung geholfen werden. In Folge wurden „Selbstschutzeinheiten“ geschaffen, in anderen Fällen auch „Werkschutz“ oder „technische Nothilfe“ genannt, die die Tore der betreffenden Betriebe bewachten und auch den Kontakt zwischen Arbeitern und Streikenden unterbanden.⁶²⁴ Unter den „kommunistischen Störtrupps“ bestand die Annahme, dass in anderen Betrieben die streikwilligen Arbeiter lediglich unter dem Druck der Betriebsleitungen und der sozialdemokratischen Funktionäre standen und dieses Hindernis zur Ausweitung der Streikfront überwunden werden müsse.⁶²⁵ Es schien aber in den meisten Fällen eher so zu sein, dass die Bemühungen von Regierung und ÖGB gefruchtet hatten und die Nichtauszahlung der Streikstunden Wirkung zeigte. Der Sicherheitsdirektion wurde am 3. Oktober aus verschiedenen Bezirkshauptmannschaften gemeldet, „dass unter der Arbeiterschaft eine grosse Abneigung gegen Streiks besteht. Selbst in den USIA-Betrieben wollen die Arbeiter beim Streik nicht mittun.“⁶²⁶

⁶¹⁹ Vgl. Olah Erinnerungen, 135-143

⁶²⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik, 296

⁶²¹ Vgl. ebd.; Epler: Der grosse Streik, 136; Klenner: Putschversuch, 71

⁶²² Vgl. Gruber: Massenstreik, 297

⁶²³ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁶²⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 298; Klenner: Putschversuch, 64

⁶²⁵ Vgl. Gruber: Massenstreik, 302; Epler: Der grosse Streik, 118

⁶²⁶ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

Ein Werkschutz existierte unter anderem bei Schöller-Bleckmann in Ternitz, den Bundesbahnwerkstätten und dem Semperit-Werk. Zum Schutz des Werkes Brevillier & Urban wurden in Neunkirchen sogar „motorisierte Bauernbereitschaften“ eingerichtet.⁶²⁷ In mehreren Orten wurden Bewachungsdienste geschaffen und gemäß der Anordnung des Innenministers Hilfspolizei eingesetzt.⁶²⁸ Als Reaktion auf den häufig bewaffneten Werkschutz bewegten sich die „Delegationen“ nur mehr in größeren Gruppen und rüsteten sich ebenfalls mit Schlagwaffen aus.⁶²⁹ Es herrschte Kampfstimmung.

Die vorgenommenen Konzentrierungen von Gendarmeriebeamten in besonders gefährdeten Gebieten wurden mehrfach auf Weisung der jeweiligen sowjetischen Bezirks- oder Stadtkommandanten aufgelöst. Dieselben gaben auch häufig Weisungen heraus, die die Beamten behinderten oder zumindest vor Waffengebrauch ausdrücklich warnten.⁶³⁰

Bei Schöller-Bleckmann, einem Betrieb, der an der ersten Streikphase führend beteiligt und allein schon durch seine Größe von Bedeutung war, wurde am 4. Oktober gearbeitet. Auch die meisten anderen größeren Betriebe im Bezirk Neunkirchen verhielten sich ruhig. Hier war nur etwa ein Viertel der Arbeiter der Vorwoche in Streik.⁶³¹ Im nahe gelegenen Wiener Neustadt, wo es sich mehrheitlich um USIA-Betriebe handelte, wurde hingegen in den meisten Firmen die Arbeit in der Früh nicht aufgenommen. Die Streikenden der Rax-Werke waren hier am intensivsten damit beschäftigt, andere Betriebe in den Streikzustand zu überführen.⁶³² Das konnte allein durch Überzeugung geschehen, aber gerade in der zweiten Streikphase waren Einschüchterungen oder die Ausübung von Druck häufiger. In manchen Fällen gab es ein gewaltsames Eindringen in den Betrieb, wobei es zu Handgreiflichkeiten kam. Eine andere Möglichkeit bestand darin, einfach den Schichtwechsel zu blockieren. Letzteres geschah bereits früh morgens bei der Textilfabrik Walek, wo mehrheitlich Frauen beschäftigt waren. Mehrere hundert Arbeiter der Rax-Werke blockierten den Fabrikseingang und behinderten den Schichtwechsel zu Tagesbeginn.⁶³³

Von Wiener Neustadt aus wurden am Nachmittag nun Anstalten getroffen, den „Werkschutz“ bei Schöller-Bleckmann auseinanderzutreiben, da er als das Haupthindernis für eine freiwillige Streikaufnahme in diesem Betrieb galt.⁶³⁴ Gegen Mittag kamen von den Rax-Werken mehrere LKWs mit etwa 350 Personen an und drangen in das Werk ein, wobei es zu Auseinandersetzungen mit Verletzten kam. Die Streikenden, wie auch der Werkschutz waren mit Eisenstangen und anderen Schlagwaffen ausgerüstet, Steine wurden geworfen und die Betriebsfeuerwehr war mit Spritzen im Einsatz.⁶³⁵ Es gelang ihnen dennoch in das Werk einzudringen und es wurde in einer Versammlung ein Streikbeschluss durchgesetzt, der bis zum Abend des 5. Oktober aufrecht blieb.⁶³⁶ Bei diesem Zwischenfall kam es zu einigen Verletzten.⁶³⁷ Die Semperit-Werke und die Firma Brevillier & Urban schickten ihre

⁶²⁷ „Einer internen Abmachung zwischen SPÖ und Bauernbund zufolge werden in den umliegenden Ortschaften motorisierte Bauernbereitschaften errichtet, die im Falle des Eindringens kommunistischer Störtrupps den Arbeitern des Betriebes zur Hilfe kommen sollen. Das Werk selbst ist mit den Bereitschaften der Bauern (100 bis 150 Mann) durch Kradmelder in Verbindung.“ Ebd.

⁶²⁸ Vgl. Gruber: Massenstreik, 299

⁶²⁹ Vgl. ebd., 301

⁶³⁰ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50, Beispiele sind Baden, Mödling, Krems, Bruck a.d. Leitha, St. Pölten

⁶³¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 301

⁶³² Unterstützt wurden sie vereinzelt durch Arbeiter des USIA-Kohlenbergbaus in Grünbach und der Maschinenfabrik in Lichterwörth. Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁶³³ Vgl. ebd.

⁶³⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 304

⁶³⁵ Vgl. ebd.

⁶³⁶ Vgl. AdR Anfrage Honner

⁶³⁷ Vgl. Klenner: Putschversuch, 64; Epler: Der grosse Streik, 113

Belegschaften aus Sicherheitsgründen nach Hause, um ähnliche Zwischenfälle von vornherein zu vermeiden.⁶³⁸ Auf dem Rückweg besetzte der gleiche Trupp das Postamt in Wiener Neustadt, weil von hier aus „irreführende Nachrichten über die Streiklage ausgegeben wurden“⁶³⁹

In St. Pölten gab es an diesem Tag nur bei den Glanzstoff- und den Voith-Werken Streikbeschlüsse.⁶⁴⁰ Deren Delegationen, die auch Lautsprecherwagen im Einsatz hatten, tauchten bei mehreren Betrieben auf, waren jedoch erfolglos. Eine Kundgebung am Rathausplatz St. Pölten umfasste 4.000 Menschen, von denen etwa 2.500 zur Eisenbahnwerkstätte weiterzogen.⁶⁴¹ Es gelang ihnen dort eine Polizeisperre zu durchbrechen und in das Gelände einzudringen. Dabei kam es zu „Plänkeleien“ mit dem Werkschutz und eine Versammlung mit den Eisenbahnern wurde abgehalten. Die Streikenden verließen das Werk allerdings bald wieder ohne etwas zu beschädigen oder es zu besetzen.⁶⁴²

Im Bezirk Baden wurde ebenfalls das Postamt besetzt und in mehreren Betrieben gestreikt. Der einzige Großbetrieb, die Kammgarnspinnerei in Bad Vöslau, arbeitete allerdings.⁶⁴³ In Amstetten versuchten Arbeiter der Böhler-Werke erfolglos, Betriebe zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Aktiv waren auch die nach wie vor streikenden Arbeiter des Nibelungenwerkes, die den Bahnhof St. Valentin besetzten.⁶⁴⁴ Im Erdölgebiet im Bezirk Gänserndorf waren nur die Arbeiter der SMV in Streik getreten. Es gab hier überraschenderweise keine Sperren, Blockaden und Besetzungen mehr. In der Vorwoche waren solche noch sehr häufig vorgekommen, aber die dortigen Streikenden scheinen bewusst auf solche Maßnahmen verzichtet zu haben.⁶⁴⁵ Die wenigen Versuche des „Herausholens“ verliefen auch hier erfolglos.

Zu einer der gefährlichsten Situationen während der gesamten Streiks kam es in der Nacht auf den 5. Oktober in Wiener Neustadt. Am Abend hatten die Demonstranten aus den Rax-Werken die im Postamt von Wiener Neustadt stationierten 25 Sicherheitswachebeamten überrumpelt und das Gebäude besetzt. Es kam hier bereits zu Handgreiflichkeiten mit Verletzten. Der Großteil der Beamten zog sich zurück und nur sechs von ihnen verblieben in einem Teil des Gebäudes zum Schutz der Telefonistinnen und der teuren Anlagen. In Wiener Neustadt waren nicht ausreichend Exekutivbeamte vorhanden, um das Gebäude zu räumen und ein Vorgehen wäre ohnehin schnell durch die lokalen Sowjetbehörden unterbunden worden. Deshalb wurden in der Nacht vom Innenministerium Sicherheitswache- und Gendarmerieabteilungen aus Wien entsandt. Im Gesamten handelte es sich um 100 Sicherheitswachebeamte und 68 Mann Gendarmerie. Ein Teil der Sicherheitswache (45 Mann) wurde zur Firma Walek geschickt, um dort Arbeitswilligen Zutritt in das Werk zu

⁶³⁸ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁶³⁹ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 120

⁶⁴⁰ Vgl. Gruber: Massenstreik, 306f.

⁶⁴¹ Bundesbahnwerkstätte St. Pölten mit etwa 1.500 Beschäftigten, vgl. Niederösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 1. bis 4. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 133.504-2/50

⁶⁴² Vgl. Berichte Ereignisse Voith- und Glanzstoffwerke, Bundesbahnwerkstätte St. Pölten, 4.-6.10., Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 124.756-2/51

⁶⁴³ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50; Gruber: Massenstreik, 306

⁶⁴⁴ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁶⁴⁵ Vgl. Gruber: Massenstreik, 310; „Wir haben den Streik als Streik geführt“ zitiert Epler den Verantwortlichen in Zistersdorf, Epler: Der grosse Streik, 125f.

ermöglichen. Ein weiterer Teil verblieb beim Bundespolizeikommissariat in Wiener Neustadt.⁶⁴⁶

Die Gendarmerie besetzte das Postamt um vier Uhr früh ohne großen Widerstand und nahm dabei etwa 30 Verhaftungen vor. Mit zwei über die Straße quergestellten LKWs wurde die Zufahrtstraße zum Postamt gesichert und die Gendarmerie nahm vor dem Gebäude Stellung. Die Räumung war nicht unbemerkt geblieben und von Streikenden waren die Luftschuttsirenen als Signal in Gang gesetzt worden. Bald darauf erschienen LKWs vollbesetzt mit Arbeitern der Rax-Werke, deren Zahl sich zunehmend vergrößerte. Mit Schlagwaffen aller Art („mit Knütteln, Stahlruten, Ochsenziemern und Stöcken“⁶⁴⁷) bewaffnet, gingen sie gegen die Gendarmeriebeamten vor. Es kam zu einem „schweren Straßenkampf“, in dem der Kommandant der Wiener Sicherheitswache mit einer Eisenstange am Kopf getroffen wurde. Die Gendarmerie ging mit gefällttem Bajonett vor, wodurch es auch zu Verletzten unter den Demonstranten kam – drei bis vier davon Schwerverletzte. Die Absperrkette der Gendarmerie war bereits im Zurückweichen, als zusätzlich ein mit sowjetischen Soldaten besetzter LKW eintraf, dem Offiziere zu Fuß vorausgingen. Dieser musste passiert werden lassen, was für die Streikenden die Möglichkeit bot, die Absperrung zu durchbrechen.⁶⁴⁸

Der Kommandant der eingesetzten Gendarmerieabteilung, Rittmeister Käs wurde von seinen Leuten abgeschnitten, als er den schwer verletzten Fahrer seines Dienstfahrzeuges bergen wollte, und von den Streikenden – nach Ablieferung des Fahrers im Krankenhaus – in die Rax-Werke gebracht. Er wurde dort kurze Zeit festgehalten und begab sich danach direkt zur sowjetischen Kommandantur, wo seine Anwesenheit bereits verlangt wurde. Hier erwarteten ihn schwere Vorwürfe aufgrund des Einsatzes von Waffengewalt gegen die Streikenden. Diesen war es in der inzwischen verstrichenen Zeit gelungen, das Postamt wieder zu besetzen. Durch das Heranziehen der anderen beiden Kontingente eroberte die Exekutive das Gebäude aber ein weiteres Mal zurück. Der Stadtkommandant verlangte unter der Androhung einer Intervention den sofortigen Abzug und dass der „status quo“ wieder hergestellt werde, also die Besetzung des Postamtes durch die Streikenden. Dem musste Folge geleistet werden und es verblieben nur einige Beamte zum Schutz der Apparate im Gebäude.⁶⁴⁹

Wie im restlichen Österreich brachen auch in Niederösterreich die Streiks am 5. Oktober zusammen. Aber genauso wie in Wien verschärfen sich zuvor die Auseinandersetzungen. Von Streiks, Blockaden und Zusammenstößen betroffen waren vor allem die Industriebezirke Wiener Neustadt und Neunkirchen. Die Arbeiter der Rax-Werke setzten nach der ereignisreichen Nacht ihre Aktionen am 5. Oktober fort. Es gab weiterhin motorisierte Trupps, die andere Betriebe unter Druck zum Streik aufriefen und erneut eine Kundgebung in Wiener Neustadt, an der jedoch nur mehr 2.000 Personen teilnahmen. Außerdem wurde das Umspannwerk in Ebenfurth besetzt und temporär der Strom abgeschaltet.⁶⁵⁰ In St. Pölten streikten isoliert die Voith-Werke und die Glanzstoffwerke. Auch deren Delegationen begannen Arbeitsniederlegungen in anderen Betrieben gewaltsam herbeizuführen.⁶⁵¹ Am Morgen wurde hier erfolglos versucht, das Postamt zu besetzen. Alternativ wurden daher beim Bahnhof St. Pölten die Fahrdienstleitung okkupiert und die Bahnhofsgleise mit

⁶⁴⁶ Vgl. Wr. Neustadt; Besetzung des Postamtes durch Streikende am 4. und 5. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 133.506-2/50

⁶⁴⁷ Ebd.

⁶⁴⁸ Vgl. ebd.

⁶⁴⁹ Vgl. ebd.

⁶⁵⁰ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50; Gruber: Massenstreik, 314f.

⁶⁵¹ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

mehreren Hundert Demonstranten blockiert.⁶⁵² Der Streik in St. Pölten wurde am frühen Nachmittag offiziell für beendet erklärt.⁶⁵³

In Baden wurde am 5. Oktober erneut das Postamt besetzt. Bei der Kammgarnspinnerei in Bad Vöslau kam es zu einem Handgemenge, als Streikende versuchten den Schichtwechsel zu behindern.⁶⁵⁴ Wiederum gab es eine Vielzahl von Verkehrsblockaden, die die wichtigsten Zugs- und Straßenverbindungen betrafen. Im Laufe dieses Tages wurde den Beteiligten klar, dass sich die Streikfront in Niederösterreich nur mehr unter Gewaltanwendung erweitern ließ. Außerhalb Wiens und Niederösterreichs herrschte bereits Ruhe und in St. Pölten waren die Streiks schon aufgegeben worden. In Wiener Neustadt und den restlichen Bezirken wurden sie nach der Verlautbarung in der RAVAG ebenfalls endgültig beendet.⁶⁵⁵

Die Streiks wurden in Niederösterreich im Wesentlichen von den USIA-Betrieben getragen. Allerdings hatte auch eine nicht geringe Zahl an Nicht-USIA-Betrieben die Arbeit niedergelegt. Nach Zahlen der Arbeiterkammer waren 54 Prozent der am Streik beteiligten Betriebe nicht im USIA-Komplex verankert. Nach denselben Angaben befanden sich hier in jeweils beiden Streikphasen rund 40.000 Arbeiter im Streik.⁶⁵⁶ Wie in keinem anderen Bundesland waren die Ereignisse in Niederösterreich sehr vielfältig und nur schwer zu überschauen.

5.4.3 Steiermark

Die Steiermark als strategisch wichtiges Feld, in dem Regierung und Exekutive großen Spielraum hatten, wurde auch in den Vorbereitungen dementsprechend berücksichtigt. Staatssekretär Graf traf sich mit dem Landeshauptmann, dessen Stellvertreter und den Leitern der Exekutive und erklärte, „dass die Lage äußerst ernst sei, dass die Kommunisten wahrscheinlich den Generalstreik ausrufen würden und dass im Falle einer Aktion der Kommunisten womöglich die Führer der KP ausgeschaltet werden sollten.“⁶⁵⁷

In einer Besprechung der Sicherheitsdirektion mit dem britischen Verbindungsdienst wurde die Möglichkeit geklärt, im Notfall britische Truppen zu Hilfe zu ziehen, was laut Auskunft nur auf Anfrage des Landeshauptmanns geschehen konnte. Diese Option war allerdings nicht ungefährlich: „Für diesen Augenblick des Einsatzes von britischen Truppen würde von Seiten der britischen Kommandanten keine Warnung an Aufständische erteilt, sondern mit allen zu Verfügung stehenden Waffen eingeschritten werden.“⁶⁵⁸ Zwischen den Gewerkschaften und der Sicherheitsdirektion wurde ein Nachrichtendienst eingerichtet, der einen schnellen Informationsaustausch ermöglichte.⁶⁵⁹ Dadurch war die Sicherheitsdirektion immer darüber informiert, wo Streiks drohten und war in der Lage schnell zu reagieren. Die Großbetriebe in Graz wurden ohnehin mit Kriminalbeamten beschickt, „die die ganze Zeit über die Vorfälle bei diesen Betrieben zu beobachten und dem Amte zu melden hatten.“⁶⁶⁰ Offenbar wurden durch diese Beamten auch Betriebsversammlungen teils unmöglich gemacht.⁶⁶¹

⁶⁵² Vgl. ebd.; Gruber: Massenstreik, 315

⁶⁵³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 315f.

⁶⁵⁴ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁶⁵⁵ Vgl. Gruber: Massenstreik, 317

⁶⁵⁶ Vgl. ebd., 318. Niederösterreich ist das einzige Bundesland, für das es derartige Zahlen gibt.

⁶⁵⁷ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50, Abschlussbericht Sicherheitsdirektion Steiermark, S. 1

⁶⁵⁸ Vgl. ebd., S. 2

⁶⁵⁹ Vgl. ebd., S. 7

⁶⁶⁰ Ebd., Bericht Polizeidirektor Graz

⁶⁶¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 332

Neben den Aussendungen der Regierung, war auch die sozialdemokratische Presse in der Steiermark, vertreten durch die „Neue Zeit“, sehr aktiv. Die sehr streitbaren Schlagzeilen lauteten: „Wehe, wer heute die Arbeit hindert!“ und „Arbeiterfeinde werden liquidiert!“⁶⁶² Das kommunistische Blatt „Wahrheit“ wurde beschlagnahmt und ebenso 25.000 Flugblätter in Leoben, bedruckt mit dem Aufruf der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz.⁶⁶³ Die Maßnahmen und Drohungen schienen nicht ohne Wirkung zu bleiben. Laut Gruber gab die Landesleitung der KPÖ ihren Leitungsorganen die Weisung, unterzutauchen. Die ohnehin unter direktem Druck stehenden Betriebsfunktionäre waren so auch noch auf sich alleine gestellt. Da für einen Streik nicht unbedingt förderlich, wurde von Wien aus versucht, diese „Haltung“ möglichst schnell zu korrigieren.⁶⁶⁴

Die Sicherheitsdirektion in der Steiermark war sich der Bedeutung des Werks in Donawitz bewusst und verwendete viel Energie darauf, hier Streikausbrüche zu verhindern. Es wurden Gendarmerie- und Polizeieinheiten konzentriert, die den Schichtwechsel eskortierten und in allen Abteilungen anwesend waren. Die Kommunisten versuchten, in den einzelnen Betrieben des Werkes zu agitieren, eine allgemeine Betriebsversammlung schien unmöglich. Als sich so kleine Erfolge zeigten, griff die Exekutive ein und verhaftete die Betriebsräte der Einheitsliste. Zwei von zwölf Betriebsräten konnten aber nicht gefasst werden und lieferten sich in den nächsten Tagen auf dem Betriebsgelände ein Katz und Maus-Spiel mit der Polizei. Sie schafften es, in einzelnen Abteilungen noch Streikbeschlüsse durchzusetzen, die aber nie durchgeführt wurden.⁶⁶⁵

Den verhafteten Betriebsräten wurde im Weiteren vorgeworfen, den Hochofen ausgeblasen zu haben, der daraufhin von der „technischen Nothilfe“ wieder angeblasen werden konnte. Die Folge eines Erkaltes hätte einen gigantischen Produktionsausfall und vermutlich auch den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet. Grundlage für diese Anschuldigungen waren Situationsberichte der Sicherheitsdirektion in der Nacht auf den 5. Oktober, die mit zur nächtlichen Verhaftung der Donawitzer Betriebsräte geführt haben.⁶⁶⁶ Es scheint sich um eine Missinformation gehandelt zu haben, denn in der Folgezeit kam es bei keinem der Verhafteten zur Anklageerhebung.⁶⁶⁷ Dennoch wurde dieser Zwischenfall zu einem der stärksten Vorwürfe gegen die KPÖ und war mehr als geeignet, um in der Arbeiterschaft große Empörung auszulösen. In der Sitzung des Nationalrats am 12. Oktober wurde die „Sabotage“ in Donawitz zu einem der wichtigsten Anklagepunkte gegen die Kommunisten⁶⁶⁸ und späterhin zu einem zentralen Argument innerhalb des „Putschvorwurfes“.⁶⁶⁹

Dementsprechend lau wurde in der Steiermark am 4. Oktober gestreikt. Die Aufrufe der Regierung, die Befürchtungen der Arbeiter an einem Putsch teilzunehmen und die rigiden Maßnahmen der Sicherheitsdirektion zeigten Wirkung. In Graz wurden 18 Personen wegen des Verteilens von Flugschriften, Exemplaren der beschlagnahmten Wahrheit und unbefugten Plakatierens verhaftet. Außerdem noch einige weitere Personen, die „im Verdachte standen,

⁶⁶² *Neue Zeit* 4.10.1950, zit. nach Ebd., 333, Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Organ der oberösterreichischen KPÖ.

⁶⁶³ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50

⁶⁶⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 333

⁶⁶⁵ Vgl. ebd., 336

⁶⁶⁶ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50

⁶⁶⁷ Vgl. Gruber: Massenstreik, 337

⁶⁶⁸ Vgl. Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1096 (Figl) und 1101 (Helmer)

⁶⁶⁹ Wobei hier zumindest zu Beginn keine mutwillige Täuschung zu erkennen ist, sondern wie auch aus dem Ministerrat am 5.10.1950 zu schließen, einfach falsche Informationen vorliegen. Vgl. Ministerratsprotokoll, a.o. Sitzung Nr. 220a am 5. Oktober 1950, Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Ministerratsprotokolle, Figl I, Box 49, S. 1

Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit aufgewiegelt zu haben.⁶⁷⁰ Letztere wurden jedoch bald wieder freigelassen, da ihnen kein strafbares Verhalten nachweisbar war.⁶⁷¹ In der Steiermark konnte Polizei und Gendarmerie ungehindert vorgehen, was zu ungleich schärferen Maßnahmen gegen die Streikenden führte. Gruppen, die weitere Betriebe zum Streik aufforderten, wurden wegen Verhetzung verhaftet. Durch das Postieren von Polizisten in den Abteilungen der Hütte Donawitz wurde während der zweiten Streikphase ein Ausbrechen in diesem wichtigen Betrieb unterbunden. Bei der KPÖ hat es, wie bereits in der ersten, auch in der zweiten Streikphase Fehler der Landesleitung gegeben, die hier aber auch unter ungleich stärkerem Druck stand. In Folge wurden auch personelle Konsequenzen gezogen.⁶⁷²

Wie später noch zu lesen sein wird, waren die Oktoberstreiks auch eine Möglichkeit der österreichischen Regierung auf notwendige Anschaffungen im sicherheitspolitischen Bereich aufmerksam zu machen, die gegen Bedrohungen dieser Art dringend notwendig seien. In kleinerer Form geschah das auch in der Steiermark, wo der Sicherheitsdirektor und der Polizeidirektor von Graz am Ende ihrer Berichte beide umfangreiche Wunschlisten für Anschaffungen deponierten.⁶⁷³ Ebenfalls am Schluss des Berichts des Grazer Polizeidirektors ist eine sehr klarsichtige Zusammenfassung und Bewertung der Ereignisse zu finden:

„Die Ursachen der lokalen Geschehnisse liegen zweifelsohne in der fast in allen Bevölkerungsschichten zu beobachtenden Unzufriedenheit über das 4. Lohn- und Preisabkommen, bei welchem nach Ansicht der meisten die bereits tatsächlich erfolgten Preiserhöhungen sowie die weiter zu erwartenden zu wenig berücksichtigt wurden. Diese allgemeine Missstimmung wurde von kommunistischer Seite dazu ausgenützt, um den Generalstreik zu proklamieren und damit diese allgemeine Protestbewegung in ein politisches Fahrwasser zu lenken. Aber gerade diese Tatsache führte in der Folge dazu, dass die ruhigen und überlegenden Elemente sich zurückzogen und dass Streikparolen nur in wenigen Fällen Folge geleistet wurde.“⁶⁷⁴

5.4.4 Restliche Bundesländer

Kärnten blieb von beiden Streikphasen weitgehend verschont. Bis auf wenige Versammlungen und einzelne, äußerst kurze Streiks hat sich im südlichsten Bundesland nichts zugetragen und die fernschriftlichen Berichte nach Wien beschränkten sich meist auf ein „Situation normal“⁶⁷⁵. Auch in Vorarlberg kam es nur zu kleineren Streiks und zu keinerlei Demonstrationen. Allerdings war in einer ähnlichen Situation, wie bei Kaprun in Salzburg, eine verhältnismäßig große Gruppe Arbeiter bei den Kraftwerksbauten der Illwerke beschäftigt. Die Polizeidirektion spricht von einer starken Agitation in diesen Gebieten. Es brachen in der zweiten Phase Teilstreiks auf verschiedenen Baustellen aus.⁶⁷⁶ In Tirol gab es

⁶⁷⁰ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50, Bericht Polizeidirektor Graz

⁶⁷¹ Vgl. ebd.

⁶⁷² Landesobmann Viktor Elser, sein Stellvertreter Ernst Mitterböck traten zurück, Landessekretär Otto Fischer (der Bruder Ernst Fischers) wurde abgesetzt. Offenbar hatte es bereits zuvor Spannungen zwischen dem ZK und der Landesleitung gegeben, die vor allem aus ehemaligen linken Sozialdemokraten bestand. Vgl. Edith Marko-Stöckl: Die Formierung des Steirischen Parteiensystems 1945-1953. Die Konkurrenz um die „Ehemaligen“, In: Siegfried Beer (Hg.), Die "britische" Steiermark 1945 - 1955 (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 38), Graz 1995, 57-80, hier 71

⁶⁷³ Vgl. AdR, BMI 138.062-2/50

⁶⁷⁴ Ebd., Bericht Polizeidirektor Graz

⁶⁷⁵ Kärnten, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 7. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 127.591-2/50

⁶⁷⁶ Es streikte auf der Baustelle Kops-Ost 200 Arbeiter, Baustelle Kops-Süd 170 Arbeiter, Baustelle Valuella 120 Arbeiter. Vgl. Vorarlberg, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 5. Oktober 1950, Streiks und

am 29. September eine Demonstration in Innsbruck, die am darauffolgenden Tag eine Resolution an den Landeshauptmann überreichte. Am 4. Oktober folgte eine weitere kurze Solidaritätskundgebung mit 400 bis 500 Teilnehmern, die, genau wie die erste Demonstration, bereits zwei Tage zuvor offiziell angemeldet worden war. Es sollen etwa 100 Kommunisten teilgenommen haben. Am 2. Oktober gab es in Innsbruck einen halbstündigen Streik in einem Betrieb mit zwölf Mitarbeitern. Der schnelle Abbruch kam daher, dass bekannt wurde, dass sie der einzige in ganz Tirol streikende Betrieb waren.⁶⁷⁷ Im Burgenland streikten am 4. und 5. Oktober einige kleinere USIA-Betriebe, zusammengerechnet etwa 170 bis 200 Personen⁶⁷⁸ In der Umgebung von Ober-Pullendorf und Lockhaus versuchten drei USIA-LKWs erfolglos Betriebe und Bauarbeiter zu weiteren Streiks aufzufordern. Obwohl innerhalb der sowjetischen Zone gelegen, dürfte die geringe Dichte an Betrieben im Burgenland hierfür ausschlaggebend gewesen sein.

Gerade die Gewerkschaftsvertreter in den weiter entfernten Bundesländern zeigten, wie in Salzburg, eine sehr kritische Haltung gegenüber dem LPA und warnten die politische Seite, dass mangelnde Preisdisziplin auch dazu führen kann, „dass der Gewerkschaftsbund selbst gewerkschaftliche Mittel in Anwendung bringen muss.“⁶⁷⁹ Die Streiks in diesen Bundesländern stehen aber in ihrer Größe in keinem Verhältnis zu jenen in Wien, der Steiermark, Nieder- und Oberösterreich. Ansonsten scheint die Öffentlichkeit in den westlichen Bundesländern nur wenig von den Streikereignissen mitbekommen zu haben. Bundeskanzler Figl meinte im Ministerrat, man müsse darüber staunen, „dass man im Westen und im Süden Österreichs keine Ahnung hat, was in den letzten 14 Tagen in Wien vorgegangen ist. Diesen Ländern muß man erst erklären, was geschehen ist, damit sie begreifen, um was es sich gehandelt hat und was von der Zentralregierung veranlasst wurde.“⁶⁸⁰

5.5 Abbruch und Nachspiel

Am Abend des 5. Oktober trat das von der Floridsdorfer Betriebsrätekonferenz gewählte Präsidium zusammen. Es fasste den Beschluss den Streik zu beenden, der um 23:30 Uhr bekannt gegeben wurde.⁶⁸¹ Die entsprechende Resolution war mit 400 gegen drei Stimmen angenommen worden. In dieser Resolution wurde empfohlen, den Streik einzustellen und gleichzeitig die Regierung und der ÖGB für ihr Verhalten angeklagt. Als Gründe für den Abbruch wurden deren Verleumdung des Kampfes der Arbeiterschaft, die Bildung von

Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 127.594-2/50

⁶⁷⁷ Vgl. Tirol, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 5. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 132.010-2/50; Es handelte sich um eine Zweigstelle der AEG-Union in Innsbruck. Die besondere Stellung, die Großbetriebe einnehmen, zeigt sich aber auch in Tirol: Am 3.10. sollen sich laut Polizeidirektion mehrere Industriebetriebe des Unterinntals beim Jenbacher Werk (1.200 Beschäftigte) nach dem Vorgehen desselben erkündigt haben. Als sich nur sehr wenige Arbeiter streikbereit zeigten, herrschte am Folgetag gänzlich Ruhe.

⁶⁷⁸ Esterhazysische Güterdirektion, Österr. Schilfsrohrverwertungsgesellschaft in Neusiedl am See, zwei Holzsägewerke in Lockenhaus und Lankenbach, Hannffabrik Steinmetz in Bruch-Neusiedl, vgl. Burgenland, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 6. Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 127.595-2/50

⁶⁷⁹ Warnung einer Abordnung der Landesexekutive des ÖGB an Landeshauptmann Ilg während einer Vorsprache am 4.10., AdR, BMI 127.594-2/50

⁶⁸⁰ Ministerratsprotokoll, 221. Sitzung am 11. Oktober 1950, Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Ministerratsprotokolle, Figl I, Box 49, S. 2

⁶⁸¹ Vgl. Klenner: Putschversuch, 85

„Terrorgarden nach dem Muster der Heimwehr“, um den Streik zu brechen und das Außerkraftsetzen des Streikrechts durch Gendarmerie und Polizei genannt.⁶⁸²

Ronald Gruber, dessen Zahlen am verlässlichsten erscheinen, errechnet aus verschiedenen Quellen für die erste Streikphase zwischen 171.000 und 187.000 Streikende und für die zweite zwischen 108.700 und 122.500 Personen, die die Arbeit niederlegten. Die Gesamtzahl dürfte sich daher auf etwa 200.000 bis 220.000 belaufen.⁶⁸³ Während in Niederösterreich und Wien in beiden Phasen in etwa gleich viele Arbeiter streikten, ist die geringere Zahl während der zweiten Streikphase vor allem auf die Beruhigung in Oberösterreich und der Steiermark zurückzuführen. Nach Grubers Rechnung hatten sich somit 40 Prozent der in der Industrie Beschäftigten beteiligt⁶⁸⁴, oder nach Botz 10 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen.⁶⁸⁵

Nachdem sämtliche Streiks beendet waren, herrschte beim ÖGB und bei der Bundesregierung Siegesstimmung. Beide dankten der Bevölkerung in Aussendungen mehrfach für ihre Standhaftigkeit und ihren Mut:

„An dem entschlossenen Widerstand der österreichischen Bevölkerung und dem mutvollen Eingreifen der Exekutive ist ein Anschlag verantwortungsloser Elemente gescheitert. Was sich in diesen Tagen abspielte, war kein Streik aus wirtschaftlichen Gründen, sondern das Bestreben, Unruhe und Verwirrung zu stiften, um Österreich so dem Kommunismus in die Arme zu treiben.“⁶⁸⁶

In beiden Aussendungen wurde, neben dem Anschlag auf die Demokratie durch die KPÖ und dem Abwehrwillen der Bevölkerung, außerdem noch der „Geist der Einigkeit“ abseits von politischen Meinungsverschiedenheiten betont. Bundespräsident Renner verschickte Dankschreiben an Adolf Schärf, Oskar Helmer und an ÖGB-Präsident Böhm.⁶⁸⁷ Die Arbeiter-Zeitung titelte „Die Arbeiter haben gesiegt“ und hält zur Zukunft der KPÖ fest: „Die Kommunistische Partei hat eine Niederlage erlitten, von der sie sich, wenn die Menschen folgerichtig denken, nicht mehr erholen wird.“⁶⁸⁸

Den ersten Höhepunkt in der Öffentlichkeit bildeten die „Freiheitskundgebungen“, die sich als Gegenkundgebungen zu jenen der Kommunisten während der Streiks verstanden. Die erste davon fand dort statt, wo es die heftigsten Auseinandersetzungen gegeben hatte, in Wiener Neustadt. Sie wurde gemeinsam von SPÖ, ÖVP und ÖGB am 6. Oktober veranstaltet und nach Klenner sollen sich 20.000 Menschen daran beteiligt haben. An der Spitze des Zuges marschierten die Arbeiter der Betriebe, die sich durch besonderen Widerstand gegen die „Rollkommandos“ ausgezeichnet hatten.⁶⁸⁹ Am Samstag folgte in Wien eine von der SPÖ organisierte „mächtige Freiheitskundgebung“ am Rathausplatz. Auf beiden Kundgebungen war Nationalrat Franz Olah unter den Sprechern.⁶⁹⁰ Auf einer Pressekonferenz für die Auslandspresse erklärte Vizekanzler Schärf, „dass es das erste Mal seit 1945 war, dass sich Österreicher in der russischen Zone nicht damit begnügten, sich einer von den Russen geduldeten Bewegung passiv gegenüberzustellen, sondern sie aktiv unterdrückten.“⁶⁹¹

⁶⁸² Vgl. AdR, BMI 125.689-2/50; Der Text ist abgedruckt bei Klenner: Putschversuch, 85

⁶⁸³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 344

⁶⁸⁴ Vgl. ebd., 344f.

⁶⁸⁵ Vgl. Botz: Krisenzonen, 295

⁶⁸⁶ Zit. nach und abgedruckt bei Klenner: Putschversuch, 86

⁶⁸⁷ Vgl. Meier-Walser: Streikputsch, 156, Klenner: Putschversuch, 89

⁶⁸⁸ *Arbeiter-Zeitung*, 7.10.1950, 233, S.1 „Die Arbeiter haben gesiegt“, S. 1-2 „Sieg“

⁶⁸⁹ Vgl. Klenner: Putschversuch, 86; Portisch/Riff: Österreich II, 434

⁶⁹⁰ Vgl. Klenner: Putschversuch, 86f.

⁶⁹¹ *Arbeiter-Zeitung*, 8.10.1950, S. 2, „Das Selbstbewusstsein der Österreicher ist gestiegen“

Eine Art Nachwehe, einen letzten Zwischenfall, gab es in Dürnkrut in Niederösterreich am 11. Oktober. Während einer Versammlung der SPÖ im dortigen Kinosaal wurde der Saal von etwa 50 Kommunisten gestürmt. Sie attackierten die Redner mit Schlageisen und Eisenstäben und verletzten einige sozialistische Mandatäre schwer. Der ebenfalls anwesende Franz Olah wurde nicht verletzt, aber sein Auto wurde während dieses Überfalls in einen Straßengraben bugsiiert.⁶⁹²

In einigen Betrieben der verstaatlichten Industrie wurden Arbeiter, die sich an den Protesten beteiligten, und Mitglieder der kommunistischen Betriebsorganisationen entlassen. Betroffen waren in erster Linie die VOEST, die Steyr-Werke, die Aluminiumwerke Ranshofen und die Hütte Donawitz. Insgesamt handelte es sich um etwa 1.000 Arbeiter und Angestellte, darunter 22 kommunistische Betriebsräte.⁶⁹³ Von anderen KP-Betriebsräten wurde daher im November ein „Solidaritätskomitee zur finanziellen Unterstützung und Betreuung straffälliger Demonstranten gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen“ gebildet, das Spenden sammelte, die Betroffenen erfasste und sie unterstützte.⁶⁹⁴ Diese „Maßregelungen“ fanden fast ausschließlich in der verstaatlichten Industrie statt, der Großteil davon am selben Tag.⁶⁹⁵ Die sowjetische Besatzungsmacht versuchte in diesem Bereich zu intervenieren, wodurch es auch Wiedereinstellungen gab. Die entsprechende Order kam vom Zentralkomitee in Moskau selbst.⁶⁹⁶ Die Regierung wiederum versuchte, solche Wiedereinstellungen zu verhindern, da sie die Disziplin der Arbeiter völlig untergraben würden.⁶⁹⁷

Beim österreichischen Gewerkschaftsbund kam es wegen Verletzung der „gewerkschaftlichen Disziplin“ und der Statuten zu Ausschlüssen von insgesamt 85 Mitgliedern, darunter auch prominente Funktionäre wie ÖGB-Vizepräsident Gottlieb Fiala und der Sekretär der Bauholz-Gewerkschaft Fritz Neubauer.⁶⁹⁸ Ebenso wurde in der Exekutive gegen Kommunisten vorgegangen. Wegen Missachtung von Anordnungen des Polizeipräsidenten wurden fünf kommunistische Bezirkspolizeichefs des sowjetischen Sektors suspendiert und der Leiter des Polizeikommissariats Innere Stadt wurde strafversetzt.⁶⁹⁹ In vielen weiteren Fällen wurden Kriminalbeamte entlassen oder Disziplinaruntersuchungen angestellt.⁷⁰⁰

Die Suspendierungen der Bezirksleiter blieben jedoch ohne Wirkung und sie übten auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht weiterhin ihre Funktionen aus.⁷⁰¹ Die Disziplinarverfahren wurden dennoch fortgesetzt, auch wenn, wie Bundesminister Helmer erklärte, deren Durchsetzung an der durch die Besatzungsverhältnisse bedingten „höheren Gewalt“ ihre Grenzen

⁶⁹² AdR, BKA, MRP, Sitzung 221, 11. Oktober 1950, Blg. A/221

⁶⁹³ Vgl. Gruber: Massenstreik, 345f., Davon handelte es sich bei zwölfen um die verhafteten Betriebsräte aus Donawitz.

⁶⁹⁴ Vgl. Solidaritätskomitee zur finanziellen Unterstützung und Betreuung straffälliger Demonstranten gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 143.785-2/50, 142.505-2/50

⁶⁹⁵ Vgl. Gruber: Massenstreik, 346

⁶⁹⁶ „Mit ihrem Vorschlag, die Aktivitäten der österreichischen Verwaltungsorgane, die gegen die Teilnehmer des September-Oktober-Streiks in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich gerichtet sind, zu verbieten, einverstanden.“ Karner/Stelzl-Marx (Hg.): Rote Armee. Dokumente, Nr. 163: Politbürobeschluss Nr. 78 (335) des ZK der VKP(b), 751

⁶⁹⁷ Vgl. dazu den Ministerrat vom 11.10., AdR, BKA, MRP, Sitzung 221, 11. Oktober 1950, S. 2-5

⁶⁹⁸ Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1475f.; Gruber: Massenstreik, 347

⁶⁹⁹ Der Leiter Innere Stadt, Polizeikommissar Armand Frisch, soll sich persönlich an der Demonstration am Ballhausplatz beteiligt haben. Vgl. Wetz: Geschichte Wiener Polizeidirektion, 395, 401

⁷⁰⁰ Vgl. ebd., 402f.; siehe dazu auch Svoboda: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur, 135-138

⁷⁰¹ Vgl. Müller/Suppan/Naimark/Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, Nr. 72: Aus dem Arbeitsbericht der Abteilung für innere Angelegenheiten der SČSK für Österreich für das Jahr 1950, 19. Jänner 1951, 714-725, hier 721

finde.⁷⁰² Die fünf Polizeileiter schienen jedoch im Österreichischen Amtskalender entweder nicht mehr auf oder waren mit dem Vermerk „Außer Dienst“ gekennzeichnet. Aus Sicht der Regierung galten sie als suspendiert. Es wurden ihnen alle Dienstbefugnisse abgesprochen und jede direkte Kommunikation eingestellt. Sie arbeiteten dadurch nicht mehr nach den Anweisungen der österreichischen Behörden sondern vollständig nach jenen der sowjetischen Kommandantur.⁷⁰³ Zwei dieser Bezirkspolizeileiter übten ihre Funktion bis zum Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht 1955 aus.⁷⁰⁴ Für Helmer waren die Ereignisse Bestärkung darin, die Beseitigung des kommunistischen Einflusses in der Exekutive weiter voranzutreiben. In vielen Fällen lieferte das Verhalten während der Streikereignisse die Grundlage für weitere Maßnahmen. Noch im März 1951 wurden im Zusammenhang mit den Oktoberstreiks 269 Vertragsbedienstete entlassen.⁷⁰⁵

Bei den Verhaftungen von streikenden Arbeitern und Betriebsräten, wie beispielsweise in Donawitz, waren als Rechtsgrundlage das Staatsschutzgesetz von 1936 und das Koalitionsgesetz von 1870 zur Anwendung gekommen. Es führte unter den Kommunisten zu zusätzlicher Verbitterung, dass hier ein Gesetz aus der Zeit des Dollfuß-Regimes und eines aus der Habsburgermonarchie in Verwendung kamen, die sich beide ursprünglich gegen die sozialistische Arbeiterschaft richteten und nun unter einem sozialistischen Innenminister und einem sozialistischen Justizminister angewendet wurden.⁷⁰⁶

Am 12. Oktober fand eine Sitzung des Nationalrats statt, in der auf die Ereignisse der vergangenen Wochen eingegangen wurde. Bundeskanzler Figl hatte bereits am Vortag im Ministerrat vorausgesagt, dass es in dieser Sitzung „sehr bewegt zugehen“ wird und dass sie dort in der Lage sein werden, „den Kommunisten die Larve vom Gesicht zu reißen. [...] Die Öffentlichkeit und die ganze Welt soll sehen, dass wir wirklich auf der Hut sind und ähnliche Vorfälle im Keim ersticken.“⁷⁰⁷ Die Sitzung war die erste direkte Konfrontation mit der KPÖ-Spitze seit den Vorfällen und sollte also eine Demonstration des eigenen Abwehrwillens werden. Im gesamten beteiligten sich 14 Abgeordnete als Sprecher an der „Monsterdebatte“⁷⁰⁸, die sehr heftig und lebendig verlief. Durch die Regierungsmitglieder wurden die bisherigen Positionen nochmals, aber in schärferem Ton, wiederholt. Im Zentrum stand die Einigkeit und der Widerstandswille der österreichischen Bevölkerung, „nackter, brutaler Terror“⁷⁰⁹ durch die Kommunisten, die Unterstützung durch die Sowjetmacht und der „Putsch“⁷¹⁰. Innenminister Helmer präsentierte von Kommunisten verwendete Schlagwaffen im Parlament.⁷¹¹ Die Kommunisten stritten diese Vorwürfe ab und warfen der Regierung vor, durch Interventionsansuchen einen Konflikt zwischen den Besatzungsmächten ausgelöst haben zu wollen.⁷¹² Sie beschuldigten sie ihrerseits des „Terrors“ und versuchten das Vorgehen gegen die Streikenden durch „Prügelgarden“ anzuprangern.⁷¹³ Es wurde eine dementsprechende parlamentarische Anfrage an Innenminister Helmer eingereicht, „betreffend die verfassungswidrige Bildung von bewaffneten Terrorbanden und ihren Einsatz

⁷⁰² Vgl. Wetz: Geschichte Wiener Polizeidirektion, 405

⁷⁰³ Vgl. ebd., 406

⁷⁰⁴ Vgl. ebd., 408-421

⁷⁰⁵ Vgl. ebd., 403

⁷⁰⁶ Vgl. Gruber: Massenstreik, 346; Rede Ernst Fischers im Nationalrat, Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1134

⁷⁰⁷ AdR, BKA, MRP, Sitzung 221, 11. Oktober 1950, S. 1

⁷⁰⁸ Vgl. Johann Luger: Parlament und alliierte Besatzung 1945 - 1955, Diss., Univ. Wien, 1976, 129

⁷⁰⁹ Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1096, Bericht Bundeskanzler Figl

⁷¹⁰ Ebd., 1138, Rede Präs. Böhm sowie 1114, Rede Abg. Pittermann

⁷¹¹ Vgl. ebd., 1103

⁷¹² Vgl. ebd., 1110, Rede Abg. Honner

⁷¹³ Vgl. ebd., 1136, Rede Abg. Fischer

gegen die streikenden Arbeiter Österreichs.“⁷¹⁴ Johann Luger bewertet diese Sitzung als ein Musterbeispiel dafür, „dass Kalter Krieg auf österreichisch nur allzu oft gleichbedeutend war mit der in allen politischen Lagern bestehenden Bereitschaft, die entsprechenden Konflikte mit Vorliebe in Form von Schlammschlachten auszutragen.“⁷¹⁵

⁷¹⁴ Ebd., 1091

⁷¹⁵ Luger: Parlament und alliierte Besatzung 1945 - 1955, 129

6. Bewertung

6.1 Allgemeine Bewertung

In Bezug auf die Streiks kann gesagt werden, dass sie sich in erster Linie gegen das vierte Lohn-Preis-Abkommen und eine damit verbundene Verschlechterung der Lebenshaltung richteten. Die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft ging sehr weit und ließ auch die SPÖ-interne Parteidisziplin bröckeln. So probte auch die Sozialistische Jugend in diesen Tagen den Aufstand⁷¹⁶ und gerade in den westlichsten Bundesländern reagierten die Gewerkschaftsführungen äußerst ablehnend gegen das Abkommen. Eine solche offene Aussprache dagegen hat vermutlich mit einer geringeren Präsenz der KPÖ in diesen Bundesländern zu tun, wodurch sich der Konflikt nicht auf die parteipolitische Ebene verlagern konnte. Aber auch die bürgerliche Presse zeigte sich abweisend.⁷¹⁷ Neben den „Salzburger Nachrichten“ äußerte sich „Die Presse“ kritisch in Bezug auf das Lohn-Preis-Abkommen und das Vorgehen der Regierung.⁷¹⁸ Im Speziellen wird die „psychologische Vorbereitung“ als besonders misslungen bewertet.⁷¹⁹ Die Geheimhaltung der Verhandlungen, denen eine monatelange Auseinandersetzung in den Parteizeitungen vorangegangen ist, hatte die Ausgangssituation für die Streiks mitgeschaffen.

Die KPÖ, bis dahin stark an den Rand gedrängt, nutzte diese Chance um sich wieder ins politische Spiel zu bringen. Allerdings griff sie nicht eine „spontane“ Massenbewegung auf, sondern hatte bereits zuvor intensiv auf eine solche Situation hingearbeitet. Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit erwies sich diese Arbeit als fruchtbar. Gleichzeitig wurde aber auch versucht, den eigenen Einfluss zu verschleiern. Der Kampf um die Deutung der kommenden Ereignisse war bereits in den Planungen mitberücksichtigt worden. Das weitere Vorgehen der KPÖ weist aber darauf hin, dass die endgültige Dimension der Streiks ihre Erwartungen übertraf. Es entstanden Unsicherheiten und durch mangelnde interne Kommunikation war das Gesamtausmaß der Streiks in der Zentrale in Wien nicht bekannt. Als auch noch die sowjetische Besatzungsmacht die Arbeitsniederlegungen als „ungelegen“ beurteilte, entschied sich die KPÖ-Leitung für den vorläufigen Abbruch. Nach einer mehrtägigen Pause sollten die Streiks auf breiterer Basis fortgesetzt werden und eine „Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz“ zusätzlichen Druck auf die Regierung ausüben.

Diese Zwischenphase gab allerdings den Regierungsparteien und dem ÖGB die Möglichkeit Gegenmaßnahmen zu treffen. Angesichts der großen Missstimmung schien es für die Regierung aussichtslos, das Abkommen zu verteidigen. Eine Rücknahme hätte einen enormen politischen Gesichtsverlust gerade für die SPÖ in der Arbeiterschaft bedeutet. Anstelle dessen griff man auf ein bereits in vorangegangenen Protesten eingesetztes Mittel zurück, indem die kommunistischen Absichten als „staatsgefährdend“ dargestellt wurden. Dabei konnten die ohnehin starken Befürchtungen angesichts der weltpolitischen Lage in Verwendung genommen werden. Eine regelrechte Propagandaschlacht brach in dieser Zwischenphase zwischen den beiden Fraktionen aus.

⁷¹⁶ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 183

⁷¹⁷ Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 220, 3. Oktober 1950, S. 4

⁷¹⁸ „Niemand begrüßt das neue Lohn- und Preisabkommen, alle sind dagegen. Auch wir halten die Methoden der alljährlich sich wiederholenden Operation am Wirtschaftskörper, die starre vom grünen Tisch herdiktierte Lohn- und Preishöhe für ein verfehltes Beginnen.“, *Die Presse*, 1.10.1950, 595, S. 1 „Alle sind dagegen“

⁷¹⁹ Ebd.

Die KPÖ war während dieser Zeit weit über ihre durch Wahlen festgelegte politische Bedeutung hinausgewachsen und führte den politischen Protest an. Dafür stand eine gute personelle Infrastruktur in den Betrieben zur Verfügung, die mehrere Wochen zuvor auf die Proteste gegen das Abkommen hingearbeitet hatte. Eine gewisse Geschultheit oder Erfahrung in solchen „Arbeitskämpfen“ fällt gerade im Vergleich zu den Aktivitäten des VdU während dieser Tage auf. Wie erfolgreich die Kommunisten in den Betrieben waren, hing im Westen Österreichs eben auch sehr stark mit der Qualität und dem Einsatz der jeweiligen Betriebsorganisationen zusammen. Vor allem jene von Steyr fiel durch besondere Tatkraft, jene von Donawitz durch Unsicherheit auf, wodurch die Streiks nicht unwesentlich mitbeeinflusst wurden. Es kann hierin auch eine Erklärung für die mangelnde Ausbreitung der Streiks gesucht werden. Die Organisation über den Arbeitsplatz verhinderte ein Ausgreifen auf andere Gesellschaftsschichten. Die Stärke und der hohe Organisationsgrad in den Großbetrieben hatte zwar den Effekt, dass sich kleinere Betriebe der Umgebung mitreißen ließen, bedeutete aber gleichzeitig eine Beschränkung auf Gebiete, in denen solche existierten.

Als Kardinalfehler kann der Abbruch gesehen werden, der zu einem Zeitpunkt erfolgte, als der erste Höhepunkt der Proteste noch nicht einmal erreicht wurde. „Dieser unser Fehler hat zweifellos der Massenbewegung einen Teil ihres Schwunges genommen.“⁷²⁰ Gründe waren mangelnde interne Kommunikation insbesondere in Richtung Steiermark und wiederum das problematische Verhältnis zur Sowjetmacht, die an Streiks nicht interessiert zu sein schien. Ein weiterer Fehler bestand darin, dass die KPÖ dem Putschvorwurf damit begegnete zu beteuern, dass es sich um einen wirtschaftlichen Kampf handelte.⁷²¹ Ein von einer politischen Partei angeleiteter Kampf gegen das Produkt der Wirtschaftspolitik der Regierung kann aber nur schwer als rein wirtschaftlicher Kampf durchgehen, wodurch diese Haltung von vornherein unglaubwürdig war und zu noch mehr Misstrauen führte.

In einem Bericht der sowjetischen Propagandaabteilung nach Moskau, in dem die Streiks behandelt werden, heißt es: „Der Streik zeigte nicht nur die gestiegene Kraft des Einflusses der KP auf die Massen, er enthüllte auch die Schwächen und Mängel der Partei mit einer derartigen Offensichtlichkeit, wie sie sich bisher noch nicht gezeigt haben.“⁷²² Die eigenen Einschätzungen der KPÖ fallen zu Beginn noch positiv aus. Bereits in der Abschlussresolution wurde eingangs betont, dass es sich um die „mächtigste und stärkste Willenskundgebung der österreichischen Arbeiterschaft seit Bestand der zweiten Republik“⁷²³ gehandelt hatte. Tatsächlich bedeuteten die Streiks allerdings eine große Niederlage. Die bereits weit fortgeschrittene Isolierung wurde gefestigt und war mit dem Ausmarsch der sowjetischen Truppen besiegelt.

Für die SPÖ waren die Vorgänge hingegen ein Erfolg. Die Politik der Lohn-Preis-Abkommen hatte auch unter sozialdemokratischen Arbeitern große Unzufriedenheit ausgelöst, die schlimmstenfalls in einem Bruch mit Partei und Gewerkschaft hätte enden können. Der Widerstand gegen das Abkommen konnte dadurch gebrochen werden, indem die Kommunisten eines Umsturzversuches beschuldigt wurden und so zumindest Misstrauen in deren Absichten entstand. Die ursprüngliche Kritik am Abkommen ging darin ebenfalls unter und in gewissem Maß verdankten SPÖ und ÖGB der KPÖ das beinahe schadlose Durch-

⁷²⁰ KPÖ: 15. Parteitag KPÖ, Referat Koplénig, 62

⁷²¹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 351f.

⁷²² Müller/ Suppan/ Naimark/ Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, Nr. 72: Aus dem Arbeitsbericht der Abteilung für innere Angelegenheiten der SČSK für Österreich für das Jahr 1950, 19. Jänner 1951, 714-725, hier 709

⁷²³ AdR, BMI 125.689-2/50

bringen dieser Wirtschaftspolitik. Vielmehr konnten sie sich sogar als die „Retter“ Österreichs positionieren und an Profil gegenüber der ÖVP gewinnen, deren Engagement während der Streiks geringer war.

Für den VdU waren die Streiks vermutlich in erster Linie ein Mittel ihren Einfluss in der Gewerkschaft weiter auszubauen, indem sie die Unzufriedenheit gegen die Lohn-Preis-Abkommen instrumentalisierte.⁷²⁴ Sie waren in den Betriebsräten der Großindustrie Westösterreichs stark, hatten aber keinen Einfluss in der Gewerkschaftsführung, waren also diesbezüglich in einer ähnlichen Situation, wie die Kommunisten. Außerdem war Herbert Kraus ohnehin schon seit längerem ein vehementer Gegner der Abkommen, die nicht seinen wirtschaftsliberalen Auffassungen entsprachen.⁷²⁵ Die so entstandene Koalition in manchen Betrieben nutzte zunächst vor allem den Kommunisten und brachte den VdU nach den Streiks in eine unangenehme politische Situation als mutmaßliche Steigbügelhalter eines kommunistischen Putschversuches. Der VdU versuchte, das Bild seiner Beteiligung an den Streiks so zu zeichnen, dass er seinen berechtigten Protest abgeblasen hatte, als dieser von der KPÖ instrumentalisiert wurde. Somit hatte der Verband seine Parteiinteressen hinter die Staatsinteressen und sich selbst in die antikommunistische Front eingereiht.⁷²⁶

Der VdU befand sich in diesem Zeitraum auch mitten in der sogenannten „Gollob-Krise“⁷²⁷. Bereits seit einiger Zeit zeichneten sich in der Partei nach den ersten Wahlerfolgen interne Streitigkeiten und Spaltungstendenzen zwischen dem nationalen und dem eher liberalen Flügel ab. Proponent der ersten Richtung war der Generalsekretär der Partei Gordon Gollob, zur gegenüberliegenden Seite zählten die beiden Gründer Viktor Reimann und Herbert Kraus. Den abschließenden Höhepunkt fand dieser Konflikt ausgerechnet zwischen den beiden Streikphasen. Am 1. Oktober 1950 fand in Wels der erste ordentliche Bundesverbandstag des VdU statt, bei dem sich Kraus als Bundesparteiohmann knapp durchsetzen konnte.⁷²⁸ Es ist durchaus vorstellbar, dass sich dieser Konflikt auch auf Aktivität und Möglichkeiten der Partei auswirkte. Insbesondere da sich die Gräben auch entlang der Landesgrenzen zogen und die Steiermark, wie auch Salzburg, eher zum nationalen Flügel mit Gollob und somit weg von der Parteiführung tendierten.⁷²⁹

Aus weltpolitischer Sicht überlagerten sich die Ereignisse in Österreich zeitlich mit der Gegenoffensive der UN-Truppen unter General MacArthur in Korea. Am 25. September war Seoul zurückerobert worden und am 30. September überschritten südkoreanische Truppen den 38. Breitengrad nach Nordkorea. Trotz oder möglicherweise gerade angesichts dieser Situation wurde aber in Washington nicht an einen sowjetisch unterstützten Putschversuch geglaubt.⁷³⁰ In den amerikanischen, wie auch den britischen Dokumenten wird nie von einem „Putsch“ gesprochen, sondern von „Arbeiterunruhen“ oder einem „Aufstand“.⁷³¹

Trotzdem ergaben sich gefährliche Situationen, wie jene auf dem Ballhausplatz oder in Wiener Neustadt. Hier bestand durchaus die Gefahr, dass sich der innenpolitische österreichische Konflikt auf die internationale Ebene verlagern könnte. Ein Einsatz

⁷²⁴ Vgl. Riedlsperger: Lingerin shadow, 88

⁷²⁵ Vgl. ebd., . 88

⁷²⁶ Vgl. Meier-Walser: Streikputsch, 156

⁷²⁷ Vgl. Reimann: Dritte Kraft, 227-233; Riedlsperger: Lingerin shadow, 83-86

⁷²⁸ Vgl. Reimann: Dritte Kraft, 232

⁷²⁹ Vgl. ebd., 227, 232

⁷³⁰ Vgl. Oliver Rathkolb: Die Putschmetapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich 1945 - 1950, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 113-123, hier 118

⁷³¹ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 184

westallierter Truppen gegen die Streikenden vor dem Bundeskanzleramt hätte eine Konfrontation mit der Sowjetunion nach sich gezogen. Trotz der Interventionsansuchen, die vermutlich durch den Bundeskanzler erfolgten, reagierten die jeweiligen Verantwortlichen auf österreichischer und westlicher Seite besonnen. Im Zusammenhang mit der Besetzung des Postamts in Wiener Neustadt war ein Eingreifen sowjetischer Truppen vom Bezirkskommandanten ausdrücklich angedroht. Kämpfe zwischen der österreichischen Exekutive und sowjetischen Truppen hätten die Lage dramatisch verschärft.

Letztendlich lag eine Konfrontation aber im Interesse keiner der Besatzungsmächte. Beide Seiten waren offenbar nicht bereit, „sich von ihrer Klientel in Österreich unter Zugzwang stellen zu lassen.“⁷³² Österreich wird verschiedentlich als eine Art „Laboratorium“⁷³³ oder „Sonderfall“ im frühen Kalten Krieg bezeichnet⁷³⁴, wo Kontakte im Gegensatz zu Berlin noch möglich waren und die Fronten weniger verhärtet. Das Verhalten der Sowjetmacht in diesen Tagen konnte für die Westmächte der Beleg sein, dass ein zusätzlicher Konflikt in Europa nicht erwünscht war. Die sowjetische Unterstützung war offensichtlich, versuchte aber eine gewisse Grenze nicht zu überschreiten. Im Ministerrat am 3. Oktober gab Außenminister Gruber im Zusammenhang mit dem Koreakrieg die Einschätzung ab, dass Österreich in dieser Situation für die Sowjetunion ein „Probefall zum Beweis guten Willens“⁷³⁵ sein könnte.

6.2 Putsch oder Streik?

Eine der häufigsten Fragen, die in Verbindung mit den Oktoberstreiks aufgeworfen wird, ist jene, ob es sich nun tatsächlich um einen Putschversuch der KPÖ mit Hilfe der Sowjetunion gehandelt hat, oder nur um den berechtigten Arbeiterunmut, deren von der KPÖ geförderter Ausdruck von der Regierung erfolgreich niedergedrückt wurde. Es handelt sich dabei um eine Frage, die auch noch heute in der Öffentlichkeit zu Debatten führt und von Beginn an von Missverständnissen und Undifferenziertheiten geprägt war. Diese sollen im Folgenden ein wenig geklärt werden. Die Antwort auf diese Frage war sehr lange Zeit auch Teil parteipolitischer Ausrichtungen und Geschichtsbilder, was in folgenden Kapiteln behandelt wird. Es sei vorweg gestellt, dass sich die These eines klassischen Putsches, das heißt einer gewaltsamen Machtübernahme mit Auswechslung der Regierung, nicht bestätigen lässt, worauf schon in einigen historischen Arbeiten verwiesen wurde.⁷³⁶ Trotzdem darf nicht von der Hand gewiesen werden, dass vor allem von Teilen der Bevölkerung an diese Gefahr geglaubt wurde, was angesichts des damaligen Zustandes der internationalen Politik nachvollziehbar ist. Auch irrationale Ängste können reale Konsequenzen nach sich ziehen.

⁷³² Tweraser: US-Militärregierung, 401

⁷³³ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 27

⁷³⁴ Den Begriff prägte Manfred Rauchensteiner bereits 1979 in seinem frühen Standardwerk zur Nachkriegszeit mit gleichnamigem Titel. Er hat hierbei eine These Ernst Noltes aufgegriffen, die darauf hinweist, dass Österreich im Vergleich mit anderen Staatenschicksalen diesen Sonderfall bildet, dessen Voraussetzungen und Umstände nirgends anders zu finden sind. Vgl. Rauchensteiner: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, 12; Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg, München u.a. 1974, 275; Aber bereits Karl Gruber verwendete diese Bezeichnung 1953 für seine Autobiographie, ohne jedoch näher darauf einzugehen: Gruber: Befreiung

⁷³⁵ AdR, BKA, MRP, Sitzung 220, 3. Oktober 1950, Vertraulicher Bericht Bundesminister Dr. Gruber, S. 1

⁷³⁶ Vgl. die Beiträge im Sammelband Ludwig/ Mulley/Streibel (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der zweiten Republik; Gruber: Massenstreik; Karl Schlögl: Der Oktoberstreik 1950. Die Entwicklung Österreichs und die Auswirkungen der Streikbewegung auf die österreichische Innenpolitik, Dipl.-Arb., Univ. Wien, 1991; Lewis: Austria 1950

Es ist bereits angedeutet worden, dass sich im Rahmen dieser Diskussion sehr starke interpretatorische Probleme ergeben.⁷³⁷ Auf einer allgemeineren Ebene handelt es sich zunächst um die angesprochene Problematik der Differenzierung zwischen den beiden Begriffen „Putsch“ und „Revolution“. Damit eng verbunden ist, dass sich die KPÖ zur Bildung einer „Volksdemokratie“ als Ziel stets bekannte und sich damit in einem nur schwer verständlichen Spagat mit ihrem Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie befand.⁷³⁸ Dieses Bekenntnis allein war in den Augen vieler bereits Beweis genug für die umstürzlerischen Absichten der KPÖ und ein Grundvorwurf, dem nur schwer zu begegnen war. Vor allem angesichts der vor kurzem mitverfolgten Machtübernahmen in Ungarn und in der Tschechoslowakei und der Machtpolitik der Sowjetunion war solchen Meinungen mit langatmigen Erklärungen über die „revolutionäre Situation“ nicht viel entgegenzusetzen. Vermutlich wirkten genauso die Ereignisse der Ersten Republik und der Ruf der KPÖ als „Putschpartei“ nach.⁷³⁹

Die konkretere Ebene handelt davon, was bereits unter den Begriff „Putsch“ fallen kann und was nicht. In vielen Resolutionen, die während der Streiks verabschiedet wurden, war der Rücktritt der ÖGB-Spitze gefordert.⁷⁴⁰ Es kann als ein Minimalziel der KPÖ gewertet werden, in den Gewerkschaften größeren Einfluss zu gewinnen und eine unliebsame Gewerkschaftsführung zu beseitigen. Diese „Machtübernahme“ in den Gewerkschaften wurde bereits als „Putsch“ oder zumindest als seine Vorstufe gewertet.⁷⁴¹ Fritz Klenner schreibt hierzu: „Die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen bedeutet, den Schlüssel zur Macht in die Hand zu bekommen.“⁷⁴² Mit dem Zwischenziel der Eroberung der Gewerkschaften sollte langfristig die Volksdemokratie in Österreich errichtet werden.⁷⁴³ Demgegenüber steht die klassische Vorstellung eines Putsches als gewaltsame Übernahme der Regierung. Es handelt sich hier wiederum um das Problem einer sehr weiten oder sehr engen Auffassung desselben Begriffes.

In der Folgezeit wird von verschiedenen Autoren derselbe Plan – die Machtübernahme im ÖGB, um als Fernziel eine Volksdemokratie zu errichten – jeweils als „Putsch“ interpretiert oder nicht.⁷⁴⁴ Daneben existieren noch weitere Varianten der Putsch-These. Meier-Walser spekuliert, dass ein gelungener Generalstreik neben dem enormen Prestigeverlust für den ÖGB unter Umständen zu einer Regierungsumbildung unter neuerlicher Einbindung der Kommunisten geführt hätte.⁷⁴⁵ Von diesen beiden unterschiedlichen Grundauffassungen, lässt man den Grundvorwurf an die KPÖ und den direkten Sturz der Regierung beiseite, geht auch die Literatur aus. Entweder werden die Ereignisse als reiner Streik ohne weitere politische Ambitionen oder der „Putschversuch“ über den Weg des ÖGB gesehen.⁷⁴⁶

⁷³⁷ Vgl. S. 28f. dieser Arbeit.

⁷³⁸ Wobei Ernst Fischer das im Nachhinein auch als eine Art Fehler betrachtet: „Dieser neuen Demokratie gaben wir nach dem Beispiel anderer Parteien den bedenklichen Namen ‚Volksdemokratie‘.“ Fischer: Illusion, 197

⁷³⁹ Vgl. Hautmann: Räterepublik, 88

⁷⁴⁰ *Volksstimme*, 27.09.1950, S. 1, „Der Kampf um Lohnforderungen geht weiter!“; Vgl. Gruber: Massenstreik, 273

⁷⁴¹ Vgl. Klenner: Putschversuch; Alfred Migsch: Anschlag auf Österreich. Ein Tatsachenbericht über den kommunistischen Putschversuch im September - Oktober 1950, Wien 1950; Meier-Walser: Streikputsch

⁷⁴² Vgl. Klenner: Putschversuch, 90

⁷⁴³ Vgl. Migsch: Anschlag auf Österreich, 52; Oskar Helmer: 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957, 290

⁷⁴⁴ Beispiele sind Migsch: Anschlag auf Österreich, 52 für und Schlögl: Oktoberstreik 1950, 96 gegen die Putsch-These; Franz Olah schafft es sogar beide Interpretationen in in Einem unterzubringen. Vgl. Olah: Erinnerungen, 142

⁷⁴⁵ Vgl. Meier-Walser: Streikputsch, 8f.

⁷⁴⁶ Vgl. jeweils contra und pro Gruber: Massenstreik und Meier-Walser: Streikputsch

Es lässt sich erkennen, dass gerade die Zeitgenossen der Oktoberstreiks dazu tendieren, einen Sturz der ÖGB-Spitze als „Putsch“ zu interpretieren.⁷⁴⁷ Der Grund liegt vermutlich in der zeitlichen Nähe zu den Umstürzen in Osteuropa, die, wie erwähnt, den „Modellfall“ einer kommunistischen Machtübernahme lieferten. Dabei muss angemerkt werden, dass solche Vorwürfe nicht völlig ohne Substanz waren. Auch in der Tschechoslowakei begann die Machtübernahme mit der Einberufung der Betriebsräte und die Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz war diesbezüglich eine starke Parallele.⁷⁴⁸ Dennoch erscheint es etwas fraglich, eine auch nur unter äußersten Schwierigkeiten erfolgte „Eroberung“ des ÖGB als ersten Schritt einer schnellen Machtübernahme im Stile der Tschechoslowakei zu sehen. Die Bedingungen waren in Österreich grundsätzlich andere. Ohnehin müssen solche Erwägungen mit Vorsicht genossen werden, da sie sich stark im Bereich des Spekulativen bewegen.

Was die Absichten der KPÖ betrifft, so gehörte ein Einflusszuwachs im ÖGB sehr wahrscheinlich zu ihren Zielen.⁷⁴⁹ Auch eine Regierungsumbildung, ähnlich vorangegangener Versuche, wie der „Figl-Fischerei“, ist nicht auszuschließen. Das eindeutige Ziel war zunächst der Generalstreik. Entgegen der Beschwichtigungen und Bemühungen der KPÖ handelte es sich auch nicht um einen rein „wirtschaftlichen Kampf“, sondern hier standen politische Interessen im Zentrum. Die KPÖ befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer sehr isolierten Situation und hatte bei den Nationalratswahlen 1949 wiederum eine ernüchternde Wahlschlappe hinnehmen müssen. Sich selbst an die Spitze einer Protestbewegung stellen zu können, die sich gegen die Regierung richtete, konnte die Partei wieder ins politische Spiel bringen.⁷⁵⁰ Dementsprechende Möglichkeiten waren beim 3. LPA ausgelotet worden. Allerdings ist es sehr unwahrscheinlich, dass hier ein direkter Wechsel geplant war. Es ging zunächst darum, das Lohn-Preis-Abkommen zu kippen und aus der politischen Niederlage des ÖGBs und der Regierung Nutzen zu ziehen.

Es soll dennoch kurz auf die Argumente einer Pro-Putsch-Auffassung eingegangen werden. An vorderster Front ist hier Alfred Migsch zu finden, der noch 1950 im Auftrag des SPÖ-Parteivorstand eine Publikation herausbrachte mit dem Titel „Anschlag auf Österreich“. Als Beweise für einen Putsch führt er hier unter anderem den „ideologischen“, also politischen Charakter der Streiks an. Außerdem das Vorgehen der Streikenden, die auf ein Lahmlegen des Verkehrs und der Energieversorgung hinarbeiteten und dabei „militärisch organisiert“ vorgingen.⁷⁵¹ „Während den niederösterreichischen Rollkommandos die strategische Aufgabe zufiel die Bundeshauptstadt zu zernieren und abzusperren, sollten die tumultartigen

⁷⁴⁷ Die Interpretation der Ereignisse hängt also von der zeitlichen Perspektive ab. Auch Fritz Klenner tendierte später dazu, einen anderen „Putsch“-Begriff anzuwenden: „Die Annahme eines gezielt geführten Putsches mit direkter Billigung der sowjetischen Besatzungsmacht widerspricht den Tatsachen.“ siehe Fritz Klenner: Herbst 1950 - Ostösterreich entging dem Eisernen Vorhang, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 53-64, 63; Dass hier eine Bedeutungsverchiebung stattgefunden hat, wird auch dadurch deutlich dass der ehemalige KP-Vorsitzende Franz Muhri 2002 der ursprünglichen aus 1950 stammenden Interpretation der Ereignisse Fritz Klenners zustimmen kann. Siehe Franz Muhri: Am Beginn des Kalten Krieges: Der Oktoberstreik 1950 - Persönliche Bemerkungen zur "Putsch-Metapher", In: Stefan Karner (Hg.), Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990 (Unserer Zeit Geschichte 5), Graz 2002, 193-200, hier 198

⁷⁴⁸ Darauf weist die Süddeutsche Zeitung hin, betont aber auch dass die Situation in Österreich eine grundlegend andere sei, Nr. 226, 30.9.1950, nach Ausländische Pressestimmen und Funkberichte, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 127.593-2/50

⁷⁴⁹ Mugrauer nennt in einer neueren Publikation das Ziel „sowohl in den Gewerkschaften als auch in allgemein-politischer Hinsicht Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen.“ Mugrauer: KPÖ 1945 - 1955/56, 48

⁷⁵⁰ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 198

⁷⁵¹ Vgl. Migsch: Anschlag auf Österreich, 52f.

Demonstrationen in Wien den Sturz der Regierung herbeiführen.⁷⁵² Der politische Charakter allein ist nicht unbedingt der Beleg für eine versuchte Machtübernahme. Dass diese Vorstellung zu diesem Zeitpunkt aber durchaus vorhanden war, beweisen die sehr weitgehenden Versuche der KPÖ selbst, den politischen Charakter zu verschleiern.

Was das zum Teil sehr gewalttätige Vorgehen der Streikenden betrifft, das in der zweiten Streikphase „putschartige Züge“⁷⁵³ annahm, gibt auch Ernst Epler zu, dass dieses Vorgehen mit einem Streik nicht mehr viel zu tun hatte. „Unter den Kommunisten entwickelte sich ein unangebrachtes Kraft- und Machtbewusstsein, Ungeduld gegenüber politisch Andersdenkenden und manchmal auch der Hang, sich über ihre Argumente hinwegzusetzen und sie vor vollendete Tatsachen zu stellen.“⁷⁵⁴ Wenig berücksichtigt wurde bislang, dass es möglicherweise zu unterschiedlichen Auffassungen über den angestrebten und möglichen Verlauf der Streiks zwischen der Parteispitze und der Basis der KPÖ kam. Die Radikalität der Rax-Werke-Arbeiter weist auf ein individuelles Vorgehen hin. In der Zwischenphase war unter den Kommunisten das Gerücht in Verbreitung, dass an der tschechoslowakischen Grenze größere Militärverbände bereit stehen, weshalb sich jeder ohne Bedenken dem Generalstreik anschließen könne.⁷⁵⁵ Unter der Annahme, dass diese Information zutreffend ist, dürfte es sich wohl um ein wild verbreitetes Gerücht handeln, das den Kommunisten die Zögerlichkeit bei den kommenden Aktionen nehmen sollte. Es wäre auch ein Beleg dafür, dass in Teilen der KPÖ der Glaube an eine Machtübernahme doch vorhanden war. Nicht zuletzt berichtet auch Fischer, dass einige Betriebsräte Honner vorgeschlagen hatten, zur Sprengung von Elektrizitätswerken und Eisenbahnen überzugehen.⁷⁵⁶

Es gibt also durchaus vereinzelte Indizien für einen Putsch, was allerdings fehlt, ist der gesamtpolitische Zusammenhang.⁷⁵⁷ Wie oben erläutert, war die sowjetische Besatzungsmacht weder an einer Konfrontation noch an einer Teilung des Landes interessiert. Auch eine erzwungene Regierungsumbildung hätte durch eine Nichtanerkennung des Westens die Gefahr einer solchen Teilung bedeutet. Ein Umsturz ohne Unterstützung der Sowjetunion war in dieser Situation aber beinahe unmöglich. Generell kann ein klassischer, gewaltsamer Putsch in einem von vier Armeen besetzten Land mit einer ebenfalls geteilten Hauptstadt als nicht sehr erfolgsversprechend und sehr unwahrscheinlich angesehen werden.⁷⁵⁸

Ein weiterer entscheidender Punkt ist das Vorgehen der KPÖ. Sollte hier tatsächlich ein geplanter Umsturzversuch im Gange gewesen sein, war er äußerst schlecht geplant.⁷⁵⁹ „Es ist nicht sinnvoll einen Putsch zu planen, danach eine Pause zu beschließen und schließlich nach einem verspäteten Ultimatum einen neuerlichen Putsch zu beginnen.“⁷⁶⁰ Das Verhalten der KPÖ-Leitung war geprägt von Perspektivenlosigkeit und durch Kommunikationsprobleme, was beides ebenfalls nicht unbedingt für einen ausgefeilten „Putschplan“ spricht.

Auch die Westmächte sahen zu diesem Zeitpunkte keine Spaltungsabsicht durch die Sowjetunion.⁷⁶¹ Der britische Gesandte Harald Caccia betont den „strikt begrenzten Charakter“ der sowjetischen Unterstützung und dass es sich hier auch nicht um einen „all-out-

⁷⁵² Ebd., 53

⁷⁵³ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 197

⁷⁵⁴ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 44

⁷⁵⁵ AdR, BMI 132.011-2/50

⁷⁵⁶ Vgl. Fischer: Illusion, 319

⁷⁵⁷ Vgl. Rathkolb: Putschmetapher, 116

⁷⁵⁸ Vgl. Gärtner: Zwischen Moskau, 117

⁷⁵⁹ Vgl. Lewis: Austria 1950, 545

⁷⁶⁰ Vgl. Schlögl: Oktoberstreik 1950, 98

⁷⁶¹ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 195

effort“ der Kommunisten gehandelt habe.⁷⁶² Unter der amerikanischen Besetzung in Österreich und in Washington bestand zwar große Sorge, dass die Gewerkschaftsführung die Kontrolle über die Arbeiter verlieren könnte, mit einem direkten sowjetischen Eingreifen wurde aber nicht gerechnet.⁷⁶³

Jill Lewis wirft die Frage auf, ob die Regierung selbst an einen Putsch geglaubt hat, oder es tatsächlich nur eine propagandistische Maßnahme war, um die Ambitionen der KPÖ zu unterdrücken.⁷⁶⁴ Tatsächlich verliefen die Ministerratssitzungen verhältnismäßig ruhig, soweit das aus den Protokollen zu schließen ist. Eine Ausnahme stellt die Situation am Ballhausplatz dar, bei der Bundeskanzler Figl unter dem Druck tausender Demonstranten vermutlich die Nerven verlor. Ansonsten sorgten nur die allgemeine Unruhe für Besorgnis und die Befürchtung, dass sich die Sowjetunion einmischen würde.⁷⁶⁵ In der Sitzung am 5. Oktober, in der heißesten Phase, schätzt Helmer allerdings die Lage so ein, dass die Sowjets keinen „ernstlichen Zweck“ verfolgen, „sonst würden sie ja nicht nur das Postamt, sondern die Bahnhöfe besetzen.“⁷⁶⁶ Außenminister Gruber meint in dieser Sitzung „Wenn die Russen Gewalt anwenden wollen, so können wir das gar nicht verhindern. Ich bin aber der Meinung, daß sie, wenn sie unter Druck gestellt werden, nachgeben.“⁷⁶⁷ Das klingt nicht nach einer Putschgefahr, sondern sind recht klare Einsichten in die Situation. Zu diesen im Widerspruch steht die Wortwahl in den Aufrufen und Erklärungen der Regierung an die Bevölkerung. Neben eines potentiellen Eingreifens der Sowjetunion bestand die wirkliche Furcht in einer Störung des „sozialen Friedens“. In einer solchen Situation wurde die Funktionalität einer „Putschgefahr“ sehr schnell und mit viel Geschick ausgenutzt.⁷⁶⁸

Damit ist bereits die Instrumentalisierung der Putschängste in der Bevölkerung und auch unter amerikanischen Behörden durch die österreichische Politik angesprochen, der eines der folgenden Kapitel gewidmet ist. Die Interpretation der Streiks als „Putsch“ und der beteiligten Kommunisten als Handlanger der „Sowjetmacht“ erwies sich zum einen als sehr effizient und zum anderen auch als eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten. Wie Gruber ausführt, wäre es recht aussichtslos gewesen, das 4. LPA durch Argumentation und Aufklärung gegenüber den Streikenden durchzusetzen, da die Ablehnung in der Bevölkerung sehr stark war. Die sehr viel einfachere Lösung bestand darin, die Aktionseinheit durch entsprechenden Propagandaeinsatz zu zerbrechen.⁷⁶⁹ Der dafür notwendige Aufwand war angesichts eines weit verbreiteten Antikommunismus nicht besonders groß.

Es wäre jedoch zu einfach, die Befürchtungen vor einem „Putsch“ oder einer Teilung Österreichs als reines politisches Taktieren abzutun. Die Gefahr schien aus einer damaligen Sichtweise und auch den politischen Umständen entsprechend sehr real. „Die Teilungsgefahr war der Ost-West-Besetzung Österreichs inhärent“⁷⁷⁰, wie es Stourzh ausdrückt. Die internationale Situation hatte eine eigene Form von Krisenwahrnehmung entwickelt und war

⁷⁶² Zit. nach Robert Knight: Es war doch kein "D-Day". Großbritannien, der Oktoberstreik und die Eindämmung, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 125-137, hier 125

⁷⁶³ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 191f.

⁷⁶⁴ Vgl. Lewis: Austria 1950, 546

⁷⁶⁵ Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 220a, 5. Oktober 1950, S. 3; In einer Rundfunkansprache vom 18. April 1948 hatte Figl die Einschätzung abgegeben: „Eine kommunistische Gefahr an sich gibt es in Österreich nicht. Es sei denn, diese Partei würde Unterstützung bei einer ausländischen Macht finden.“ siehe Leopold Figl: Reden für Österreich, Wien u.a. 1965, 65f.

⁷⁶⁶ AdR, BKA, MRP, Sitzung 220a, 5. Oktober 1950, S. 5

⁷⁶⁷ Ebd., S. 5

⁷⁶⁸ Vgl. Lewis: Austria 1950, 548

⁷⁶⁹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 277

⁷⁷⁰ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 587

mehr als geeignet Ängste auszulösen, allerdings nicht unbedingt vor der schwachen KPÖ. Kurt Tweraser spricht in diesem Zusammenhang von einer Art „Zweckpessimismus“, was sehr treffend ist.⁷⁷¹ Es handelte sich um eine teils begründete Schwarzmalerei, die direkten Nutzen brachte.

6.3 Die Einflussnahme der sowjetischen Besatzungsmacht

Die sowjetische Besatzungsmacht stand während der Streiks offensichtlich auf Seiten der Kommunisten. Es hatte in einigen Fällen und auf verschiedene Weisen Unterstützung für die Streikenden gegeben. Zunächst war durch die Einflussnahme von Bezirks- und Ortskommandanten die Arbeit der Exekutive in mehrfacher Hinsicht behindert worden. Bereits in den ersten Streiktagen war der Einsatz von Sicherheitswachbeamten aus den sowjetisch besetzten Bezirken Wiens in anderen Teilen der Stadt untersagt, wodurch etwa 1.000 Beamte nicht zur Verfügung standen.⁷⁷² Auch in der zweiten Streikphase durften die Exekutivbeamten ihre Bezirke nicht verlassen. Am 3. Oktober wurde in Niederösterreich mehrfach die Konzentrierung und Verlegung von Beamten unterbunden. Die Einheiten wurden auf ihre Stammposten zurückbeordert.⁷⁷³ In manchen sowjetischen Bezirken Wiens war die Polizei beinahe handlungsunfähig, da sie auf Anordnung der jeweiligen Kommandantur für jeden Einsatz gegen die streikenden Arbeiter eine vorherige Genehmigung einholen musste.⁷⁷⁴ Als sehr kreativ erwies sich die Kommandantur in Krems. Demonstranten hatten dort drei Brücken und den Bahnhof besetzt und der Bürgermeister forderte zur Beseitigung dieser Verkehrsbehinderungen Gendarmerieverstärkung an. Dann erging allerdings der Befehl der sowjetischen Kommandantur: 30 Gendarmen wurden abkommandiert um in den Wäldern von Donaudoorf nach Banditen zu suchen. Gefunden wurde nichts.⁷⁷⁵

Das Verhalten der Kommandanten weist aber jeweils sehr starke Individualität auf, was auf eigenes Vorgehen oder auf unterschiedliche Auslegungen eher wagen Anordnungen schließen lässt. Während die Auflösung von Konzentrationen in einigen Orten Niederösterreichs und des Mühlviertels durch ausdrücklichen Befehl erfolgen, wird in Tulln nur wiederholt der „Wunsch“ geäußert. Andere Kommandanturen warnten lediglich vor Waffengebrauch und gaben die Weisung, nach österreichischem Recht vorzugehen. Als Extremfall kann der Stadtkommandant von St. Valentin bezeichnet werden. Er übermittelte dem Gendarmerieposten einen ganzen Katalog von Anordnungen, in dem die Beamten unter anderem beauftragt wurden, sämtliche Vorkommnisse am 4. Oktober zu melden, nicht gegen Demonstranten einzuschreiten und gleichzeitig Demonstrationen und Beschimpfungen gegen die Besatzungsmacht zu verhindern.⁷⁷⁶

Weitere Fälle von Eingriffen erfolgten auf ähnliche Weise. Die gerichtlich angeordnete Beschlagnahmung der Ausgabe der Volksstimme vom 4. Oktober wurde in St. Pölten und Hollabrunn untersagt und in Wien dadurch behindert, dass die Pressepolizei in der Globus-

⁷⁷¹ Vgl. Tweraser: US-Militärregierung, 395

⁷⁷² Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 219, 26. September 1950, S.1; Wobei diese Maßnahme dem Wiener Polizeipräsidenten bereits am 13. September mitgeteilt wurde. Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 182; Einzelne Bezirkskommandanten hatten bereits im Mai 1949 bei den Protesten gegen das 3. LPA ähnliche Verfügungen erlassen. Vgl. Wetz: Geschichte Wiener Polizeidirektion, 512f.

⁷⁷³ Vgl. AdR, BMI 134.939-2/50, Beispiele sind: Baden, Mödling, Krems, Bruck a.d. Leitha, St. Pölten, St.

Valentin

⁷⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁷⁵ Vgl. ebd.

⁷⁷⁶ Vgl. ebd.

Druckerei von sowjetischen Offizieren abgewiesen wurde.⁷⁷⁷ In zwei sowjetischen Bezirken Wiens wurde die Affichierung des Aufrufs der Bundesregierung verboten. Der Erlass des Innenministers, der die sofortige Ahndung von Verletzungen der Dienstpflichten durch Angehörige der Exekutive anordnete, wurde in Wien von der sowjetischen Zentralkommandantur dadurch unterbunden, dass Entlassungen und dienstrechtliche Verfolgungen von Polizeiangehörigen im sowjetischen Sektor ohne vorherige Zustimmung der Besatzungsmacht nicht erfolgen durften.⁷⁷⁸ Unterstützung hatte es außerdem durch die USIA-Betriebe gegeben, da in vielen Fällen Kraftfahrzeuge mit sowjetischem Kennzeichen im Einsatz waren. Genauso kann das Nichterscheinen beim „emergency meeting“ des Wiener Stadtkommandanten am 26. September als Hilfestellung für die Streikenden gewertet werden.⁷⁷⁹ Ein etwaiger Einsatz gemäß dem Kontrollabkommen wurde so verhindert.

Ein besonderes Fallbeispiel sowjetischer „Einmischung“ mit politischem Nachspiel waren die Ereignisse von Wiener Neustadt. Wie beschrieben, hatte hier der sowjetische Kommandant angeordnet, die gewaltsame Besetzung des Postamtes und damit einen im Grunde illegalen Zustand wiederherzustellen. Derselbe Stadtkommandant war auch zuvor sehr rigide vorgegangen, hatte den Bezirkshauptmann eineinhalb Stunden über die Planungen der Sicherheitsdirektion ausgefragt und die Anwendung von Gewalt gegen die Streikenden untersagt.⁷⁸⁰ Im Bericht des Kommandanten der Gendarmerieabteilung, die bei den Kämpfen vor dem Postamt im Einsatz war, hält dieser abschließend drei Punkte für bemerkenswert: Erstens die engen Kontakte zwischen Streikkomitee und Kommandantur, zweitens die Durchbrechung der Sperre durch einen LKW des sowjetischen Militärs und drittens der geforderte Abzug der Exekutive unter Androhung des Einschreitens der Besatzungsmacht.⁷⁸¹

Bundeskanzler Figl richtete am 5. Oktober auf Beschluss des Ministerrats eine Note an den Alliierten Rat und an die Regierungen der Besatzungsmächte, in der er gegen die Einflussnahme der sowjetischen Besatzungsmacht in Wiener Neustadt protestierte. Er argumentierte, dass das Vorgehen gegen die Streikenden legitimiert war, da sie gegen Gesetze verstoßen haben und die Sowjetmacht durch ihr Einschreiten, die Aufrechterhaltung der Ordnung durch die österreichische Bundesregierung verhindere.⁷⁸² Im Alliierten Rat kam diese Sache am 13. Oktober während der 132. Sitzung zur Sprache. Es stellte sich dort vor allem die Frage, inwiefern es sich beim Eingriff der Sowjetmacht um eine Verletzung des Kontrollabkommens handelte. Zu einem wirklichen Ergebnis kam es hierbei nicht.⁷⁸³

Die Beantwortung der Note des Bundeskanzlers durch Generalleutnant Sviridov macht die sowjetische Position deutlicher. Er betonte, dass durch den Einsatz der Gendarmerietruppen in Wiener Neustadt, der ohne das Wissen der sowjetischen Militärbehörden geschah, in deren Kontrollrechte eingegriffen wurde.

⁷⁷⁷ Vgl. AdR, BMI 134.944-2/50

⁷⁷⁸ Vgl. AdR, BMI 134.939-2/50

⁷⁷⁹ Vgl. Lewis: Austria 1950, 546f.;

⁷⁸⁰ Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

⁷⁸¹ Vgl. AdR, BMI 133.506-2/50

⁷⁸² „Durch dieses Vorgehen ist es der österreichischen Bundesregierung, obwohl sie hiezu mit den gesetzlichen Mitteln durchaus in der Lage wäre, unmöglich gemacht worden, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten, die österreichische Rechtsordnung zu sichern und Ruhe und Ordnung in Niederösterreich aufrechtzuerhalten. Da nach Artikel 2 und 3 des Kontrollabkommens es der Alliierte Rat als seine Aufgabe ansieht, die Autorität der österreichischen Bundesregierung in allen Zonen zu stärken und für die einheitliche Durchführung ihrer Weisungen zu sorgen, appelliert die österreichische Bundesregierung in dringlichster Weise um sofortige Behandlung dieser Angelegenheit und um die Ergreifung solcher Massnahmen, die es ihr gestatten, unverzüglich von ihren gesetzlichen Befugnissen Gebrauch zu machen und mit ihren eigenen Sicherheitskräften Ruhe und Ordnung in allen Gebieten der österreichischen Republik wiederherzustellen.“ Siehe AdR, BMI 134.939-2/50

⁷⁸³ Vgl. Meier-Walser: Streikputsch, 157-159

„Der Soviet-Kommandant, dem die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb seines Gebietes obliegt, gab ihnen daher den Auftrag, sich aus Wiener-Neustadt zurückzuziehen, da ihre Anwesenheit in der Stadt unnötig war. Das Sovietelement muß die österreichische Regierung aufmerksam machen, dass die Repressalien und Übergriffe gegenüber demokratischen Elementen die Rechte der österreichischen Arbeiterschaft untergraben und gerade in der letzten Zeit auch in das Recht der vier Besatzungsmächte, eine ruhige Entwicklung der österreichischen demokratischen Wirtschaft zu gewährleisten, eingreifen.“⁷⁸⁴

Es wird hieraus die sowjetische Haltung während der Streiks etwas deutlicher. Es war quasi das Eingreifen der Exekutive, das die Ruhe und Ordnung störte. Auch in einem Brief von Gromyko an Stalin wird das Vorgehen des Kommandanten als Maßnahme „zur Abwendung eines Zusammenstoßes zwischen Polizei und Streikenden“⁷⁸⁵ erklärt. In ähnlicher Weise hatte General Zinjew im Alliierten Rat die Vorgänge als Kampf zwischen der Gendarmerie und der Bevölkerung dargestellt.⁷⁸⁶ Die gewaltsame Besetzung des Postamtes wurde also nicht als ordnungsstörend empfunden.

Es ergibt sich die Frage, ob dieses Vorgehen eine bewusste Eskalierung oder eine bewusste Deeskalierung zum Ziel hatte. Bereits die Demonstrationen und Streiks im Frühjahr 1947 wurden von sowjetischer Seite nicht als sicherheitspolitisches Problem gesehen, sondern „die verstärkte Radikalisierung der innenpolitischen Lage als Zeichen des sich verschärfenden Klassenkampfes und des beginnenden Aufbaues der Einheit der Arbeiterklasse von unten interpretiert.“⁷⁸⁷ In einer solchen Interpretation war die Exekutive quasi das störende Element im sich verschärfenden Klassenkampf, das es zu neutralisieren galt, um der „revolutionären Situation“ zu ihrem Recht zu verhelfen. Andererseits hatte die sowjetische Besatzungsmacht der KPÖ bereits zu Beginn deutlich gemacht, dass die Streiks für sie unpassend kämen. Angesichts der weltpolitischen Situation, wie Friedl Fűrberg seinen Genossen berichtete, sei es sogar „verantwortungslos, die sowjetischen Genossen in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen.“⁷⁸⁸ Auch die finanziellen Verluste durch den Produktionsausfall in den USIA-Betrieben wollte die Besatzungsmacht nicht ohne weiteres hinnehmen.⁷⁸⁹ Nach dem Abbruchbeschluss wurde in den USIA-Betrieben die Arbeit sehr schnell wieder aufgenommen und in manchen Fällen sogar Überstunden geschoben, um den Produktionsausfall der Vortage wieder wettzumachen.⁷⁹⁰ Rauchensteiner interpretiert Maßnahmen und Anordnungen wie in Wiener Neustadt deshalb dahingehend, dass die sowjetische Besatzungsmacht die Absicht hatte, die Streiks „verpuffen zu lassen“.⁷⁹¹ Eine Konfrontation zwischen den Streikenden und der Exekutive sollte gerade vermieden werden und so auch die Notwendigkeit eines offenen Eingreifens.⁷⁹² „Sie ließen sich von der KPÖ nicht vor deren Karren spannen!“⁷⁹³

Nach den Streiks intervenierte die Sowjetmacht, wie beschrieben, für die aufgrund ihrer Streikbeteiligung entlassenen Mitarbeiter und verhinderte die Suspendierung der Wiener

⁷⁸⁴ Vgl. AdR, BMI 133.506-2/50, Beantwortung der Note von Bundeskanzler Figl vom 26.10.1950

⁷⁸⁵ Vgl. Karner/Stelzl-Marx (Hg.): Rote Armee. Dokumente, Nr. 164: Brief des stv. Außenministers, A.A. Gromyko, an I.V. Stalin nach dem Oktoberstreik 1950 in Österreich, 27. November 1950, 753-755

⁷⁸⁶ Vgl. Meier-Walser: Streikputsch, 159

⁷⁸⁷ Vgl. Müller: Sowjetische Besetzung, 190

⁷⁸⁸ Fischer: Illusion, 211

⁷⁸⁹ Vgl. ebd., 210

⁷⁹⁰ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁷⁹¹ Rauchensteiner: Stalinplatz, 189

⁷⁹² Meier-Walser: Streikputsch, 168

⁷⁹³ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 189

Bezirkspolizeileiter. Das Politbüro in Moskau ermächtigte Sviridov und Koptelov am 25. Oktober dazu, „die Aktivitäten der österreichischen Verwaltungsorgane, die gegen die Teilnehmer des September-Oktober-Streiks in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich gerichtet sind, zu verbieten“⁷⁹⁴. Besonders glücklich schienen die hiesigen sowjetischen Behörden über diese Situation nicht zu sein, wie aus neu zugänglich gemachten Dokumenten, hier einem Arbeitsbericht für 1950, hervorgeht:

„In dieser Angelegenheit begingen die österreichischen Kommunisten jedoch einen Fehler, indem sie durch ihre ungeschickten und ungerechtfertigten Handlungen den Vorwand für eine Säuberung der Polizei von demokratischen Elementen abgaben, aber nichtsdestoweniger konnten wir eine Enthebung der Kommunisten von den Posten der Polizeichefs der Bezirke des sowjetischen Sektors von Wien nicht zulassen, da dies in der derzeitigen Lage dem Prestige und Einfluss der Freunde in der sowjetischen Zone einen ernsten Schlag zugefügt und einen Präzedenzfall für eine weitere Säuberung des Staatsapparates der sowjetischen Zone von demokratischen Elementen geschaffen hätte.“⁷⁹⁵

Es ist sehr interessant zu sehen, dass hier eine direkte Kritik geäußert wird. Obwohl nicht klar hervorgeht, was unter „ungerechtfertigten Handlungen“ zu verstehen ist, klingt heraus, dass die sowjetische Besatzungsmacht mit dem Vorgehen der KPÖ während der Streiks nicht einverstanden war. Vermutlich sind damit die Ausschreitungen während der zweiten Streikphase gemeint. Gemeinsam mit der oben beschriebenen Haltung zu den Teilungsplänen der österreichischen Kommunisten intensiviert sich das Bild einer Besatzungspolitik, deren Ziel es ist, eine gefestigte Position der Kommunisten für die Post-Besatzungszeit zu hinterlassen. Auch die indirekte Unterstützung während der Streiks kann, trotz ihrer teils blutigen Auswirkungen, als nicht mehr als eine Unterstützung der KPÖ mit dem Plan einer Ausweitung ihres politischen Einflusses interpretiert werden. Das Resultat der Streiks war allerdings das genaue Gegenteil dieses Ziels, woraus sich diese Kritik ergab. Insgesamt wurde die Streikbewegung von sowjetischer Seite als eine „Folge des Österreich aufgezwungenen ‚Marshall-Planes‘ und der Verschlechterung der Lebensbedingungen der österreichischen Bevölkerung“⁷⁹⁶ gesehen.

Von einer Putschabsicht vonseiten der Sowjetmacht kann also keinesfalls gesprochen werden. Es war nicht zuletzt auch die Intervention der „sowjetischen Freunde“⁷⁹⁷, die die Streiks einbremste und mit zum Abbruch führte. Die Unterstützung der Streikenden ging sehr weit, es wurde jedoch vermieden, gewisse Grenzen zu überschreiten, wobei die eigenen politischen und ökonomischen Interessen einen Teil dieser Grenzen bildeten. Es muss aber auch differenzierend die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass es in der sowjetischen Verwaltung Einzelpersonen gab, die die Chance einer Machtübernahme ähnlich jener in der Tschechoslowakei sahen und dementsprechende Maßnahmen setzten.

⁷⁹⁴ Karner/Stelzl-Marx (Hg.): Rote Armee. Dokumente, Nr. 163: Politbürobeschluss Nr. 78 (335) des ZK der VKP(b) über die Ermächtigung des sowjetischen Hochkommissars, Aktionen gegen die österreichische Regierung zu setzen, wenn diese Maßnahmen gegen die Teilnehmer der September- und Oktoberstreiks ergreift, 751

⁷⁹⁵ Vgl. Müller/ Suppan/ Naimark/Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, Nr. 72: Aus dem Arbeitsbericht der Abteilung für innere Angelegenheiten der SČSK für Österreich für das Jahr 1950, 19. Jänner 1951, 714-725, hier 721

⁷⁹⁶ Vgl. ebd., Nr. 71: Aus dem Bericht der Propagandaabteilung der SČSK für Österreich über die Streikbewegung in Österreich, 16. Dezember 1950, S. 685-711, hier S. 699

⁷⁹⁷ Fischer: Illusion, 310

Wie bereits oben beschrieben, bestand das Österreich-Interesse der Sowjetunion in der Stärkung der KPÖ, einer Art Neutralisierung des Landes und im ökonomischen Bereich.⁷⁹⁸ Alle drei Bereiche lassen sich durch das Verhalten während der Oktoberstreiks bestätigen. Ein militärisches Eingreifen hätte bestenfalls eine Teilung Österreichs zur Folge gehabt, was – wie sich bereits 1947 gezeigt hatte – keinesfalls in den Absichten der Sowjets lag.⁷⁹⁹ Es bestand aber auch die Möglichkeit einer Eskalation als Folge und somit die Gefahr eines weiteren Kriegsschauplatzes in Zentraleuropa, was ebenfalls nicht ihren Interessen entsprach.⁸⁰⁰

„Mit der Alternative konfrontiert, entweder eine militärische Intervention zu wagen, oder die Niederlage der kommunistischen Streikbewegung hinzunehmen, entschied sich die Sowjetunion für die zweite Variante. Ein gewaltsamer Staatsstreich gehörte nicht zu dem in Osteuropa angewandten sowjetischen Repertoire und er war auch für Österreich, das für die sowjetische Politik nur periphere und untergeordnete Bedeutung besaß, nicht vorgesehen.“⁸⁰¹

Die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht sorgten während der Streiks dennoch für einige Nervosität und waren mehr als die Aktionen der Streikenden selbst dazu geeignet, die Angst vor einer gewaltsamen Machtübernahme zu schüren. Das Auflösen von Konzentrierungen und die Einschränkung der Bewegungs- und Einsatzmöglichkeiten der Sicherheitsexekutive in einem Land, das noch über keine Armee verfügte, konnten nur allzu leicht als die Vorbereitung zu einer gewaltsamen Machtübernahme gesehen werden. Es herrschte in diesem Bereich also erhöhte Sensibilität. Es ist bereits angesprochen worden, dass hinter dem Drohbild des Putsches und seiner Instrumentalisierung sehr reale Ängste und Bedrohungsszenarien standen. Denn dass die Sowjetunion kein Interesse an einer direkten Machtübernahme in Österreich hatte, war niemandem bekannt.

6.4 „Prügelgarden“ und „Terrorbanden“ – Politische Gewalt

Ein besonderer Aspekt der Oktoberstreiks ist jener der politischen Gewalt. Die tätlichen Auseinandersetzungen, die sich in diesen Tagen vor allem in Wien und Niederösterreich zutrugen, sind in der Geschichte der Zweiten Republik einzigartig und haben dadurch einen wichtigen Platz in der Rezeption der Ereignisse eingenommen. In ihrer Art und Intensität erinnern sie außerdem eher an die erste der beiden Republiken, was beides in den folgenden Kapiteln noch behandelt werden soll.

Zu den Konfliktparteien zählen zunächst die sogenannten „Rollkommandos“ streikender Arbeiter, die damit beschäftigt waren, mehr oder weniger sanft, andere Betriebe zur Streikbeteiligung zu bringen oder zumindest den Arbeitsbetrieb zu stören. Häufig werden sie deshalb auch als „kommunistische Störtrupps“ bezeichnet. Unterwegs waren diese Gruppen vor allem in Niederösterreich und sie rekrutierten sich meist aus Unternehmen, die im Rahmen der Streiks besonders aktiv auftraten, wie die Rax-Werke in Wiener Neustadt.⁸⁰² Da es sich in vielen Fällen auch um USIA-Betriebe handelte, standen ihnen teils betriebseigene LKWs zur Verfügung. Neben der erhöhten Mobilität waren hierbei die sowjetischen Kennzeichen sehr von Vorteil.

⁷⁹⁸ Vgl. Rathkolb: *Wie Homogen*, 177

⁷⁹⁹ Vgl. Müller: *Sowjetische Besatzung*, 237

⁸⁰⁰ Vgl. Rauchensteiner: *Stalinplatz*, 185

⁸⁰¹ Müller: *Sowjetische Besatzung*, 237

⁸⁰² Vgl. AdR, BMI 138.058-2/50

Das Vorgehen dieser Trupps entwickelte sich im Allgemeinen erst in der zweiten Streikphase von der Ausübung von Druck hin zur offenen Gewalt. Das genaue Ausmaß und wie weit diese Gewalt wirklich ging, ist schwer zu bewerten. Die Beschreibungen von ÖGB und Regierung tendieren zu starker Übertreibung, die der KPÖ wiederum dazu, gewaltsames Vorgehen zu unterschlagen. Aus den wenigen detaillierten Berichten der Sicherheitsdirektion lassen sich sehr individuelle Situationen erkennen und die Eskalation scheint eher vom Verhalten der Beteiligten, als von einer allgemeinen Gewaltstrategie abhängig. Gerade die Arbeiter der Rax-Werke taten sich durch besondere Gewaltbereitschaft hervor, die in diesem Ausmaß in anderen Teilen des Landes nicht vorhanden war. Sie verwendeten Schlagwaffen verschiedenster Arten, die in Ternitz und in Wiener Neustadt in sehr heftigen Kämpfen zum Einsatz kamen.⁸⁰³

Die Gegner solcher Trupps konnten Arbeiter sein, die sich gegen eine Arbeitsniederlegung stellten oder der jeweilige „Werkschutz“. Solche „Selbstschutzeinheiten“ oder auch „technische Nothilfen“ wurden vor der zweiten Streikphase in manchen Betrieben aufgestellt und rekrutierten sich größtenteils aus sozialdemokratischen Arbeitern. Meist versuchten sie in Abstimmung mit der eigenen Belegschaft, die „Störtrupps“ außerhalb des Betriebes zu halten. Im Falle von Schöller-Bleckmann ging es auch darum, den Kontakt zu möglicherweise streikwilligen Arbeitern zu verhindern.⁸⁰⁴ Dass auch von dieser Seite nicht zimperlich vorgegangen werden sollte, ist aus den Aufrufen in der Zwischenphase herauszulesen.⁸⁰⁵

Eine weitere Konfliktpartei waren die Holz- und Baugewerkschafter unter der Führung ihres Gewerkschaftschefs Franz Olah, der dadurch in der Rezeption der Streikereignisse seine besondere Rolle bekam. Laut Olah selbst entstand seine Gruppe zunächst aus Selbstschutzgründen der Bauarbeiter, die im Freien etwaigen Angriffen schutzlos ausgeliefert waren und sich nicht in Betrieben verbarrikadieren konnten.⁸⁰⁶ Daraus entwickelte sich aber schnell eine schlagkräftige Organisation. Die Aufstellung und die Aktionen der Bauarbeiter verliefen im Einverständnis mit der Wiener SPÖ-Organisation, vermutlich auch der Regierung.⁸⁰⁷ Der Sinn dahinter war, eine Art „fliegende Truppe“ zur Verfügung zu haben, die überall dort in Wien eingreifen sollte, wo Kommunisten versuchten, Arbeitsniederlegungen zu erzwingen. Bedrohte Betriebe konnten einfach anrufen und schon wurden einige LKWs mit Bauarbeitern auf den Weg geschickt. Es standen mehrere Stützpunkte im 17. und 12. Bezirk zur Verfügung, die Zentrale war im 7. Bezirk bei der Holz- und Baugewerkschaft in der Schottenfeldgasse angesiedelt.⁸⁰⁸ Neben Olah hatten die Leitung in Hernals der dortige Bezirksvorsteher Karl Panek und Karl Bosch⁸⁰⁹ inne, in Meidling der SPÖ-Nationalrat Edmund Reismann, „der unsere Leute mit seiner Immunität deckte“⁸¹⁰. Als Bewaffnung wurden ein paar hundert Holzknüppel durch einen Drechslermeister hergestellt. Erkennungszeichen war das Margeritenabzeichen der „Volkshilfe“⁸¹¹, der Wohlfahrtsorganisation der SPÖ, die auch für die Verköstigung der Arbeiter sorgte.⁸¹² Im

⁸⁰³ Vgl. ebd.

⁸⁰⁴ Vgl. Gruber: Massenstreik, 298; Klenner: Putschversuch, 64

⁸⁰⁵ Vgl. *Arbeiter-Zeitung*, 1.10.1950, 228, S. 1 „Werft die Radaubröder hinaus!“

⁸⁰⁶ Vgl. Olah: Erinnerungen, 135

⁸⁰⁷ Vgl. ebd., 135f.; Gruber: Massenstreik, 285f.; Helmut Konrad/Manfred Lechner: "Millionenverwechslung" Franz Olah, die Kronenzeitung, Geheimdienste, Wien u.a. 1992, 59

⁸⁰⁸ Die weiteren Stützpunkte befanden sich in der Klavarienberggasse (17. Bezirk), im Amtshaus am Parhamerplatz (17. Bezirk) und in der Ruckergasse (12. Bezirk). Vgl. Olah: Erinnerungen, 136

⁸⁰⁹ Olahs Stellvertreter als SPÖ-Obmann und „ein alter Schutzbundführer“. Vgl. ebd., 136

⁸¹⁰ Vgl. ebd., 136

⁸¹¹ Vgl. ebd., 136; In den Polizeiberichten wird es mehrfach als gelbes Gänseblümchen identifiziert. Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁸¹² Vgl. Gruber: Massenstreik, 285

Gesamten sollen etwa 2.000 Mann im Einsatz gewesen sein. Die Kosten inklusive Arbeitsausfall wurden vom ÖGB getragen.⁸¹³

Der erste, oben bereits beschriebene Zusammenstoß ergab sich in der Remise Gudrunstrasse im 10. Bezirk.⁸¹⁴ Die Remise lag in der sowjetischen Besatzungszone, was immer eine gewisse Gefahr bedeutete und einen schnellen Rückzug notwendig machte. Bei „heiklen Einsätzen“ fuhr Olah mit und hatte in seiner Aktentasche für den Notfall einige Tränengasbomben mit dabei.⁸¹⁵ Zu einem Zwischenfall kam es in der Schuhfabrik Eldorado, wo die Belegschaft unter Gewalt gezwungen worden sein soll, die Arbeit wieder aufzunehmen.⁸¹⁶ In der amerikanischen Zone wurde ein KPÖ-Lokal und deren Flugzettel-Verteilung blockiert.⁸¹⁷ Es dürfte eine Vielzahl weiterer Einsätze gegeben haben, von denen keine Berichte vorliegen. In der Rezeption der Streiks wird Olah und seinen Männern eine wichtige Rolle in der Abwehr des kommunistischen „Putschversuches“ eingeräumt. Die Militanz der Holz- und Baugewerkschafter und ihre potentielle Schlagkraft unter der Führung Franz Olahs hatte der politische Beobachter Martin F. Herz bemerkenswerterweise bereits 1948 erkannt.⁸¹⁸

Weitere Antistreiktrupps wurden bei Straßen- und Eisenbahnern eingerichtet.⁸¹⁹ Die heftigen Kämpfe am 5. Oktober auf der Wiedner Hauptstraße zwischen Straßenbahnern und Streikenden, die hier Barrikaden aus Pflastersteinen errichtet hatten, veranlassten sogar Bürgermeister Theodor Körner dazu, am Schauplatz zu erscheinen, um wenig erfolgreich die Lage zu beruhigen.⁸²⁰ 150 mit Stöcken bewaffnete Eisenbahner fuhren unter der Leitung eines Wiener Gemeinderates nach Klosterneuburg, um eine Blockade der Gleise aufzulösen.⁸²¹ In Niederösterreich wurde, wie erwähnt, eine „motorisierte Bauernbereitschaft“ in der Größe von 100 bis 150 Mann aufgestellt. Sie diente zum Schutz des Werkes Brevillier & Urban in Neunkirchen und entstand aufgrund einer internen Abmachung zwischen der SPÖ und dem Bauernbund. Sie kam letztendlich aber nicht zum Einsatz.⁸²²

Aufgrund des Agierens solcher Gruppen wurde von beiden Seiten jeweils der Vorwurf des „Terrors“ erhoben. Die Regierungsparteien warfen den Kommunisten vor, durch „Terror“ und „Sabotage“ eine Destabilisierung anvisiert zu haben, um so ihr Ziel der Volksdemokratie erreichen zu können.⁸²³ Umgekehrt kam von der KPÖ der Vorwurf, dass vor allem die Sozialdemokraten „Prügelgarden“ aufgestellt hatten, um ihrerseits mittels „Terrors“ Streikbruch zu betreiben.⁸²⁴

⁸¹³ Vgl. ebd., 285

⁸¹⁴ Vgl. Olah: Erinnerungen, 137-140, AdR, BMI 132.011-2/50

⁸¹⁵ Vgl. Olah: Erinnerungen, 142

⁸¹⁶ Vgl. Gruber: Massenstreik, 294

⁸¹⁷ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50

⁸¹⁸ Vgl. Herz/Wagnleitner: Understanding: Special Report No. 7: The Austrian provinces: a political analysis by Martin F. Herz, 30.7.1948, 448-495, hier S. 454

⁸¹⁹ Vgl. Gruber: Massenstreik, 296

⁸²⁰ Vgl. Epler: Der grosse Streik, 136

⁸²¹ Vgl. AdR, BMI 132.011-2/50; Gruber: Massenstreik, 297

⁸²² „In Ternitz, im Betrieb Schöller Bleckmann wartete eine 200 Mann starke, alkoholisierte Prügelgarde, mit Gummikabel, Schusswaffen und Bajonetten ausgerüstet, im Speisesaal des Betriebes auf den Befehl zum Überfall.“ Anfrage der Abgeordneten Honner u. Gen. an den Herrn Bundesminister für Inneres betreffend die verfassungswidrige Bildung von bewaffneten Terrorbanden und ihren Einsatz gegen die streikenden Arbeiter Oesterreichs, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 131.595-2/50

⁸²³ Vgl. *Arbeiter-Zeitung*, 6.10.1950, 231, S. 1 „Abwehr des Terrors“; Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1096, Bericht Bundeskanzler Figl

⁸²⁴ Vgl. ebd., 1136, Rede Abg. Fischer; AdR, BMI 131.595-2/50

Eine ausgiebige Auseinandersetzung mit den Vorfällen an denen solche „Prügelgarden“ beteiligt waren, ist dem Akt der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit im Bundesministerium für Inneres zu entnehmen, der sich mit der Beantwortung der Anfrage von Nationalrat Honner in der Parlamentssitzung am 12. Oktober beschäftigte.⁸²⁵ Es sind hier die kommunistischen Vorwürfe und eine jeweilige Beantwortung aus dem Innenministerium zu finden. Während die KPÖ-Anklage zur Übertreibung tendiert, verschweigt das Innenministerium Ereignisse, die in ihren eigenen Akten eindeutig belegt sind. Die Auflösung der Besetzung des Straßenbahnhofes Gudrunstraße⁸²⁶ wird hier folgendermaßen erklärt: „Offenbar sind damit jene spontanen Abwehraktionen gemeint, die sich gegen Sabotageakte kommunistischer Demonstranten richteten“⁸²⁷. Der Kommentar zu Einsätzen von Olahs Männern in bedrängten Betrieben und speziell zum Zwischenfall in der Schuhfabrik Eldorado, wo die Kommunisten Streikbruch vorwarfen, lautet: „Es kann mangels geeigneter Unterlagen nicht beurteilt werden, ob die staatstreue Arbeiterschaft ihre politischen Organisationen allenfalls um Unterstützung ersucht hat, falls sie mit Gewalt daran gehindert werden sollte, die Arbeit aufzunehmen.“⁸²⁸

Dabei ist es interessant zu sehen, dass das Innenministerium versuchte, die Olah-Einsätze zu verschleiern, während sich Olah selbst sehr freimütig dazu bekannte und daraus politisches Kapital schlagen konnte. In den Folgetagen zeigte er sich sehr umtriebig, erschien auf Versammlungen und war bei den großen Freiheitskundgebungen als Redner anwesend.⁸²⁹ „Olahs steile Politkarriere in der Zweiten Republik baute nicht unwesentlich auf sein in den Herbsttagen 1950 geschaffenes Image auf.“⁸³⁰

⁸²⁵ Vgl. Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1091

⁸²⁶ Vgl. S. 72 dieser Arbeit.

⁸²⁷ AdR, BMI 131.595-2/50

⁸²⁸ Ebd.

⁸²⁹ Vgl. Klenner: Putschversuch, 86f

⁸³⁰ Manfred Lechner: Olah im Herbst 1950 - Das Sonderprojekt als Folge der Streikereignisse, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 77-91, 77

7. Folgen und Aspekte

7.1 Westorientierung und Militarisierung

Die Oktoberstreiks traten in einer Phase auf, in der zwei politische Entwicklungen der österreichischen Besatzungszeit bereits angelaufen waren. Dabei handelte es sich zum einen um die sogenannte „Westorientierung“ Österreichs im beginnenden Kalten Krieg und zum anderen um die Remilitarisierung des Landes mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte, allen voran der US-amerikanischen.⁸³¹ In beiden Bereichen haben die Oktoberstreiks als sicherheitspolitische Bedrohung und als kommunistische Aktivität Spuren hinterlassen und die weiteren politischen Entscheidungen beeinflusst.

Eine gewisse Westorientierung war in Österreich bereits seit Kriegsende vorhanden und verband sich mit einer stark antisowjetischen Haltung in der Bevölkerung. Bereits 1945 gab es von sowjetischer Seite Verärgerung über die offenen Sympathien, die den Westmächten nach deren Ankunft in Wien entgegengebracht wurden.⁸³² Die österreichische Politik war in den ersten Jahren nach dem Krieg zumindest nach außen noch um einen gewissen Ausgleich bemüht.⁸³³ Gerade in Hinblick auf den Abschluss eines Staatsvertrages war eine solche Politik angebracht, obwohl es in den politischen Eliten und in der Bevölkerung eine eindeutige Präferenz Richtung Westen gab. Die Regierungspolitiker von ÖVP und SPÖ suchten bevorzugt Kontakt zu Großbritannien und den USA, was der Sowjetunion nicht verborgen blieb.⁸³⁴ Der entscheidendste Schritt zum Westen hin war aber die Teilnahme am Marshallplan 1947 und die starke wirtschaftliche Hilfe, die bald nach Österreich floss. Weitere Stöße in diese Richtung wurden durch die Machtübernahmen in Osteuropa und die Berlin-Krise versetzt. Nachdem die Hoffnungen auf einen Staatsvertrag 1949 enttäuscht wurden und die weltpolitischen Spannungen in diesem Jahr auch einen Krieg in Europa befürchten ließen, intensivierte sich diese Tendenz auch in sicherheitspolitischer Hinsicht.⁸³⁵ Gerald Stourzh prägte für diesen Zustand die Beschreibung von Österreich als einem „geheimen Verbündeten des Westens“⁸³⁶.

Die Wiederbewaffnung Österreichs war lange Zeit ein Streitpunkt im Alliierten Rat. Die Exekutive blieb unter- und sehr uneinheitlich bewaffnet, was die Regierung insbesondere nach den Hungerdemonstrationen 1947 einklagte.⁸³⁷ Erste Ansätze zu eigenen Streitkräften

⁸³¹ Vgl. dazu Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 197-220; Christian H. Stifter: Die Wiederaufrüstung Österreichs. Die geheime Remilitarisierung der westlichen Besatzungszonen 1945 - 1955 (Wiener Zeitgeschichte-Studien 1), Innsbruck, Wien 1997; Bischof: Austria looks to the West, sowie die beiden Sammelbände Erwin A. Schmidl (Hg.): Österreich im frühen Kalten Krieg 1945 - 1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien u.a. 2000; und Walter Blasi (Hg.): B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005

⁸³² Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 123f.

⁸³³ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 201

⁸³⁴ Bischof sieht die Westorientierung verstärkt erst ab 1947, die Dokumente bei Müller zeigen allerdings, dass sich die sowjetischen Behörden bereits 1945/46 vor den Kopf gestoßen fühlen. Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 146f. und Bischof: Austria looks to the West, 201; Unter der unbestätigten Annahme, dass es diesbezüglich eine Abstimmung zwischen KPÖ und Sowjetunion gegeben hat, kann die Figl-Fischerei als Versuch gesehen werden, diesen Zustand zu ändern.

⁸³⁵ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 192

⁸³⁶ Ebd., 197

⁸³⁷ So stand im September 1948 nur für jeden zweiten Exekutivbeamten der Wiener Sicherheitsdirektion eine Handfeuerwaffe zur Verfügung. Die Waffen waren allerdings nicht einheitlich sondern bestanden aus insgesamt 150 verschiedenen Modellen. Vgl. Wetz: Geschichte Wiener Polizeidirektion, 549f., 551

wurden von den Besatzungsmächten abgelehnt.⁸³⁸ Unter diesen Bedingungen galt sogar der Werkschutz der USIA-Betriebe als Gefahr im Falle einer innenpolitischen Konfrontation.⁸³⁹ Ein entsprechendes Bedrohungsbild gewann mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei plötzlich an Relevanz. Österreich erschien in den Augen der Westalliierten nun als besonders gefährdet für eine weitere sowjetische Machtübernahme in Europa. Als Hauptbedrohung galt allerdings ein baldiger Staatsvertrag, der nach Abzug der Besatzungsmächte ein „militärisches Vakuum“ hinterlassen würde.⁸⁴⁰ Die Wiederbewaffnung Österreichs sollte daher bald in die Wege geleitet werden. Federführend waren dabei die USA, wobei sich der amerikanische Militärkommissar General Geoffrey Keyes mit besonderer Planungs- und Tatkraft hervortat.⁸⁴¹ Die große Schwierigkeit bestand darin, dass sich die Sowjetunion kaum zu einem gemeinsamen Vorgehen zur Stärkung der Exekutive oder der Aufstellung eines österreichischen Militärs überzeugen lassen würde.⁸⁴² Die US-Besatzungsmacht ging daher im Einverständnis mit Regierungspolitikern dazu über, Alarmformationen für die Exekutive aufzustellen und auszubilden. Innerhalb der Gendarmerie entstand der „Hilfskörper II“, woraus sich im Weiteren die „B-Gendarmerie“ entwickelte.⁸⁴³ Die Wiederbewaffnung Österreichs erfolgte vorerst im Geheimen.

Gleichzeitig gab es für das Land auch Pläne, die das Szenario einer höheren Konfliktebene abdecken sollten. Mit dem Ausbruch des Koreakriegs im Juni 1950 bestanden Befürchtungen, dass diese Auseinandersetzung auch auf Europa übergreifen könnte. Die Folge war ein grundsätzliches Interesse, Österreich in entsprechende Verteidigungsplanungen einzubeziehen und das verstärkte Ausarbeiten solcher Pläne. Frankreich sah sich bei einem sowjetischen Vorstoß in Europa weit gefährdeter als Großbritannien und die USA, wodurch es zu Planungen einer „Alpenfestung“ in der französischen Zone kam.⁸⁴⁴ Ein anderes Vorhaben war das sogenannte „Aufgebot“. Möglichst viele kriegsgediente Österreicher sollten im Falle eines sowjetischen Angriffes auf Westeuropa außer Landes gebracht werden um daraus in Italien oder Nordafrika Truppen für die Rückeroberung zu bilden.⁸⁴⁵ Dazu wurden – ohne deren Wissen – geeignete Personen erfasst und Listen geführt. Diese Vorbereitungen fielen in den September, die Erfassung erfolgte im Oktober 1950.⁸⁴⁶ Auch in vielen weiteren und auch älteren Plänen war ein Rückzug vorgesehen und Österreich selbst fiel nicht in einen europäischen Verteidigungsplan.⁸⁴⁷ Die alliierten Truppen sollten den Rückzug nach Italien oder Triest antreten und amerikanische sowie österreichische Widerstandsgruppen im besetzten Gebiet Sabotageaktivitäten durchführen.⁸⁴⁸

Die Streiks und Unruhen im Herbst 1950 platzten mitten in diese Vorbereitungen und Planungen. und ließen das Szenario eines „Putsches“, das heißt eines innenpolitischen

⁸³⁸ Vgl. Erwin A. Schmidl: Österreich in Europa, 1945 bis 1955, In: Walter Blasi (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 11-26, hier 13

⁸³⁹ Vgl. Bischof: Prag, 334; Rauchensteiner: Stalinplatz, 143

⁸⁴⁰ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 169

⁸⁴¹ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 190

⁸⁴² Vgl. Schmidl: Österreich in Europa, 16

⁸⁴³ Vgl. ebd., 16; 2.750 Gendarmen wurden im April 1948 durch die amerikanische Besatzungsmacht bewaffnet und geschult. Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 189

⁸⁴⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 174f.; dazu auch Bruno W. Koppensteiner: Béthouarts Alpenfestung. Militärische Planungen und Verteidigungsvorbereitungen der französischen Besatzungsmacht in Tirol und Vorarlberg, In: Erwin A. Schmidl (Hg.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945 - 1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien u.a. 2000, 193-238

⁸⁴⁵ Vgl. Schmidl: Österreich in Europa, 17

⁸⁴⁶ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 179

⁸⁴⁷ Vgl. ebd., 175

⁸⁴⁸ Vgl. Rathkolb: Washington ruft Wien, 147; Der Codename für diese Pläne in verschiedenen Untervarianten lautete „Pilgrim“. Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 213

Konfliktes, an Gewicht gewinnen. Eine Besonderheit stellt hier sicherlich dar, dass sich diese Auseinandersetzung in Österreich mit einer allgemeinen weltpolitischen Stimmungsverschärfung deckte. Die Streiks fielen in die Zeit einer großen UN-Gegenoffensive im Koreakrieg. Die in der unmittelbaren Folgezeit gesetzten Maßnahmen sind daher nur schwer ausschließlich dem einen oder dem anderen Ereignis ursächlich zuzuordnen. Zumindest für den Hauptakteur der Wiederbewaffnung Österreichs, der US-Besatzungsadministration verursachte der Korea-Krieg vermutlich die größere Besorgnis als Unruhen in Österreich.⁸⁴⁹

Den Oktoberstreiks lassen sich zumindest drei Punkte und die daraus erwachsenen Folgen für die österreichische Wiederbewaffnung zuordnen: Erstens hatten die österreichische Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger ihren Widerstandswillen demonstriert. Von US-Seite gab es ausdrückliches Lob für diese Haltung⁸⁵⁰ und es galt damit als erwiesen, dass die hier investierten Mittel nicht ins Leere liefen. Zweitens hatte die Polizei einen kläglichen Eindruck hinterlassen.⁸⁵¹ Die Ereignisse am Ballhausplatz zeigten den starken Nachholbedarf an Ausrüstung und Ausbildung. Und drittens wurden dadurch die Vorbehalte der Regierung gegenüber einer geheimen Wiederbewaffnung endgültig zerstreut.⁸⁵²

Die ersten beiden Punkte und das daraus entstandene Bild konnten in dieser Kombination für Österreich nur von Vorteil sein. Das Verhalten der Regierung und auch die abweisende Haltung der Bevölkerung hatten demonstriert, dass in diesem Land der Wille vorhanden war, kommunistisch-sowjetischem Druck zu widerstehen. Sie waren sozusagen die „antikommunistische Reifeprüfung“⁸⁵³. Gleichzeitig hatten die Ereignisse bewiesen, dass wirtschaftliche Hilfe und eine Verbesserung der Ausrüstung in der Exekutive dringend notwendig waren. Damit ergab sich die denkbar günstigste Ausgangssituation für die Verhandlungen über weitere militärische und ökonomische Unterstützung. Man war stark genug, um zu widerstehen, aber schwach genug, um Hilfe nötig zu haben.⁸⁵⁴ Bereits kurz nach den Streiks, am 10. Oktober, kamen die Westmächte zusammen und beschlossen weitere Waffen für Polizei und Gendarmerie zur Verfügung zu stellen.⁸⁵⁵

Schon während der Streiks hatte die Regierung die Situation für zusätzliche Hilfestellungen auszunützen gewusst. Am 29. September, also in der Zwischenphase, hatte sie bei der US-Besatzungsmacht eine Liste mit zusätzlichen Erfordernissen für Polizei und Gendarmerie deponiert. „Unter der Bedingung, selbst nicht involviert zu werden, stellten die Amerikaner daraufhin 100 Gasmasken, 200 Tränengasgranaten und 400 aus der französischen Zone angelieferte Bajonette zur Verfügung.“⁸⁵⁶ Auch in der Steiermark stellte die britische Besatzungsmacht Gerät für die zweite Streikphase bereit.⁸⁵⁷ Die Ausrüstung wurde in der Folgezeit kontinuierlich verbessert und der britische Hochkommissar Sir Harold Caccia gab bereits Ende Oktober 1950 die Einschätzung ab, dass die mittels entsprechender Maßnahmen bald voll ausgerüstete Gendarmerie und Polizei sogar dem „Werkschutz“ erfolgreich

⁸⁴⁹ Vgl. Rathkolb: Putschmetapher, 118f.; Bischof: Austria looks to the West, 192

⁸⁵⁰ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 194

⁸⁵¹ Vgl. ebd., 195

⁸⁵² Vgl. ebd., 195

⁸⁵³ Tweraser: US-Militärregierung, 403; Gerade im US-amerikanischen Kongress wurde ein solcher Widerstandswille immer wieder bezweifelt. Vgl. Bianca L. Adair: Das amerikanische Dilemma. Die US-Regierung, der Kongress und die österreichische Wiederbewaffnung 1945-55, In: Walter Blasi (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 75-96, hier 89f.

⁸⁵⁴ Vgl. Lewis: Austria 1950, 548

⁸⁵⁵ Bischof: Austria looks to the West, 195

⁸⁵⁶ Rauchensteiner: Stalinplatz, 186

⁸⁵⁷ AdR, BMI 134.948-2/50

entgegenzutreten könne.⁸⁵⁸ Eine besser ausgerüstete Exekutive war für die Westmächte eine Versicherung, nicht selbst eingreifen zu müssen und in einen Konflikt gezogen zu werden. Der Hinweis auf die Gefahr eines potentiellen kommunistischen Putsches blieb für die österreichische Regierung lange Zeit ein Mittel, um Druck auszuüben und weitere militärische und finanzielle Hilfe zu lukrieren.⁸⁵⁹

Der drittgenannte Punkt bildete den endgültigen Startschuss für die Aufstellung der B-Gendarmerie. Es hatte bis dahin von österreichischer Seite Vorbehalte gegeben, dass eine solche „geheime Wiederbewaffnung“ zu Verwicklungen und zu Verzögerungen bei den Staatsvertragsverhandlungen führen könnte. Auch Frankreich und Großbritannien waren zunächst nicht damit einverstanden. Ab dem Herbst 1950 schienen diese Bedenken ausgeräumt.⁸⁶⁰ Der von General Keyes bereits zuvor ausgearbeitete mehrstufige Plan konnte nun ohne Widerstände umgesetzt werden. Der Sowjetunion blieben diese Maßnahmen nicht unbekannt.⁸⁶¹

Erste Abteilungen der Alarmformationen scheinen bereits während der Oktoberstreiks in Linz zum ersten Mal in Einsatz geschickt worden sein.⁸⁶² Im November 1950 wurde zwischen den westlichen Hochkommissaren und der Regierung ein weiterer Ausbau beschlossen, der in den folgenden Jahren stufenweise weitergeführt wurde.⁸⁶³ Die offizielle Gründung erfolgte im Jahr 1952.⁸⁶⁴ Der frühe Einsatz in Oberösterreich erscheint nicht überraschend, da die Westmächte diese Einheiten gerade für so einen Fall vorgesehen hatten. Obwohl die B-Gendarmerie als Vorläufer des Bundesheeres gilt, war ihr Zweck in ihren Augen weniger die militärische Landesverteidigung, als die Aufgabe der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit – als eine Eingreiftruppe im Falle eines innenpolitischen Konfliktes.⁸⁶⁵

Die B-Gendarmerie ist daher am direktesten mit den Oktoberstreiks verknüpft. Die anderen Maßnahmen, die zur Militarisierung Österreichs nach 1950 gesetzt wurden, richteten sich weniger auf einen innenpolitischen, als auf den Fall eines gesamteuropäischen Konfliktes aus. Sie sind daher stärker auf weltpolitische Entwicklungen und eine allgemeinen Verschärfung des Kalten Krieges, als auf die Ereignisse in Österreich selbst zurückzuführen. Nichtsdestotrotz sieht Stourzh hierbei zumindest eine Verstärkung „durch die psychologischen Konsequenzen des ‚Oktober 1950‘“⁸⁶⁶. Dass sich die beiden Stränge verknüpfen konnten, zeigen die Pläne für den Bau eines frei zugänglichen Flugplatzes innerhalb der britischen oder amerikanischen Zone. Diese waren während der Berlin-Blockade relevant gewesen, gewannen nun offenbar wieder an Aktualität und wurden interessanterweise im November 1950 neu aufgegriffen.⁸⁶⁷ Die Streiks oder vielmehr die damit zusammenhängenden sowjetischen Aktivitäten wurden möglicherweise zumindest in Ansätzen mit einer etwaigen sowjetischen Blockade Wiens in Zusammenhang gesetzt. Die

⁸⁵⁸ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 196

⁸⁵⁹ Vgl. Kapitel 8.1 dieser Arbeit.

⁸⁶⁰ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 186

⁸⁶¹ „Nach wie vor sabotierte sie [die Regierung] die Entnazifizierung und beschäftigte sich unter dem Dach der Gendarmerie und Polizei heimlich mit der Vorbereitung von Militärkadern für eine zukünftige österreichische Armee.“ siehe Müller/ Suppan/ Naimark/Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik. Dokumente, Nr. 72 Aus dem Arbeitsbericht der Abteilung für innere Angelegenheiten der SČSK für Österreich für das Jahr 1950, 19. Jänner 1951, 714-725, hier 715

⁸⁶² Vgl. Tweraser: US-Militärregierung, 401

⁸⁶³ Vgl. Walter Blasi: Die B-Gendarmerie, In: Walter Blasi (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 27-74, hier 37

⁸⁶⁴ Vgl. ebd., 44

⁸⁶⁵ Vgl. Schmidl: Österreich in Europa, 17

⁸⁶⁶ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 203

⁸⁶⁷ Vgl. Schmidl: Rosinenbomber über Wien, 187; Hufschmied: Wien im Kalkül, 53

1948 angelegten Vorräte für diesen Fall wurden bis 1953 stetig erneuert.⁸⁶⁸ Die bereits vorhandenen Pläne zur Erfassung des Aufgebots wurden ebenfalls im Oktober 1950 durchgeführt. Interessanterweise scheint die entsprechende Weisung just vom 3. Oktober zu stammen – also inmitten der beiden Streikphasen. Koppensteiner hat in einem Besprechungsprotokoll die Erwähnung eines entsprechend datierten Briefes von Bundeskanzler Figl entdeckt: „Inhalt: 15.000 verlässliche Leute als Assistenzen der Gendarmerie bei außerordentlichen Verhältnissen listenmäßig erfassen (Objektschutz).“⁸⁶⁹ Diese Listen waren an die US-Besatzungsmacht einzusenden und regelmäßig zu aktualisieren.⁸⁷⁰ Es entsteht der Eindruck dass bereits zuvor vorhandene Pläne, die im Zusammenhang mit einem größeren Konflikt entstanden sind, durch die Oktoberstreiks zusätzlichen Impuls und eine höhere Dringlichkeit erhielten.⁸⁷¹

In den folgenden fünf Jahren bis zum Ende der Besatzung wurde die „Militarisierung“ Österreichs durch weitere und noch intensivere Programme vorangetrieben.⁸⁷² Nach wie vor von Interesse für den Westen war der Aufbau einer zukünftigen österreichischen Armee. Die B-Gendarmerie bildete hierzu den Grundstock aber auch für die restlichen Teile des künftigen Bundesheeres wurde materiell vorgesorgt. Die USA finanzierten die komplette Ausrüstung und Bewaffnung einer 28.000 Mann starken Armee, die bis 1955 vorbereitet und gelagert wurde.⁸⁷³

Neben B-Gendarmerie und Aufgebot fielen unter die „covert operations“, die „verdeckten“ Operationen, auch geheimdienstliche Aktivitäten, die mit Genehmigung des Nationalen Sicherheitsrates von der 1947 aus mehreren Vorgängerorganisationen hervorgegangenen Central Intelligence Agency (CIA) durchgeführt wurden.⁸⁷⁴ Unter anderem wurde in Kooperation mit der US-Army unter dem Codenamen „Easeful“ ein künftig möglicher Guerillakrieg in Europa vorbereitet.⁸⁷⁵ Das Ergebnis war die Anlage von Waffenlagern zwischen 1951 und 1954. Für Irritation sorgte in der Folgezeit nur, dass diese Waffenlager offensichtlich ab einem gewissen Zeitpunkt vergessen waren. Ihre Existenz geriet erst 1996 durch einen Reporter an die Öffentlichkeit, was zu einem äußerst kurzlebigen Skandal und zu deren Hebung führte.⁸⁷⁶ Anhand der Befüllung der Depots kann angenommen werden, dass sie für einen Partisanenkrieg gegen eine sowjetische Invasions- oder Besatzungsarmee vorgesehen waren.⁸⁷⁷ Genauso existierten britische Waffenlager, die aber unter geringerer Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bereits 1960 und 1965 entdeckt wurden.⁸⁷⁸

⁸⁶⁸ Vgl. Schmid: Rosinenbomber über Wien, 191

⁸⁶⁹ Zit. nach Koppensteiner: Béthouarts Alpenfestung, 203

⁸⁷⁰ Vgl. ebd., 203

⁸⁷¹ Es ist allerdings auch zu bedenken, dass am 30. September, einem Samstag, die südkoreanischen Truppen den 38. Breitengrad überschritten, was eine weitere Verschärfung des Krieges bedeutete und erst am Dienstag, dem 3. Oktober der nächstfolgende Ministerrat stattfand. Die Situation in Korea war dort neben den Streiks ebenfalls Thema. Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 220, 3. Oktober 1950

⁸⁷² Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 203

⁸⁷³ Vgl. ebd., 208

⁸⁷⁴ Vgl. Rathkolb: Washington ruft Wien, 146

⁸⁷⁵ Vgl. ebd., 149

⁸⁷⁶ Vgl. Manfred Rauchensteiner/Franz Cede (Hg.): Sorry guys, no gold! Die amerikanischen Waffendepots in Österreich, Wien 1998; Rathkolb: Washington ruft Wien, 144-151; M. Christian. Ortner: Die amerikanischen Waffendepots in Österreich, In: Walter Blasi (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 155-170

⁸⁷⁷ Vgl. Ortner: Amerikanische Waffendepots, 167f; Sie gehörten damit zu den „Stay-behind“-Planungen der CIA, weshalb sie mitunter mit dem „Gladio“-Netzwerk in Verbindung gebracht werden. Vgl. Ortner: Amerikanische Waffendepots, 166f.

⁸⁷⁸ Vgl. Walter Blasi/Wolfgang Etschmann: Überlegungen zu den britischen Waffenlagern in Österreich, In: Walter Blasi (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 139-153

Stourzh unterscheidet in der sicherheitspolitischen Kooperation mit dem Westen unter den geheimen („covert“) Aktionen jene mit staatlichen Stellen und diejenigen, die mit „gesellschaftlichen“ Gruppierungen und vertrauenswürdigen Einzelpersonen durchgeführt wurden.⁸⁷⁹ Die bekannteste unter letzteren ist das sogenannte „Sonderprojekt“ Franz Olahs.⁸⁸⁰ Dahinter verbirgt sich eine Organisation, die unter seiner Leitung Vorsorge für den Fall einer kommunistischen oder sowjetischen Machtübernahme auf Basis der Holz- und Bauarbeitergewerkschaft betrieb. Im Rahmen dieses Sonderprojekts wurden Funkgeräte in allen Landeshauptstädten mit Ausnahme von Bregenz installiert. Zwei Sendekopfstationen befanden sich in Wien. In der Bundeshauptstadt und in den westlichen Zonen wurden Waffenlager angelegt. In Salzburg lagerte die Winterausrüstung für eine ganze Kompanie.⁸⁸¹ Laut Olah war es eine unabhängige Organisation. Das Geld kam zwar aus den USA es waren aber keine Bedingungen daran geknüpft.⁸⁸² Vizekanzler Schärf, Innenminister Helmer und ÖGB-Präsident Böhm seien informiert, aber ohne Kenntnis der Details der Organisation gewesen.⁸⁸³ Später wurde aus dem Projekt der „Erste Österreichische Wander- und Geselligkeitsverein“, dessen „Mitglieder“ an Funkgeräten, Waffen und im Nahkampf ausgebildet wurden.⁸⁸⁴ Die Anschaffungen erfolgten zunächst im Namen des ÖGB, dann wurden Tarnfirmen verwendet.⁸⁸⁵

Viele Details liegen hierbei im Dunkeln, da sich die existierenden Informationen über das Projekt auf die recht offenen Auskünfte Olah verlassen müssen. Finanziert wurde es von US-amerikanischer Seite, über welche Kanäle ist unklar. Bestätigt ist jedoch, dass seit 1947 Mittel des CIA über US-Gewerkschaften zur Stärkung nicht- oder antikommunistischer Gewerkschaften nach Europa flossen.⁸⁸⁶ Entsprechende Kontakte könnte Olah bei einer Reise in die USA 1948 geknüpft haben. Laut eigenen Angaben hatte er bereits seit 1947 eine Berechtigung, im amerikanischen Sender „Rot-Weiß-Rot“ im Notfall Erklärungen durchzugeben.⁸⁸⁷ Aus diesem Vertrauensverhältnis und durch seinen persönlichen Einsatz im Herbst 1950 entstand das „Sonderprojekt“, das somit eine direkte Folge der Oktoberstreiks und eine Vorsorge für ähnliche Ereignisse in der Zukunft darstellte.

Gesamt gesehen wirkten die Oktoberstreiks als eine Art Beschleuniger der ohnehin vorhandenen Pläne. Sie bestärkten das Vorhandensein einer potentiellen Gefahr und die handfesten Ereignisse und Zusammenstöße waren auch im inneramerikanischen Entscheidungsprozess äußerst „funktional“, um weitere Maßnahmen durchzusetzen und den Einsatz von Geldern zu rechtfertigen.⁸⁸⁸ Denn zwischen der Regierung und dem Kongress hatte es immer wieder Auseinandersetzungen um den Einsatz von Geldmitteln für Österreichs Wiederbewaffnung gegeben.⁸⁸⁹ Was sich hier recht deutlich abzeichnete, war „einmal mehr die Parallelität der Interessen der maßgeblichen politischen Kräfte in Österreich und der Eindämmungspolitik der Vereinigten Staaten.“⁸⁹⁰ Der Großteil dieser Projekte wurde mit

⁸⁷⁹ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 200

⁸⁸⁰ „Dieser kommunistische Putschversuch war der unmittelbare Anlass zur Schaffung der Organisation einer ständigen Abwehr gegen allfällige neuerliche Umsturz- und Generalstreikversuche.“ Persönliche Verteidigungsschrift Olah zit. nach Konrad/Lechner: Millionenverwechslung, 62

⁸⁸¹ Vgl. Olah: Erinnerungen, 143

⁸⁸² Vgl. ebd., 147f.

⁸⁸³ Vgl. ebd., 150

⁸⁸⁴ Vgl. ebd., 150

⁸⁸⁵ Details dazu bei Lechner: Sozialpolitik und Arbeiterschaft, 84-88

⁸⁸⁶ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 201f.

⁸⁸⁷ Vgl. Olah: Erinnerungen, 146

⁸⁸⁸ Vgl. Rathkolb: Putschmetapher, 121

⁸⁸⁹ Vgl. dazu Adair: Amerikanische Dilemma

⁸⁹⁰ Vgl. Tweraser: US-Militärregierung, 403

Wissen und Unterstützung von Regierungsmitgliedern vorangetrieben, die dabei in unterschiedlich besetzten Komitees auftraten.⁸⁹¹ Das Bedrohungsszenario „Putsch“ war für beide Akteursgruppen von Nutzen, um die „Militarisierung“ Österreichs voranzutreiben und sie vor allem zu legitimieren.

Es wird häufig betont, dass die Existenz einer militärisch brauchbaren Truppe wie der B-Gendarmerie für die Westmächte eine Vorbedingung für den Staatsvertrag und die Souveränität Österreichs war.⁸⁹² Günter Bischof glaubt, dass der Keyes-Plan zur Wiederbewaffnung, der im Februar 1950 entwickelt wurde, erst durch den Eindruck der Ereignisse im darauffolgenden Herbst verwirklicht werden konnte.⁸⁹³ Dadurch würden die Oktoberstreiks zumindest indirekt eine Rolle für Österreichs vielgeschilderten Weg zum Staatsvertrag spielen.

In der Folgezeit wuchs Österreich immer stärker mit dem Westen zusammen.⁸⁹⁴ Es zeigen gerade die Jahre 1950 bis 1952 „den höchsten Pegelstand einer westorientierten österreichischen Außenpolitik“⁸⁹⁵ an. Das Land war bald in westeuropäische Netzwerke involviert und wurde als Empfängerland des Marshallplans in die Gründung der OEEC, der Vorläuferorganisation der OECD eingebunden.⁸⁹⁶ Der Beitritt zur UNO erfolgte erst 1955, aber bereits zuvor war Österreich UN-Unterorganisationen beigetreten.⁸⁹⁷ Für Gerald Stourzh war ein stärkerer Schulterschluss zwischen den Regierungsparteien und den Westmächten ohne Zweifel eine Folge der Ereignisse im Herbst 1950.⁸⁹⁸

7.2 Die Erste Republik in der Zweiten

Es soll hier kurz noch einmal auf den angesprochenen Aspekt der „politischen Gewalt“ während der Streiks eingegangen werden und welche Bedeutung dieser, weniger im politischen System als vielmehr in der Vorstellung der Zweiten Republik, hat. Das Ende des Zweiten Weltkriegs ist in gängigen Geschichtsbildern nach wie vor eine Zäsur und 1945 der völlige Neubeginn, die „Stunde Null“. Mehrere Zeithistoriker haben sich bereits mit den Kontinuitäten aus der NS-Zeit und der Ersten Republik auseinandergesetzt und hier kritische Akzente gesetzt.⁸⁹⁹

Im Gegensatz zur Zeit des Nationalsozialismus fand die Abgrenzung zur Ersten Republik nicht auf politischer Ebene statt. Der Bruch wurde durch die Benennung als Nummer Zwei zwar dokumentiert, im politischen System herrschte durch Verfassung und Parteiensystem grundsätzlich allerdings Kontinuität⁹⁰⁰, was auch die Möglichkeit bot, die NS-Zeit als

⁸⁹¹ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 198f.; Für die CIA-Waffenlager ist solches nicht bestätigt, aber zumindest „denkbar“. Vgl. Ortner: Amerikanische Waffendepots, 170

⁸⁹² Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 208; Schmidl: Österreich in Europa, 17

⁸⁹³ Vgl. Bischof: Nationale Sicherheitsrat, 126

⁸⁹⁴ Ein Beispiel für die Zusammenarbeit mit den USA war die Weitergabe von Informationen über Verhöre von Flüchtlingen aus den Warschauer-Pakt-Staaten. Diese wurden bis 1955 durch die USA selbst durchgeführt worden, danach blieb aber ein offenbar zufrieden stellender Informationsfluss vonseiten des Innenministeriums vorhanden. Vgl. Rathkolb: Washington ruft Wien, 151-153

⁸⁹⁵ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 192

⁸⁹⁶ Vgl. Schmidl: Österreich in Europa, 22

⁸⁹⁷ Vgl. ebd., 23

⁸⁹⁸ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 196

⁸⁹⁹ Vgl. beispielhaft den Sammelband Friedrich Stadler: Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 - 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte, Wien u.a. 1988

⁹⁰⁰ Vgl. Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger: Österreichische Politik. Grundlagen - Strukturen - Trends, Wien 2000, 63

Zwischenphase zu behandeln. Trotzdem fand ein „Neubeginn“ statt, der vor allem in der „politischen Kultur“ gesehen wurde, durch eine Distanzierung von den politischen Konflikten und der politischen Gewalt. Die Zweite Republik war in dieser Auffassung zwar das Gleiche, aber anders, sie war der „Negativfilm“⁹⁰¹ der Ersten Republik.

Im Gesamtbild mag dies richtig sein. Das politische System Österreichs wies tatsächlich lange Zeit eine sehr hohe Stabilität auf, die auf die Besonderheit der Sozialpartnerschaft zurückzuführen ist. Allerdings hat bereits Gerhard Botz darauf hingewiesen, dass dieses Bild auf die Frühzeit nicht wirklich zutreffend und das Produkt einer starken historischen Generalisierung ist.

„Die späten vierziger Jahre und der kommunistische ‚Oktoberstreik 1950‘ waren keineswegs gewaltfrei. Die gesellschaftlich-politischen Erschütterungen durch NS-Diktatur und Zweiten Weltkrieg waren noch keineswegs sofort überwunden. Auch das Ausmaß und die Härte der Streikbewegungen in der bis Mitte der fünfziger Jahre dauernden Konsolidierungsphase der Zweiten Republik knüpfen noch eher an das Muster der Arbeitskämpfe in der Ersten Republik an, erst danach, ja sogar erst Mitte der sechziger Jahre, bildete sich die für die österreichische Gesellschaft der siebziger und achtziger Jahre so typische, verschwindend geringe Streikrate aus.“⁹⁰²

In der Sichtweise des „Neubeginns“ und einer geläuterten Demokratie wirken die Oktoberstreiks also, wie eingangs dargelegt, als „dunkler Fleck“ im österreichischen Wiederaufbau und das Auftreten von politischer Gewalt als Anomalie in der konsensorientierten und durch den „Geist der Lagerstraße“ geprägten Zweiten Republik. Blicke man in diesem Bild, wären die Ereignisse beinahe als eine Art Rückfall zu betrachten. Es stellte jedoch keine Schwierigkeiten dar, die Oktoberstreiks und die politischen Konflikte mit der KPÖ im Allgemeinen in dieses Narrativ einzubetten. Möglich war das durch die Sichtweise der Streiks als rein von der KPÖ betrieben und durch die Gepflogenheit, die KPÖ weniger als Teil der politischen Landschaft Österreichs, sondern als Teil eines feindlich gesinnten Auslandes zu sehen⁹⁰³, um bereits ein wenig auf das folgende Kapitel vorzugreifen.

Dass die Erste Republik auch in der Vorstellungswelt der politischen Eliten nicht völlig begraben war, belegen die ersten Planungen Renners, der zunächst auch die bürgerlichen Kräfte aus dem öffentlichen Leben ausschließen wollte.⁹⁰⁴ Sogar noch Anfang 1947 soll Renner bei einem Abzug der Besatzungsmächte gefürchtet haben, „dass die verschiedenen Parteien angesichts der vollkommenen Machtlosigkeit der kaum bewaffneten Polizei und Gendarmerie zur Aufstellung von Wehrformationen greifen könnten, wobei die Verhältnisse von 1933 bis 1938 wieder akut würden.“⁹⁰⁵

Während der Streiks ergeben sich außerdem auch deutliche Reminiszenzen an den Terror des Nationalsozialismus oder des italienischen Faschismus, wenn etwa die Sicherheitswache in Wien berichtet, dass im 10. Bezirk „120 Demonstranten das rasche Aufsteigen auf LKWs üben. Angeblich mit Schlagringen, Vierkanteisen und Morgensternen bewaffnet.“⁹⁰⁶ Wie sehr auch die Vorstellungen und Erinnerungen der Ersten Republik noch nachwirkten, zeigen diverse Gerüchte, die während der Streiks in Umlauf waren und von der Sicherheitsdirektion aufgeschnappt wurden. Zwischen den beiden Streikphasen erreichte die Polizeidirektion Wien

⁹⁰¹ Vgl. Botz: Krisenzonen, 360

⁹⁰² Vgl. ebd., 371

⁹⁰³ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 191

⁹⁰⁴ Vgl. Rauchensteiner: Stalinplatz, 21

⁹⁰⁵ Zit. nach Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 56

⁹⁰⁶ AdR, BMI 132.011-2/50

eine recht detaillierte Information über einen neuen „Kampfbund“ der KPÖ unter der Leitung eines gewissen Pfeiffers mit 400 Mann und 200 Feuerwaffen, der in Floridsdorf die Besetzung der Polizeiwachstuben plane.⁹⁰⁷ Während der zweiten Streikphase tritt auf diese Weise auch der „Republikanische Schutzbund“ wieder auf der politischen Bühne auf. Am 5. Oktober wird der Polizeidirektion Wien gegen Mittag berichtet: „Die Baufirma Gesiba im 20. Bezirk sendet Arbeiter und Angestellte in den 12. Bezirk Ecke Ruppnergasse und Polgasse, weil dort angeblich ein Sammelplatz des republikanischen Schutzbundes ist. Erkennungszeichen das Abzeichen mit Gänseblümchen.“⁹⁰⁸ In Wirklichkeit handelte es sich um die von Franz Olah aufgestellte Truppe. Der wohl von Arbeitern selbst hergestellte Bezug auf den Republikanischen Schutzbund ist aber mehr als interessant.

In der politischen Kultur, oder zumindest in der politischen Vorstellungswelt, war die Erste Republik also keineswegs so erledigt, wie es manchmal den Anschein hat. Politische Gewalt wurde noch mit Kampfbünden in Verbindung gebracht, das Vorgehen der beteiligten Gruppierungen, von kommunistischer Seite, wie auch durch die Truppe Olahs, greift auf Taktiken zurück, die in der Zwischenkriegszeit entwickelt wurden. Nach den Streiks wird das Bild der Ersten Republik sehr gerne von der KPÖ herangezogen, um das Vorgehen der Exekutive gegen die Streikenden zu illustrieren. In der erwähnten parlamentarischen Anfrage Honners heißt es: „Wie in den Tagen des Heimwehfaschismus sahen sich die streikenden Arbeiter und ihre von der Bewegung gegen den Preistreiberpakt mitgerissenen Frauen und Freunde Knüppelgardien gegenüber, die gegen einen Taglohn von 50 Schilling bereitstanden, über die kämpfenden Arbeiter und über demonstrierende Frauen herzufallen.“⁹⁰⁹

Die hier vorgestellten Bezüge zur politischen Gewalt der Ersten Republik sollen vor allem vermitteln, dass die weitgehend gewaltfreie Zweite Republik nicht wie der Phönix aus der Asche stieg, sondern erst in einem Prozess geschaffen wurde. Die Geschichte der Zweiten Republik verlief nicht gleichförmig und auch nicht nach einem teleologischen Prinzip. Die Intensität der tatsächlichen Zusammenstöße war aber zweifellos geringer. Es kamen keine Schusswaffen zum Einsatz⁹¹⁰, wobei die Frage zu stellen ist, inwiefern hier auch die Umstände der Besetzung abkühlend wirkten. Der größte Unterschied zwischen den episodentypischen auftretenden Fällen politischer Gewalt der Zweiten Republik bis in die siebziger Jahre und den zahlreichen der Ersten Republik ist allerdings, „dass sie ins öffentliche Bewusstsein kaum dauerhaft Eingang gefunden haben.“⁹¹¹

7.3 Antikommunismus in Österreich

Nicht unwesentlich befördert und mitbestimmt wurde die Westorientierung Österreichs durch eine entsprechende Haltung in der österreichischen Bevölkerung und in der politischen Kultur des Landes. Es bestand eine breit gewachsene Ablehnung der sowjetischen Besatzungsmacht, des Kommunismus im Allgemeinen und der KPÖ im Speziellen. Diese Ablehnung griff tief in den gesellschaftlichen Diskurs ein und ging über eine rein politische und ideologische Gegnerschaft hinaus. Das Phänomen lässt sich im Falle Österreichs nicht nur durch die Bedingungen des Kalten Krieges und der sich verstärkenden Auseinandersetzung der

⁹⁰⁷ Vgl. ebd.

⁹⁰⁸ Ebd.; Gemeint sind sehr wahrscheinlich Ruckergasse und Pohlstraße.

⁹⁰⁹ AdR, BMI 131.595-2/50

⁹¹⁰ Vgl. Anfrage über Verteilung von Waffen anlässlich der Demonstrationen gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen im Oktober 1950, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, 161.765-2/50

⁹¹¹ Vgl. Botz: Krisenzonen, 349

Ideologien erklären, sondern hat starke lokale Wurzeln durch direkte Erfahrungen der Besatzungszeit und durch bereits zuvor entwickelte Feindbilder.

Die Forschung hat sich bislang wenig mit diesem Aspekt der österreichischen Polit- und Sozialgeschichte auseinandergesetzt⁹¹², da er in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts stark an Bedeutung verloren hat. Oliver Rathkolb spricht deshalb von einer „verdrängte[n] Komponente der österreichischen Identität“⁹¹³. Stärker als im Allgemeinen angenommen, dürften daraus gesellschaftliche und politische Folgen erwachsen sein. Die Oktoberstreiks waren nicht der Auslöser eines solchen Antikommunismus aber zumindest Ausdruck und vielleicht Verstärker desselben.

Selbst westliche Beobachter zeigten sich in der direkten Nachkriegszeit erstaunt über das Maß an nicht nur politischer, sondern emotionaler Ablehnung, die der sowjetischen Besatzungsmacht entgegengebracht wurde. „The hatred against the Russians is almost universal“⁹¹⁴ berichtete ein US-Nachrichtendienstmitarbeiter. Diese tiefe Abneigung ist zunächst sehr stark auf die unmittelbaren Nachkriegserfahrungen der ostösterreichischen Bevölkerung mit der Roten Armee zurückzuführen. Die Übergriffe hatten ein nachhaltig negatives Bild erzeugt, das noch lange Zeit danach im österreichischen Bewusstsein verhaftet blieb.⁹¹⁵ Selbst der KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig zeigte sich „bestürzt“ über das Ausmaß an Vergewaltigungen und Plünderungen.⁹¹⁶ Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ostösterreich kam in seiner Wirkung einem „Trauma“ nahe. Ein niederösterreichischer Professor namens Hugo Hantsch drückte die Stimmung gegenüber einem US-Offizier folgendermaßen aus: „These people will never forget what the Red Army did to our women. The present feeling of the simple people that the Russians are Untermenschen will last as long as this generation lives.“⁹¹⁷

Der traumatische Effekt wurde unter anderem dadurch hervorgerufen, dass sich hier bereits vorhandene Ängste und Feindbilder schlagartig in Realität verwandelten.⁹¹⁸ Im vorigen Zitat ist unter anderem die Nachwirkung der nationalsozialistischen Propaganda herauszulesen, die gegen Kriegsende gezielt eingesetzt wurde, um den Widerstand in der Bevölkerung zu verstärken. Das rassistische Bild des „slawischen Untermenschen“ aus der NS-Ideologie entwickelte sich während des Krieges und mit den Rückschlägen der deutschen Wehrmacht immer mehr hin zu Berichten über Gräueltaten der sowjetischen Armee.⁹¹⁹ Der NS-Sicherheitsdienst stellte für Wien zufrieden fest, dass Frauen bereits Selbstmordgedanken für den Fall eines Einmarsches russischer Truppen äußerten.⁹²⁰ Zusammenwirkend mit den Übergriffen entstand daraus für die Zeit nach dem Krieg ein „Amalgam aus Vorurteilen, Ängsten und Realitäten“⁹²¹, das auch für die Folgezeit nur schwer zu entmischen ist.

⁹¹² Vgl. Ingrid Fraberger/Dieter Stiefel: "Enemy Images": The Meaning of "Anti-Communism" and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945 In: Günter Bischof (Hg.), *The Marshall Plan in Austria* (Contemporary Austrian studies 8), New Brunswick, NJ u.a. 2000, 56-97; Ernst Hanisch: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, In: Gertraud Diendorfer (Hg.), *Zeitgeschichte im Wandel*. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997, Innsbruck, Wien 1998, 37-45 und Oliver Rathkolb: *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*, Wien 2005, 31-34

⁹¹³ Rathkolb: *Paradoxe Republik*, 31

⁹¹⁴ Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft und Politik*, Privatbrief Paul Sweet (OSS), 18.9.1945, 303

⁹¹⁵ Vgl. Aichinger: *Sowjetische Österreichpolitik*, 236-238; Müller: *Sowjetische Besatzung*, 114

⁹¹⁶ Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft und Politik*, OSS-Bericht über sowjetische Zone, 3.7.1945, 273-277, hier 274

⁹¹⁷ Vgl. ebd., Persönlicher Bericht Leonard Hankin (OSS), 12.09.1945, 300

⁹¹⁸ Vgl. ebd., 268

⁹¹⁹ Vgl. Aichinger: *Sowjetische Österreichpolitik*, 234-236; Fraberger/Stiefel: *Enemy Images*, 59f.

⁹²⁰ Vgl. Aichinger: *Sowjetische Österreichpolitik*, 235

⁹²¹ Vgl. Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft und Politik*, 268

Die Vorurteile in der Bevölkerung lassen sich ferner auf ältere Wurzeln zurückführen. Die Nationalsozialisten konnten auf diffuse Angstbilder von Horden aus dem Osten und auf österreichische Bollwerksvorstellungen zurückgreifen.⁹²² Daneben spielten antirussische Stereotype aus dem 19. Jahrhundert und dem Ersten Weltkrieg eine Rolle.⁹²³ Russen, Sowjets und Kommunisten waren ohnehin vermengte und frei austauschbare Kategorien. Stiefel und Fraberger sehen in späteren Vorurteilen gegenüber dem sowjetisierten „Osten“ sogar eine Weiterführung des Nationalitätenkonfliktes der Habsburgermonarchie.⁹²⁴ Außerdem hatte es in Österreich neben der relativ jungen antibolschewistischen NS-Propaganda schon zuvor eine gewisse antikommunistische Tradition im politischen Bereich gegeben. Die Angst vor einer „bolschewistischen“ Machtübernahme dürfte in Österreich bereits seit den Erfahrungen zu Beginn der Ersten Republik vorhanden gewesen sein. Die Aktivitäten der jungen KPÖ stellten in den Augen des Bürgertums eine ernsthafte Gefährdung dar.⁹²⁵ In weitere Folge trat auch der Ständestaat dezidiert gegen den zudem antiklerikal eingestellten Kommunismus auf. Ernst Hanisch sieht den starken Katholizismus in Österreich als einen weiteren Grund für die schlechte Position der österreichischen Kommunisten vor, wie auch nach dem Krieg.⁹²⁶ Während in vielen anderen Ländern nach 1945 ein Linksrutsch stattfand, der sich auf eine „antifaschistische“ Grundeinstellung stützte, erlangte in Österreich die katholische Kirche als einzige den Nationalsozialismus überlebte Großorganisation ihre „kulturelle Hegemonie“ zurück.⁹²⁷ Der vertraute Katholizismus ersetzte den aus mehrfachen Gründen unangenehmen Antifaschismus.

In der Situation des Kalten Krieges und nach den ersten Machtübernahmen in Osteuropa kam zu dieser emotional-politischen Aversion immer mehr das Bedrohungsbild einer kommunistischen Machtübernahme hinzu. Es wurde im Bisherigen bereits deutlich, wie sehr sich die Lage zwischen den Blöcken auch auf die österreichische Innenpolitik auswirkte. Die Sowjetunion und mit ihr die KPÖ entwickelte sich für einen immer größeren Teil der Bevölkerung zu einem Feind- und Bedrohungsbild. Als Markstein kann die „Figl-Fischerei“ gesehen werden. Durch diesen Skandal wurde deutlich, dass der engere politische Kontakt mit der KPÖ von der Öffentlichkeit nicht mehr goutiert wurde.⁹²⁸ Für die anderen politischen Parteien bot sich daher die Möglichkeit diese Einstellung zu nutzen und dementsprechend zu fördern. Demgegenüber wusste die Sowjetunion ihr Image im Land nicht unbedingt zu verbessern. Obwohl Propaganda und Unterstützung der KPÖ ausdrücklich zu den Besatzungszielen zählten⁹²⁹, war die restliche Österreichpolitik geradezu widersprüchlich angelegt. Die Art und Weise, wie politische und ökonomische Interessen durchgesetzt wurden, konnte kaum zu Sympathien führen.

Mehrere Historiker, die sich intensiv mit der Nachkriegszeit in Österreich beschäftigten, haben bereits darauf hingewiesen, dass dieser Antikommunismus nun eine in ihrer Bedeutung bislang unterschätzte Funktion in diesem Land einnahm. Er war demnach eine „wesentliche Komponente für die relative Stabilität der österreichischen Nachkriegsgesellschaft in der höchst labilen Aufbauphase“⁹³⁰ und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im

⁹²² Vgl. Hanisch: Antikommunismus, 38f.

⁹²³ Vgl. Rathkolb: Paradoxe Republik, 31; Fraberger/Stiefel: Enemy Images, 56

⁹²⁴ Vgl. Fraberger/Stiefel: Enemy Images, 63

⁹²⁵ Vgl. ebd., 58

⁹²⁶ Vgl. Hanisch: Antikommunismus, 38

⁹²⁷ Vgl. ebd.

⁹²⁸ Vgl. S. 20f. dieser Arbeit.

⁹²⁹ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 65; Stelzl-Marx: Innensicht der sowj. Besatzung, 190

⁹³⁰ Rathkolb: Paradoxe Republik, 34

Allgemeinen „ein bedeutender konsens- und integrationsfördernder Faktor“⁹³¹ der frühen Zweiten Republik.

Die gemeinsame Ablehnung der KPÖ innerhalb des neuen politischen Systems kann bereits in der provisorischen Staatsregierung mit ihren gedritteten Kompetenzen festgestellt werden. Das Bündnis der beiden ehemaligen und zukünftigen Großparteien richtete sich auch innerhalb der Regierung gegen den dritten Partner, der als quasi der Sowjetunion zugehörig eingeschätzt wurde. Die politische Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Gruppen verschärfte sich parallel mit dem frühen Kalten Krieg. „Die permanente Konfliktsituation zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten förderte den Zusammenhalt der letzteren und erleichterte wesentlich den Entscheidungsprozess innerhalb der Koalition der beiden Großparteien.“⁹³² Die ehemaligen politischen Feinde kooperierten. Die „Abwehr“ des Kommunismus hat daher vermutlich eine stärkere stabilisierende Funktion für das österreichische politische System, als die im öffentlichen Bewusstsein präsente gemeinsame Leidenszeit der „Lagerstraße“.⁹³³ Der Antikommunismus, gewissermaßen die Bedrohung von außen, stellt so die Antithese zum innenpolitischen Konflikt der Ersten Republik dar. Das klassenbezogene Feindbild wurde ersetzt durch das bedrohlichere äußere Feindbild.

Die politische Ablehnung des Kommunismus kann gewissermaßen als Teil eines „Minimalkonsenses“ zu Beginn der Zweiten Republik gesehen werden.⁹³⁴ Dieser Konsens umfasste nicht nur die beiden Großparteien sondern umschloss vor allem auch die „Ehemaligen“, die sich ebenfalls auf diese Weise mit dem neuen Staat identifizieren konnten. Dies erwies sich als äußerst praktisch für die Großparteien, da ab 1949 auch die ehemaligen Nationalsozialisten auf diese Art und Weise in die Gesellschaft und in die politischen Parteien rückintegriert werden konnten.⁹³⁵ Die Stabilisierung des österreichischen politischen Systems wurde hierdurch also auf zweifache Weise befördert: Einerseits durch die Bildung eines externalisierenden Feindbildes und die Stabilisierung der Konfliktdemokratie der Ersten Republik. Zweitens durch eine Integration der „Ehemaligen“ in den Staat Österreich durch eine für sie akzeptable antikommunistische Staatsideologie.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Auswirkungen auf die österreichische Identität.⁹³⁶ Im Zusammenhang damit muss zunächst festgestellt werden, dass Identitätskonstruktionen nicht nur aus positiven Besetzungen bestehen, sondern sich auch durch Negativkonstruktionen aufbauen lassen. Das heißt durch eine Definition desjenigen, was zum Eigenen gehört und was eben nicht. Der Ausbildung von Identität steht immer auch die Schaffung einer Alterität bei.⁹³⁷ Auch hier hat sich die Forschung bislang wenig mit der Bedeutung von Negativbildern für die Entwicklung eines Österreich-Bewusstseins nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt.⁹³⁸ Neben der Abgrenzung zum kommunistischen Block war auch die Abgrenzung

⁹³¹ Pelinka: Auseinandersetzung, 201

⁹³² Vgl. ebd.

⁹³³ Vgl. Rathkolb: Paradoxe Republik, 34

⁹³⁴ Vgl. Manfred Rauchensteiner: Das Jahrzehnt der Besetzung als Epoche in der österreichischen Geschichte, In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, and Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besetzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 15-40, hier 30f.

⁹³⁵ Vgl. Fraberger/Stiefel: Enemy Images, 62f.

⁹³⁶ Vgl. Rathkolb: Paradoxe Republik, 31; Fraberger/Stiefel: Enemy Images, 60

⁹³⁷ Vgl. Assmann: Kollektives Gedächtnis, 11f

⁹³⁸ Zur Habsburgermonarchie vgl. den Sammelband Johannes Feichtinger (Hg.): Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis - Erinnerung - Identität 2), Innsbruck, Wien u.a. 2003

gegenüber Deutschland ein wesentlicher Bestandteil beim Aufbau einer nachkriegs-österreichischen Identität.⁹³⁹

Diese funktionell-politische Komponente kann in gewissen Teilen und in Bezug auf die österreichischen Parteien von einem allgemeinen Mentalitäts-Antikommunismus in der Bevölkerung eine hilfreiche Unterscheidung darstellen. Während der zweite eine weit verbreitete Haltung und Bestandteil eines gesellschaftlichen Diskurses darstellte, war ein politischer Antikommunismus überdies durchaus zielbewusst für die Durchsetzung von Interessen und der eigenen Politik einsetzbar. Hierbei sind natürlich Überlappungen möglich und es ist anzunehmen, dass der allgemeine Antikommunismus die Haltung einzelner oder einiger Politiker stark beeinflusste.

In der Parteispitze der SPÖ gab es zu Beginn der Zweiten Republik Ansätze einer neutralen Stellung zwischen Ost und West, einer „Äquidistanz“⁹⁴⁰. Diese wich aber zunehmend und spätestens ab 1947 einer antisowjetischen Haltung, die vor allem von Oskar Helmer und Adolf Schärf getragen wurde.⁹⁴¹ Auch der Verkehr mit Kommunisten soll in den ersten Wochen der Befreiung noch „nichts Ehrenrühriges“ gewesen sein.⁹⁴² Der allzu enge Kontakt wurde dennoch bewusst gemieden und die von der KPÖ erhoffte Einheitsfront fand in der SPÖ keine Gegenliebe.⁹⁴³ Auch verschiedentlich auftretende Anklänge der „Sozialfaschismus“-Losung, die den sozialdemokratischen Parteien Komplizenschaft mit dem „US-Imperialismus“ unterstellten, führten nicht unbedingt zu einer Annäherung. Die Liquidierung sozialistischer Bewegungen in Osteuropa brachte letztendlich auch Linkssozialisten wie Josef Hindels in Gegnerschaft zu den Kommunisten.⁹⁴⁴ Nicht zuletzt war die KPÖ zumindest in den Betriebsräten ein tatsächlich ernstzunehmender politischer Gegner und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus immer auch eine Auseinandersetzung um die Unterstützung der Arbeiterschaft.

Das größte Problem für die Sozialisten bestand aber in der teilideologischen Verwandtschaft, die von der ÖVP dazu ausgenutzt wurde um die beiden Parteien gleichzusetzen. Für Furore sorgte im Nationalratswahlkampf 1949 die Losung der „Roten Katze“, die mit Hilfe eines überdimensionalen Plakates vor dem Burgtheater in Wien in Szene gesetzt wurde. Nicht nur die Größe sondern auch die Mechanik brachte Aufmerksamkeit ein. In regelmäßigen Abständen sprang die rote Katze der Volksdemokratie aus einem Sack mit den Parteisymbolen der SPÖ und der Kommunisten.⁹⁴⁵ Im Herbst 1950 war die Erinnerung daran noch aktuell und die Katze wurde auch in der Nationalratsdebatte vom 12. Oktober 1950 angesprochen. In der Arbeiterzeitung wurde nach den Streiks ausdrücklich darauf hingewiesen, dass anhand der Ereignisse die Wahllüge der „Roten Katze“ nun „restlos widerlegt“ sei.⁹⁴⁶

⁹³⁹ Vgl. Stefan A. Lütgenau: Grundstrukturen der österreichisch-deutschen Beziehungen nach 1945, In: Thomas Albrich, et al. (Hg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck, Wien 1995, 237-258, hier 243; Rauchensteiner: Stalinplatz, 77f.; Rathkolb: Paradoxe Republik, 35-39

⁹⁴⁰ Vgl. Rathkolb: First Budapest, then Prague and Berlin, why not Vienna? Austria and the Origins of the Cold War 1947/48, 311

⁹⁴¹ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 186

⁹⁴² Vgl. Weber: Kalte Krieg in der SPÖ, 28

⁹⁴³ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung, 176f.

⁹⁴⁴ Vgl. Weber: Kalte Krieg in der SPÖ, 133

⁹⁴⁵ Vgl. Eleonore Gläser: Die Propaganda für die österreichischen Wahlen 1949. Parteien, Propaganda, Verlauf, Diss., 1951, 168-193; „Das goldene Kätzchen“, Spiegel, 04.01.1956, S. 25f., <www.spiegel.de/spiegel/print/d-31587100.html> (18.05.2011)

⁹⁴⁶ Vgl. Arbeiter-Zeitung 7.10.1950, 233, S. 1-2, „Sieg“, S. 2; Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1117 u. 1132

Es wird daher auch die Bedeutung klar, die der Betonung der eigenen Leistung zur Abwehr des „Putsches“ für die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt zukam. Abgesehen davon standen hinter der Verfolgung eines antisowjetischen Kurses aber auch rein politisch-strategische Gedanken. Bereits aus dem Wahlergebnis der Nationalratswahlen im November 1945 sollen die entsprechenden Schlüsse gezogen worden sein. Der Wahlsieg der ÖVP wurde in der SPÖ-Führung vor allem darauf zurückgeführt, dass sie in den Augen der Bevölkerung die zuverlässigste antikommunistische Kraft darstellte.⁹⁴⁷ Gleichmaßen wurde das schlechte Abschneiden der KPÖ durch ihre enge Bindung zur Sowjetunion erklärt. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die SPÖ ihrerseits ihr Profil als „konsequenteste Sowjetunion-kritische und antikommunistische Partei“⁹⁴⁸ zu entwickeln habe.

In der ÖVP soll es in wirtschaftsnahen Kreisen ebenfalls Stimmen gegeben haben, die das Verhältnis zur KPÖ und der Sowjetunion vor allem wegen der Aufrechterhaltung des Osthandels pflegen wollten. Solche Erwägungen können neben etwaigen Staatsverhandlungen ein Mitgrund für die „Figl-Fischerei“ gewesen sein.⁹⁴⁹ Insgesamt zeigte sich aber insbesondere zu Wahlen eine starke Ablehnung der Kommunisten. Wie bei der SPÖ spielen auch hier einzelne Persönlichkeiten eine Rolle. Allen voran Dr. Karl Gruber, der für sich in Anspruch nimmt mit seiner im Zuge der „Figl-Fischerei“ gehaltenen Rede „die erste eindeutige Stellungnahme einer Regierung zur Kommunistischen Partei“⁹⁵⁰ in Österreich verfasst zu haben. Für beide Parteien war Antikommunismus aber, wie erwähnt, auch eine Möglichkeit ehemalige Nationalsozialisten anzuziehen. Und diese durften ab 1949 wieder an den Wahlen teilnehmen.

Aus dieser Situation heraus ergaben sich weitere Folgen für den Umgang und die Rezeption von Kommunismus in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft. Der Beitrag von Kommunisten zum österreichischen Widerstand während des Nationalsozialismus fiel dieser allgemeinen Haltung zum Opfer und wurde erst in der neueren Forschung wieder betont.⁹⁵¹ Es soll dabei auch zu politischen Eingriffen hochrangiger Politiker gekommen sein. Bei einem Werk über den österreichischen Widerstand sollen 1962 auf Wunsch von politischer Seite die Teile über den kommunistischen Beitrag um ein Viertel gekürzt worden sein.⁹⁵²

Auch im öffentlichen Leben hinterließ dieser Antikommunismus seine Spuren und wirkte sich im Kunst- und Kulturbereich aus.⁹⁵³ Ein prominentes Fallbeispiel dafür kann die „Brecht-Affäre“ um Gottfried von Einem sein. Der Komponist und damaliger Direktor der Salzburger Festspiele hatte sich 1950 stark dafür eingesetzt, dem in der Emigration lebenden Schriftsteller Bertolt Brecht die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Nach der Zustimmung der Salzburger Landesregierung setzte eine heftige Medienkampagne ein, deren Ziel und letztendlich auch Opfer von Einem war, der dadurch seine Position verlor.⁹⁵⁴ Insbesondere unter dem Einfluss der Kritikerautoritäten Friedrich Torberg und Hans Weigel herrschte auf den Bühnen Wiens von 1956 bis 1963 quasi ein Aufführungsboykott des

⁹⁴⁷ Vgl. Weber: Kalte Krieg in der SPÖ, 37

⁹⁴⁸ Müller: Sowjetische Besatzung, 148; vgl. auch Josef Hindels: Die Linke in der SPÖ (VSSTÖ Edition Politik 1), Wien 1979, 13; Luger: Parlament und alliierte Besatzung 1945 - 1955, 17

⁹⁴⁹ Vgl. Gehler: "Figl-Fischerei", 380

⁹⁵⁰ Gruber: Befreiung, 169

⁹⁵¹ Vgl. Neugebauer: Widerstand, 12-15

⁹⁵² Vgl. ebd., 14

⁹⁵³ Vgl. dazu mehrere der Beiträge im Sammelband Michael Hansel/Michael Rohrwasser (Hg.): Kalter Krieg in Österreich. Literatur - Kunst - Kultur (Profile 17), Wien 2010

⁹⁵⁴ Vgl. Frank Tichy: Friedrich Torberg. Ein Leben in Widersprüchen, Salzburg, Wien 1995, 238; Kurt Palm: Vom Boykott zur Anerkennung. Brecht und Österreich, Wien u.a. 1983, 62-92

„Kommunisten“ Bertolt Brecht.⁹⁵⁵ Torberg erwies sich als einflussreichster Gegner des Kommunistischen im Kulturbereich, wofür das von ihm geleitete Literaturmagazin „Forum“ als Sprachrohr diente.

Dass auch Gelder des CIA geflossen sind, um antikommunistische Organisationen aller Art, wie eben die Zeitschrift „Forum“ oder das Olah-Projekt zu unterstützen, ist mittlerweile gesichert.⁹⁵⁶ Umgekehrt war aber auch die KPÖ aus der Besatzungszeit als finanzstarke Partei hervorgegangen, die Einkünfte aus ungefähr 50 Unternehmen bezog, die treuhänderisch von privaten Unternehmen verwaltet wurden und größtenteils im Osthandel tätig waren.⁹⁵⁷ Den weit größeren Parteien war sie somit an Finanzkraft keinesfalls unterlegen. In diesem kleinen „innerösterreichischen Kalten Krieg“ war die KPÖ aufgrund fehlenden Rückhalts in der Bevölkerung ohne anwesende Sowjetmacht jedoch kein wirklich ernstzunehmender Gegner mehr.

Der US-amerikanische Historiker William B. Bader kommt zu der Ansicht, dass Österreich nach den politischen Wirren der Ersten Republik und der faschistischen Diktatur aus dem Krieg als „hochpolitisches, aber doch ideologisch hohles Land“⁹⁵⁸ hervorgetreten ist. Für eine stark ideologisierte Partei, wie die KPÖ waren das nachteilige Voraussetzungen und eine weitere mögliche Erklärung für die schlechte Position der Partei nach dem Zweiten Weltkrieg. Waren sie in der Ersten Republik von den weit stärkeren Ideologien an den Rand gedrückt worden, hatten sie in der Zweiten Republik, in einer durch die Erfahrungen mit Bürgerkrieg, Austrofaschismus und Nationalsozialismus stark entideologisierten Gesellschaft keinen Platz mehr. Für den Teil der Bevölkerung, der dennoch das Bedürfnis nach einer politischen Ideologie hatte, wirkten die Übergriffe der Roten Armee abschreckend. Ein wesentlicher Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern war in ähnlicher Weise, dass die Kommunisten dort vor allem mit einer politischen Philosophie gleichgesetzt wurden⁹⁵⁹ und nicht mit der drohenden Sowjetisierung oder Teilung des Landes.

So stark sich dieser Aspekt der österreichischen Nachkriegsgeschichte auch ausgewirkt hat, so wenig Wirkung oder Präsenz besitzt er heute. Vorderhand kann angenommen werden, dass er spätestens mit dem Ende des Kalten Krieges seine Funktion verloren hat. Aber bereits durch den Staatsvertrag und dem Ausmarsch der sowjetischen Truppen hatte sich die Bedrohungslage stark verändert. Dennoch lassen sich vereinzelt Langzeitwirkungen feststellen. Als 1996 die oben erwähnten Waffenlager in Österreich gefunden wurden, war der öffentliche Aufschrei erstaunlich leise und es schien eine Art Verständnis für geheimdienstliche, antisowjetische Aktivitäten in Österreich zu geben. Dieses Verständnis ging so weit, dass selbst eine Verletzung der heiligsten Kuh der österreichischen Politik und Identität, der österreichischen Neutralität, freundlich geduldet wurde.⁹⁶⁰

Das Thema Antikommunismus als Feind- oder Bedrohungsbild zu thematisieren, das eine starke funktionelle Komponente hat, kann leicht zum Vorwurf führen, dass eine reale

⁹⁵⁵ Vgl. Tichy: Friedrich Torberg, 249; wiederum ausführlich dazu Palm: Brecht und Österreich

⁹⁵⁶ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 202; Reinhold Wagnleitner: Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 52), Wien 1991, 77

⁹⁵⁷ Vgl. Ehmer: KPÖ, 327; Maren Seliger: KPÖ-Firmen und Osthandel 1945-1989. Rahmenbedingungen und einige Aspekte der Außenhandelspraxis, In: Gertrude Enderle-Burcel (Hg.), Zarte Bande. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs: Sonderband 9), Innsbruck Wien u.a. 2006, 107-129

⁹⁵⁸ Vgl. Bader: Österreich im Spannungsfeld, 48

⁹⁵⁹ Vgl. ebd., 43

⁹⁶⁰ Vgl. dazu Artikel, Kommentare und Leserbriefe in diversen Tageszeitungen im Februar 1996

Bedrohung unterschätzt wurde.⁹⁶¹ Diese Frage spielt in diesem Zusammenhang allerdings keine wirkliche Rolle. Es können alleine schon subjektiv empfundene Bedrohungen Auswirkungen nach sich ziehen und diese müssen nicht zwangsläufig den realen Bedrohungen entsprechen. Außerdem wird hier und auch in den folgenden Kapiteln deutlich, dass in diesem Bereich im starken Ausmaß funktionale Politik betrieben wurde, die inner-österreichisch und weniger international ausgerichtet war. Es soll hier keine Wertung stattfinden, sondern Antikommunismus als Teil der österreichischen Nachkriegspolitik und Mentalitätsgeschichte begriffen werden.

Die Bühne des Kalten Krieges ließ hier ein Feindbild entstehen, das diffuse alte Muster aufgriff, durch NS-Propaganda und Nachkriegspolitik weiterentwickelt wurde, durch den Ost-West-Konflikt seine Daseinsberechtigung fand und in den Vorurteilen gegenüber osteuropäischen EU-Beitrittsländern seine Langzeitfolgen in der Gegenwart zeigt.⁹⁶² Auch in vielen anderen westlichen Ländern wurde der Kommunismus und die entsprechende Bedrohung zur „großen Angst des 20. Jahrhunderts“⁹⁶³ und hatte so einen stark emotionalisierenden Bestandteil. In Österreich oder besser gesagt in der Zweiten Republik diente er zudem zur Stabilisierung, zur politischen Orientierung und zur Selbstfindung eines jungen Staates. Außerdem waren hier aufgrund der Besatzung besondere Umstände zu finden, sowie eine gewisse Funktionalisierung, die nicht immer in ausgewogener Relation zur tatsächlichen Bedrohungslage stand.

7.5 Fixierung von Sozialpartnerschaft und Großer Koalition

Im Grunde genommen war die Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 1948 bereits erreicht.⁹⁶⁴ Die folgenden Abkommen waren aus Sicht des Wirtschaftshistorikers Felix Butschek eher Teil einer expansiven Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt eine Möglichkeit zur Vermeidung von sozialen Konflikten. Speziell beim vierten Abkommen wäre ein derart konzertiertes Vorgehen nicht zwingend notwendig gewesen. „Man erhält vielmehr den Eindruck, dass diese Vorgangsweise den Sozialpartnern als angemessene Form der Lohnpolitik erschien, welche es ermöglichte, stets sozialpolitische und gesamtwirtschaftliche Interessen im Auge zu behalten.“⁹⁶⁵ Bestätigt wird das vom SP-Politiker und langjährigen Gewerkschafter Fritz Klenner in seiner Geschichte der österreichischen Gewerkschaften: „Was immer man gegen die Preis- und Lohnabkommen ins Treffen führen mag, fest steht, dass sie uns viele große Lohnkämpfe mit allen ihren wirtschaftlichen Nachteilen erspart haben und entscheidend dazu beitrugen, in kritischer Zeit Österreich den sozialen Frieden zu erhalten.“⁹⁶⁶

Welche Folgen ergeben sich nun daraus für die österreichische Politik und in Bezug auf die Oktoberstreiks? Im Herbst 1950 konnte dieser „soziale Friede“ nicht gewahrt werden, er wurde sogar empfindlich gestört. Die Streiks richteten sich nicht nur gegen die Wirtschaftspolitik, sondern auch gegen die Art und Weise, wie die Abkommen zustande gekommen waren. Das heißt, sie richteten sich gegen die Konsenspolitik von Regierung und

⁹⁶¹ Vgl. Hanisch: Antikommunismus, 39

⁹⁶² Vgl. Rathkolb: Paradoxe Republik, 34

⁹⁶³ Hanisch: Antikommunismus, 38

⁹⁶⁴ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 106; Selbiges wird auch von Fritz Klenner bestätigt. Vgl. Klenner: Gewerkschaften, 1444

⁹⁶⁵ Butschek: Österr. Wirtschaft, 108

⁹⁶⁶ Klenner: Gewerkschaften, 1520

Interessensorganisationen, die Arbeitskämpfe aus dem System verbannte.⁹⁶⁷ Es handelte sich allerdings nur um eine kurze Erschütterung. Die endgültige Niederlage der Kommunisten trug vielmehr dazu bei, die Klassenzusammenarbeit weiter zu vertiefen und die temporär einflussstarke KPÖ noch mehr zu isolieren. Der ehemalige SP-Innenminister Karl Schlögl schließt seine Diplomarbeit über den Oktoberstreik 1950 folgendermaßen: „Der soziale Friede in Österreich wurde durch die Ereignisse im September und Oktober 1950 auf viele Jahre hinaus gefestigt und gesichert.“⁹⁶⁸

In der Folgezeit bildeten sich zwei Besonderheiten der Zweiten Republik heraus, die das politische System Österreichs von den 1950er bis in die 1980er Jahre entscheidend mitprägten⁹⁶⁹: Die „Sozialpartnerschaft“ und die „Große Koalition“. Sie stehen in einem besonders engen Zusammenhang mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogenen Übergang von der Konfliktdemokratie der Ersten zur Konkordanzdemokratie der Zweiten Republik. Sie gelten als Symbol und Ausdruck des „sozialen Friedens“, der „Klassenzusammenarbeit“ und der wirtschaftlichen Stabilität. Speziell die Sozialpartnerschaft ist eng mit dem „Wiederaufbaumythos“ der Zweiten Republik verbunden, wird als Erfolgsmodell und als positiv beladenes Merkmal des österreichischen politischen Systems gesehen. Mit Blick auf folgende Kapitel kann sogar festgestellt werden, dass die Sozialpartnerschaft selbst zu einem der großen „Mythen“ der Zweiten Republik wurde.⁹⁷⁰

Die „Große Koalition“ in Österreich, das heißt, die sehr starke Neigung zu dieser Regierungsform bei Fehlen einer absoluten Mehrheit⁹⁷¹ und die damit verbundene Konkordanzdemokratie hat mehrere historische Wurzeln. Von Bedeutung war sicher das Angstbild der Ersten Republik und damit zusammenhängend ein Läuterungsprozess, der gerne mit dem Bild der „Lagerstraße“ verklärt wurde. Häufig außer Acht gelassen werden aber die politischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit und deren Einfluss auf die Entwicklung der Konsenssituation zwischen den beiden großen Lagern. Die Besetzung machte ein geeintes Auftreten notwendig, um die Interessen Österreichs durchsetzen zu können. Es entsteht der Eindruck, dass sich hier eine Art Pragmatismus des Wiederaufbaus entwickelte, der zur Zusammenarbeit im Interesse Österreichs führte und anfangs sogar die KPÖ erfasste. Später, vermutlich durch deren offen gelegte Schwäche in den Wahlen 1945, richtete sich dieses Bündnis gegen die KPÖ. Diese wurde allerdings, wie erwähnt, ohnehin mit der Besatzungsmacht Sowjetunion gleichgesetzt, befand sich also außerhalb des innerösterreichischen Konsenses.⁹⁷² Politisch entstand die Große Koalition im Jahr 1947 durch das Ausscheiden der KPÖ aus der Regierung – ideologisch war sie bereits zuvor gereift.

Als institutionelle Geburtsstunde der Sozialpartnerschaft gilt die Gründung der „Paritätischen Lohn-Preis-Kommission“ im Jahr 1953, ein Gremium, dem nicht nur die Interessensverbände, sondern auch Regierungsmitglieder angehörten. Die Ausformung erhielt das Modell der Sozialpartnerschaft im Wesentlichen Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre.⁹⁷³ Die Grundlagen wurden aber bereits kurz nach Kriegsende gelegt mit der Gründung des ÖGB als

⁹⁶⁷ Vgl. Lewis: Austria 1950, 534

⁹⁶⁸ Vgl. Schlögl: Oktoberstreik 1950, 129

⁹⁶⁹ Vgl. Emmerich Tálos: Sozialpartnerschaft. Kooperation - Konzertierung - politische Regulierung, In: Herbert Dachs and Emmerich Tálos (Hg.), Die Zweite Republik. Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 3. erw. u. völlig Neubearb. Auflage 1997, 432-451, hier 426

⁹⁷⁰ Vgl. Karin Liebhart/Andreas Pribersky: Die Mythisierung des Neubeginns: Staatsvertrag und Neutralität, In: Emil Brix (Hg.), Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004, 392-417

⁹⁷¹ Vgl. Pelinka/Rosenberger: Österreichische Politik, 72

⁹⁷² Vgl. Mugrauer: KPÖ 1945 - 1955/56, 47

⁹⁷³ Vgl. Tálos: Sozialpartnerschaft, 426

Einheitsgewerkschaft und der Gründung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Diese Vertretungen gelten als die Trägerorganisationen der Sozialpartnerschaft. Die Interessensabstimmung der Verbände und Gewerkschaften im Zuge der Lohn-Preis-Abkommen war eine Art Vorstufe zum späteren Modell und trug schon wesentliche Komponenten in sich, wie die über mehrere Kanäle laufende Kooperation zwischen den Interessensvertretungen und der Regierung sowie die Ausrichtung auf gesamtwirtschaftliche Ziele durch alle Akteure.⁹⁷⁴ Anders formuliert sind laut Sandgruber die letzten beiden Lohn-Preis-Abkommen zwar ein Fehlschlag bei der Bekämpfung der Inflation, aber dafür bedeuteten sie „einen wichtigen Schritt zur Integration der Interessenvertretung der Arbeitnehmer in den Prozess der wirtschaftspolitischen Willensbildung und zur Ausbildung des Klimas und der Institution der Sozialpartnerschaft.“⁹⁷⁵

Fritz Weber sieht die Sozialpartnerschaft als eine Art Kompromiss: „Die Gewerkschaften verzichten auf eine Umverteilung des Volkseinkommens sowie auf eine Änderung der ökonomischen Grundstruktur der Gesellschaft. Die Gegenseite stellt die Existenz des verstaatlichten Wirtschaftssektors, wie er 1946/47 entstanden ist, nicht in Frage.“⁹⁷⁶ Die Arbeiterschaft und ihre Interessensvertretung waren so voll in das politische System integriert. Es veränderte sich das Selbstverständnis der Arbeitnehmervertretungen. „Die Marktwirtschaft wurde nicht mehr als System verstanden, an welches man im allgemeinen nur gewisse verteilungspolitische Vorstellungen herantrug [...] sondern als solches, das sich prinzipiell als formbar erwies und an dessen Gestaltung man im hohen Maße interessiert war.“⁹⁷⁷ Es war der damalige ÖGB-Präsident Johann Böhm, der das Bild prägte vom „gemeinsamen Ast“, auf dem Arbeitnehmer und Unternehmer trotz aller Differenzen sitzen.⁹⁷⁸

Es kommen mehrere Faktoren zusammen, die speziell die Gewerkschaften auf eine Linie der Klassenzusammenarbeit einschwenken ließen, welche positiv besetzt unter dem Schlagwort „sozialer Friede“ lief. Es war zunächst auch hier das Schreckgespenst der Ersten Republik, deren Entwicklung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Bereitschaft brachte, stark erhöhte Opfer zu bringen.⁹⁷⁹ Diese Opferbereitschaft ging auch nahtlos in den Willen zur Wiederaufbauarbeit über. Die Grenzen dieser Bereitwilligkeit wurden unter anderem bei den Oktoberstreiks ausgesteckt, als sich neben der Arbeiterschaft auch ein Teil der sozialistischen Funktionäre gegen das Abkommen aussprach.

Um noch einmal den Bezug zu den Oktoberstreiks herzustellen: Wesentliche Grundlagen für die Entwicklung der Sozialpartnerschaft waren die Monopolstellung des ÖGB und die Dominanz der SPÖ in diesem System. Der angekündigte Versuch der KPÖ und in deren Windschatten auch des VdU diese Vormachtstellung zu brechen, kann als Gefährdung des Modells gesehen werden. In dieser Hinsicht sind die Oktoberstreiks in der Geschichte Österreichs der Gipfel und das Ende eines Widerstands gegen sozialpartnerschaftliche Politik.⁹⁸⁰ Der Protest gegen das 4. LPA wurde zwar von der KPÖ getragen und gefördert, der

⁹⁷⁴ Vgl. Pelinka/Rosenberger: Österreichische Politik, 67; Tólos: Sozialpartnerschaft, 426

⁹⁷⁵ Vgl. Sandgruber/Wolfram: Ökonomie und Politik, 465

⁹⁷⁶ Weber: Wirtschaftspolitik, 146; Bei Hanisch als der „historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit“ bezeichnet. Vgl. Ernst Hanisch: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. 1890 - 1990 (Österreichische Geschichte in 10 Bänden, Bd. 10), Wien 1994, 410

⁹⁷⁷ Vgl. Butschek: Österr. Wirtschaft, 114

⁹⁷⁸ Emmerich Tólos: Sozialpolitik und Arbeiterschaft 1945 bis 1950, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 25-40, hier 36

⁹⁷⁹ Vgl. Mulley: ÖGB und Oktoberstreik, 44; Prader: Angst der Gewerkschaften, 38

⁹⁸⁰ Vgl. Tólos: Sozialpartnerschaft, 426

Unmut gegen die dahinterstehende Wirtschaftspolitik war aber trotzdem grundsätzlich vorhanden. Als „wilde Streiks“ waren sie auch ein sehr deutliches Misstrauensvotum gegen die hier durchgeführte Art der Gewerkschaftspolitik. Es stellt sich die Frage, inwiefern der politische Charakter der Streiks der Regierung und den anderen Machern des Lohn-Preis-Abkommens die Möglichkeit bot, den wirtschaftlichen und sozialen Konflikt zu überdecken. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Politik der Regierung wurde mit der Putsch-These genauso vom Tisch gefegt, sozusagen durch Antikommunismus „ventiliert“.

Ein anderer Aspekt und interessant zu verfolgen wäre, inwiefern die Volksfrontpolitik der KPÖ, die ja auch zur Gründung des ÖGB als Einheitsgewerkschaft mit beitrug, zu Beginn der Zweiten Republik dazu geführt hat, dass ein derart konsensorientiertes Modell geschaffen wurde. Einheitsorganisationen dieser Art waren für den von ihnen anvisierten politischen Übergang zur Volksdemokratie notwendig und eine Obstruktion vonseiten der Kommunisten hätte auch die Sowjetunion auf den Plan gerufen. Die KPÖ hätte somit in zweifacher Weise zunächst durch eine konsens-, dann durch eine konfliktorientierte Politik zur Entwicklung der Sozialpartnerschaft beigetragen.

Eine Folgewirkung der Sozialpartnerschaft, in gewissem Ausmaß möglicherweise auch der Streiks, war eine Entpolitisierung der Arbeiterschaft und eine minimalistische Streikrate. Die gewerkschaftlichen Ziele wurden nun anders durchgesetzt und erfolgten zentralisiert in Form von Spitzenverhandlungen ohne Beteiligung der Arbeiterschaft.⁹⁸¹ „Dies führte zum Verlust traditioneller Klassenerfahrungen der Arbeiter und erhöhte die Entpolitisierung und die soziale Apathie der Arbeiterschaft.“⁹⁸² Streiks wurden in Österreich zur Seltenheit. Ein deutlicher Rückgang setzt 1957 nach der Installierung der Paritätischen Kommission ein. Nach einer neuerlichen Kulmination in den 60er Jahren sank die Streikrate wieder.⁹⁸³ Die Streikstatistik hat in Österreich schlussendlich „primär die Funktion einer Erfolgsbilanz gewerkschaftlichen Handelns.“⁹⁸⁴ Der „soziale Friede“ blieb gewahrt.

⁹⁸¹ Vgl. Schlögl: Oktoberstreik 1950, 128

⁹⁸² Vgl. ebd., 128

⁹⁸³ Vgl. Ferdinand Karlhofer: "Wilde" Streiks in Österreich. Entstehungs- und Verlaufsbedingungen industrieller Konflikte in den siebziger Jahren (Materialien zur historischen Sozialwissenschaft 3), Wien u.a. 1983, 38f.

⁹⁸⁴ Vgl. ebd., 52

8. Rezeption – Die Oktoberstreiks als Erinnerungsort und Teil von Geschichtspolitik

8.1 Die „Putschmetapher“

Oliver Rathkolb verwendet im Zusammenhang mit den Oktoberstreiks den Begriff der „Putsch-Metapher“.⁹⁸⁵ Damit gemeint ist die Instrumentalisierung der Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme oder einer Teilung Österreichs während der Besatzungszeit. Solche Befürchtungen wurden von der österreichischen Regierung und durch die US-Besatzungsmacht selbst für sehr konkrete politische Ziele verwendet. Sie erhielten dabei Funktionen zugeteilt und widersprachen zum Teil deutlich den eigenen tatsächlichen realpolitischen Einschätzungen. „Das heißt, dass zwar nach der Lage der Fakten kein Putsch drohte, dass aber die Putsch-Metapher bewusst in der Öffentlichkeit zur Durchsetzung kurz- bzw. langfristiger Ziele im Kalten Krieg eingesetzt wurde.“⁹⁸⁶

Im vorangegangenen Kapitel über die Remilitarisierung Österreichs kam dieser Aspekt bereits zu Tage. Die diversen Bedrohungsszenarien konnten verwendet werden, um militärische und wirtschaftliche Mittel zu lukrieren – im Falle Österreichs von den westlichen Besatzungsmächten und im Falle der USA im eigenen Land. Dieser funktionale Aspekt spielt sich zeitlich größtenteils während der Besatzungszeit ab und ist daher nur bedingt als geschichts-, sondern vielmehr als aktuell-politische Strategie zu sehen. Diese Strategie ist auch keine singuläre Erscheinung der Oktoberstreiks oder Österreichs. Vielmehr taucht sie während des Kalten Krieges immer wieder auf, um Argumentationen zu unterstützen und Positionen durchzusetzen.⁹⁸⁷ Die Rezeption der Ereignisse wurde trotzdem nachhaltig dadurch beeinflusst.

Die Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme bestand bereits seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen. Noch im Jahr 1945 warnte Schärf, dass die Kommunisten unter Ernst Fischer einen Putsch vor Ankunft der westalliierten Truppen in Wien durchführen könnten.⁹⁸⁸ Ähnliche Befürchtungen bedingten auch die zeitweilige Ablehnung der Renner-Regierung besonders durch die britische Besatzungsmacht.⁹⁸⁹ Im Jahr 1947 wirkten die Hungerdemonstrationen äußerst besorgniserregend. Die Taktik, die Unterstützung der Kommunisten in der Arbeiterschaft durch den Hinweis auf einen „Putsch“ zu brechen, wurde bereits damals eingesetzt.⁹⁹⁰ Einen Höhepunkt in der potentiellen Bedrohungslage für Österreich stellten 1948 die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei und die Berlin-Krise dar. Seit den Ereignissen in Prag bestand bei allen größeren Demonstrationen mit kommunistischer Beteiligung eine erhöhte Nervosität und auch im Westen wurde Österreich als ein gefährdetes Land für die nächste sowjetische Machtübernahme gesehen.⁹⁹¹ Zu diesem Zeitpunkt waren es die Sozialisten in Österreich, die nicht mehr warnten, sondern versuchten, zu beschwichtigen und vor allem darzulegen, dass ein Umsturz wie in der Tschechoslowakei, das heißt mit Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, nicht möglich sei. Unter den westlichen Geheimdiensten war im Frühjahr 1948 trotzdem eine Vielzahl von Putsch-

⁹⁸⁵ Vgl. Rathkolb: Putschmetapher

⁹⁸⁶ Ebd., 113

⁹⁸⁷ Vgl. ebd., 113

⁹⁸⁸ Vgl. Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik, John Magruder (OSS): Memorandum for the President, 7.7.1945, S. 111, Der Verfasser des Berichts gibt im Übrigen an, Schärf's Befürchtungen nicht zu teilen.

⁹⁸⁹ Vgl. Rathkolb: Putschmetapher, 114f.

⁹⁹⁰ Vgl. S. 44 dieser Arbeit.

⁹⁹¹ Vgl. Bischof: Prag, 333

gerüchten im Umlauf.⁹⁹² Den Franzosen fiel sogar ein schriftlich ausgearbeiteter Putschplan der KPÖ in die Hände.⁹⁹³

1949 ist es wiederum Schärf, der vor der kommunistischen Gefahr warnt, „denn beim gegenwärtigen Zustand der Bewaffnung der österreichischen Polizei können 2000 Mann mit Hilfe der Russen einen Staatsstreich in der Ostzone unternehmen, ohne dass die Besatzungsmacht etwas riskiert und ohne dass die Putschisten ein Risiko für den Fall des Misserfolges laufen – sie würden dann schon von den Russen, sei es im Ausland, sei es im Inland, geschützt werden.“⁹⁹⁴ Die Argumentation läuft hier allerdings darauf hinaus, dass auf einen baldigen Staatsvertrag hinzuwirken ist – auch unter den für Österreich ungünstigen Bedingungen die 1949 im Raum standen. Die Bedrohung durch den Kommunismus, die für Schärf durch die sowjetische Besatzungsmacht repräsentiert wird, wäre demnach durch die Unabhängigkeit Österreichs gebannt. „Nach dem Abzug der Russen bricht der Kommunismus zusammen, der heute seine Stützpunkte vor allem in den von den Russen besetzten Betrieben hat, die an uns übergeben werden sollen.“⁹⁹⁵ Dieser Einsatz der „Putsch-Metapher“ wird aber auch kritisch hinterfragt. Der Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung Oskar Pollak hielt es für ein „zweischneidiges Argument“, das auch von den Gegnern eines Staatsvertrages in Beschlag genommen werden kann und fragte sich, ob „daher das ganze Argument am besten nicht verwendet würde.“⁹⁹⁶

Es wird also deutlich, dass das Putsch-Argument für vielfache Zwecke einsetzbar war, und in dieser Form auch gegen die Interessen Österreichs, das heißt einen Staatsvertrag, angewendet werden konnte. Außenminister Gruber stellte ebenfalls während der Verhandlungen über den Vertrag 1949 den Vorwurf in den Raum, „daß bestimmte Militärs ihre Stellung hartnäckig verteidigten und daß die militärischen Nachrichtendienste ‚das phantastischste Material‘ sammelten, um Österreichs Situation nach Ende der Besetzung so schwarz als möglich zu malen.“⁹⁹⁷ Genauso interessant ist es zu sehen, dass die Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme nicht nur von österreichischer Seite, sondern auch im Ausland instrumentalisiert wurde. So argumentierte der italienische Außenminister für einen Verbleib Südtirols bei Italien damit, dass Österreich ohnedies kommunistisch werde.⁹⁹⁸ Ein ähnlich einsetzbares Schreckgespenst, das beizeiten durch österreichische Politiker bemüht wurde, waren wiederaufflammende großdeutsche Tendenzen in der Bevölkerung, die ebenfalls bei Nichtzustandekommen eines Staatsvertrages drohten.⁹⁹⁹

Während der Oktoberstreiks war die „Putsch-Metapher“ in einer Abwandlung dazu im Einsatz, den Protest der Arbeiterschaft gegen das Lohn-Preis-Abkommen zu kontern. Die Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme, oder diese sogar zu begünstigen, waren das beste Mittel, um die KPÖ zu isolieren und gleichzeitig die wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchzusetzen. Es handelte sich also um ein vielfältig einsetzbares politisches Argument, das die emotionalen Bedingungen einer Bedrohungssituation instrumentalisiert. Es ist in gewisser Weise mit der Durchsetzung umstrittener sicherheitspolitischer Gesetze mittels

⁹⁹² Vgl. ebd., 334f.

⁹⁹³ Vgl. ebd., 336f.; Die Echtheit ist umstritten. Vgl. Rathkolb: Washington ruft Wien, 20

⁹⁹⁴ Reinhold Wagnleitner (Hg.): Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlass Walter Wodaks 1945 - 1950 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 3), Salzburg 1980, 897/Beilage 1, Adolf Schärf an Léon Blum, 30. Dezember 1949, 860-863, hier 863

⁹⁹⁵ Ebd.

⁹⁹⁶ Zit. nach Rathkolb: Putschmetapher, 118

⁹⁹⁷ Zit. nach Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 170

⁹⁹⁸ Vgl. Wagnleitner: Großbritannien und die Wiedererrichtung, 276

⁹⁹⁹ Vgl. Stourzh: Um Einheit und Freiheit, 170

des „Kampfes gegen den Terror“ zu Beginn unseres Jahrhunderts vergleichbar. In beiden Fällen werden in einem politischen Prozess die Ängste der Bevölkerung zur Durchsetzung miteinbezogen.

Auch hier kann sich der Vorwurf bilden, dass der Hinweis auf die „Funktionalität“ des Putsch-Begriffes, die bedrohliche Situation gegen Ende der 40er Jahre „verniedlicht“¹⁰⁰⁰. Dem ist wiederum zu entgegnen, dass sich eine potentiell vorhandene Bedrohungslage und deren funktioneller Einsatz auch in Form von Überspitzung nicht gegenseitig ausschließen. Die österreichischen Politiker zeigten sich während dieser Tage im Ministerrat äußerst klarsichtig und besonnen. Es ist aus heutiger Sicht beinahe erstaunlich, zu sehen, wie richtig sie die damalige Situation einschätzten.¹⁰⁰¹ In der Öffentlichkeit treten dieselben Personen jedoch auf eine überzeichnende und beinahe theatralische Weise auf. Dieser Widerspruch weist am deutlichsten auf die Funktionalität des Bedrohungsbildes „Putsch“ und dessen Einsatz als „Metapher“ hin.

Nach den Streiks blieb sie weiterhin in Verwendung. Im Februar 1951 war es wiederum Vizekanzler Schärff, der eine bedrohliche Situation gekommen sah. Anlässlich eines kommunistischen Jugendkongresses warnte er den amerikanischen Hochkommissar im Februar 1951 vor neuerlichen Unruhen, bedingt durch Arbeitslosigkeit und hohe Lebenshaltungskosten. Um hier entgegentreten zu können, forderte er die USA zur Freigabe blockierter Counterpart-Mittel zur Bekämpfung dieser Probleme auf.¹⁰⁰² Durch die Ungarn-Krise 1956 konnte die US-Militärhilfe für Österreich ebenfalls weiter gesteigert werden.¹⁰⁰³

8.2 Der „Putsch“ als Erinnerungsort

Die Oktoberstreiks 1950 oder ihre „Putsch“-Deutung als Erinnerungsort zu untersuchen, bedeutet nicht, die Entwicklung einer falschen oder richtigen Geschichtsinterpretation zu verfolgen, oder rein ihre historiographische oder öffentliche Rezeption wiederzugeben. Es geht darum, ihre Wirkung als „Symbol“ in der österreichischen Geschichte zu erfassen. Gefragt wird warum, wer in welcher Situation auf das historische Ereignis mit einem bestimmten Bedeutungsinhalt zurückgreift oder es mit einem solchen überhaupt erst befüllt. Dabei wirken sich die veränderten politischen und gesellschaftlichen Umstände auf die Erscheinungsform des Erinnerungsortes aus und darauf, welche Funktionen ihm zugewiesen werden. Er ist Teil einer mehr oder weniger heftig und häufig auftretenden geschichtspolitischen Auseinandersetzung.

Die Beschreibung des „Putsches“ als Erinnerungsort streicht auch seine besondere Charakteristik als ein prägnanter Zeitpunkt in der österreichischen Geschichte hervor, an dem Weichen für die folgende Zeit gestellt wurden. Eine weit verbreitete Interpretation der Ereignisse ist jene des historischen Entscheidungsmoments für das Schicksal Österreichs.¹⁰⁰⁴ Als Symbol stehen die Oktoberstreiks außerdem für die „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ und für die historische Epoche in der diese im Wesentlichen stattgefunden hat. Es sei vorweg erwähnt, dass dieser Erinnerungsort keine allzu breite Öffentlichkeit

¹⁰⁰⁰ Bischof: Austria looks to the West, 185

¹⁰⁰¹ Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 220, 3. Oktober 1950 und AdR, BKA, MRP, Sitzung 220a, 5. Oktober 1950

¹⁰⁰² Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 196

¹⁰⁰³ Vgl. Rathkolb: Putschmetapher, 121

¹⁰⁰⁴ Vgl. Werner Pleschberger: Vom Einstieg in die ungefragte Stabilität Österreichs. Aspekte des politischen Systems Österreichs in den fünfziger Jahren, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 11-24, hier 12

erreicht hat. Er ist insofern deutlich Teil von Geschichtspolitik, dass er vor allem funktional zu bestimmten Anlässen eingesetzt wurde. Zunächst soll kurz die Entwicklung skizziert werden, die die Streiks in der öffentlichen Wahrnehmung durchlaufen haben, um dann in den weiteren Kapiteln auf einzelne Aspekte derselben einzugehen.

Auffallend ist zuallererst, dass die Oktoberstreiks in der österreichischen Erinnerung einen weit stärkeren Platz bekamen, als die anderen Demonstrationen und Unruhen, die sich in der Nachkriegszeit mit kommunistischer Beteiligung abgespielt haben. Während der Hungerdemonstrationen im Jahr 1947 drangen Demonstranten sogar ins Bundeskanzleramt ein.¹⁰⁰⁵ Trotzdem wurden sie in der Folgezeit nicht als ein dermaßen großer Bedrohungsmoment wahrgenommen, wie die Oktoberstreiks. Die Kundgebung am Rathausplatz während der Proteste gegen das dritte Lohn-Preis-Abkommen 1949 umfasste nach der niedrigsten Schätzung 25.000 Teilnehmer.¹⁰⁰⁶ Eine Zahl, die im Herbst 1950 nirgends erreicht wurde. Beide Ereignisse sind nicht nur in der öffentlichen Erinnerung sondern auch in der Historiographie marginalisiert. Ein Hinweis darauf, dass die Rezeption in den beiden Bereichen verknüpft ist.¹⁰⁰⁷

Den theoretischen Vorgaben folgend, erfolgt das Hervorbringen eines Geschichtsbildes über öffentliche Konstruktion. Diese wiederum verläuft über gesellschaftliche Rituale und Diskurse.¹⁰⁰⁸ Es werden daher die Medienberichterstattung und die öffentlichen Äußerungen zum Thema in den Blick genommen, wobei sich vor allem Jahrestage als Anhaltspunkte anbieten. Die grundsätzliche Schwierigkeit besteht darin, dass ein homogenes Geschichtsbild innerhalb einer Gesellschaft nicht existiert. Es ist ständigen Veränderungen unterworfen und unterscheidet sich bei Gruppen aber auch bei Individuen. Verfolgt werden deshalb „sich im Zeitverlauf verändernde, dominierende Deutungsachsen und Interpretationsmuster.“¹⁰⁰⁹

Es sind fürs erste zwei Dinge interessant: Unter welchen Umständen werden die Oktoberstreiks rezipiert und in welcher Auslegung? Die dominanten Bilder über die Streiks, die sich langfristig in der Öffentlichkeit und in den Medien hielten, sind zum einen die Deutung der Ereignisse als „Putsch“ sowie der kausale Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Olahs Bau- und Holzgewerkschaftern und dem Ende der Streiks. Die Thematisierung der Oktoberstreiks in Medien oder durch Politiker erfolgte in der Frühzeit anlassbezogen und gerade in den letzten drei Jahrzehnten häufig an Jahrestagen. Besonders stark ist die Verknüpfung mit der Person Franz Olahs. Die Berichterstattung zu den Höhen und Tiefen seiner Karriere schloss eine Erwähnung und Rezipierung der Oktoberstreiks häufig mit ein.

Die wesentlichen Grundlagen der Interpretation der Ereignisse als „Putsch“ wurden in der Nationalratssitzung vom 12. Oktober 1950 gelegt.¹⁰¹⁰ Der Begriff selbst war nur vereinzelt im Einsatz, seine Durchschlagskraft und Griffigkeit dürfte aber letztendlich zu seiner anhaltenden Verwendung geführt haben. Die „Putschthese“ hatte nach den Ereignissen zunächst die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Funktionen und Folgen. Mit dem Abzug der Besatzungsmächte im Jahr 1955 verlor die KPÖ ihre Schutzmacht und gleichzeitig einen großen Teil ihrer politischen Bedeutung. Nur in den Betriebsräten hatte sie noch gewissen

¹⁰⁰⁵ Vgl. Müller: Sowjetische Besatzung, 190

¹⁰⁰⁶ Diese stammt von der SPÖ-nahen Arbeiterzeitung. Die Volksstimme gab 170.000 Personen an. Vgl. Gruber: Massenstreik, 108, Fn. 283

¹⁰⁰⁷ Bei „Österreich II“ ist eine abstufige Metapher in Verwendung. Auf das „Wetterleuchten“ 1949 folgt das „Gewitter“ 1950. Vgl. Portisch/Riff: Österreich II, 364 u. 400

¹⁰⁰⁸ Vgl. Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 7

¹⁰⁰⁹ Wolfrum: Geschichtspolitik, 26

¹⁰¹⁰ Sten. Prot. NR, 12.10.1950

Einfluss, der nach und nach abgetragen wurde. Die Putschthese und der Verweis auf die Gefahr, in der sich Österreich 1950 befand, konnte hierfür angewendet werden.

Im Jahr 1961 stellte der Putsch nach wie vor einen Bezugsrahmen dar. Zum Auftakt der „Habsburgkrise“ um das Einreiseverbot Otto Habsburgs nahm Parteichef und Vizekanzler Bruno Pittermann im Schlusswort des Parteitages der SPÖ folgendermaßen Stellung:

„Uns ist in dieser politischen Situation in Österreich eine große Verantwortung aufgelastet. Halten wir alle zusammen, nehmen wir alle Kraft, die wir besitzen, in Anspruch, um dieser seit dem kommunistischen Putsch des Jahres 1950 ernstesten Bedrohung der Demokratie in Österreich gewachsen zu sein!“¹⁰¹¹

Der Putsch generiert hier das Bild einer Gefährdung der Demokratie mit der Otto Habsburg im Grunde gleichgesetzt wird. Das „Putsch-Modell“ fungiert als Referenz, um das Ausmaß dieser Bedrohung zu verstärken und scheint daher SPÖ-intern recht präsent zu sein.

Auch nach dem Abzug der Besatzungsmächte war die kommunistische Gefahr ein innenpolitisch einsetzbares Thema. In den Nationalratswahlkämpfen des folgenden Jahrzehnts verwendete die ÖVP immer wieder antikommunistische Sujets, in denen die Bedrohung einer Volksfront zwischen SPÖ und KPÖ mehr als nur angedeutet war.¹⁰¹² Vor den Nationalratswahlen 1966 wurde eine absolute Mehrheit der ÖVP vorausgesehen, weshalb die KPÖ eine Wahlempfehlung für die SPÖ abgab. Die Kommunisten selber traten nur im Wahlkreis Wien-Nordost an.¹⁰¹³ Sie erhofften sich dadurch, im politischen System wieder an Einfluss zu gewinnen, indem sie der SPÖ zu einer relativen Mehrheit verhalfen.¹⁰¹⁴ Die Folge war allerdings ein intensiver ÖVP-Wahlkampf, in dem wiederum mit Volksfrontvorwürfen erfolgreich Stimmen gemacht wurden. Der Wahlkampf mit dem Slogan „Die rote Volksfront droht!“ mobilisierte nicht nur gegen die SPÖ sondern zog auch Wähler aus dem Lager der FPÖ ab, die eine angebliche sozialistisch-kommunistische Herrschaft verhindern wollten.¹⁰¹⁵ Das Ergebnis dieser Wahl brachte der ÖVP die absolute Mehrheit und bedeutete das vorläufige Ende der Großen Koalition. Problematisch war für die SPÖ gewesen, dass die Wahlempfehlung stillschweigend angenommen wurde. Der Verweis auf die Oktoberstreiks und auf sich selbst als antikommunistische Kraft blieb aus.

Dieser erfolgte verspätet im Jahre 1969 und unter dem Eindruck des „Prager Frühlings“ im August 1968. Auf Initiative des neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky gab der Bundesparteivorstand die „Eisenstädter Erklärung“ ab. Mit Hinweis auf ihre bisherigen Leistungen im Kampf um die Demokratie, darunter auch auf den Oktober 1950, „einer Stunde

¹⁰¹¹ Zentralsekretariat Sozialistische Partei Österreichs: Protokoll des 15. ordentlichen Bundesparteitages, 7. Bis 9. Juni 1961, Wien Sofiensaal, Wien 1961, Schlusswort Vizekanzler Pittermann 112 – 115, hier 115

¹⁰¹² So etwa in den Wahlkämpfen 1956 und 1962. Vgl. Norbert Hölzl: Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 71-73 u. 103f.

¹⁰¹³ Vgl. Anton Pelinka: Wahlkampf 1966, In: Peter Gerlich, Georg Ress, and Rodney Stiefbold (Hg.), Nationalratswahl 1966 (Österreichisches Wahlhandbuch Bd. 4, Teil D), Wien 1968, 3-6, hier 4; KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 451

¹⁰¹⁴ Vgl. Pelinka: Wahlkampf 1966, 4; KPÖ: Kommunistische Partei Österreichs, 450f.

¹⁰¹⁵ Vgl. Pelinka: Wahlkampf 1966 5; Von der ÖVP wurde nach der Wahl eine ausführliche Dokumentation zur „Volksfront“ herausgegeben. Vgl. Willi Sauberer: Die rote Volksfront. Eine Dokumentation anlässlich der Nationalratswahl vom 6. März 1966, Wien 1966; Die Oktoberstreiks finden darin nur kurze Erwähnung: „Der kommunistische Putschversuch im Oktober 1950 markierte den Zeitpunkt der weitesten Entfernung zwischen SPÖ und KPÖ.“ 51

höchster Gefahr für die Einheit der Republik“¹⁰¹⁶, wurde eine deutliche Trennlinie zur KPÖ gezogen und damit auf die Volksfrontkampagnen der ÖVP nachhaltig reagiert.¹⁰¹⁷

Die Hauptfigur der Oktoberstreiks war während des Nationalratswahlkampfes 1966 auch nicht mehr Mitglied der SPÖ gewesen. Franz Olah hatte bis zu Beginn der 60er Jahre eine steile Karriere als ÖGB-Präsident und Innenminister durchlaufen, wobei es bereits zu innerparteilichen Konflikten gekommen war. Der Skandal folgte 1964, als Olah vorgeworfen wurde, Gewerkschaftsgelder veruntreut zu haben. Unter anderem hatte die damals finanzschwache FPÖ im Herbst 1962 eine Million Schilling erhalten.¹⁰¹⁸ Der folgende Prozess drehte sich auch um das „Sonderprojekt“ und jene Gewerkschaftsgelder, die zur Finanzierung eines neuen unabhängigen Printmediums, der „Kronen-Zeitung“, verwendet wurden.¹⁰¹⁹ 1965 wurde Olah aus der SPÖ ausgeschlossen und war in mehrere Gerichtsverfahren verwickelt. In Wien kam es wegen des Ausschlusses zu Streiks und Aufmärschen. Am 18. September 1964 standen die Straßenbahnen still und es gab Stromabschaltungen.¹⁰²⁰

1965 gründete Olah die „Demokratische Fortschrittliche Partei“ und nahm mit ihr ebenfalls an den Nationalratswahlen 1966 teil, wo sie 3,28 Prozent der Stimmen erreichte. Sie trug durch Wählerabzug von der SPÖ vermutlich ebenfalls zum Wahlsieg der ÖVP bei. Die DFP trat in den folgenden Jahren bei den Landtagswahlen in Oberösterreich, im Burgenland und in Wien an. Der Wiener Wahlkampf wurde unter dem Slogan geführt: „1950 Olah für Wien - 1969 Wien für Olah“¹⁰²¹. Auch im Prozess, in dem er 1969 zu einem Jahr Haft verurteilt wurde, war seine Rolle 1950 aufgrund des „Sonderprojekts“ Thema. Seine damaligen „Verdienste“ wurden mehrfach betont und strafmildernd berücksichtigt.¹⁰²²

Auch späterhin tritt zum Thema Oktoberstreiks der Zeitzeuge Franz Olah sehr häufig auf. 1985 fand an der Universität Wien eine Diskussionsveranstaltung statt, wo neben Franz Olah auch Karl Gruber anwesend war. Studenten des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) versuchten die Veranstaltung durch Zwischenrufe zu stören, was zu einer emotionsgeladenen Debatte führte.¹⁰²³ Eine weitere Diskussion wurde 1988 in der Kronen-Zeitung geführt zwischen dem bekannten Bildhauer Alfred Hrdlicka und dem Herausgeber Hans Dichand. Hrdlicka hatte sich in einem Leserbrief über die Darstellung der Oktoberstreiks als Putsch anlässlich einer Diskussion über die Benennung eines Wiener Platzes nach Johann Koplénig beschwert. Dichand entgegnete ihm folgendermaßen:

„Sie fragen mich, sehr geehrter Herr Professor, welche Historikerkommission zu dem Schluß gekommen sei, daß die KPÖ 1950 einen Putschversuch unternommen hat. Dazu benötigen wir keine Historikerkommission, da gibt es Tausende österreichische Arbeiter als Augenzeugen und Kämpfer gegen diesen Aufstand. Wenn Sie wollen, können Sie

¹⁰¹⁶ Sozialistische Partei Österreichs: Die Eisenstädter Erklärung der SPÖ gegen Diktatur und Unfreiheit, für die soziale Demokratie, Wien 1969

¹⁰¹⁷ „Die Sozialistische Partei wünscht bei allem Bemühen um das Vertrauen einer möglichst großen Zahl von Österreichern und Österreicherinnen nur die Unterstützung jener, die sich auch zu ihren Zielen der sozialen Gerechtigkeit und der uneingeschränkten Freiheit, bekennen. Sie lehnt daher jegliche Unterstützung oder Empfehlung durch die Kommunisten mit aller Entschiedenheit ab.“ Siehe Ebd.

¹⁰¹⁸ Vgl. Manfred Lechner: „... Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.“ Der „Fall Olah“ - Ein Megaskandal der Zweiten Republik?, In: Michael Gehler and Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, Wien u.a. 1995, 419-436, hier 425

¹⁰¹⁹ Vgl. Konrad/Lechner: Millionenverwechslung

¹⁰²⁰ Vgl. Wilhelm Svoboda: Franz Olah. Eine Spurensicherung, Wien 1990, 99

¹⁰²¹ Vgl. Michael N. Konvicka: Die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). Ein Beitrag zur Zeitgeschichte der 60er- und 70er-Jahre, Dipl.-Arb., Univ. Wien, 1992, 90

¹⁰²² Vgl. Lechner: Sozialpolitik und Arbeiterschaft, 77 u. 89; Konrad/Lechner: Millionenverwechslung, 51

¹⁰²³ *Die Presse*, 19./20.01.1985, S. 4, „Putschversuch von 1950 erregt immer noch Gemüter“,

auch mit Holaubek und Olah darüber sprechen und die Dokumente einsehen, die bei Polizei und ÖGB liegen.“¹⁰²⁴

Sehr prägend für das Geschichtsbild der österreichischen Öffentlichkeit war die Fernsehserie „Österreich II“ des Journalisten Hugo Portisch.¹⁰²⁵ Die durchschnittliche Reichweite einer Sendung betrug 140.000 Zuseher.¹⁰²⁶ Im Jahr 1985 wurde die Folge „Gewitter“ ausgestrahlt, die sich mit den Streiks des Jahres 1950 auseinandersetzte. Die Darstellung folgt weitestgehend dem damaligen wissenschaftlichen Stand und ein Putsch wird nicht automatisch impliziert. Der Schwerpunkt lag auf Zeitzeugenberichten. Stark ausgeprägt ist der für eine Fernsehdokumentation typische narrative Charakter, der dramaturgisch auf die Freiheitsdemonstrationen und die Einigkeit Österreichs hinarbeitet. Für die Visualisierung der Ereignisse in der breiten Öffentlichkeit hatte die Fernsehserie vermutlich große Bedeutung. Die Verwendung von authentischem Filmmaterial schafft für den Zuseher eine „Vergegenwärtigung des Vergangenen“ und wirkt sich auf die Erinnerung des Ereignisses aus, wobei aber meist auf ausreichende Kommentierung der Bilder verzichtet wird.¹⁰²⁷ In „Österreich II“ sind es die Kämpfe zwischen mit Latten bewaffneten Demonstranten und den Polizeikräften am Ballhausplatz, die den stärksten visuellen Eindruck über die Ereignisse hinterlassen.

Seit etwa den 90er Jahren begann sich in den Medien langsam ein ausgewogeneres Bild der Ereignisse durchzusetzen und es wurde meist auf die Umstrittenheit der Auslegung der Ereignisse und auf die negativen Forschungsergebnisse von Historikern bezüglich eines „Putsches“ hingewiesen.¹⁰²⁸ Es waren bereits Standardwerke zur Besatzungszeit erschienen, die eine gewaltsame Machtübernahme nicht als gegeben sahen.¹⁰²⁹ Sehr deutlich lässt sich bei den Oktoberstreiks ein zu diesem Zeitpunkt einsetzender Trend zu Jahrestagen erkennen. Zum 40. Jahrestag 1990 widmet der Kurier den Ereignissen eine volle Seite¹⁰³⁰ und es fand eine äußerst gut besuchte Veranstaltung im „Haus der Industrie“ in Wien statt, bei der auch Olah sprach und sich negativ über die Ansichten der Zeithistoriker äußerte.¹⁰³¹ Die durch die Waldheim-Affäre 1986 ausgelösten Spannungen zwischen einer öffentlichen Erinnerungskultur und der Zeitgeschichtsschreibung wirkten sich bei diesem Thema womöglich auch aus. Mit dem Jahr 1990 begann Olahs Rückkehr in die Öffentlichkeit als beliebte Auskunftsperson zu Fragen der Zeitgeschichte.¹⁰³² Anlass war sein 80. Geburtstag,

¹⁰²⁴ *Kronen-Zeitung*, 30.1.1988, S. 20, „Diskussion über 1950“

¹⁰²⁵ Vgl. dazu Portisch/Riff: Österreich II; Eine kritische Auseinandersetzung mit der Darstellung der Ereignisse in der Sendung und im Speziellen dem Einsatz der Zeitzeugen ist zu finden bei Susanne Eybl: "Das gleiche Zimmer, in dem Dollfuß starb" Anmerkungen zur verordneten Amnesie des audiovisuellen Gedächtnisses, In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, and Robert Streibel (Hg.), *Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik*, Wien 1991, 155-166

¹⁰²⁶ Vgl. Eybl: "Das gleiche Zimmer ...", 155

¹⁰²⁷ Vgl. Jarausch: *Zeitgeschichte und Erinnerung*, 10f.

¹⁰²⁸ Vgl. *Wiener Zeitung*, 28.09.2000, S. 6, „Oktober 1950: Massive Streikwelle in Österreich“

¹⁰²⁹ Vgl. Rauchensteiner: *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*; Gerald Stourzh: *Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages*, Graz, Wien u.a. 1975; Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hg.): *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988

¹⁰³⁰ Vgl. Lewis: *Austria 1950*

¹⁰³¹ Betreffend den Einsatz der Gewerkschafter meinte Olah: „Das ist schändlich, wie Zeitgeschichtler und Soldschreiber über diese Männer herfallen!“ siehe *Die Presse* 1990, 4.10.1990, S. 6, „Holzprügel als Lebensversicherung“; Die Putsch-These hatte Olah aber interessanterweise in „Österreich II“ bereits selbst relativiert. Vgl. Portisch/Riff: *Österreich II*, 412-438

¹⁰³² Lechner: *Fall Olah*, 419

dem eine „endgültige Rehabilitierung“¹⁰³³ vorangegangen war. Im Jänner hatte er das Große Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien erhalten mit ausdrücklichem Verweis auf 1950.¹⁰³⁴

In den großen Jubiläumsjahren 1995 und 2005 steht der Staatsvertrag im Mittelpunkt der Erinnerung. Die Oktoberstreiks sind dabei eine relativ kleine Episode auf dem Weg dorthin. Bezeichnend ist vielleicht, dass im Beitragsband zur Staatsvertragsausstellung auf der Schallaburg 2005 der Artikel über den Oktober 1950 im Abschnitt über „Wirtschaft und Sozialpolitik“ und nicht „Im ‚Kalten Krieg‘“ zu finden ist.¹⁰³⁵ Auch in den Medien lässt sich eine weitere Anpassung an die Forschung erkennen. Die Putschinterpretation spielte keine Rolle mehr, auch der Personenkult um Franz Olah ließ nach und der Erinnerungsort schien insgesamt an Bedeutung zu verlieren. Umso überraschender kam daher die Initiative von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zu einer weiteren Ehrung Franz Olahs. Ebenfalls im Jubiläumsjahr 2005 wurde ihm das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen, wobei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel ihn als „Retter der Republik“ würdigte.¹⁰³⁶ Im Jahre 2009 ist es der Tod Franz Olahs der die Streiks ein weiteres Mal in Verbindung mit seiner Person in die Medien rückt¹⁰³⁷, gefolgt vom 60. Jahrestag im Oktober 2010.¹⁰³⁸ Es liegen hier wohl nur weitere Beispiele dafür vor, wie groß das Interesse der Medien geworden ist, aktuelle Anlässe und Jahrestage für die Thematisierung historischer Ereignisse zu verwenden.

Die Entwicklung in der Historiographie verlief relativ geradlinig mit wenigen Ausnahmen. Waren es zunächst Tatsachenberichte, Zeitzeugen und Politikerbiographien, die zur Darstellung der Ereignisse verwendet wurden, kam es in den 70ern zu ersten ausgewogeneren Darstellungen¹⁰³⁹, gefolgt von ganzheitlichen Auseinandersetzungen auf Basis von Archivquellen.¹⁰⁴⁰ Literarisch rezipiert wurden die Oktoberstreiks von Elfriede Jelinek im Roman „Die Ausgesperrten“ aus dem Jahr 1980.¹⁰⁴¹ Sie sind nicht Teil der Handlung sondern werden von der Mutter einer der Protagonisten anklagend und aus Sicht der Arbeiterschaft vereinzelt eingestreut. Im Zentrum steht dabei die Kritik an der sozialdemokratischen Führung. Elfriede Jelinek war zum Zeitpunkt des Erscheinens Mitglied der KPÖ.

8.3 Der Kampf um die Deutungshoheit

Es ist eine Besonderheit des vorliegenden Falles, dass die Interpretation und die Deutung des Geschehenen unmittelbar einsetzten. Ein Kampf um die Deutungshoheit entbrennt bereits während der Streiks und dementsprechend schnell wird er auch in der Historisierung der Ereignisse ausgetragen. Die beteiligten Lager veröffentlichten „Tatsachenberichte“¹⁰⁴², die im Grunde erfolgreich das Bild des historischen Ereignisses prägten, nicht nur im öffentlichen

¹⁰³³ Altkanzler Bruno Kreisky in einem Glückwunschtelegramm, vgl. *Die Presse*, 9.1.1990, S. 5

¹⁰³⁴ Vgl. *Die Presse*, 9.1.1990, S. 5; Lechner: Fall Olah, 419

¹⁰³⁵ Vgl. Christoph H. Benedikter: Der Oktoberstreik 1950, In: Stefan Karner and Gottfried Stangler (Hg.), "Österreich ist frei!" Der österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005, Horn, Wien 2005, 210-212

¹⁰³⁶ *Der Standard*, 30.03.2005, S. 7, „‘Geste der Versöhnung‘ für Olah“

¹⁰³⁷ *Der Standard*, 05.09.2009, S. 7, „Franz Olah 1910-2009“; *Kurier*, 05.09.2009, S. 3, „Abschied von einem Querkopf“

¹⁰³⁸ Vgl. *Die Presse*, 18.09.2010, S. 30, Schicksalsstunden der Zweiten Republik: Der "Oktoberstreik"

¹⁰³⁹ Vgl. Pelinka: Auseinandersetzung; Helmut Konrad: Kein Putsch. Legendenkehr aus zum Oktoberstreik 1950, In: *Weg und Ziel* 24 (1977), 286, 39-43

¹⁰⁴⁰ Gruber: Massenstreik; Schlögl: Oktoberstreik 1950; Lewis: Austria 1950; Interessanterweise erscheint auch eine Publikation, die die Putsch-These unterstützt: Meier-Walser: Streikputsch

¹⁰⁴¹ Vgl. Elfriede Jelinek: Die Ausgesperrten. Roman, Reinbek bei Hamburg 1980

¹⁰⁴² Vgl. Klenner: Putschversuch; Migsch: Anschlag auf Österreich; Epler: Der grosse Streik

sondern auch im wissenschaftlichen Bereich. Unglücklicherweise verlässt sich eine Vielzahl an späteren Beschreibungen der Ereignisse auf die Berichte von Epler und Klenner. Sogar in Biographien der Beteiligten werden sie je nach politischer Ausrichtung eingebaut und als „Quellenmaterial“ verwendet.¹⁰⁴³ Deren Wirkung in der Öffentlichkeit ist nicht zu unterschätzen, denn es „geben besonders Tagebücher, Autobiographien oder Kollagen von Zeitzeugnissen populäre Erinnerungen weiter und schreiben dadurch eine bestimmte Version der Geschehenen fest.“¹⁰⁴⁴ Angesichts mangelnder nicht-parteiischer Beschreibungen waren diese schriftlichen Darstellungen lange Zeit einflussreich.

Damit soll auch noch auf eine andere Problematik hingewiesen werden, die sich bei der Beschäftigung mit dem Thema Oktoberstreiks 1950 und anderen Topoi der „jüngeren“ Zeitgeschichte ergibt, gleichzeitig aber mit der Analyse als Erinnerungsort eng zusammenhängt: Der Konflikt zwischen den subjektiven Erinnerungen und der objektivierenden Forschung, das heißt zwischen Zeitzeugenschaft und Wissenschaft, tut sich hier im besonderen Maße auf. Der Zeitzeuge verfügt über eine gewisse Autorität durch das „Ich war dabei!“.¹⁰⁴⁵ Aber auch persönliche Erinnerungen sind rekonstruiert aus der jeweiligen Situation und Sichtweise des Erinnernden. Die Wiedergabe der Erfahrungen bildet Zusammenhänge und verwendet Bewertungen, wodurch sich eine narrative Grundstruktur herausbildet.¹⁰⁴⁶ Deutlich wird dieser Konflikt, wenn sich der Zeitzeuge Franz Olah öffentlich in einen Konflikt mit der Geschichtsschreibung begibt und auch wenn Hans Dichand auf diese Autorität verweist.

Die geschichtspolitische Perspektive auf die weitere Rezeption der Oktoberstreiks legt ihren Fokus auf die Austragung eines Deutungskonfliktes. Die Akteure und Parteien versuchen unterschiedliche Interpretationen eines historischen Ereignisses durchzusetzen und setzen dabei verschiedenste Machtressourcen ein. „Bei Geschichtspolitik handelt es sich um einen öffentlichen und massenmedial vermittelten Prozeß, in dem sichtbar Kräfte und Gegenkräfte am Werke sind und um die Hegemonie von Diskursen und Deutungsmustern ringen. Dieser Vorgang schließt auch die Kehrseite von Erinnerung, das Ausblenden und Vergessen, ein.“¹⁰⁴⁷

Aus einer intentionalen Perspektive betrachtet, also mit Augenmerk auf die Akteure, lassen sich in erster Linie die vier österreichischen politischen Parteien, der ÖGB und späterhin Franz Olah – als Einzelperson oder in Form seiner eigenen Partei – als Teilnehmer an einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung identifizieren. Die Thematisierung durch die Medien erfolgt sehr anlassbezogen oder zu Jahrestagen. Abgesehen der Parteizeitungen und einer Olah-freundlichen Haltung der Kronen-Zeitung ist vorderhand keine unmittelbare Teilnahme an der Deutungskonkurrenz ersichtlich. Es scheint meist auf einer sehr individuellen Ebene der Informationsstand des jeweiligen Redakteurs eine Rolle zu spielen, ob eine Streik- oder eine Putschinterpretation gewählt wurde.

Der Großteil der Auseinandersetzung spielt sich zwischen der KPÖ und der SPÖ um ebendiese Frage ab. Für jede Partei bringt ihre jeweilige Deutung den größten Nutzen. Die „Putsch“-Interpretation bedeutet eine „Delegitimierung“ der KPÖ, da sie sich demnach gegen die Demokratie und die Freiheit Österreichs gestellt hatte. Da die KPÖ im politischen System keine größere Rolle spielte – ab 1959 war sie nicht mehr im Nationalrat vertreten – sind

¹⁰⁴³ Vgl. als Beispiele Schärf: Erneuerung und Fischer: Illusion

¹⁰⁴⁴ Vgl. Jarausch: Zeitgeschichte und Erinnerung, 16

¹⁰⁴⁵ Vgl. ebd., 14

¹⁰⁴⁶ Vgl. ebd., 13

¹⁰⁴⁷ Wolfrum: Geschichtspolitik, 28

vermutlich andere Gründe wirksam, die die SPÖ dazu bewegen, den Erinnerungsort „Putsch“ zu bewirtschaften. Zunächst kann die eigene Positionierung als „Schutzmacht“ einen politischen Vorteil einbringen und den Vertretungsanspruch legitimieren. Der Hinweis auf dieses Ereignis dient außerdem zur Abwehr der zunächst immer wieder auftauchenden Volksfrontvorwürfe. Des Weiteren sind die Oktoberstreiks in der Traditionsbestimmung sozialdemokratischer Gewerkschaften vereinzelt ein aufgreifbares Thema. ÖVP und VdU bzw. dessen Nachfolgeparteien beteiligen sich nur am Rande an der Erinnerungskonkurrenz.¹⁰⁴⁸ Zunächst sind es die Parteizeitungen, die eingesetzt werden konnten, um das eigene Geschichtsbild zu verbreiten. Später werden Artikel oder Broschüren veröffentlicht, die gerade bei der KPÖ gerne auf Jahrestage ausgerichtet sind.¹⁰⁴⁹

Was die Konfliktstruktur in Österreich betrifft, ist weniger die Aufreihung der Parteien in interpretatorische Lager bemerkenswert, als das Thema dieser Konflikte. Kommunismus war, wie im Abschnitt über Antikommunismus erläutert, neben dem Nationalsozialismus eines der konfliktbesetzten Themen der Nachkriegszeit. Der Kalte Krieg zeigte hier sicherlich seine Auswirkungen, wobei das Thema mit den „Volksfront“-Wahlkämpfen auch eine sehr innenpolitische Seite hatte. Die Langlebigkeit der Putschinterpretation sagt zunächst vor allem etwas über die geringe Deutungsmacht der KPÖ und somit eine allgemeine Schwäche im österreichischen politischen System aus. Danach kommt die funktionelle und symbolische Verwertung durch die anderen Parteien, die in den folgenden Kapiteln besprochen wird.

Es lassen sich sehr grob drei Phasen der geschichtspolitischen Auseinandersetzung um die Oktoberstreiks bestimmen. Erstens die unmittelbare Historisierung der Ereignisse, die mittels Tatsachenberichte und Parteimedien öffentlich ausgetragen wird. Diese Auseinandersetzung hat für die SPÖ die Funktion, sich als Schutzmacht darzustellen und den Einfluss der KPÖ in manchen Betriebsräten zu zerstören. Die KPÖ hingegen versucht aus den Ereignissen einen Anspruch auf die Führung der Arbeiterschaft abzuleiten und den Putschvorwurf zu entkräften. In einer zweiten Phase sind die Volksfrontvorwürfe der ÖVP gegenüber der SPÖ in mehreren Wahlkämpfen Anlass das Thema Kommunismus und damit zusammenhängend, den historischen Referenzpunkt Oktober 1950 zu behandeln. Im Allgemeinen ist es aber bereits zu diesem Zeitpunkt relativ ruhig um die Streiks selber. Nur durch die Person Olah sind sie vereinzelt in den Medien angesprochen und trotz aller Skandale ein positiv besetzter Bestandteil seiner Biographie, der öffentliche Anerkennung genießt. Bis hin zur dritten Phase hatten die Oktoberstreiks bereits einen ersten Prozess der wissenschaftlichen Historisierung hinter sich. Die Putschthese war in der Historiographie bereits stark relativiert worden. Auch die öffentlichkeitswirksame „Österreich II“-Fernsehserie wies auf die Unwahrscheinlichkeit einer versuchten kommunistischen Machtübernahme hin.¹⁰⁵⁰ Danach verschwindet die Putschinterpretation auch in der Öffentlichkeit immer mehr oder wird zumindest als umstritten dargestellt. Dass sie im allgemeinen Geschichtsbewusstsein trotzdem noch existiert, zeigt ihr manchmal sehr unvermitteltes Auftauchen.¹⁰⁵¹

¹⁰⁴⁸ Vgl. Kurt Piringer: Die kommunistischen Putschversuche in Österreich, In: *Freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik* 22 (1995), 5, 62-64

¹⁰⁴⁹ Vgl. Friedrich Hexmann: Der Oktoberstreik 1950, In: *Weg und Ziel* 27 (1970), 10, 24-25; Friedl Fürnberg: Oktoberstreik, In: *Weg und Ziel* 33 (1975), 10, 408-410; Otto Janecek: Der große Streik vor 30 Jahren, In: *Weg und Ziel* 38 (1980), 10, 369-371; Eva Priester: Der grosse Streik. Tatsachenbericht über den Oktoberstreik 1950, Wien [1980]; Ernst K. Herlitzka: Vor 30 Jahren: Sturmtage in Österreich. KP-Putschversuch in zwei Phasen, In: *Archiv. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung* 20 (1980), 4, 68-72

¹⁰⁵⁰ Vgl. Portisch/Riff: Österreich II, 436

¹⁰⁵¹ Vgl. *Falter*, 07.05.2003, 19, S. 5, „Sozialismus Ende“; *Wiener Zeitung*, 19.08.2006, S. E6f., „Der politische Hass macht blind“; *Wirtschaftsblatt*, 06.05.2006, 2610, S. 8f., „Prügel für die KPÖ“; Zuletzt bei Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl bei der Verleihung der Julius-Raab-Medaille an Franz Olah, vgl. *Kronen Zeitung*, 02.10.2008, S. 20, „Julius-Raab-Medaille für den Alt-ÖGB-Präsidenten Franz Olah“

8.4 Wer beschützt Österreich?

Das Thema Kommunismus, seine Bedeutung als Feindbild und eine potentielle politische Bedrohung unter den Bedingungen des Kalten Krieges hatte in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik eine sehr konkrete innenpolitische Funktion. Es ging darum, zu zeigen, wer besser dazu geeignet war, sich einer kommunistischen Bedrohung entgegenzustellen. Als Vehikel zur politischen Mobilisierung angesichts dieser Gefahr stellte sich die Frage: Wer beschützt Österreich?

Die Ausgestaltung eines Geschichtsbildes ist für politische Gruppierungen ein Politikfeld und kann verschiedene Funktionen einnehmen. Die Schaffung von Legitimität ist darunter eine der wichtigsten, denn sie bedeutet die Herstellung eines Herrschafts- oder demokratischer ausgedrückt eines politischen Vertretungsanspruchs. Damit verbunden ist auch die eigene Traditionsbestimmung¹⁰⁵², das heißt die Verknüpfung der Gegenwart mit der Vergangenheit. Wer sich zuvor für die Freiheit Österreichs eingesetzt hatte, wird das demnach auch in der Zukunft tun. Die Abwehr des Kommunismus 1950 konnte als „historische Leistung“ verbucht werden. Einerseits für das Land Österreich im Gesamten und andererseits für die Regierungsparteien. Wie in den vorangegangenen Kapiteln erläutert, hatten die Streiks bereits in mehrfacher Hinsicht eine legitimatorische Funktion: Im realpolitischen Bereich für die Wiederaufrüstung, im gesellschaftlichen für die Sozialpartnerschaft und im Kleinen für die österreichische Identität. Es ist also naheliegend, dass in der direkten politischen Auseinandersetzung ebenfalls versucht wurde, Gewinn daraus zu schlagen und die „Legitimitätsressource“¹⁰⁵³ Geschichte zu nutzen.

Allen voran war es die SPÖ, die das prominente Auftreten ihrer Mitglieder gegen die Kommunisten während dieser Tage mehrfach auszunutzen wusste. Erstens konnten dadurch etwaige Volksfront-Vorwürfe entkräftet werden, zweitens konnten sich die Sozialisten stärker als antikommunistische Partei etablieren. In der allgemeinen Unsicherheit des frühen Kalten Krieges war die Position eines „Hüters der Demokratie“ politisch von hoher Attraktivität. Die Ereignisse 1950 hatte die SPÖ schnell für sich vereinbart und als siegreiche Abwehr des Kommunismus durch die Arbeiterschaft interpretiert.¹⁰⁵⁴ In seiner Ansprache auf der Freiheitskundgebung am 7. Oktober verglich der spätere Bundespräsident Franz Jonas das Geschehene mit dem Koreakrieg: „In den vergangenen Wochen haben auch wir in Österreich unseren 38. Breitengrad gehabt. Aber während die kommunistischen Aggressoren in Südkorea nur mit Hilfe der Vereinten Nationen hinausgeworfen konnten, hat in Österreich diese Aufgabe die Sozialistische Partei besorgt.“¹⁰⁵⁵ Gerne übersehen wurden dabei das Ausmaß der Streiks und die Zusammenarbeit einiger eigener Funktionäre mit ihren kommunistischen Gegenübern. Demnach scheiterte die Aktion der Kommunisten „an dem Abwehrwillen der sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten; sie zerbrach an der umsichtigen und entschlossenen Haltung der von Sozialisten geleiteten Exekutive. In Österreich ist für die Volksdemokratie kein Platz!“¹⁰⁵⁶

Trotzdem fand hier zunächst eine Auseinandersetzung statt, in der sich die beiden Parteien darum bemühten, die stärkere „Schutzmacht“ Österreichs gegen den Kommunismus darzustellen. Obwohl zunächst noch die „gemeinsame Abwehr“ betont wurde, setzte bald der

¹⁰⁵² Vgl. Sandner: Hegemonie und Erinnerung, 7f.

¹⁰⁵³ Wolfrum: Geschichtspolitik, 15

¹⁰⁵⁴ Vgl. *Arbeiter-Zeitung*. 7.10.1950, 233, S.1 „Die Arbeiter haben gesiegt“

¹⁰⁵⁵ Zit. nach Konrad/Lechner: Millionenverwechslung, 61

¹⁰⁵⁶ Migsch: Anschlag auf Österreich, 4

entsprechende Deutungskampf ein. In seinen Erinnerungen an die Ereignisse schreibt der damalige Vizekanzler und spätere Bundespräsident Adolf Schärf: „Die Abwehr des Putsches war ausschließlich Sache der Sozialisten.“¹⁰⁵⁷ Schärf hatte sich auch über das Verhalten von ÖVP-Regierungsmitgliedern während der Situation am Ballhausplatz ungünstig geäußert. Dazu meinte er: „Ich hätte über das Verhalten von volksparteilichen Regierungsmitgliedern kein Wort gesprochen, wenn man sich nicht bemüht hätte, später der Volkspartei oder einzelnen ihrer Männer das Hauptverdienst daran zuzuschreiben, dass der ‚Sturm‘ abgeschlagen wurde.“¹⁰⁵⁸ Laut Ernst Fischer sollen sich einzelne sozialdemokratische Abgeordnete bereits 1948 verbittert darüber gezeigt haben, dass der Kampf gegen den Kommunismus nur ihrer Partei aufgebürdet wird, während sich die ÖVP im Hintergrund hält.¹⁰⁵⁹

Direkt nach den Streiks wollte die ÖVP die Lorbeeren nicht alleine den Sozialisten überlassen. Es gab Bemühungen die eigenen Anstrengungen und Leistungen hervorzuheben. Der ÖVP-Pressedienst soll noch während der Streiks verlautbart haben, „dass etwa 150 Studenten der ÖVP in Kaiser-Ebersdorf einen ‚kommunistischen Verkehrsverhinderungsposten‘ in die Flucht schlugen und dass sie auch am Schwedenplatz ‚mit Arbeitern der SPÖ zum gleichen Zweck zusammenwirkten‘.“¹⁰⁶⁰ In der Parlamentssitzung vom 12. Oktober 1950 wurde das mutige Ausharren Leopold Figls im Bundeskanzleramt betont¹⁰⁶¹ und die Haltung der Wiener Studenten, der Handwerker und der Geschäftsleute, die ihre Läden offenhielten.¹⁰⁶²

Daraus ergab sich der Konflikt mit der SPÖ, die, wie bei Schärf gesehen, einen Alleinanspruch auf das Zurückschlagen der Kommunisten erhob. In einem der ersten Tatsachenberichte der SPÖ heißt es:

„Vielen führenden Männern der ÖVP war die inferiore Rolle ihrer Partei bei der Niederrichtung des kommunistischen Putsches peinlich. Man griff daher zu einem Propagandakniff und ließ im ‚Kleinen Volksblatt‘ vom 6. Oktober das Märchen verbreiten, 700 Bauern wären am 5. Oktober abends nach Amstetten gezogen und hätten den Bahnhof von Demonstranten gesäubert.“¹⁰⁶³

Die Gegenposition der ÖVP bestand darin, dass hier eine gemeinsame Abwehrleistung der Regierung und der österreichischen Bevölkerung stattgefunden habe. Ludwig Reichold schreibt in seiner Geschichte der ÖVP:

„Dem Anschlag der KPÖ folgten kleinkarierte Bemühungen, die Abwehr dieser letzten Bedrohung der demokratischen Ordnung Österreichs parteipolitisch auszuschlachten. Tatsache ist, dass diese letzte Anstrengung der Kommunisten, dem Lande ihren Willen aufzuzwingen, an der geschlossenen Front der Regierung, an der Besonnenheit der Arbeitnehmer und an der entschlossenen Haltung der niederösterreichischen Bauern gescheitert ist.“¹⁰⁶⁴

Das Geschichtsbild der beiden Großparteien stimmte zwar überein was den „Putsch“ betraf, widersprach sich aber im Detail, wenn es um den eigenen Beitrag ging. Die ÖVP war eindeutig in der schlechteren Position. In den folgenden Wahlkämpfen verlegte sie sich wieder auf den Volksfrontvorwurf der SPÖ gegenüber. Dieser widersprach der „gemeinsamen

¹⁰⁵⁷ Schärf: Erneuerung, 262

¹⁰⁵⁸ Ebd., 262

¹⁰⁵⁹ Vgl. Fischer: Illusion, 299

¹⁰⁶⁰ Epler: Der grosse Streik, 137

¹⁰⁶¹ Vgl. Sten. Prot. NR, 12.10.1950, Rede Abg. Lois Weinberger, 1127

¹⁰⁶² Vgl. ebd., 1129

¹⁰⁶³ Migsch: Anschlag auf Österreich, 59

¹⁰⁶⁴ Ludwig Reichold: Geschichte der ÖVP, Graz, Wien u.a. 1975, 204f.

Abwehr“ im Herbst 1950 recht deutlich, weshalb die Oktoberstreiks vorerst kein Thema mehr waren, die Abwehr der kommunistisch-sozialistischen Bedrohung allerdings sehr wohl.

Dass in diesem Wettstreit die KPÖ eine – teils auch selbstgewählte – Stellvertreterposition einnahm, wird von Alfred Migsch bestätigt, der selbst SP-Abgeordneter zum Nationalrat war: „Sie musste im österreichischen Parlament die Rolle der Verteidigung der russischen Besatzungsmacht und der russischen Politik gegenüber Österreich übernehmen, und wir machten sie in allen Auseinandersetzungen zum Demonstrationsobjekt unseres Kampfes um Österreich“¹⁰⁶⁵ Im Kleinen fand hier ein Stellvertreterkrieg statt. Das Bild der wehrhaften Parteien und eines wehrhaften Österreichs war aber nicht nur für die eigene Bevölkerung gezeichnet, sondern sollte während der Besatzungszeit eben auch in Richtung der Westalliierten Wirkung zeigen, um zu beweisen, dass die hier eingesetzten Mittel nicht sang- und klanglos in einem erweiterten sowjetischen Machtbereich untergehen würden.¹⁰⁶⁶

Ein zentrales Element in der Rezeption der Oktoberstreiks, ist das Bild, dass hier eine „Abwehr“ stattgefunden hat. Der Moment ging in die Geschichte als jener ein, an dem Ostösterreich dem Eisernen Vorhang entging.¹⁰⁶⁷ Als besonders günstig erwies sich, dass diese „Abwehr“ den Österreichern alleine und unter widrigsten Umständen gelungen war. Ohne das Eingreifen der westlichen Besatzungsmächte und gegen die sowjetische war die Situation gemeistert worden.¹⁰⁶⁸ „It was also extremely popular, reflecting an image of Austria as the David who had withstood the Soviet Goliath. That is one reason for the longevity of the legend.“¹⁰⁶⁹ In der konkreteren „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“¹⁰⁷⁰ setzten sich aber die Sozialisten als die „besseren“ Antikommunisten durch. Auch wenn dieses Narrativ vermutlich nicht langfristig wirkmächtig war, so hatte es mit Franz Olah zumindest einen Protagonisten, der diesen Platz auch offensiv beanspruchte.

8.5 Der „Mythos“ und seine Helden

Mythen sind ein wichtiger Teil von Geschichtspolitik und ganz besonders dazu geeignet Tradition und Kontinuität herzustellen. „Im Mythos wird die schlichte Faktizität des Geschehens narrativ und semantisch aufbereitet, sie wird mit Sinn und Bedeutung aufgeladen, durch die Vergangenheit und Zukunft miteinander verbunden werden.“¹⁰⁷¹ Das Narrative ist dabei eines der wichtigsten Merkmale von Mythen und trägt mit zu ihrer Langlebigkeit bei.¹⁰⁷² Dieser Charakterzug führt aber auch zu den starken Veränderungen, die sie als eine symbolische Repräsentation der Vergangenheit derselben zufügen, da sie in ihrer

¹⁰⁶⁵ Alfred Migsch: Parlament ohne Opposition, In: Jacques Hannak (Hg.), Bestandaufnahme Österreich, 1945 - 1963, Wien u.a. 1963, 9-24, hier 10

¹⁰⁶⁶ Vgl. Bischof: Austria looks to the West, 194f.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Klenner: Sozialpolitik und Arbeiterschaft; Pleschberger: Ungefragte Stabilität, 12

¹⁰⁶⁸ „Österreich hat in diesem Abwehrkampf das wohl einmalige Beispiel gegeben, wie eine unbewaffnete Bevölkerung eines von russischen Truppen besetzten Landes einen kommunistischen Putsch- und Terrorversuch niederwirft, ohne dass ein Schuss fällt oder ein Todesopfer durch Gewalteinwirkung zu verzeichnen ist.“ siehe Migsch: Anschlag auf Österreich, 4

¹⁰⁶⁹ Vgl. Lewis: Austria 1950, 549

¹⁰⁷⁰ Pelinka: Auseinandersetzung mit dem Kommunismus

¹⁰⁷¹ Herfried Münkler/Jens Hacke: Politische Mythisierungsprozesse in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Tendenzen, In: Herfried Münkler and Jens Hacke (Hg.), Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989 (Eigene und fremde Welten 13), Frankfurt am Main u.a. 2009, 15-31, hier 18

¹⁰⁷² Konrad Liessmann: Topoi. Konturen einer politischen Mythologie, In: Emil Brix (Hg.), Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004, 194-218, hier 200

Funktionsweise „einen komplexen historischen Sachverhalt extrem verdichten und in ein eingängiges Narrativ zwingen.“¹⁰⁷³

In kurz gefassten Definitionen ist ein Mythos eine sinnstiftende Erzählung oder eine „kulturelle Konstruktion mit erheblichen Wirkungen für die Gegenwart und Zukunft“¹⁰⁷⁴ Eine ausführlichere Definition, die stärker auf die Anforderungen geschichtspolitischer Analysen angepasst ist, liefert Wolfrum. Nach ihr „kann man unter einem Mythos ein Denk- und Anschauungssystem verstehen, das von einer kulturellen Gemeinschaft, ohne es zu hinterfragen, zu ihrer Selbstvergewisserung verwendet wird und das zugleich in die Rahmenbedingungen politischer Herrschaft eingebettet ist.“¹⁰⁷⁵ Mythen werden ebenfalls im Wesentlichen von den Deutungseliten durchgesetzt, wobei sich die Erzählung allerdings nur dann mehrheitlich durchsetzen kann, wenn sie ausreichende Attraktivität und Plausibilität mit sich bringt.¹⁰⁷⁶

Ähnlich wie die beiden deutschen Nachfolgestaaten hatte auch Österreich zu Kriegsende einen Bedarf an „Gründungsmythen“.¹⁰⁷⁷ Zu den Mythen der Zweiten Republik werden gerne die „Sozialpartnerschaft“¹⁰⁷⁸ oder der „Staatsvertrag“¹⁰⁷⁹ gezählt. Auch die „Opferthese“ wird seit den 90ern als eine Art „staatstragender Gründungsmythos“ identifiziert.¹⁰⁸⁰ Neben dem Symbolischen und dem Narrativen steht bei Letzterem aber das Fiktive im Mythosbegriff im Vordergrund.¹⁰⁸¹ Auffallend ist, dass es sich im österreichischen Kontext hauptsächlich um politische Konzepte oder Ereignisse handelt, die im Grunde wenig spektakulär auftreten. Als Gründungsmythen dieses „neuen“ Staates drücken sie den Bruch mit der Habsburgermonarchie, der Ersten Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft aus. Das hierfür zur Mythenbildung zur Verfügung stehende Material war folglich vergleichsweise gering. Der lange Zeit ebenfalls gängige „Geist der Lagerstraße“ wird daher von Liessmann als ein aus diesen Umständen heraus entwickelter „Ersatzmythos“ gewertet.¹⁰⁸² Gerade dieses Narrativ ist ein Beispiel für ein Geschichtsbild, das von oben durchgesetzt wurde und den Erfahrungen der Mehrheit nicht entsprach.

Wie fügt sich der „Putsch“ nun in diese Mythenlandschaft ein? Robert Knight hat Narrative in der Geschichtsschreibung in Österreich analysiert, die für eine geschichtspolitische Untersuchung nicht uninteressant sind. Der Beginn der Zweiten Republik wird demzufolge gerne als eine „Odyssee“ durch die Besatzungszeit dargestellt, deren Ziel und Ende der Staatsvertrag war.¹⁰⁸³ Auf Entbehren, Hindernisse und Verwirrungen folgt der erlösende Moment mit der Unterzeichnung eines Dokuments. Der Kampf gegen den Kommunismus bildet dabei ein Subnarrativ.¹⁰⁸⁴ Auch Meinungsumfragen weisen darauf hin, dass vor allem der Staatsvertrag und sehr viel weniger das Jahr 1945 als positiv besetzter Erinnerungsort im

¹⁰⁷³ Münkler/Hacke: Politische Mythisierungsprozesse, 25

¹⁰⁷⁴ Assmann: Lange Schatten, 41

¹⁰⁷⁵ Wolfrum: Geschichtspolitik, 52

¹⁰⁷⁶ Vgl. Münkler/Hacke: Politische Mythisierungsprozesse, 22f.

¹⁰⁷⁷ Vgl. dazu Wolfrum: Geschichtspolitik und Münkler/Hacke: Politische Mythisierungsprozesse

¹⁰⁷⁸ Vgl. Liessmann: Topoi, 200f.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Liebhart/Pribersky: Mythisierung Neubeginn

¹⁰⁸⁰ Vgl. Gerhard Botz: Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. "Opferthese", "Lebenslüge" und "Geschichtstabu" in der Zeitgeschichtsschreibung, In: Wolfgang Kos and Georg Rigele (Hg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien 1996, 51-85, hier 56;

¹⁰⁸¹ Gleiches gilt bei der Verwendung des Begriffs „Putschmythos“ durch die KPÖ. Bei einer geschichtspolitischen Untersuchung ist dieser Aspekt allerdings unwichtig.

¹⁰⁸² Vgl. Liessmann: Topoi, 202

¹⁰⁸³ Vgl. Robert Knight: *Narratives in Post-war Austrian Historiography*, In: Anthony Bushell (Hg.), *Austria 1945-1955. Studies in Political and Cultural Re-emergence*, Cardiff 1996, 11-36, hier 16

¹⁰⁸⁴ Vgl. ebd., 16f.

österreichischen Geschichtsbewusstsein verhaftet ist.¹⁰⁸⁵ Der Weg dorthin und somit die gesamte Besatzungszeit können daher als eine Art „großer Gründungsmythos“ der Zweiten Republik gesehen werden, der viele kleinere Geschichtsnarrative vereinigt.

Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist eine der Prüfungen auf diesem Weg und in dieser Form ein „Submythos“. Der entscheidende Moment in diesem Submythos ist wiederum der „Putsch“ als Punkt der größten Gefahr und deren Überwindung. Das Narrativ der gescheiterten Machtübernahme der Kommunisten in Österreich hat keinesfalls das Gewicht der Balkonszene am Belvedere und auch nicht dessen Langlebigkeit und geschichtspolitische Brauchbarkeit. Trotzdem waren die Ereignisse im Herbst 1950 eine gewisse Zeit im österreichischen Gedächtnis präsent und tauchen sporadisch immer wieder auf. Der „Putsch“ beinhaltet in erster Linie eine Abwehrleistung, einen überstandenen Kampf, der je nach Sichtweise gemeinsam oder durch eine politische Gruppe geleistet wurde. Eine gewisse Attraktivität konnte er durch seine besondere Narrativität erlangen, durch das Ereignishafte und Spektakuläre in der Erzählung über die sonst so ruhige Zweite Republik.

Unter diesen Annahmen wird auch die zunächst unerklärliche Ehrung Franz Olahs im Gedenkjahr 2005 verständlicher. Einer der Hauptinitiatoren war Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, bei dem während dieses Jahres generell sehr viel Interesse und Gespür für die geschichtspolitische Verwertung der öffentlichen Aufmerksamkeit zu erkennen ist.¹⁰⁸⁶ Des Weiteren ist bei Schüssels Ansprachen im Gegensatz zu Bundespräsident Heinz Fischer das Jahr 1955 und nicht das Jahr 1945 als Zeitpunkt der „Befreiung“ Österreichs in Verwendung.¹⁰⁸⁷ Die problematische Aufarbeitung der österreichischen Geschichte im Nationalsozialismus führte dazu, dass eine positiv besetzte Geschichtspolitik in Bezug auf das Jahr 1945 in gewissen Teilen der Bevölkerung nach wie vor nicht angenommen wird und stark konfliktbeladen ist. Der Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 hingegen bildet „einen konsensbestimmten und darüber hinaus uneingeschränkt positiv besetzbaren Anknüpfungspunkt für die nationale Identitätsstiftung“¹⁰⁸⁸. Der Kampf gegen den Kommunismus mit dem Protagonisten Olah fügt sich wunderbar in dieses Narrativ ein. Er bildet einen Baustein für die „heroisch-patriotische Erzählung über den heldenhaften Kampf eines kleinen Volkes um seine Freiheit“¹⁰⁸⁹. Die Ehrung stützt in diesem Sinne also das im Jahr 2005 von Bundeskanzler Schüssel getragene Geschichtsbild.¹⁰⁹⁰

Die Besatzungszeit Österreichs kann als ein einziger großer Gründungsmythos der Zweiten Republik gesehen werden. Er beinhaltet darin die Überwindung von Gefahren und Hindernissen, das Zusammenfinden der ehemaligen Gegner zum Zwecke des Wiederaufbaus, den Kampf gegen den Kommunismus und eine generelle Leidenszeit, die zur Läuterung von der vorangegangenen Geschichte führt. Staatsvertrag, immerwährende Neutralität und auch der „Putsch“ sind somit seine „Submythen“ oder darin integrierte Narrative. Gleichzeitig

¹⁰⁸⁵ Vgl. Heidemarie Uhl: "Österreich ist frei!" Die Re-Inszenierung der österreichischen Nachkriegsmythen im Jubiläumsjahr 2005, In: Gilbert J. Carr (Hg.), Fünfzig Jahre Staatsvertrag. Schreiben, Identität und das unabhängige Österreich. Internationales Symposium, Trinity College, Dublin, 25. - 26. November 2005, München 2008, 28-36, hier 30

¹⁰⁸⁶ Schüssel hält am Vorabend der Staatsvertragsfeiern eine Fernsehansprache, was traditionell ein Vorrecht des Bundespräsidenten war und deshalb zu Kritik führte. Vgl. Rudolf Cillia/Ruth Wodak: Gedenken im "Gedankenjahr". Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Innsbruck, Wien u.a. 2009 47-50

¹⁰⁸⁷ Vgl. ebd., 54

¹⁰⁸⁸ Uhl: "Österreich ist frei!", 30

¹⁰⁸⁹ Ebd., 30f.

¹⁰⁹⁰ Was zusätzliche politische Erwägungen natürlich nicht ausschließt.

beinhaltet das Bild der „Odyssee“ durch die Besatzungszeit¹⁰⁹¹ und das Ausgesetztsein gegenüber dem Willen fremder Mächte oder gar der Geschichte selbst¹⁰⁹² eine Selbstinfantilisierung, deren Nutzen recht deutlich in der Abgabe von Verantwortung gegenüber einer negativ behafteten Vergangenheit besteht.

Die Erzählung „Putsch“ verfügt außerdem über eine sehr starke Heldenfigur, die in der Person Franz Olah zu finden ist. Olah war nicht alleine an der Organisation der Trupps gegen die Kommunisten beteiligt, sondern auch der spätere Minister Otto Probst und der Nationalratsabgeordnete Edmund Reismann wirkten dabei mit.¹⁰⁹³ Deren Beitrag ging jedoch sehr schnell unter. Der Einsatz der Bau- und Holzgewerkschafter wurde überhaupt zunächst eher verschwiegen und in der Beantwortung der Anfrage der KPÖ im Nationalrat verschleiert.¹⁰⁹⁴ Im Gegensatz dazu war Olah direkt nach den Ereignissen sehr aktiv und bei verschiedenen Kundgebungen und Veranstaltungen in der Hauptstadt, in Wiener Neustadt und Dürnkrot anwesend.¹⁰⁹⁵

In der Folgezeit erlangte er dadurch einen Teil seiner großen Popularität.¹⁰⁹⁶ In der Erzählung um die Oktoberstreiks und den aktiven Widerstand, den Österreich gesetzt hatte, war er der Protagonist, das Gesicht und der wichtigste verfügbare Zeitzeuge. Ausdrücklich sagte es Außenminister Gruber auf einer Diskussionsveranstaltung 1985: „der Held dieser Tage sitzt hier neben mir, es ist Franz Olah“¹⁰⁹⁷ Es wurde bereits dargestellt, wie die Affäre um seine Person auch immer eine Thematisierung der Oktoberstreiks mit sich brachte und sein Einsatz damals auch als „strafmildernd“ berücksichtigt wurde.¹⁰⁹⁸ Der Antrag für die Verleihung des „Großen Goldenen Ehrenzeichens mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich“ 2005 kam vom damaligen ÖGB-Vizepräsident Fritz Neugebauer und von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Letzterer sprach in der Laudatio von seinem "konsequenten Einsatz für die Demokratie" durch den die kommunistischen Umsturzpläne in Österreich in den fünfziger Jahren verhindert werden konnten. "Sein persönliches mutiges Eingreifen hat Österreich gerettet."¹⁰⁹⁹

Die ÖVP versuchte zu Beginn, ebenfalls Heldenfiguren des Oktoberputsches zu erschaffen und verbreitete das Bild von Leopold Figl, der im Bundeskanzleramt den Putschisten trotzte. Der Abgeordnete Lois Weinberger betont in der Nationalratssitzung vom 12. Oktober die Bedeutung, die Figls Verhalten für den Widerstandswillen der gesamten österreichischen Bevölkerung hatte:

„Es muß aber der Anständigkeit halber und der Dankbarkeit wegen hier auch einmal ausgesprochen werden, dass das erste Beispiel des Abwehrwillens, des Willens diesen Putsch niederzuschlagen, der Bundeskanzler Österreichs gegeben hat. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Bundeskanzler Figl, unser Parteiohmann, hat ganz allein im Kanzleramt dem ersten Ansturm standgehalten. Niemand außer ihm ist dort geblieben und hat von der ersten bis zur letzten Stunde durchgehalten. Damals war es noch kritisch. Später war es schon viel einfacher, und Sie alle wissen welche Gerüchte bewusst im ganzen Lande ausgestreut wurden, dass es geheißen hat: Der Figl ist davongelaufen! Der Figl ist weggegangen! Der hat schon aufgegeben! usw. Sie werden daher auch würdigen, was das

¹⁰⁹¹ Gordon Brook-Shepherd: Die österreichische Odyssee, Wien 1958

¹⁰⁹² Fritz Molden: Die Österreicher oder die Macht der Geschichte, München 1986

¹⁰⁹³ Vgl. Lechner: Sozialpolitik und Arbeiterschaft, 79

¹⁰⁹⁴ Vgl. AdR, BMI 131.595-2/50

¹⁰⁹⁵ Vgl. AdR, BKA, MRP, Sitzung 221, 11. Oktober 1950, Blg. A/221; Klenner: Putschversuch, 86f.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Svoboda: Franz Olah. Eine Spurensicherung, 68

¹⁰⁹⁷ *Die Presse*, 19./20.01.1985, S. 4, „Putschversuch von 1950 erregt immer noch Gemüter“

¹⁰⁹⁸ Vgl. Konrad/Lechner: Millionenverwechslung, 51

¹⁰⁹⁹ *Kurier*, 30.03.2005, S. 2, „Hohe Auszeichnung für Franz Olah“

bedeutet hat, was es für den Widerstandswillen unseres Volkes ausgemacht hat, als bekannt wurde: Nein! Der Figl ist da! Er ist am Ballhausplatz und verhandelt nicht einmal mit diesen Leuten (*stürmischer Beifall bei der Österreichischen Volkspartei*), er wird daher auch mit seiner Regierung alle weiteren Schwierigkeiten überwinden!¹¹⁰⁰

Trotzdem bekommt Figl keinen derart prominenten Platz in der Rezeption wie Franz Olah. In einer Biographie des Bundeskanzlers von Ernst Trost wird dieses Sujet aber wieder aufgegriffen und erweitert. Trotz der durch amerikanische Dokumente belegten Interventionsansuchen ist Figl hier die Ruhe selbst und weist die Vorschläge das Haus zu verlassen zurück:

„Aber der sonst so prosaische Figl hatte in solch kritischen Augenblicken stets Worte auf der Zunge, die aus einem Heldenepos mit einem leicht niederösterreichischen Einschlag zu kommen schienen. Er wurde feierlich und sagte: ‚Meine Herren, da daneben ist der Dollfuß g’storben, auch ich weiche der Gewalt nicht. Ich verlasse das Haus nicht, eher sterb’ ich...‘¹¹⁰¹

Der Bezug auf Dollfuß ist sehr interessant und Teil eines anderen gruppenspezifischen Geschichtsbildes. Aber augenscheinlich wird auch hier versucht, aus der Vergangenheit Legitimität zu schöpfen sowie Kontinuität und Tradition zu erschaffen. Es ist allerdings schwer zu sagen, wo genau der Ursprung dieser in den Beschreibungen Trosts offensichtlich verklärten Darstellung zu suchen ist und ob es sich um eine bewusst gestreute Version durch die ÖVP, oder nur um die gemeinsame Ausschmückung von Zeitzeugen und Biographen handelt. Figl sollte ohnehin weniger wegen seiner Rolle während der Oktoberstreiks, als vielmehr durch seinen Beitrag zum Ende der Besatzungszeit zu einem „Säulenheiligen“ der ÖVP und zu einer der bekannteren Politiker der österreichischen Zeitgeschichte werden. Gemeinsam mit Julius Raab ist er die Personifikation des Staatsvertrags mit dem Gedächtnisort des Belvedere-Balkons. Auch hierbei handelt es sich wiederum um einen geschichtspolitisch interessanten Erinnerungsort, bei dem die ÖVP durch diese beiden Politiker gewissermaßen eine Art „Monopol“ besitzt.¹¹⁰²

Im Gegensatz zu Figl als missglücktem Heroen, hat Olah durch dieses Narrativ einen Heldenstatus erreicht, der das Ereignis selbst überlebte. Es werden sehr viel häufiger im Zusammenhang mit Olah die Oktoberstreiks genannt, als umgekehrt. In der Frage, ob der „Putsch“ selbst einen Mythos darstellt, ist er eher größeren Erzählungen, wie der Besatzungszeit als Ganzes oder der Sozialpartnerschaft als Stabilisierungsfaktor nachzuordnen.

8.6 Gruppenspezifische Erinnerung

Eingangs wurde erläutert, wie sich aus individuellen Erfahrungen durch die Einbettung der Erinnernden in Gruppen ein Gedächtnis auf einer höheren Ebene der „lebenden Erinnerung“ entwickelt. Durch die Kommunikation mit anderen Mitgliedern einer sozialen oder politischen Gruppe gleichen sich die Erinnerungen an, und es entstehen „gruppenspezifische Muster der Erinnerung“¹¹⁰³ Diese teils sehr unterschiedlichen Erinnerungen an gleiche Ereignisse stehen im Widerstreit zueinander. Wie bei geschichtspolitisch beanspruchten Themen häufig, verlaufen im Fall der Oktoberstreiks die Grenzen zwischen den sehr unterschiedlichen Versionen der Vergangenheit deutlich entlang der Parteilinien.

¹¹⁰⁰ Sten. Prot. NR, 12.10.1950, 1127

¹¹⁰¹ Trost: Figl, 246

¹¹⁰² Dieter Binder: Julius Raab und Leopold Figl, In: Emil Brix (Hg.), *Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1)*, Wien 2004, 79-104, hier 83, 98

¹¹⁰³ Vgl. Jarausch: *Zeitgeschichte und Erinnerung*, 14

Die ÖVP verlor den ersten wesentlichen Deutungskampf und scheint in der Folge keinen Wert mehr auf eine weitere Teilnahme daran gelegt zu haben. Thematisch verwandt sind nur mehr die Volksfrontwahlkämpfe, die bis 1966 geführt wurden. Die von ÖVP-Politikern teils oder ganz initiierten Ehrungen Franz Olahs 2005 und 2008¹¹⁰⁴ bestätigen abgesehen von etwaigen aktuell-politischen Motivationen, dass sich eines der Erinnerungsmuster bereits gesamtgesellschaftlich durchgesetzt hatte. Nur die KPÖ versuchte nach wie vor, ihre Rolle bei den Streiks anders darzustellen. Der dominanten Geschichtsinterpretation widersprechend, bestand ein „Gegen-“, oder „oppositionelles Gedächtnis“.¹¹⁰⁵

Es ergab sich eine Art „Parallelerinnerung“ innerhalb einer kleinen Gruppe, die von der Erinnerung der Mehrheit der Bevölkerung erheblich abweicht. Möglich ist das dadurch, dass sich Erinnerungsdebatten nicht nur im öffentlichen Raum sondern auch im privaten und halböffentlichen Bereich abspielen, wo sehr viel häufiger auch nonkonforme Meinungen geäußert werden.¹¹⁰⁶ Damit zusammen hängt auch der limitierte Zugang einer KPÖ zu den Medien, die eine volle Öffentlichkeit erreichen würden. Außerdem ist Pluralismus in der Geschichtsdeutung laut Sandner ein notwendiges Charakteristikum einer modernen Demokratie und parteipolitische Geschichtspolitik „per definitionem gruppenspezifisch“¹¹⁰⁷. Wie auf staatlicher Ebene übernimmt sie Aufgaben der Abgrenzung, der Integration und der Identitätsstiftung.¹¹⁰⁸

Die Rezeption der Streiks durch die KPÖ ist grundsätzlich positiv und sucht die Schuld an deren weniger glücklichem Ende im Vorgehen der Regierung und im Verhalten des ÖGB. Eine grundsätzliche und kanonische Einschätzung ist im Protokoll des 15. Parteitages der KPÖ 1951 zu finden, die in vielen weiteren Beiträgen zum Thema verwendet wird:

„Zum erstenmal seit Jahrzehnten nahmen so grosse Massen sozialistischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter an einem Kampf teil, der sie in Gegensatz zum Staatsapparat und zu den Regierungsparteien, zum SP-Vorstand und zur Gewerkschaftsbürokratie brachte. Zum erstenmal in ihrer Geschichte stand unsere Partei an der Spitze einer so gewaltigen Bewegung als Leiterin, Führerin und konsequente Verteidigerin der elementaren Bedürfnisse und des Streikrechts der österreichischen Arbeiterklasse.“¹¹⁰⁹

Am einflussreichsten im Rahmen dieser oppositionellen Geschichtsschreibung ist das durch Recherchen von Ernst Epler entstandene Buch. Alle weiteren schriftlichen Produkte zum Thema Oktoberstreik der KPÖ bauen mehr oder weniger darauf auf.¹¹¹⁰ Grundsätzlich ging es in allen diesen Publikationen darum, das dominierende Geschichtsbild zu bekämpfen und die

¹¹⁰⁴ Unter der schwarz-blauen Regierung wurde ihm 2005 auf Vorschlag von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. 2008 erhielt er die durch den Wirtschaftsbund vergebene Julius-Raab-Medaille, vgl. *Der Standard*, 30.03.2005, S. 7, „‘Geste der Versöhnung‘ für Olah“; *Kronen Zeitung*, 02.10.2008, S. 20, „Julius-Raab-Medaille für den Alt-ÖGB-Präsidenten Franz Olah“

¹¹⁰⁵ Beispielhaft: „Die Schuldigen am Streikbruch mit Waffengewalt und an der Putschlüge geben sich der Täuschung hin, daß sie gestützt auf die Übermacht der Massenmedien, das Bewußtsein der arbeitenden Menschen unbegrenzt manipulieren und verkrüppeln können, daß der Oktoberstreik und seine Lehren der Geschichte angehören und vergessen seien. Aber der Geschichte anzugehören, heißt nicht, vergessen zu sein.“ Hexmann: Oktoberstreik 1950, hier 25

¹¹⁰⁶ Vgl. Jaraus: *Zeitgeschichte und Erinnerung*, 15

¹¹⁰⁷ Sandner: *Hegemonie und Erinnerung*, 12

¹¹⁰⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁰⁹ KPÖ: 15. Parteitag KPÖ, 61

¹¹¹⁰ Epler: *Der grosse Streik*

„Putschlüge“ zu entlarven.¹¹¹¹ In zweiter Linie waren die Streiks auch für die KPÖ Teil der eigenen Traditionsbestimmung und konnten geschichtspolitisch verwendet werden, um nach wie vor einen Anspruch auf Führung der Arbeiterschaft zu stellen: „Der Oktoberstreik 1950 war eine große Kampffaktion im Klassenkampf der österreichischen Arbeiterschaft. Sie gehört zu den großen Traditionen der österreichischen Arbeiterklasse“¹¹¹².

Doch auch innerhalb der kommunistischen Partei blieb die Rezeption der Oktoberstreiks nicht statisch, sondern war Veränderungen unterworfen. In den zahlreichen internen Auseinandersetzungen und Parteikrisen war auch die Neubewertung der eigenen Geschichte Thema, wobei die Beziehung zur Sowjetunion während der Besatzungszeit zu Selbstkritik führte.¹¹¹³ Der frühere kommunistische Funktionär und Journalist Bruno Furch kritisierte diese Haltung sehr heftig und wendete sich gegen die „Revisionisten“ und die „Erneuerer“ innerhalb der Partei: „Mit dieser Ungeheuerlichkeit [...] stützen die ‚Erneuerer‘ heute faktisch die ‚Putschlüge‘ über den Massenstreik vom Oktober 1950 und die ‚Ausgrenzung‘ und die ‚Selbstaussgrenzung der KPÖ aus dem öffentlichen Leben – die es in Wahrheit nie gab.“¹¹¹⁴ Es hat also auch intern ein Deutungskampf um die eigene Vergangenheit und Tradition stattgefunden.

Die Interpretation der KPÖ war aus dem öffentlichen Raum aber weitgehend ausgeschlossen. Sie verfügte nicht über ausreichende Gestaltungsmacht, um hier weitergehende Veränderungen zu bewirken. Gerade in der Frühzeit nach den Streiks wirkte das dominante Narrativ „delegitimierend“ und schloss die Partei mit Hinweis auf den „Putsch“ aus dem politischen System aus. Ab den 70er Jahren erhielten die Kommunisten Unterstützung von Historikern, die eine versuchte Machtübernahme im Herbst 1950 aufgrund ihrer Forschungen nicht sahen, was sich nur langsam in das breite Geschichtsbewusstsein verlagerte. In einer der neuesten Publikationen zur Geschichte der KPÖ nehmen die Oktoberstreiks gerade zwei kurzgefasste Seiten ein¹¹¹⁵, was auf eine gewisse Resignation oder Desinteresse an einem vormals wichtigen Thema der Parteigeschichte hinweisen könnte. Andererseits wird der „Erinnerungsboom“ gerade zu Jahrestagen gerne dazu genutzt, um das Bild des „Putsches“ weiter aufzuweichen.¹¹¹⁶

Doch nicht nur die KPÖ hat ein Gruppengedächtnis zu den Oktoberstreiks entwickelt. In Teilen des ÖGB wurde die Erinnerung an die „Niederschlagung“ des Aufstandes weit länger hochgehalten, als in der allgemeinen Öffentlichkeit. Der „Putsch“ gehört zur Tradition und zum Selbstbild und hat daher eine Funktion, die nicht ohne Weiteres verlorengeht. Am ehemaligen Haus der Holz- und Baugewerkschafter wurde noch 2005 eine Gedenktafel angebracht mit der folgenden Inschrift:

„Zielsetzung der Gewerkschaften war nach der Gründung der Zweiten Republik 1945 der Kampf gegen Faschismus und Diktatur, Solidarität mit den Schwachen und mutiges

¹¹¹¹ Vgl. Friedl Fürnberg: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. 1918 - 1955, Wien 1977, 279; Hexmann: Oktoberstreik 1950, 25; Fürnberg: Oktoberstreik, hier 408; Priester: Der grosse Streik

¹¹¹² Fürnberg: Oktoberstreik, 410

¹¹¹³ Vgl. Muhri: Kein Ende, 101; Manfred Mugrauer: „Oft setzte man sich über vernünftige Argumente hinweg...“. Die krisenhafte Entwicklung der KPÖ in den Jahren 1968 bis 1971, In: Manfred Mugrauer (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 261-318

¹¹¹⁴ Bruno Furch: Das schwache Immunsystem. Historisch-kritischer Essay über den Niedergang der Kommunistischen Partei Österreichs und seine politischen Hauptursachen, Wien 1995, 9

¹¹¹⁵ Vgl. Walter Baier: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich; KPÖ – 1918 bis 2008, Wien 2009, 109-111

¹¹¹⁶ Vgl. Hexmann: Oktoberstreik 1950; Fürnberg: Oktoberstreik; Herlitzka: Sturmtage; Hans Hautmann: Der "Kommunisten-Putsch" 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende, In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* 17 (2010), 3, 1-5

Eintreten für die Menschenrechte. Es waren Funktionäre und Mitglieder unserer Organisation, die 1950 durch Mut und rasches Eingreifen einen Anschlag auf die junge Demokratie verhinderten. Für die Grundwerte von einst lohnt es auch heute noch sich mit ganzer Kraft einzusetzen. Diese Gedenktafel widmet die Gewerkschaft Bau-Holz zur Erinnerung an den 50. Jahrestag der Zweiten Republik 27. April 1955.¹¹¹⁷

8.7 Der „verschwundene“ Erinnerungsort

Das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) hatte im Jahr 1980 in einer Umfrage festgestellt, dass nur 10 Prozent der Befragten wussten, dass es 1950 politische motivierte Unruhen gegeben hat. Auch unter Personen, die im Oktober 1950 bereits junge Erwachsene und Zeitzeugen waren, konnten nur 18 Prozent klare Vorstellungen mit den Streiks verbinden.¹¹¹⁸ Für ein Ereignis, das in den entsprechenden Beiträgen aber auch in der Presse als „von schicksalhafter Bedeutung“¹¹¹⁹ oder „Wendepunkt der Zweiten Republik“¹¹²⁰ beschrieben wird, ist das nur 30 Jahre danach eine äußerst geringe Zahl. Die Oktoberstreiks scheinen es nicht geschafft zu haben, Teil eines breiten Geschichtsbewusstseins, geschweige denn des kulturellen Gedächtnisses der Österreicher zu werden. Besonders auffallend ist die geringe Zahl der Zeitgenossen, die sich an die Geschehnisse erinnern können.

Aus gedächtnispolitischer Sicht lässt sich vermuten, dass der Erinnerungsort seine Funktionen eingebüßt hat, das heißt in diesem Fall, dass spätestens durch das Ende des Kalten Krieges eine Abgrenzung zum Kommunismus nicht mehr notwendig oder nicht mehr von politischem Wert war. Auch ein integratorischer Bezugspunkt einer gemeinsamen Abwehr- und Aufbauzeit wurde möglicherweise nicht mehr gebraucht und daher nicht mehr gepflegt. Aus gedächtniskultureller Sicht und unter Anwendung der Theorien Jan und Aleida Assmanns, liegt es nahe, dass der Erinnerungsort „Oktoberstreiks“ den Sprung vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis nicht geschafft hat. Das heißt, dass nur mehr die unmittelbaren Zeitzeugen, nicht mehr die Gesellschaft, dieses Ereignis in ihrem kulturellen Erinnerungsfundus haben und pflegen.

Laut Wolfrum beruhen solche Veränderungen des geschichtlichen Bewusstseins „nicht in erster Linie auf neuen historischen Forschungen, sondern sind viel eher Frucht neuer Erfahrungen, neuer Problemkonstellationen und des Nachwachsens neuer Generationen.“¹¹²¹ Generationenwechsel finden nach einer Periode von etwa 30 Jahren statt. Durch jeden Wechsel „verschiebt sich das Erinnerungsprofil einer Gesellschaft merklich. Haltungen, die einst bestimmend oder repräsentativ waren, rücken allmählich vom Zentrum an die Peripherie.“¹¹²² Das Grundschema des politischen Erinnerungsortes „Putsch“, das heißt eine Bedrohung von außen, eine Partei als Garant für Sicherheit und sozialen Frieden oder ein Gründungsmythos mit Legitimationsfunktion hatten über die Zeit an Bedeutung verloren.

Eine andere Mitursache für das Verschwinden dieses Erinnerungsortes kann sein, dass die traditionellen Netze des „gemeinsamen Erinnerns“ sich seit einigen Jahrzehnten in Auflösung

¹¹¹⁷ Gedenktafel am Haus Ebendorferstrasse 7, 1080 Wien

¹¹¹⁸ Zit. nach Klenner: Sozialpolitik und Arbeiterschaft, 53, FN 1

¹¹¹⁹ Ebd., 53; Weitere Beispiele: *Die Presse*, 18.09.2010, S. 30, „Schicksalsstunden der Zweiten Republik: Der ‚Oktoberstreik‘“; „Auf Messers Schneide stand das Schicksal der damals jungen Republik vor 50 Jahren.“ siehe *Wiener Zeitung*, 28.09.2000, S. 6

¹¹²⁰ Ludwig/ Mulley/Streibel (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der zweiten Republik

¹¹²¹ Wolfrum: Geschichtspolitik, 27

¹¹²² Assmann: Lange Schatten, 27

befinden. Gesellschaftliche Veränderungen, das Verschwinden ursprünglich sehr starker Parteibindungen und Klassenzugehörigkeiten erschweren einen gruppenbezogenen Austausch im größeren Rahmen. „Sobald dieses Netz der lebendigen Kommunikation zerreißt, vergeht auch die gemeinsame Erinnerung.“¹¹²³ Solche Entwicklungen verstärken die in den letzten Jahrzehnten zunehmende Themenführerschaft der Medien in Bezug auf historische Ereignisse¹¹²⁴, die die widersprüchlichen Erfahrungen des „fragmentierten Gedächtnisses“ einebnen können. Das dort sporadisch auftretende Interesse an den Ereignissen im Herbst 1950 dürfte mittlerweile in erster Linie ein historisches sein. Auch den Konfliktwert, der Erinnerungsorte in modernen Medien am Leben erhält¹¹²⁵, haben die Streiks weitgehend verloren.¹¹²⁶ Sie sind nur mehr eine Anomalie im allgemeinen Geschichtsverständnis, im dominanten Paradigma der „stabilen“ Zweiten Republik, ziehen aber vielleicht gerade darum sporadisch immer wieder Aufmerksamkeit auf sich.

¹¹²³ Ebd., 28

¹¹²⁴ Vgl. Jaraus: Zeitgeschichte und Erinnerung, 17

¹¹²⁵ Vgl. Liessmann: Topoi, 203

¹¹²⁶ Wie wenig Konfliktwert heute noch hinter den Oktoberstreiks steckt, zeigte sich 2010, als der ÖGB und die Alfred-Klahr-Gesellschaft, ein der KPÖ nahestehendes Institut, zum 60. Jahrestag gemeinsam eine Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema veranstalteten. Vgl. „Mythos Putsch“ – Der Oktoberstreik 1950. Eine Veranstaltung des Instituts für Geschichte der Gewerkschaften und AK, des VÖGB und der Alfred Klahr Gesellschaft, <www.klahrgesellschaft.at/Oktoberstreik_OeGB.html> (30.06.2011)

Conclusio

Als Abschluss sollen noch einmal einige der wichtigsten Aspekte und Ergebnisse übersichtlich und in kurzer Form wiedergegeben werden. Es handelt sich dabei zunächst um Besonderheiten im Zusammenhang mit den Ereignissen selber, die in Hinblick auf die bisherigen und weiteren Forschungen zu diesem Thema besonders betont werden sollen. Darauf folgen die Punkte, die zur Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfragen dienen und sich auf die Folgen und Bedeutung der Streiks für die Zweite Republik, ihren Stellenwert als Teil von Geschichtspolitik und als österreichischer Erinnerungsort beziehen:

- Der Auslöser für die Streiks im Herbst 1950 war eine starke Unzufriedenheit über das vierte Lohn-Preis-Abkommen und die daraus erwarteten verschlechterten Lebensbedingungen für die Bevölkerung. Sie waren aber gleichzeitig auch Protest gegen die Art und Weise wie Wirtschaftspolitik betrieben wurde, das heißt die Führung der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen durch Spitzenvertreter. Dieser Aspekt tritt sehr häufig in den Hintergrund, wenn über die Oktoberstreiks geschrieben wird. Aber bereits damals wurde der wirtschaftspolitische Konflikt der Wiederaufbauphase durch einen rein politischen Konflikt überlagert.
- Der Grund hierfür war die prominente Stellung, die die KPÖ und ihre Mitglieder in der Streikbewegung einnahmen. Obwohl sich auch viele sozialistische Betriebsräte beteiligten, waren es vor allem Kommunisten und in manchen Teilen Österreichs Vertreter des VdU, die führend an den Streiks beteiligt waren. Für beide Gruppierungen bestand hier die Möglichkeit ihren Einfluss in der Arbeiterschaft auszuweiten. Im Falle der KPÖ konnte auch ihrer fortschreitenden politischen Isolierung ein Ende gesetzt werden. Die KPÖ griff hier allerdings nicht, wie es manchmal heißt, eine „spontane Massenbewegung“ auf, sondern hatte auf diesen Zeitpunkt lange hingearbeitet.
- Gerade hier konnten Regierung und ÖGB allerdings einhaken. Erst 1948 hatte der Umsturz in der Tschechoslowakei auf ähnliche Weise begonnen und die Aktionseinheit von Sozialisten und Kommunisten stellte ein entsprechendes Bedrohungsbild dar. Die Propaganda der Zwischenphase richtete sich auf diese Putschgefahr und erwies sich als äußerst erfolgreich. Aber auch andere Faktoren, wie die Nichtauszahlung der Streikstunden waren dabei wirksam. In der Folge kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen und zur Verhärtung der Fronten in der zweiten Hälfte der Streiks.
- Aus einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung darum, wer die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen habe, wurde die Abwehr eines kommunistischen Umsturz-versuches konstruiert. Diese sehr erfolgreiche „Kanalisation“ des Arbeiterunmuts hängt stark mit der damaligen weltpolitischen Situation zusammen und diese Befürchtungen waren angesichts der sich immer mehr verschärfenden Spannungen zwischen Ost und West sehr naheliegend. Ebenso naheliegend war es aber für die politischen Akteure, diese Befürchtungen zu benutzen, um die Situation unter Kontrolle zu bekommen und später daraus politischen Vorteil zu ziehen.
- Zu vermerken sind noch die vielen Fehler der KPÖ in Kommunikation und Koordination der Streiks sowie in der Entscheidung, die Streiks abubrechen. Auch die konsequente Darstellung der Streiks als rein ökonomisch und die damit verbundene Unglaubwürdigkeit gehören dazu.

- Die Frage nach einem „Putsch“ kann also auch hier verneint werden. Es gibt keine Hinweise darauf, dass von der KPÖ eine direkte Machtübernahme geplant war. Diese Frage selbst war in der Rezeption der Streiks lange von unterschiedlichen Vorstellungen eines „Putsches“ geprägt. Frühe Autoren sahen in der Eroberung des ÖGB bereits einen Putsch. Es gibt allerdings durchaus Hinweise darauf, dass in der Basis der KPÖ – im Gegensatz zur Parteispitze – dementsprechende Tendenzen während der Streiks auftauchten.
- Auch die Sowjetunion hatte, wie mit zunehmend verbesserter Dokumentenlage immer deutlicher wird, kein Interesse daran, Österreich zu teilen und ihre Besatzungszone zu sowjetisieren. Ganz im Gegenteil widersprachen die Streiks und ein damit verbundener Produktionsausfall ihren ökonomischen Interessen. Eine Ausweitung des Einflusses der KPÖ war zwar gewollt, das Vorgehen der KPÖ während der Streiks wurde im Nachhinein aber kritisiert. Trotzdem ging die Unterstützung während der Streiks sehr weit und war wohl am ehesten dazu geeignet, den Eindruck eines Putschversuches zu hinterlassen.
- Es soll hier auch noch einmal betont werden, dass das Vorgehen von sowjetischen Kommandanturen in der Unterstützung, das gewaltsame Vorgehen zur Streikausweitung aber auch die Verteidigungsmaßnahmen der Betriebe alle ein stark individuelles Vorgehen aufweisen. Eine zu starke Generalisierung der Zwischenfälle und daraus abgeleitete Strategien können also zu Fehlern in der Bewertung der Ereignisse führen.
- Die Betrachtung der Berichte der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit zeigt ebenso die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Ereignisse auf der regionalen Ebene. Hier spielen zunächst natürlich die Einteilung Österreichs in Besatzungszonen und das Vorgehen der jeweiligen Verantwortlichen in der Exekutive eine Rolle, aber auch in hohem Maß die Struktur der Industrielandschaft und die Zusammensetzung der jeweiligen Arbeiterschaft.
- Die Streiks wirkten als ein Beschleuniger und Verstärker für Entwicklungen, die sich bereits seit längerem abgezeichnet hatten. Dazu gehören die Westorientierung Österreichs, die Wiederbewaffnung des Landes und die Einbindung in westliche Verteidigungskonzepte. Die direkteste Folge war in diesem Bereich das „Sonderprojekt“ Franz Olahs.
- Außerdem bedeutete das Ende der Streiks die Überwindung des Widerstands gegen eine frühe sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik und war daher ein wichtiger Schritt in der Entwicklung hin zum späteren Modell der Sozialpartnerschaft selbst.
- Die Oktoberstreiks stehen weiterhin im Zusammenhang mit dem Thema Antikommunismus in Österreich. Dieser Aspekt der Nachkriegszeit stabilisierte das österreichische politische System, ermöglichte eine Rückintegration der Ehemaligen in die Gesellschaft und trug durch die entsprechende Abgrenzung auch zur österreichischen Identität bei.
- Die Oktoberstreiks zeigen erneut auf, dass die Entwicklung der Zweiten Republik in Form eines Prozesses und nicht durch radikale Brüche vorangegangen ist. Der Aspekt der politischen Gewalt und ihr Auftreten während der Streiks zeigen die zeitliche Nähe und eine gewisse Kontinuität zur Ersten Republik auch wenn die Zusammenstöße bereits weniger hart ausfielen. Das Einsetzen handfester Argumente auf der Straße um politische Ziele durchzusetzen, war 1950 allerdings nach wie vor eine Option.

- Als Teil der „Putschmetapher“ waren die Oktoberstreiks funktionaler Bestandteil österreichischer Innen- und Außenpolitik. Der Hinweis auf eine kommunistische Bedrohung konnte als vielfältiges Argument gegenüber den Besatzungsmächten eingesetzt werden, aber auch um die KPÖ weiter zu isolieren.
- Als Erinnerungsort treten die Streiks bevorzugt in Form des „Putsches“ und in Verbindung mit Franz Olah auf. Sie sind so ein zu verschiedensten Anlässen herangezogenes Symbol für eine kommunistische Bedrohung und für eine Abwehrleistung durch einzelne Gruppen oder die österreichische Bevölkerung als Ganzes.
- Die Auseinandersetzung um die Interpretation der Ereignisse beginnt bereits während der Streiks und wird in seiner Historisierung fortgeführt. Vor allem zwischen SPÖ und KPÖ fand ein Deutungskampf statt, wobei sich letztere in der nachteiligen Situation befanden. Das dominante Geschichtsbild wurde jenes der Sozialisten und der „Putschversuch 1950“.
- Das Geschichtsbild der Kommunisten wird in Folge zu einem „Gegengedächtnis“ in der österreichischen Erinnerungslandschaft, das innerhalb einer gewissen Gruppe gepflegt wurde. Mit dem Ende der Bedeutung des Geschichtsbildes für die SPÖ und der Übereinstimmung wissenschaftlicher Forschung mit den Kommunisten in der grundsätzlichen Putschfrage, dringt dieses Gegengedächtnis teilweise wieder in die Öffentlichkeit vor.
- Eine der wichtigsten Funktionen von Geschichtspolitik ist die Schaffung von Legitimität. Diese Funktion übernahmen die Oktoberstreiks für die SPÖ, die sich selbst oder ihre Mitglieder als Retter Österreichs positionieren konnten. Darin bestand lange Zeit ihre funktionale Verwendung des Erinnerungsortes „Putsch“. Auch eine erste geschichtspolitische Auseinandersetzung mit der ÖVP ist hierüber festzustellen.
- In der österreichischen Geschichtsmythologie ist das Narrativ der Überwindung der kommunistischen Gefahr im Jahr 1950 Teil des großen Gründungsmythos, der die Besatzungszeit umspannt und mit dem Staatsvertrag 1955 endet. Der Held in dieser Erzählung ist Franz Olah, der dadurch trotz vieler Skandale Anfang der 90er in die Öffentlichkeit und gleichzeitig in die Erinnerungskultur rückintegriert wurde. Er ist zumindest im Jahr 2005 Teil einer geschichtspolitischen Strategie, die versucht ein konsensorientiertes, aber dadurch problematisches Geschichtsbild zu entwerfen.
- Trotz solcher Initiativen verschwindet der Erinnerungsort „Putsch“ aus dem Gedächtnis der Österreicher. Als ursächlich kann ein Generationenwechsel vermutet werden, aber auch, dass er seine ursprünglichen Funktionen verloren hat. Der „Putsch“ lebt aber nach wie vor weiter – bevorzugt in den historischen Vorstellungen einiger Journalisten, die darauf verzichten können, sich mit der aktuelleren Forschung zum Thema vertraut zu machen.

Die hier aufgeführten Punkte stellen nur eine Auswahl der wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit dar. Das Thema erwies sich als sehr vielfältig und mit vielen anderen Themen der österreichischen Nachkriegsgeschichte verknüpft. Die Verfolgung der Rezeption gestaltete sich etwas schwierig, da die Oktoberstreiks zwar ein Teil der österreichischen Gedächtniskultur waren, aber keinen allzu starken Ausdruck in Form von Verschriftlichung gefunden haben. Auffallend ist ein leichter Widerspruch zwischen einer vermehrten medialen Öffentlichkeit gegenüber dem historischen Ereignis und der tatsächlichen Verankerung im Geschichtsbewusstsein laut Meinungsumfragen. Es stellt sich die Frage, ob eine solche

Diskrepanz aufgrund des vermehrten Interesses der Medien an historischen Themen generell herrscht und daher für zukünftige Forschungen stärker berücksichtigt werden muss.

Die Wirkung von Ereignissen wird nicht selten und speziell in populären Geschichtsbildern überbetont. Im Falle der Oktoberstreiks 1950 war es allerdings tatsächlich ein einzelner Moment, in dem verschiedene Entwicklungen und Aspekte der Besatzungszeit aufeinandertrafen und durch das Geschehene auch mehr oder weniger stark beeinflusst wurden. Einige dieser Auswirkungen und einige größere Prozesse mit denen die Streiks im Zusammenhang stehen, konnten hier aufgezeigt werden.

Obwohl die Besatzungszeit Österreichs bereits sehr gut erforscht ist, gibt es noch viele Bereiche in denen zukünftige Forschungen anknüpfen können. Generell betrifft das die Nachwirkungen dieser Zeit und ihrer Bedingungen auf die spätere Republik. Als Beispiel sei der große verstaatlichte Sektor in Österreich genannt, der auf den Streit um das Deutsche Eigentum zurückzuführen ist. Die Rolle des Antikommunismus in der österreichischen Gesellschaft wurde vor kurzem durch einen neuen Band angestoßen¹¹²⁷, hier besteht allerdings abseits des kulturellen Bereichs ebenfalls viel Platz für weitere Forschung. Der Einsatz der Holz- und Baugewerkschafter während der Streiks durch Franz Olah böte auch noch Möglichkeit für weitere Detailstudien. Obwohl hier einige Informationen in den Innenministeriumsakten im Staatsarchiv gefunden wurden, stützen sich viele Angaben und Details nach wie vor auf die Aussagen von Olah selbst. Der Weg, den Umgang mit historischen Epochen, Personen und Ereignissen in Österreich als Geschichtspolitik zu untersuchen, das heißt vor allem ihre Thematisierung aufgrund aktueller Motivationen, ist nach Meinung des Autors auch sehr vielversprechend. Gerade in diesem Land besteht eine erhöhte Tendenz zu historischer Verklärung, zu in einem demokratischen Staat problematischen Parallelerinnerungen und zu einem mehr konsensorientierten als aufklärerischem Umgang mit Geschichte.

Die Oktoberstreik 1950 gehören zu den wenigen spektakulären Ereignissen der österreichischen Zeitgeschichte und werden daher auch noch in Zukunft das Interesse von Historikern aber auch einer historisch interessierten Öffentlichkeit erwecken. Mit dieser Arbeit sollte ein Beitrag dazu geleistet werden, das Ereignis in einen erweiterten Kontext einzubetten und den geschichtspolitischen Konflikt nicht nur aus der Beschreibung der Streiks herauszuhalten, sondern ihn zu thematisieren und als einen Teil davon zu verstehen.

¹¹²⁷ Siehe Hansel/Rohrwasser (Hg.): Kalter Krieg in Österreich. Literatur - Kunst - Kultur

Literaturverzeichnis

Literatur

- Abel, Rudolf*: VOEST - Menschen und ihr Werk. 50 Jahre aus der Sicht der Belegschaft, Linz 1995
- Ableitinger, Alfred*: Großbritannien und das Zweite Kontrollabkommen. Genese und Gehalt des britischen Regierungsentwurfes vom 4. Februar 1946, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 71-110
- Adair, Bianca L.*: Das amerikanische Dilemma. Die US-Regierung, der Kongress und die österreichische Wiederbewaffnung 1945-55, In: *Blasi, Walter* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 75-96
- Aichinger, Wilfried*: Sowjetische Österreichpolitik 1943 - 1945 (Materialien zur Zeitgeschichte 1), Wien 1977
- Albrich, Thomas*: Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945-1948, In: *Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef* (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 217-244
- Alte, Rüdiger*: Die Außenpolitik der Tschechoslowakei und die Entwicklung der internationalen Beziehungen 1946 - 1947 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 96), München 2003
- Assmann, Aleida*: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006
- Assmann, Jan*: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, In: *Assmann, Jan/Hölscher, Tonio* (Hg.), Kultur und Gedächtnis (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 724), Frankfurt a. M. 1988, 9-19
- Bader, William B.*: Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955, Wien 2002
- Baier, Walter*: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich; KPÖ – 1918 bis 2008, Wien 2009
- Beer, Siegfried*: Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich 1945 - 1949, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 41-70
- Beer, Siegfried*: Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich 1945 - 1949, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 41-70
- Benedikter, Christoph H.*: Der Oktoberstreik 1950, In: *Karner, Stefan/Stangeler, Gottfried* (Hg.), "Österreich ist frei!" Der österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005, Horn, Wien 2005, 210-212
- Béthouart, Emile-Marie*: Die Schlacht um Österreich, Wien 1967
- Binder, Dieter*: Julius Raab und Leopold Figl, In: *Brix, Emil* (Hg.), Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004, 79-104
- Bischof, Günter*: "Prag liegt westlich von Wien": Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluß auf Österreich, In: *Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef* (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 315-346
- Bischof, Günter*: "Austria looks to the West" Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre, In: *Albrich, Thomas/Eisterer, Klaus/Gehler, Michael/Steininger, Rolf* (Hg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Wien 1995, 183-209

- Bischof, Günter*: Der Nationale Sicherheitsrat und die amerikanische Sicherheitspolitik im frühen Kalten Krieg, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 111-136
- Bischof, Günter*: Austria in the first Cold War 1945 - 55. The leverage of the weak (Cold War history series), Basingstoke 1999
- Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef* (Hg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988
- Blasi, Walter* (Hg.): B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005
- Blasi, Walter*: Die B-Gendarmerie, In: *Blasi, Walter* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 27-74
- Blasi, Walter/Etschmann, Wolfgang*: Überlegungen zu den britischen Waffenlagern in Österreich, In: *Blasi, Walter* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 139-153
- Bollmus, Reinhard*: Ein kalkuliertes Risiko? Großbritannien, die USA und das "Deutsche Eigentum" auf der Konferenz von Potsdam, In: *Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef* (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 107-126
- Botz, Gerhard*: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983
- Botz, Gerhard*: Krisenzonen einer Demokratie. Gewalt, Streik und Konfliktunterdrückung in Österreich seit 1918 (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 9), Frankfurt a.M. u.a. 1987
- Botz, Gerhard*: Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. "Opferthese", "Lebenslüge" und "Geschichtstabu" in der Zeitgeschichtsschreibung, In: *Kos, Wolfgang/Rigele, Georg* (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 51-85
- Brix, Emil* (Hg.): Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004
- Brook-Shepherd, Gordon*: Die österreichische Odyssee, Wien 1958
- Bundesamt für Statistik* (Hg.): Statistische Nachrichten. Sonderheft: Die Nationalratswahlen vom 9. November 1930, Wien 1931
- Butschek, Felix*: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart, Wien 1985
- Cillia, Rudolf/Wodak, Ruth*: Gedenken im "Gedankenjahr". Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005, Innsbruck, Wien u.a. 2009
- Deutsch, Julius*: Putsch oder Revolution? Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg (Rotdruck-Reihe Bd. 2), Berlin 1970, Erstdruck Karlsbad 1934
- Ehmer, Josef*: Die Kommunistische Partei Österreichs, In: *Dachs, Herbert/Tálos, Emmerich* (Hg.), Die Zweite Republik. Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 3. erw. u. völlig neubearb. Auflage 1997, 323-332
- Eisterer, Klaus*: Frankreich und das Zweite Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946, In: *Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef* (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945 - 1949, Innsbruck 1988, 187-215
- Epler, Ernst*: Der grosse Streik, Wien 1965
- Eybl, Susanne*: "Das gleiche Zimmer, in dem Dollfuß starb" Anmerkungen zur verordneten Amnesie des audiovisuellen Gedächtnisses, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 155-166
- Feichtinger, Johannes* (Hg.): Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis (Gedächtnis - Erinnerung - Identität 2), Innsbruck, Wien u.a. 2003

- Fellner, Fritz*: Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Die Herstellung als Kriegsziel der Alliierten, In: *Weinzierl, Erika/Skálnik, Kurt* (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1, Graz, Wien u.a. 1972, 53-90
- Figl, Leopold*: Reden für Österreich, Wien u.a. 1965
- Fischer, Ernst*: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945 - 1955, Wien u.a. 1973
- Fraberger, Ingrid/Stiefel, Dieter*: "Enemy Images": The Meaning of "Anti-Communism" and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945 In: *Bischof, Günter* (Hg.), The Marshall Plan in Austria (Contemporary Austrian studies 8), New Brunswick, NJ u.a. 2000, 56-97
- Furch, Bruno*: Das schwache Immunsystem. Historisch-kritischer Essay über den Niedergang der Kommunistischen Partei Österreichs und seine politischen Hauptursachen, Wien 1995
- Fürnberg, Friedl*: Oktoberstreik, In: *Weg und Ziel* 33 (1975), 10, 408-410
- Fürnberg, Friedl*: Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. 1918 - 1955, Wien 1977
- Gärtner, Heinz*: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ - Analyse einer sowjetabhängigen Partei (Zwischen Moskau und Österreich; Analyse einer sowjetabhängigen KP, Wien 1979
- Gehler, Michael*: „...this nine days wonder“? Die “Figl-Fischerei” von 1947. Eine politische Affäre mit Nachspiel, In: *Gehler, Michael/Sickingher, Hubert* (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, Wien u.a. 1995, 346-381
- Gläser, Eleonore*: Die Propaganda für die österreichischen Wahlen 1949. Parteien, Propaganda, Verlauf, Diss., 1951
- Gruber, Karl*: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich, Wien 1953
- Gruber, Ronald*: Der Massenstreik gegen das 4. Lohn-Preisabkommen im September/Oktober 1950, Diss., Univ. Wien, 1975
- Halbrainer, Heimo*: „Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln“ - Kommunistischer Widerstand in der Steiermark 1938 bis 1945, In: *Mugrauer, Manfred* (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 209-220
- Halbwachs, Maurice*: Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967
- Hanisch, Ernst*: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. 1890 - 1990 (Österreichische Geschichte in 10 Bänden, Bd. 10), Wien 1994
- Hanisch, Ernst*: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, In: *Diendorfer, Gertraud* (Hg.), Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997, Innsbruck, Wien 1998, 37-45
- Hansel, Michael/Rohrwasser, Michael* (Hg.): Kalter Krieg in Österreich. Literatur - Kunst - Kultur (Profile 17), Wien 2010
- Hautmann, Hans*: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (Europäische Perspektiven), Wien u.a. 1971
- Hautmann, Hans*: Rudolf Kühners Bericht über den Streik 1950 in der VÖEST, In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* (2000), 3
- Hautmann, Hans*: Die Untersuchungskommission des Arbeiterrates über die Vorfälle des 15. Juni 1919 in Wien, In: *Mugrauer, Manfred* (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 95-144
- Hautmann, Hans*: Der "Kommunisten-Putsch" 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende, In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* 17 (2010), 3, 1-5
- Helmer, Oskar*: 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien 1957

- Herlitzka, Ernst K.*: Vor 30 Jahren: Sturmtage in Österreich. KP-Putschversuch in zwei Phasen, In: *Archiv. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung* 20 (1980), 4, 68-72
- Herz, Martin F./Wagnleitner, Reinhold*: Understanding Austria. The political reports and analyses of Martin F. Herz, political officer of the US legation in Vienna 1945 - 1948 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 4), Salzburg 1984
- Hexmann, Friedrich*: Der Oktoberstreik 1950, In: *Weg und Ziel* 27 (1970), 10, 24-25
- Hindels, Josef*: Die Linke in der SPÖ (VSSTÖ Edition Politik 1), Wien 1979
- Hözl, Norbert*: Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974
- Hufschmied, Richard*: Wien im Kalkül der Alliierten (1948 - 1955): Maßnahmen gegen eine sowjetische Blockade, Wien, Graz 2002
- Janecek, Otto*: Der große Streik vor 30 Jahren, In: *Weg und Ziel* 38 (1980), 10, 369-371
- Jaraus, Konrad H.*: Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?, In: *Jaraus, Konrad H./Sabrow, Martin* (Hg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt a.M. u.a. 2002, 9-37
- Jelinek, Elfriede*: Die Ausgesperrten. Roman, Reinbek bei Hamburg 1980
- Karlhofer, Ferdinand*: "Wilde" Streiks in Österreich. Entstehungs- und Verlaufsbedingungen industrieller Konflikte in den siebziger Jahren (Materialien zur historischen Sozialwissenschaft 3), Wien u.a. 1983
- Karner, Stefan*: Zur Politik der sowjetischen Besatzungs- und Gewahrsamsmacht. Das Fallbeispiel Margarethe Ottilinger, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955*, Wien, Graz u.a. 1998, 401-430
- Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara* (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945 - 1955. Dokumente (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 5), Graz, Wien 2005
- Keller, Fritz*: Stalinistischer Populismus - Die Nationale Liga, In: *Pelinka, Anton* (Hg.), *Populismus in Österreich*, Wien 1987, 110-122
- Keyserlingk, Robert H.*: Austria in World War II. An Anglo-American dilemma, Kingston u.a. 1988
- Klahr, Alfred*: Zur österreichischen Nation, Hg.: Kommunistische Partei Österreichs, Wien 1994
- Klambauer, Otto*: Die USIA-Betriebe, Diss., Univ. Wien, 1979
- Klenner, Fritz*: Putschversuch - oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950 (Beilage zur "Gewerkschaftlichen Rundschau"), Wien 1950
- Klenner, Fritz*: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, Bd. 2, Wien 1953
- Klenner, Fritz*: Herbst 1950 - Ostösterreich entging dem Eisernen Vorhang, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), *Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik*, Wien 1991, 53-64
- Knight, Robert*: Es war doch kein "D-Day". Großbritannien, der Oktoberstreik und die Eindämmung, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), *Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik*, Wien 1991, 125-137
- Knight, Robert*: Narratives in Post-war Austrian Historiography, In: *Bushell, Anthony* (Hg.), *Austria 1945-1955. Studies in Political and Cultural Re-emergence*, Cardiff 1996, 11-36
- Konrad, Helmut*: Kein Putsch. Legendenkehr zum Oktoberstreik 1950, In: *Weg und Ziel* 24 (1977), 286, 39-43
- Konrad, Helmut/Lechner, Manfred*: "Millionenverwechslung" Franz Olah, die Kronenzeitung, Geheimdienste, Wien u.a. 1992

- Konvicka, Michael N.:* Die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). Ein Beitrag zur Zeitgeschichte der 60er- und 70er-Jahre, Dipl.-Arb., Univ. Wien, 1992
- Koppensteiner, Bruno W. :* Béthouarts Alpenfestung. Militärische Planungen und Verteidigungsvorbereitungen der französischen Besatzungsmacht in Tirol und Vorarlberg, In: *Schmidl, Erwin A. (Hg.)*, Österreich im frühen Kalten Krieg 1945 - 1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien u.a. 2000, 193-238
- KPÖ:* Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien 1951
- KPÖ, Historische Kommission beim Zentralkomitee der:* Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987
- Lechner, Manfred:* Olah im Herbst 1950 - Das Sonderprojekt als Folge der Streikereignisse, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.)*, Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 77-91
- Lechner, Manfred:* "... Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag." Der "Fall Olah" - Ein Megaskandal der Zweiten Republik?, In: *Gehler, Michael/Sickingler, Hubert (Hg.)*, Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, Wien u.a. 1995, 419-436
- Lettner, Lydia:* Die französische Österreichpolitik von 1943 bis 1946, Diss., Univ. Salzburg, 1980
- Lewis, Jill:* Austria 1950: Strikes, 'Putsch' and their Political Context, In: *European History Quarterly* 30 (2000), 4, 533-552
- Liebhart, Karin/Pribersky, Andreas:* Die Mythisierung des Neubeginns: Staatsvertrag und Neutralität, In: *Brix, Emil (Hg.)*, Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004, 392-417
- Liessmann, Konrad:* Topoi. Konturen einer politischen Mythologie, In: *Brix, Emil (Hg.)*, Memoria Austriae. Menschen, Mythen, Zeiten (Memoria Austriae 1), Wien 2004, 194-218
- Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.):* Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der zweiten Republik, 2. Auflage ed, Wien 1991
- Luger, Johann:* Parlament und alliierte Besatzung 1945 - 1955, Diss., Univ. Wien, 1976
- Lütgenau, Stefan A.:* Grundstrukturen der österreichisch-deutschen Beziehungen nach 1945, In: *Albrich, Thomas/Eisterer, Klaus/Gehler, Michael/Steininger, Rolf (Hg.)*, Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck, Wien 1995, 237-258
- Mähr, Wilfried:* Der Marshallplan in Österreich, Graz, Wien u.a. 1989
- Marko-Stöckl, Edith:* Die Formierung des Steirischen Parteiensystems 1945-1953. Die Konkurrenz um die „Ehemaligen“, In: *Beer, Siegfried (Hg.)*, Die "britische" Steiermark 1945 - 1955 (Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 38), Graz 1995, 57-80
- McLoughlin, Barry/Leidinger, Hannes/Moritz, Verena:* Kommunismus in Österreich 1918 - 1938, Innsbruck, Wien u.a. 2009
- Meier-Walser, Reinhard:* Der Streikputsch der KP Österreichs und seine internationalen Hintergründe (tuduv-Studien: Reihe Politikwissenschaften 11), München 1986
- Migsch, Alfred:* Anschlag auf Österreich. Ein Tatsachenbericht über den kommunistischen Putschversuch im September - Oktober 1950, Wien 1950
- Migsch, Alfred:* Parlament ohne Opposition, In: *Hannak, Jacques (Hg.)*, Bestandaufnahme Österreich, 1945 -1963, Wien u.a. 1963, 9-24
- Mitteräcker, Hermann:* Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938 bis 1945, Wien 1963
- Molden, Fritz:* Die Österreicher oder die Macht der Geschichte, München 1986
- Mugrauer, Manfred:* Teilungspläne und Putschabsichten. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005, In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* (2005), 1, 8-15

- Mugrauer, Manfred*: Die Politik der KPÖ in der provisorischen Regierung Renner, Innsbruck, Wien u.a. 2006
- Mugrauer, Manfred* (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009
- Mugrauer, Manfred*: Die Politik der KPÖ in den Jahren 1945 bis 1955/56, In: *Mugrauer, Manfred* (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 37-52
- Mugrauer, Manfred*: „Oft setzte man sich über vernünftige Argumente hinweg...“. Die krisenhafte Entwicklung der KPÖ in den Jahren 1968 bis 1971, In: *Mugrauer, Manfred* (Hg.), 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Quellen & Studien, Sonderband 12), Wien 2009, 261-318
- Muhri, Franz*: Kein Ende der Geschichte. Erinnerungen. Kritische Bilanz eines politischen Lebens. Gedanken über die Zukunft, Wien 1995
- Muhri, Franz*: Am Beginn des Kalten Krieges: Der Oktoberstreik 1950 - Persönliche Bemerkungen zur "Putsch-Metapher", In: *Karner, Stefan* (Hg.), Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990 (Unserer Zeit Geschichte 5), Graz 2002, 193-200
- Müller, Wolfgang*: Anstelle des Staatsvertrages: Die UdSSR und das Zweite Kontrollabkommen 1946, In: *Rauchensteiner, Manfred/Kriechbaumer, Robert* (Hg.), Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 24), Wien u.a. 2005, 291-320
- Müller, Wolfgang*: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945 - 1955 und ihre politische Mission, Wien u.a. 2005
- Müller, Wolfgang*: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, In: *Zeitgeschichte* 32 (2005), 1, 47-54
- Müller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij* (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945 - 1955. Dokumente aus russischen Archiven (Fontes rerum Austriacarum 93), Wien 2005
- Mulley, Klaus Dieter*: Der ÖGB und der "Oktoberstreik" 1950. Aspekte gewerkschaftlicher Politik im Nachkriegs-Österreich, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 41-52
- Münkler, Herfried/Hacke, Jens*: Politische Mythisierungsprozesse in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Tendenzen, In: *Münkler, Herfried/Hacke, Jens* (Hg.), Wege in die neue Bundesrepublik. Politische Mythen und kollektive Selbstbilder nach 1989 (Eigene und fremde Welten 13), Frankfurt am Main u.a. 2009, 15-31
- Neugebauer, Wolfgang*: Der österreichische Widerstand 1938 - 1945, Wien 2008
- Nolte, Ernst*: Deutschland und der Kalte Krieg, München u.a. 1974
- Nora, Pierre*: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990
- Olah, Franz*: Die Erinnerungen, Wien u.a. 1995
- Ortner, M. Christian*: Die amerikanischen Waffendepots in Österreich, In: *Blasi, Walter* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 155-170
- Österreichisches Statistisches Zentralamt* (Hg.): Die Nationalratswahlen vom 9. Oktober 1949: (Beiträge zur österreichischen Statistik 4), Wien 1950
- Österreichs, Sozialistische Partei*: Die Eisenstädter Erklärung der SPÖ gegen Diktatur und Unfreiheit, für die soziale Demokratie, Wien 1969
- Palm, Kurt*: Vom Boykott zur Anerkennung. Brecht und Österreich, Wien u.a. 1983
- Pechatnov, Vladimir O.*: The Big Three after World War II: New Documents on Soviet Thinking about Post War Relations with The United States and Great Britain (Cold War International History Project Working Paper No. 13), Washington D.C. 1995

- Pelinka, Anton*: Wahlkampf 1966, In: *Gerlich, Peter/Ress, Georg/Stiefbold, Rodney* (Hg.), Nationalratswahl 1966 (Österreichisches Wahlhandbuch Bd. 4, Teil D), Wien 1968, 3-6
- Pelinka, Anton*: Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, In: *Weinzierl, Erika/Skálnik, Kurt* (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1, Graz, Wien u.a. 1972, 169-201
- Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde*: Österreichische Politik. Grundlagen - Strukturen - Trends, Wien 2000
- Piringer, Kurt*: Die kommunistischen Putschversuche in Österreich, In: *Freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik* 22 (1995), 5, 62-64
- Pleschberger, Werner*: Vom Einstieg in die ungefragte Stabilität Österreichs. Aspekte des politischen Systems Österreichs in den fünfziger Jahren, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 11-24
- Portisch, Hugo/Riff, Sepp*: Der lange Weg zur Freiheit. Österreich II, Bd. 2, Wien 1986
- Prader, Hans*: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945 - 1950 (In Sachen 1), Wien 1975
- Priester, Eva*: Der grosse Streik. Tatsachenbericht über den Oktoberstreik 1950, Wien [1980]
- Rathkolb, Oliver* (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung, Wien, Graz u.a. 1985
- Rathkolb, Oliver*: Die Putschmetapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich 1945 - 1950, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 113-123
- Rathkolb, Oliver*: US-Medienpolitik und die "neue" österreichische Journalistenelite, In: *Fabris, Hans Heinz/Hausjell, Fritz* (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 53), Wien 1991, 51-79
- Rathkolb, Oliver*: Wie homogen war Österreich 1945? Innenpolitische Optionen, In: *Kos, Wolfgang/Rigele, Georg* (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 157-180
- Rathkolb, Oliver*: Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953 - 1963, Wien u.a. 1997
- Rathkolb, Oliver*: Historische Fragmente und die 'unendliche Geschichte' von den sowjetischen Absichten in Österreich 1945, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 137-158
- Rathkolb, Oliver*: First Budapest, then Prague and Berlin, why not Vienna? Austria and the Origins of the Cold War 1947/48, In: *Varsori, Antonio/Calandri, Elena* (Hg.), The Failure of Peace in Europe, 1943 - 48 (Cold War History Series), Basingstoke u.a. 2002, 306-318
- Rathkolb, Oliver*: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005
- Rauchensteiner, Manfred*: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz, Wien u.a. 1979
- Rauchensteiner, Manfred*: Das Jahrzehnt der Besatzung als Epoche in der österreichischen Geschichte, In: *Ableitinger, Alfred/Beer, Siegfried/Staudinger, Eduard G.* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945 - 1955, Wien, Graz u.a. 1998, 15-40
- Rauchensteiner, Manfred*: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung, Wien 2005
- Rauchensteiner, Manfred/Cede, Franz* (Hg.): Sorry guys, no gold! Die amerikanischen Waffendepots in Österreich, Wien 1998
- Reichel, Peter*: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München, Wien 1995
- Reichhold, Ludwig*: Geschichte der ÖVP, Graz, Wien u.a. 1975
- Reimann, Viktor*: Die dritte Kraft in Österreich, Wien u.a. 1980

- Reiter, Margit*: Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis, Innsbruck, Wien u.a. 2006
- Riedlsperger, Max E.*: The lingering shadow of nazism. The Austrian independent party movement since 1945 (East European monographs 42), Boulder 1978
- Rigele, Georg*: Kaprun. Das Kraftwerk des österreichischen Wiederaufbaus, In: *Kos, Wolfgang/Rigele, Georg* (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, 311-328
- Sandgruber, Roman/Wolfram, Herwig*: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte 10), Wien 1995
- Sandner, Günther*: Hegemonie und Erinnerung. Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2001), 1, 5-18
- Sandner, Margit*: Die französisch-österreichischen Beziehungen während der Besatzungszeit von 1947 bis 1955, Wien 1985
- Sauberer, Willi*: Die rote Volksfront. Eine Dokumentation anlässlich der Nationalratswahl vom 6. März 1966, Wien 1966
- Schärf, Adolf*: Österreichs Erneuerung 1945 - 1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien, 7. erg. Aufl. 1960
- Schlögl, Karl*: Der Oktoberstreik 1950. Die Entwicklung Österreichs und die Auswirkungen der Streikbewegung auf die österreichische Innenpolitik, Dipl.-Arb., Univ. Wien, 1991
- Schmidl, Erwin A.* (Hg.): Österreich im frühen Kalten Krieg 1945 - 1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien u.a. 2000
- Schmidl, Erwin A.*: "Rosinenbomber" über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948-1953, In: *Schmidl, Erwin A.* (Hg.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945 - 1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien u.a. 2000, 171-192
- Schmidl, Erwin A.*: Österreich in Europa, 1945 bis 1955, In: *Blasi, Walter* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag, Wien u.a. 2005, 11-26
- Schmidt, Manfred G.*: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart, 3. Auflage 2010
- Schmidt, Siegfried J.*: Gedächtnisforschungen: Positionen, Probleme, Perspektiven, In: *Schmidt, Siegfried J.* (Hg.), Gedächtnis. Probleme und Perspektiven der interdisziplinären Gedächtnisforschung (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 900), Frankfurt a.M. 1991, 9-55
- Seidel, Hans*: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005
- Seliger, Maren*: Groß- oder Klein-Wien? Politische Auseinandersetzungen um die Nachkriegsgrenzen und Stadtentwicklungsziele, In: *Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien* 51 (1995)
- Seliger, Maren*: KPÖ-Firmen und Osthandel 1945-1989. Rahmenbedingungen und einige Aspekte der Außenhandelspraxis, In: *Enderle-Burcel, Gertrude* (Hg.), Zarte Bande. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs: Sonderband 9), Innsbruck Wien u.a. 2006, 107-129
- Sokolov, Vladimir V.*: Sowjetische Österreichpolitik 1943/45, In: *Rauchensteiner, Manfred/Beer, Siegfried* (Hg.), Österreich 1945. Ein Ende und viele Anfänge, Graz, Wien u.a. 1997, 73-87
- Sozialistische Partei Österreichs, Zentralsekretariat*: Protokoll des 15. ordentlichen Bundesparteitages, 7. Bis 9. Juni 1961, Wien Sofiensaal, Wien 1961
- Stadler, Friedrich*: Kontinuität und Bruch 1938 - 1945 - 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte, Wien u.a. 1988

- Stalzer, Alfred*: Zwischen Anpassung und Isolation. Zur Integration der KPÖ in das politische System Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 1986
- Stanley, Guy David Douglas*: Great Britain and the Austrian question 1938 - 1945, [s.l.] 1973
- Steininger, Rolf*: Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/1946 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2), Innsbruck 1987
- Stelzl-Marx, Barbara*: Die Innensicht der sowjetischen Besatzung in Österreich 1945 - 1955. Erfahrung, Wahrnehmung, Erinnerung, Habil.-Schr., 2009
- Stieber, Gabriela*: Die Lösung des Flüchtlingsproblems 1945 - 1960, In: *Albrich, Thomas/Eisterer, Klaus/Gehler, Michael/Steininger, Rolf* (Hg.), Österreich in den Fünfzigern (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 11), Innsbruck, Wien 1995, 67-94
- Stifter, Christian H.*: Die Wiederaufrüstung Österreichs. Die geheime Remilitarisierung der westlichen Besatzungszonen 1945 - 1955 (Wiener Zeitgeschichte-Studien 1), Innsbruck, Wien 1997
- Stourzh, Gerald*: Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages, Graz, Wien u.a. 1975
- Stourzh, Gerald*: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945 - 1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 62), Wien, Graz u.a. 1998
- Svoboda, Wilhelm*: Franz Olah. Eine Spurensicherung, Wien 1990
- Svoboda, Wilhelm*: Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern. Oskar Helmer und Österreich II. Eine Korrektur (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek 26), Wien [u.a.] 1993
- Tálos, Emmerich*: Sozialpolitik und Arbeiterschaft 1945 bis 1950, In: *Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1991, 25-40
- Tálos, Emmerich*: Sozialpartnerschaft. Kooperation - Konzertierung - politische Regulierung, In: *Dachs, Herbert/Tálos, Emmerich* (Hg.), Die Zweite Republik. Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, 3. erw. u. völlig Neubearb. Auflage 1997, 432-451
- Tichy, Frank*: Friedrich Torberg. Ein Leben in Widersprüchen, Salzburg, Wien 1995
- Tinhof, Franz*: Zehn Jahre ERP in Österreich 1948 - 1958. Wirtschaftshilfe im Dienste der Völkerverständigung, Wien 1958
- Trost, Ernst*: Figl von Österreich, Wien u.a. 1972
- Tweraser, Kurt*: US-Militärregierung Oberösterreich. Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945 - 1950 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 14), Linz 1995
- Uhl, Heidemarie*: "Österreich ist frei!" Die Re-Inszenierung der österreichischen Nachkriegsmythen im Jubiläumsjahr 2005, In: *Carr, Gilbert J.* (Hg.), Fünfzig Jahre Staatsvertrag. Schreiben, Identität und das unabhängige Österreich. Internationales Symposium, Trinity College, Dublin, 25. - 26. November 2005, München 2008, 28-36
- Wagnleitner, Reinhold*: Großbritannien und die Wiedererrichtung der Republik Österreich, Diss., Univ. Salzburg, 1975
- Wagnleitner, Reinhold* (Hg.): Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlass Walter Wodaks 1945 - 1950 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 3), Salzburg 1980
- Wagnleitner, Reinhold*: Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 52), Wien 1991
- Weber, Fritz*: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Ersten und Zweiten Republik, In: *Zöllner, Erich* (Hg.), Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer

- Strukturen und Probleme (Schriften des Institutes für Österreichkunde 47), Wien 1985, 121-152
- Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und revolutionäre Sozialisten 1945 - 1950 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 25), Wien 1986
- Wetz, Ulrike: Geschichte der Wiener Polizeidirektion vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1955 mit Berücksichtigung der Zeit vor 1945, Diss., Univ. Wien, 1970
- Williams, Warren: Flashpoint Austria. The Communist-Inspired Strikes of 1950, In: *Journal of Cold War Studies* 9 (2007), 3, 115-136
- Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 - 1990, Darmstadt 1999

Quellen

- Stenographisches Protokoll der 31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VI. GP, 12. Oktober 1950
- Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Ministerratsprotokolle, Figl I, Box 49:
- Ministerratsprotokoll, 219. Sitzung am 26. September 1950
 - Ministerratsprotokoll, 220. Sitzung am 3. Oktober 1950
 - Ministerratsprotokoll, 221. Sitzung am 11. Oktober 1950
 - Ministerratsprotokoll, a.o. Sitzung Nr. 220a am 5. Oktober 1950
- Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, Streiks und Demonstrationen anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens:
- 124.756-2/51, Berichte Ereignisse Voith- und Glanzstoffwerke, Bundesbahnwerkstätte St. Pölten, 4.-6.10.
 - 125.689-2/50, Flugblätter- und Extraausgaben von Zeitungen
 - 127.591-2/50, Kärnten, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 7. Oktober 1950
 - 127.592-2/50, Salzburg, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 6. Oktober 1950
 - 127.593-2/50, Ausländische Pressestimmen und Funkberichte
 - 127.594-2/50, Vorarlberg, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 5. Oktober 1950
 - 127.595-2/50, Burgenland, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 6. Oktober 1950
 - 131.595-2/50, Anfrage der Abgeordneten Honner u. Gen. an den Herrn Bundesminister für Inneres betreffend die verfassungswidrige Bildung von bewaffneten Terrorbanden und ihren Einsatz gegen die streikenden Arbeiter Oesterreichs
 - 131.950-2/50, Niederösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 25. und 26. September 1950
 - 132.010-2/50, Tirol, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 5. Oktober 1950
 - 132.011-2/50, Wien, Situationsberichte für die Zeit vom 25. September bis 3. Oktober 1950
 - 132.012-2/50, Demonstrationen auf dem Ballhausplatz am 26.9.1950
 - 132.015-2/50, Betriebsrätekonferenz der Streikleitung der KPÖ. Am 30.9.1950 in Wien XXI. Lokomotivfabrik (Sogenannte „Gesamtösterr. Betriebsrätekonferenz“)
 - 132.016-2/50, SPÖ-Versammlung der Betriebsvertrauensleute am 3.10.1950
 - 132.017-2/50, Kundgebung des „Exekutivkomitees der Betriebsräte (KPÖ)“ am 4.10. auf dem Wr. Rathauspl.
 - 132.018-2/50, Oberösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 20. September bis 6. Oktober
 - 133.504-2/50, Niederösterreich, Situationsberichte für die Zeit vom 1. bis 4. Oktober 1950

- 133.506-2/50, Wr. Neustadt; Besetzung des Postamtes durch Streikende am 4. und 5. Oktober 1950
- 133.508-2/50, Wien, Situationsberichte aus der Zeit vom 4. Oktober bis 6. Oktober 1950, In: 132.011-2/50
- 134.935-2/50, Versammlungen der ÖVP, SPÖ und der Gewerkschaft
- 134.937-2/50, Einsatz der Exekutive. Runderlaß an alle Sicherheitsdirektionen, alle Bundespolizeibehörden und Landesgendarmieriekommandos vom 3.10.1950
- 134.938-2/50, Tägliche Verlautbarungen des ho. Pressedienstes und Situationsberichte der Abteilung 2
- 134.939-2/50, Einmischung der sowjetischen Besatzungsmacht
- 134.942-2/50, Streikende Betriebe in Wien und den Bundesländern in der Zeit vom 26.9.1950 bis 5.10.1950
- 134.944-2/50, Beschlagnahme von Zeitungen in der Zeit von 26. September bis 6. Oktober 1950
- 134.948-2/50, Steiermark, Situationsberichte für die Zeit vom 26. September bis 6. Oktober 1950
- 138.057-2/50, Zusammenstellung der täglichen Vorfälle für die Zeit vom 25.9. bis 6.10.1950, In: 132.011-2/50
- 138.058-2/50, Niederösterreich, Zusammenstellung der täglichen Vorfälle in der Zeit vom 26.9. bis 5.10.1950
- 138.062-2/50, Steiermark, Zusammenstellung der täglichen Vorfälle für die Zeit vom 26.9. bis 6.10.1950
- 142.505-2/50, untergeordnet: 143.785-2/50, Solidaritätskomitee zur finanziellen Unterstützung und Betreuung straffälliger Demonstranten gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen
- 161.765-2/50, Anfrage über Verteilung von Waffen anlässlich der Demonstrationen gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen im Oktober 1950

Internetquellen

- Bundesministerium für Inneres, <www.bmi.gv.at>, (31.07.2011)
- Alfred Klahr Gesellschaft. Verein zur Erforschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, <www.klahrgesellschaft.at>, (31.07.2011)
- Spiegel Online, <www.spiegel.de>, (31.07.2011)

Zeitungen

- | | |
|------------------|------------------------|
| Arbeiter-Zeitung | Salzburger Nachrichten |
| Die Presse | Volksstimme |
| Der Standard | Weg und Ziel |
| Falter | Wiener Zeitung |
| Kronen-Zeitung | Wirtschaftsblatt |
| Kurier | |

Anhang

Abstract

Deutsch

Im Jahr 1950 kam es in Österreich zu einer Streikwelle, die von der KPÖ und den unter sowjetischer Verwaltung stehenden Betrieben unterstützt wurde. Auslöser war das vierte Lohn-Preis-Abkommen, von dem sich die Arbeiter aufgrund vorhergehender Erfahrungen eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation erwarteten. Das Ausmaß und die Heftigkeit der Streikbewegung überraschte selbst die KPÖ, konnte das Abkommen aber nicht verhindern. Die Ereignisse gingen als Moment der größtmöglichen Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme in die österreichische Geschichte ein. Die Regierung hatte die angespannte weltpolitische Situation und die Ängste einer kommunistischen Machtübernahme ähnlich jener in der Tschechoslowakei 1948 dazu benutzt, um die Unterstützung der Arbeiterschaft für die Streiks zu brechen. Die Vorstellung eines „Putsches“ wurde im Weiteren von ÖGB und SPÖ gepflegt, von der KPÖ bekämpft. Diese Arbeit beleuchtet die Streiks unter der Berücksichtigung neuer Literatur und Quellen zur Besatzungszeit und fügt sie in den Kontext der österreichischen Besatzungszeit ein. Es werden außerdem die Folgen für die Zweite Republik und ihr politisches System behandelt, die sich aus der wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung des Herbstes 1950 ergaben. Ein weiterer Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem geschichtspolitischen Aspekt der Streiks in ihrer Rezeption. Sie waren lange Zeit Teil einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung rund um das Thema „Putsch oder Streik“ und bildeten einen Erinnerungsort im österreichischen Geschichtsbewusstsein, der teilweise bis heute nachwirkt.

Englisch

Between September 25 and October 6 in 1950 a wave of labour protest took place in Austria supported by the Communist Party of Austria (KPÖ) and the plants under Soviet administration. They were triggered by the fourth Wages and Prices Agreement that was installed to contain inflationary economic tendencies. As an outcome of this agreement the workers expected a worsening of their economical situation. The scale and intensity of the strike movement even surprised the Communist Party but nevertheless the agreement could not be impeded. The events came to be known as the moment of the most severe danger of a communist takeover in Austria. The government used the international tensions caused by the early Cold War and the fear of a communist takeover similar to the one taken place only two years ago in Czechoslovakia to break the support for the strikes among the workers. Subsequently, the image of a “Putsch” driven out by the communists was supported by the Socialist Party and the Austrian Trade Union Federation (Österreichischer Gewerkschaftsbund, ÖGB) and objected by the Communist Party. This thesis looks into the strikes taking into account the newest research and sources regarding the occupation time in Austria. It covers the implications of the events for the Second Republic of Austria and its political system. The last section unveils the reception and the historical political side of the strikes. For many decades they have been part of a political conflict over the depiction of the historical events and regarding the central question whether a takeover or just strikes have taken place. As a “Place of Remembrance” they had a lasting effect on the “Austrian Memory” until today.

Kurzbiographie

Andreas Bilgeri, geboren 1983 in Lingenau, 2002 Matura an der Handelsakademie Bezau, ab 2004 Studium der Geschichtswissenschaft und der Politikwissenschaft an der Universität Wien, seit 2006 Museumspädagoge im Heeresgeschichtlichen Museum Wien, Auslandssemester im Zuge des Erasmus-Programmes an der Università degli Studi di Perugia, Projektmitarbeit im Landesarchiv Vorarlberg und im Stadtarchiv Feldkirch, Tutor im Studiengang Internationale Entwicklung, Schwerpunkte in Zeitgeschichte, Kulturgeschichte, Politische Theorie und Internationale Politik.